januar
konkret
Monatszeitschrift für Politik und Kultur, Hamburg 24.12.75 / Nr. 1
3,00 DM
C22160E

100 Jahre Adenauer:
Das böse Erbe des Alten

Jetzt in konkret: Heinrich Böll

Affaire Rall: Spielte Genscher mit?

Günter Wallraff: Spesenbetrug

Italien Lire 850
Holland hfl 3.80
Schweiz sfr 3.80
Österreich S 25.–

Reihe
Demokratischer Sozialismus
in Theorie und Praxis
Herausgeber
Günter Grass, Eberhard Jäckel
und Dieter Lattmann
Willy Brandt
Bruno Kreisky
Olof Palme

Briefe und Gespräche 1972 bis 1975

Willy Brandt, Bruno Kreisky, Olof Palme
Briefe und Gespräche
1972 bis 1975
136 S. kartoniert 12,– DM
Drei führende europäische Sozialdemokraten legen hier das Dokument eines mündlichen und schriftlichen Gedankenaustausches vor.
Als Vorsitzende großer sozialdemokratischer Parteien, seit Jahren in der Regierungsverantwortung, geht es ihnen dabei um die grundsätzliche Orientierung der Politik.
In diesem Zusammenhang werden zahlreiche Probleme und Themen erörtert: In welchem Verhältnis stehen Parteiprogramm und Regierungspraxis? Müssen die Grundwerte des demokratischen Sozialismus neu bestimmt werden? Wie kann die Freiheit des einzelnen in den Industriestaaten gesichert werden?
Bitte fordern Sie unseren Sonderprospekt an.

EVA

Bestellcoupon

Name

Beruf Alter

PLZ/Wohnort

Straße

Datum Unterschrift

☐ Briefe und Gespräche 1972 bis 1975 12,– DM
☐ Sonderprospekt

Anzahl Stückpreis

Europäische Verlagsanstalt
5 Köln 21 · Postfach 210 140

briefe

Was soll das?

Burkhard Mauer fand Schlöndorffs Böll-Verfilmung „Katharina Blum" „nicht gut" (KONKRET 11/75).

Schön, auch ich weiß nicht, ob Schlöndorff diesen Film wirklich engagiert gemacht hat. Es gibt aber auch keine Anzeichen, daß er damit nur Geld machen wollte. Das hat ihm nicht einmal Burkhard Mauer unterstellt. Und selbst die beiden Szenen, die Mauer so aalglatt findet, gehörten einfach dazu, waren nötig, um Emotionen zu wecken. Als der Film aus war, habe ich laut „Enteignet Springer!" gerufen und das ganze Publikum klatschte spontan Beifall. So mancher, der den Film gesehen hat, wird vielleicht über die Berufsverbote in unserem Land etwas mehr nachdenken oder auch aufhören, die „Bild"-Zeitung zu lesen.

Reinhard Kypke
Bonn

Schlöndorffs Film ist nicht nur unglücklich, bisweilen peinlich, sondern überdies gefährlich. Da ist nun mal ein Film, der die Chance hat, von einem großen Teil unserer Bevölkerung gesehen zu werden und Verständnis für linke Kritik an unserem Staat zu wecken, und was kommt dabei heraus? Ein Unwerk, das sich penetrant zwischen den Polen Kunst und Agitation bewegt und das zudem in einem so naiven, von Burkhard Mauer treffend als „Förster-im-Silberwald-Pathos" bezeichneten Grundton gehalten ist, daß die Filmtheorie bisher wohl keine Gattungsbezeichnung dafür bereit hat. Schlimmer ist, daß nun die kritikfähigen Kreise der Bevölkerung einen Grund mehr haben, die Linken nicht ernst zu nehmen.

Udo Rosenbohm
Ahrensburg

Ich arbeite zur Zeit als Monteur in der Schweiz. Hier las ich vor sechs Wochen in der „Neuen Zürcher Zeitung" etwas über den Schlöndorff-Film. Donnerwetter, dachte ich, den mußt du dir ansehen. Aber dann kamen die Zweifel eines lesenden Arbeiters: Warum bescheinigt ein Schreiber einer bürgerlichen Zeitung einem Film, er sei revolutionär? Ein paar Tage später gab's KONKRET (in Bellinzona), Heft 10, und da stand drin, der Film sei doch gut. Also dachte ich, sitzt in der „Neuen Zürcher Zeitung" tatsächlich ein Linker. Aber als ich mir dann vier Wochen später KONKRET-Heft 11 kaufte, war ich völlig durcheinander. Burkhard Mauer, konnte ich da lesen, findet den Film nicht gut. Genossen, ich weiß nicht, was das soll. Wenn ich bei meiner Arbeit Plus und Minus zusammenlege, gibt es Kurzschluß. Wenn ich das öfter tue, fliege ich raus. Also versuche ich, genau zu arbeiten. Es muß einem linken Intellektuellen doch möglich sein, Beurteilungskriterien für einen Film aufzustellen und anzuwenden. Danach kann doch nur herauskommen: Der Film nützt dem revolutionären Kampf – oder er schadet ihm. So einfach ist das.

Rolf Himmel
Luzern

Von Gott zu Lutz-ifer

Günter Wallraff war bei Ford, zur Premiere eines arbeiterverachtenden Arbeitertheaters (12/75). Stückschreiber Andreae aus Innsbruck hat auch sonst schon mal . . .

Nachtrag zu Wallraffs Reportage: Der „Arbeiterdichter" Andreae, Straußens Professor in Innsbruck, macht bei Ford nicht zum ersten Mal Theater. Anläßlich einer Theater-Diskussion prägte er schon früher den in jeder Weise „kapitalen" Satz: „Das Theater ist religiöse Kulthandlung . . . mit dem Zweck einer Vereinigung mit der Gottheit." Jetzt, in dieser heidnischen Zeit, muß man seine Götter suchen. Andreae hat offenbar einen gefunden: den Ford-Generaldirektor Robert A. Lutz.

John Myers
Wien

Genosse Verve

Hermann L. Gremliza hatte Kurt Tucholsky zum „verspielten Erbe der Bourgeoisie" gezählt (KONKRET 11/75).

Bei aller antibürgerlichen Verve in Sachen Tucholsky sollte Genosse Gremliza immer an Tucholskys Schnipsel von 1932 denken: „KPD. Schade, daß Sie nicht in der Partei sind – dann könnte man Sie jetzt ausschließen!" Motto ins KONKRET-Stammbuch: Ihr solltet euch mehr um die zwei dialektischen Seiten einer Sache kümmern.

Hans-Werner Mainler
Köln

Mutter-Kreuz

KONKRET-Extrakt berichtete über die Weigerung vieler Arbeitsämter, arbeitslosen Müttern Arbeitslosengeld zu bezahlen (11/75).

Diese Tatsache ist erschütternd, wenn man bedenkt, welche Frauen von dieser Streichung betroffen sind: Frauen, die neben Familie und Haushalt noch arbeiten gingen; Frauen, die einst gnädigerweise einen Arbeitsplatz bekamen, nach Gebrauch weggeworfen wurden. Jetzt werden sie von einem „sozialen Staat" um die erbrachten Leistungen betrogen – mit „sozialer Begründung", versteht sich: Eine Mutter hat für ihre Kinder zu sorgen. Hier zu seinem Recht zu kommen, setzt eine Erziehung zum Betrüger voraus.

Erika Zoller
Baltmannsweiler

Stoß ohne Richtung?

In KONKRET (11/75) plädierte der SPD-Bundestagsabgeordnete Karl-Heinz Hansen gegen bundesdeutschen Waffenexport.

Was ist die Stoßrichtung von KONKRET? KONKRET distanziert sich gern von der dogmatischen Linken. Um zu verhindern, daß man dogmatisch wird, wird man so undogmatisch, jeden seine Meinung reinschreiben zu lassen. Z. B. Karl-Heinz Hansen. Hansen gibt zu, daß Waffen exportiert werden – aber natürlich gegen den Willen der SPD. Nun ist es ja egal, ob man Waffen liefert oder anderen Ländern mit Auslandsinvestitionen, die die SPD mit Steuermitteln unterstützt, die Möglichkeit verschafft, sich Waffen zu besorgen. Und wo investieren deutsche Konzernherren am liebsten?

2000 Hamburg 11
Große Reichenstraße 25/27

In Südafrika, Brasilien, Indonesien und im Iran. Das sind alles Länder mit politisch sehr „stabilen" Verhältnissen, wo nämlich die Arbeiter gänzlich ohne Rechte sind. Wer da noch so tut, als seien in der SPD nur gefährliche „Tendenzen" vorhanden, der begeht glatten Betrug. Befinden sich denn die Offiziere Kraushaar, Rech (Chile), Kurz (Brasilien), Finzi, Hasril (Iran) und Rachmansyah (Indonesien) ohne Wissen der SPD in der Bundeswehr? Die SPD ist so direkt beteiligt an der moralischen und technischen Aufrüstung von Foltergeneralen. Die SPD wird immer als das kleinere Übel ausgegeben. Das ist sie aber nicht.

Walter Eberhard
Wurmlingen

Wer lang hat . . .

KONKRET-Intern (8/75) berichtete vom sexuellen Anstand eines Hamburger Amtsrichters und dem Preis, den dieser den KONKRET-Herausgeber kosten soll. Schlußsatz: Cuius regio, eius erigio.

Kaum jemand hat Latein gehabt, und die, die's hatten, wollen bestimmt nicht daran erinnert werden. Vergessen Sie die Jesuitenschule! „Cuius regio, eius erigio"? Man kann's auch deutsch sagen: Wo man katholisch ist, trägt man ihn rechts.

Tom Appleton
Auckland (New Zealand)

Hendiadyoin

Noch mal Sprachkritik: Für wen schreibt KONKRET?

Die freiwillige Satire von Helmut Ridder war sehr gut, aber in einigen Passagen schwer verständlich. Trotz A. M. Textor war es mir nicht möglich, den Begriff „Hendiadyoin" restlos zu klären. Diejenigen, die ich danach befragte, waren sich uneins. Könntet ihr mir helfen?

Gregor Lelgemann
Bochum

Ja. Hendiadyoin heißt „eins durch zwei" oder soviel wie „doppelt genährt" (z. B. ein weißer Schimmel, ein reaktionärer CSU-Politiker).

Für wen erscheint KONKRET? Die Aussagen sind gutgemeint, tragen aber nichts zur Bewußtseinsbildung der Arbeiterklasse bei, weil sie weitgehend nicht verstanden werden. Welcher Arbeiter versteht Phrasen wie: „Es zeigt sich, daß die ökonomische Rationalität des Kapitalismus mit demokratischen Rechten und Freiheiten in der Krise nicht kompatibel ist" (KONKRET 10/75)?

Horst Möller
Berlin

Schmierfink, fair

Reinhard Lettau über Chotjewitz und andere, „die tatsächlich gar nicht schreiben können" (10/75), Chotjewitz über Lettau, den „T-shirt-Kafka" (11/75) – der Streit geht weiter.

Im Berlin der sechziger Jahre nannte man Herrn Peter Otto Chotjewitz schlicht und zutreffend „Kotze". Und zum Kotzen ist auch sein Leserbrief über Reinhard Lettau. Ich habe selten so etwas Primitives und Mieses und Dummes gelesen. Mir ist Lettau in seinem Bemühen um ein kritisches Amerika-Bild lieber (auch wenn es dann falsch kommt, wie in seinem mit abenteuerlicher Faschismus-Begrifflichkeit herumfuhrwerkenden „USA-täglicher Faschismus"-Buch) als ein ostfriesischer Gemeindeschreiber, der miese italienische Pornos übersetzt.

Edwin Ammernmann
Bochum

Ich bin nicht so ein kluger Intellektueller, daß ich gute Artikel schreiben würde. Auch Leserbriefe kann ich nicht so gut. Aber besser und fairer als Herr Chotjewitz kann ich das. Chotjewitz ist ein Schmierfink. Wer durch ein ganzes Buch seinen Schwanz und seinen Arsch abfotografieren läßt, den darf man nicht solche Sache schreiben lassen.

Paul Schreiber
Köln

Lettaus Aufsatz enthielt für mich einige kluge, handhabbare Sätze, die aktuellė Literatur- und Politikszene betreffend, zum Beispiel über den relativen Eigenwert von Kunst und Literatur gegenüber dem Praxis-Fetisch. Solche Überlegungen haben dieses unsachliche und personalisierende Echo von Chotjewitz nicht verdient. Herr Chotjewitz ist sehr betroffen gewesen – hätte er es sonst nötig gehabt, diese Unterleibsschläge auszuteilen? Herrn C. sollte die Redaktion zu Meister Jens hierher nach Tübingen schicken: In dessen Fernsehseminar könnte POC lernen, was Personalisierung heißt und wie sie funktioniert. Wie man sie vermeidet, hat Jens in seiner Walden-Rezension bereits vorgeführt.

Peter Roos
Tübingen

Franconsteen II

Nicht nur Herbert Kremp weiß was Literarisches auf Francos Tod (12/75).

An die hochgeneygten Leser! Selbigen soll es nicht unverhalten seyn, welch wunderbar Ereygniß sich am Leychnam unseres vielbeweynten Allerdurchlauchtigsten Gnädigsten Fürsten Francisco Franco Bahamonde zugetragen, indeß nämlich der edle, weytbekannte und fürtreffliche Doctor medicinae et inquisitionis causa Franconsteen von Transylvanyen, so etzliche weytere Doctores den Leychnam unserer Allerdurchlauchtigsten Majestät seziret und Hyrn nebst Herz dem Leyb eynes jugendfrischen Jünglings, ihroselber auf den Namen Juan getauft worden, auf wundersame Art und Weys füglich transplantiret, ergo Allerhöchstdurchlauchtigsten Fürstlichen Geyst und Verstand vor dem sichren Thode bewahret, vielmehr ihm ein fürtrefflich neues Heim gegeben, wobey obiger Jüngling post operationem unverzüglich beyde Augen geöffnet und summa cum velocitate mitsampt seynem Weybe Sophien in der Kirch zum König von Hispanien gesalbt worden.

Peter Jacobi
München

Rotbücher: Literatur und Politik

★

Peter Schneider
...schon bist du ein Verfassungsfeind
Das unerwartete Anschwellen der Personalakte des Lehrers Kleff
Rotbuch Verlag Berlin

Der Verfassungsschutz sammelt, was seiner Meinung nach wissenswert ist hinsichtlich meiner Person, ich tue das gleiche von meinem Standpunkt aus. Und da es ja bei der Eignungsprüfung angeblich um eine »Bewertung der gesamten Persönlichkeit« geht, werde ich also auch Material über meine Persönlichkeit zusammentragen. Was halten Sie davon? Rotbuch 140. 112 Seiten. DM 8.–

★★

Rainer Duhm und Harald Wieser (Hg.)
Krise und Gegenwehr

Ein Arbeitsbuch zum politischen Alltag in den Betrieben

C. Neusüß / H. Funke: Gewerkschaftspolitik in der Krise

Jürgen Roth: Arbeitslos

Rainer Duhm / Erhard Maus: Erwitte

Peter Kühne: Ausländische Industriearbeiter

Aus dem Wochenbuch eines Betriebsrats

U. Mückenberger: Das Betriebsverfassungsgesetz und seine Möglichkeiten

Rotbuch Verlag Berlin

Dies ist ein Handbuch und ein Mosaik zugleich: zum politischen Alltag in den Betrieben – und um sie herum.
Rotbuch 141. 160 Seiten. DM 7.– (6.–)

Kostenlos erhalten Sie auf Anforderung unseren neuen Almanach »Das kleine Rotbuch«.

Rotbuch Verlag
1 Berlin 30
Potsdamer Str. 98

Karl-Heinz Hansen

Gebt diesen Richtern nicht dieses Gesetz!

Der Bundestag soll ein Gesetz beschließen, das die „Befürwortung von Gewalt" unter Strafe stellt. Was die sozialliberalen Gesetzemacher zum Schutz vor Terroristen planen, kann in der Praxis bundesdeutscher Justiz zur totalen Zensur werden. Im Namen der Sozialdemokratischen Wähler-Initiative haben Heinrich Böll, Iring Fetscher, Günter Grass, Dieter Hildebrandt, Siegfried Lenz, Klaus Staeck und andere die SPD-Fraktion gebeten, den Gesetzentwurf abzulehnen. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Karl-Heinz Hansen nennt die Gründe:

„Wo nichts am rechten Platz liegt, da ist Unordnung. Wo am rechten Platz nichts liegt, ist Ordnung", sagte Brecht in seinen „Flüchtlingsgesprächen", Gesprächen zwischen vor einer mörderischen Ordnung Geflohenen. „Ordnung und Sicherheit" für die einen, „law and order" für die anderen ist auch das Thema in der Bundesrepublik, seit reaktionäre Angstmacher und öffentliche Verleumder vor den Teilerfolgen fortschrittlicher Bemühungen um äußeren und inneren Frieden bange geworden sind.

Unsozialistische Lauheit und unliberale Verbiesterung ließen die regierenden Parteien, mehr auf das „veröffentlichte" als auf das „allgemeine" Bewußtsein schielend, vor den von rechts aufgepeitschten Wogen der Hysterie zurückschrecken. Das reicht von der Verabschiedung sogenannter Sicherheitsgesetze im Bundestag im Jahre 1972, die dem Verfassungsschutz erweiterte Befugnisse gaben, über den Ministerpräsidentenerlaß bis hin zu Versuchen, das rechtspolitische Arsenal um neue Waffen zu bereichern.

Als „Beitrag zur Wiedergewinnung der inneren Sicherheit" wird denn auch ein im November 1974 eingebrachter Gesetzentwurf der CDU/CSU und des CDU/CSU-bestimmten Bundesrates von seinen Urhebern bezeichnet, weil „radikale Gruppen und subversive Kräfte in extensiver Weise und mit Anwendung sich steigender Gewalt das Demonstrationsrecht (!) im Kampf gegen verfassungsmäßige Ordnung und Rechtsstaat mißbrauchen". Das gleiche Ziel verfolgt nach eigenem Bekunden ein Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Strafrechtsänderung vom Dezember 1974. Beide Entwürfe wurden bereits in erster Lesung im Bundestag beraten. Unter anderem ist dabei die Einfügung eines neuen § 130a im Strafgesetzbuch vorgesehen, der neben der Anleitung zu Gewaltstraftaten auch deren öffentliche „Befürwortung" mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bedroht.

Im zuständigen Arbeitskreis der SPD-Fraktion des Bundestages wurde der Regierungsvorschlag, die „Befürwortung" von Gewalt unter Strafe zu stellen, von den dort wirkenden Juristen mit 12 zu 4 Stimmen abgelehnt. Dieses Votum hat die Gesamtfraktion nach Zureden des Justizministers Jochen Vogel wieder aufgehoben. Das wiederum führte auf dem Mannheimer SPD-Parteitag im November 1975 zu einer heftigen Kontroverse um einen Initiativantrag, der sich gegen den Gesetzentwurf aussprach. Zwar unterlagen die Antragsteller knapp, doch argumentierten sie so überzeugend, daß seitdem zwischen FDP und SPD neu verhandelt wird.

Worum geht es? Bereits jetzt sind Anstiftung, Aufforderung, Androhung, Verherrlichung und Billigung schwerer Straftaten strafbar; auch die Anleitung wird unter Strafe gestellt. Nach der Begründung des geplanten § 130a StGB muß auch noch die allgemeine Befürwortung schwer bestraft werden, weil sonst „scheinbar wissenschaftliche" Schriften, in denen Gewalt befürwortet wird, nicht unterbunden werden könnten. Die Verfasser haben dabei wohl an Carlos Marighellas „Handbuch der brasilianischen Stadtguerilla" gedacht. Die gleichen Begründer versichern, daß Veröffentlichungen zu Zwecken von Wissenschaft, Kunst und Forschung sowie die Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens und zur Geschichte von der Anwendung des neuen Gesetzes ausgenommen werden sollen.

Schön gesagt, aber: Nicht der Gesetzgeber, sondern die Richter hätten das Grundrecht der Meinungsfreiheit (Art. 5 GG) gegen das allgemeine einschränkende Gesetz abzugrenzen. Das historische Mißverhältnis von deutschem Geist und deutscher Rechtsprechung läßt selbst rechtspolitische Laien mehr als nur zweifeln, daß dieser Stand dazu imstande wäre. „Rechtswahrer" haben schon in der Weimarer Republik eine unrühmliche Rolle in Lehre, Rechtsprechung und Politik gespielt – beim Übergang der ersten Republik auf dem direkten Weg über eine Präsidialdiktatur in die Diktatur Hitlers. Sie haben nach 1945, vielfach ohne „Unrechtsbewußtsein", aber mit nationalbourgeoiser elitärer Gesinnung und in Komplizenschaft mit der politisch-restaurativen Führung, in Verwaltung und Justiz dazu beigetragen, daß in 20 Jahren CDU/CSU-Herrschaft sich der hohe Anspruch des Verfassungskerns unseres Grundgesetzes nur wenig in praktischer Rechtsprechung niederschlug. „Geist und Buchstaben" der Verfassung waren in der Praxis meist jener Herren eigener Geist. Bei ihnen ist die Frage nach Extremisten im öffentlichen Dienst nie gestellt worden. Wohl weil sie in der Masse der Rechten nie sonderlich auffielen oder weil sie mit Persilscheinen für „irrendes Gewissen" erfolgreich hausieren gingen.

Sollen wir Richtern überlassen, ob etwa die Schriften des katholischen Priesters und Universitätslektors Camillo Torres, der das kolumbianische Volk zum bewaffneten Kampf gegen seine Unterdrücker aufrief und 1966 als Guerillero der Nationalen Befreiungsarmee Kolumbiens von Regierungstruppen erschossen wurde, auch in Zukunft (in katholischen Verlagen) in der Bundesrepublik erscheinen dürfen?

Sollen Romane wie Heinrich Bölls „Die verlorene Ehre der Katharina Blum", in denen mehr als Verständnis für den Mord der Katharina an ihrem Verfolger geweckt wird, in Zukunft nur in handschriftlichen Kopien heimlich herumgereicht werden dürfen?

Werden Schilderungen über Betriebsbesetzungen, bei denen es zu Befürwortungen von Gewalthandlungen kommt, etwa der französischen L.I.P.-Arbeiter, demnächst wegen staatsanwaltlicher Beschlagnahme nur noch als Mund-zu-Mund-Geflüster möglich sein?

Ganz sicher würde die politische Satire das erste Opfer in diesem Lande, wenn Richter den „Kunstvorbehalt" eines neuen § 130a verwalteten.

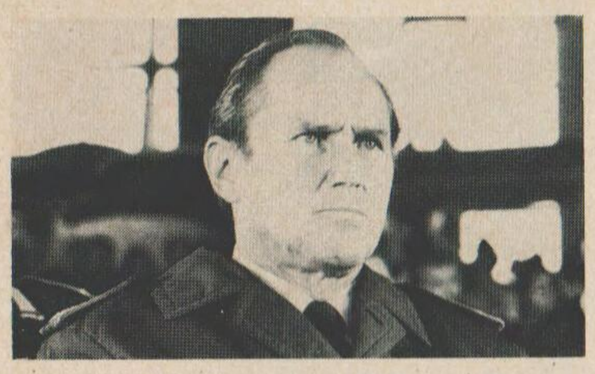
Sollen wir zusehen, wie auf solche Weise der Kunst(un)verstand von Juristen die schleichende Zensur aus den Tagen des Kalten Krieges wieder aufleben läßt?

Demokratische Sozialisten sollten durch eigene Geschichte gewitzt genug sein, diesen Gefahren für die Meinungsfreiheit rechtzeitig zu begegnen: Der soziale Rechtsstaat wird am besten verteidigt, indem man den sozialen Rechtsstaat verwirklicht, und nicht, indem man ihn stückchenweise erledigt. Freiheit kann nur in Form von Freiheiten überleben, denn „die notwendige Verteidigung und Festigung des Rechtsstaates (darf) nicht zur Erosion der Rechtsstaatlichkeit führen" (Helmut Schmidt im Juni 1975). Wer anders handelt, fördert unbewußt die Umwandlung der „politischen in eine militärische Situation", wie sie Polit-Terroristen herbeischießen wollen.

Wir dürfen nicht zulassen, daß die Bundesrepublik wieder ein Land der unbegrenzten Zumutbarkeiten wird.

konkret intern

Bericht zur Klassenlage der Nation: Der ehemalige SPD-Fraktionsgeschäftsführer Karl Wienand hatte sich finanzieller Unregelmäßigkeiten verdächtig gemacht; dafür wurde er vier Jahre lang von Untersuchungsausschüssen, Staatsanwälten, Steuerfahndern und bürgerlicher Journaille verfolgt - bis ins Krankenhaus. Der Drei-Sterne-General Günther Rall



hat - angeblich hinter dem Rükken seines Ministers - Südafrika bereist, sich alle Spesen bezahlen lassen und Beschlüsse der Nato an die Südafrikaner weitergegeben. Er darf dafür unbehelligt in Pension gehen. KONKRET-Autor Jürgen Saupe rollt den Fall noch einmal auf, mit neuem Material. Sein Fazit: Entweder wurde Rall geopfert, dann geraten die Minister Leber und Genscher in die Schußlinie, oder Rall ist ein dringender Fall für den Staatsanwalt.

Die KONKRET-Leserumfrage ist abgeschlossen (3178 Einsendungen) und ausgewertet (ausführlicher Bericht im nächsten Heft). Auch die Gewinner der ausgesetzten Preise sind ermittelt: Den ersten Preis (17 Tage Kuba) gewann Wolfgang Maier, Wien, Winterburggasse, den 2. Preis (14 Tage Skireise nach Rumänien) Ulrich Nettig, Hamburg, Bernadottestraße. Die 98 Gewinner der Buch-, Platten- und Abo-Preise werden in den nächsten Tagen benachrichtigt. Daueranfrage an die Redaktion: Wer schreibt KONKRET-Express ? Von nun an steht's dabei.

Impressum

Neuer Konkret Verlag GmbH, 2000 Hamburg 11, Große Reichenstraße 25/27 · Telefon (040) 32 55 22 / 33 56 96 · Herausgeber (verantwortlich für den Inhalt): Hermann L. Gremliza · Verlagsleiter (verantwortlich für Anzeigen): Manfred Schachtschneider · Jahresabonnement DM 30,– frei Haus incl. Mehrwertsteuer · Anzeigenpreisliste Nr. 20 vom 1. 12. 1974 · Bank für Gemeinwirtschaft, Hamburg, Konto-Nr. 11 806 256 · Postscheckkonto Hamburg Konto-Nr. 3840 30-202 · Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Haftung · Druck: Druckhaus Deutz, 5 Köln-Deutz, Deutz-Kalker Str. 46–48 · Vertrieb: E. W. Hirsch & Co., 6 Frankfurt/M., Untermainkai 83

Titelfoto: Karsh of Ottawa

inhalt 1

Seite 6
Der Fall Herrmann
von Heinrich Böll

Seite 7/8/9
KONKRET-Extrakt

Seite 10/11
100 Jahre Adenauer
Ein Adenauer-Brief an Hermann Göring und ein Leben in Zitaten / von Hermann L. Gremliza

Seite 13
Spesenbetrug
Protokoll einer Betriebsräte-Kündigung / von Günter Wallraff

Seite 15
Der Krisenmanager
Szene von Günter Wallraff

Seite 16
Knall auf Fall?
Jürgen Saupe rollt den Fall Rall noch einmal auf – mit neuen Dokumenten

Seite 21
Todesschuß
Frank Rühmann über ein neues Polizeigesetz zur legalen Hinrichtung

Seite 24
Bei Durchsicht meiner UZ's
Hermann Peter Piwitt analysiert die „wichtige und verarschende" Parteizeitung der DKP

Seite 26
Lieber Genosse Abendroth
Rudi Dutschkes Antwort zum Fall Biermann

Seite 28
Elend – wie breit darf es sein, Herr Apel?
Norbert Blüm über eine Wirtschaftspolitik auf Kosten der Armen

Seite 29
Nicht können, glauben!
Die Beseitigung einer Psychotherapeutin aus der kirchlichen Sozialarbeit / von Werner Poelchau

Seite 31
Waldeslust
Karl-Oskar Heiderich über Waldbrand und Pyromanen-Tourismus

Seite 32
Berufsverbot vor 1914
Als die SPD das Opfer war / Historische Dokumentation von Reinhard Müller

Seite 36
KONKRET-Express

Seite 38
Scheiß der Hund drauf
Peggy Parnass über Tölen, Köter und Mollys

Seite 40
Tupper-Maros
Die größte Party der westlichen Welt / Reportage von Renate Peiler

Seite 42
Ich habe gelesen
KONKRET-Buchkolumne / von Yaak Karsunke

Seite 43/44
Kultur-KONKRET

Seite 45
Monopolymedia
Hartmut Schulze analysiert den bundesdeutschen Medien-Dschungel

Seite 49
Biermanns neue Liebeslieder
Rezensiert von Peter Schneider

Seite 50
Die große Nummer Schicksal
Christel Buschmann erlebte die Präsentation eines Heißluft-Gebläses

Seite 51
Fuori – Außerhalb
Peter O. Chotjewitz zum Tod von Pier Paolo Pasolini

Seite 54
Die goldenen Eier des Tomi Ungerer
Der Karikaturist Stefan Siegert über Brillanz und Impotenz eines erfolgreichen Zeichners

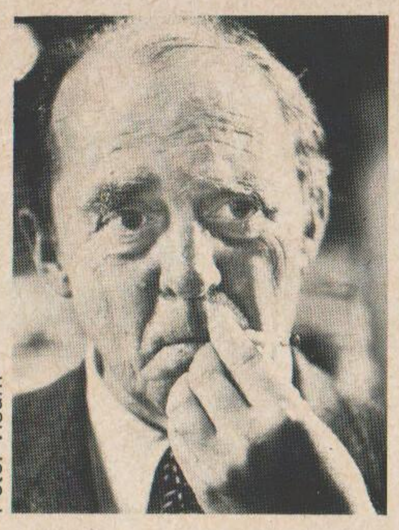


Foto: Visum

Heinrich Böll: Der Fall Horst Herrmann

Ein theologischer Annäherungsversuch, ein fiskalisierter Mythos und eine Friedhofsverwaltung

Ⓚ Die Rechtslage im Falle Horst Herrmann ist, wie mir scheint, eindeutig: Herr Tenhumberg, Bischof von Münster, hat natürlich das Recht, von Minister Rau zu verlangen, Prof. Herrmann die Lehrerlaubnis zu entziehen. Dieses Recht ist im Konkordat verankert. Merkwürdig – und wahrscheinlich bis in alle Ewigkeit hinein strittig – ist die Begründung, Herrmann sei der „kirchlichen Lehre zu nahe getreten".

Nun sollte einer meinen dürfen, daß ein Theologieprofessor der kirchlichen Lehre ziemlich nahe treten muß, wenn er sich mit ihr beschäftigt. Offenbar müßte die Betonung hier auf dem *zu* liegen – nahe treten: ja, *zu* nahe treten: nein. Man wird nicht mehr herausfinden können, was die Verfasser des Konkordatstextes sich gedacht haben. Die säkulare Bedeutung von „zu nahe treten" ist einigermaßen eindeutig: Man tritt einer Dame (oder einem Herrn) zu nahe, d. h.: man macht einen Annäherungsversuch, den man, wenn er zu grob ausfällt, Zudringlichkeit nennen kann.

Hat Horst Herrmann also einen Annäherungsversuch an die kirchliche Lehre gemacht, ist er zudringlich geworden? Und, wenn ja, wäre das so verwerflich, wenn ein Theologe Annäherungsversuche an die kirchliche Lehre macht? Zudringlichkeit ist ein relativer Begriff: Es gibt einen Augenblick, in dem ein Verliebter einfach zudringlich werden muß, um herauszufinden, wie weit er gehen kann: Irgendwann ist ja mit Blicken und Seufzern nichts mehr zu machen; es muß einer nahe treten, wie nahe, ob *zu* nahe, bestimmt das auserwählte Sub- oder Objekt. Und dann gibt es schlimmstenfalls was auf die Finger.

Möglicherweise muß ein Theologe ziemlich nahe an die kirchliche Lehre rangehen, bis er's auf die Finger bekommt. Die Frage wäre: Gibt es eine objektive Instanz, die feststellen könnte, ob da einer einer Lehre *zu* nahe getreten ist? Minister Rau kann diese Instanz nicht sein: Er muß die Feststellung des Tatverdachts dem Bischof überlassen. Laut Konkordat müssen innerkirchliche Konflikte, soweit sie lehrbeauftragte katholische Theologen betreffen, nicht durch die Kirche selbst, sondern durch den „weltlichen Arm", der da laut Konkordat zur Verfügung steht, gelöst werden; und wäre der zuständige Minister des Landes NRW – was ja laut Grundgesetz denkbar wäre – Mitglied der DKP, der Minister muß exekutieren.

Wieviel Geld es kosten würde, den jungen Prof. Herrmann zu pensionieren; was sein Nachfolger kosten würde – diese Sonderrechnung müßte einmal aufgestellt werden, denn Prof. Herrmann ist, sein Nachfolger würde ja Beamter, sie werden nicht aus dem Kirchensteueraufkommen bezahlt, sondern aus dem Wissenschaftsetat des Landes NRW. Und natürlich kann man, wenn einer der Kirche zu nahe getreten ist, nicht ans Sparen denken: Wir haben's ja, und wie!

Es gab im Fall Herrmann einen umfangreichen Briefwechsel, es gab Statements, Presseerklärungen, und nachdem die Angelegenheit einige Publizität erreicht hatte, merkte man: es soll eingelenkt werden. Wird also dem Steuerzahler ein nettes (welches?) Sümmchen erspart, das er hätte aufbringen müssen, weil da einer der kirchlichen Lehre zu nahe getreten ist? Wen interessiert das eigentlich?

Vor Jahren hat Karl Rahner, als er vor der Isolierung des Katholizismus in der Bundesrepublik warnte, von „Getto" gesprochen. Inzwischen kann man die Bezeichnung Getto nur noch als Euphemismus begreifen. In den osteuropäischen Gettos jedenfalls herrschte ein ausgeprägtes, lebhaftes, trotz tiefster Armut vielfältiges kulturelles Leben. Die osteuropäische Literatur jüdischer Prägung ist zu einem der wichtigsten und vielfältigsten Beiträge zur Weltliteratur geworden. Mein Gott, wieviel „Zunahetreter" hat's da gegeben. Rahners Wort vom Getto war – so scheint es nachträglich – viel zu optimistisch. Vielleicht sollte man inzwischen statt vom Getto von einem „Friedhof" sprechen. Daran ist nicht Herr Tenhumberg schuld, nicht der einzelne Bischof, nicht der Episkopat als solcher. Mir scheint, es liegt an der einmaligen „Verfassung" der deutschen Kirchen, wie sie eben Horst Herrmann in seinem Buch „Das unmoralische Verhältnis" dargestellt hat. Wenn man schon, das (zugegebenermaßen übertriebene) Wort „Friedhof" ausspricht, muß man auch von der „Friedhofsverwaltung" sprechen. Man muß sich die determiniert katholischen, von der Amtskirche gebilligten Publikationen einmal anschauen, das peinliche Verhalten gegenüber „Publik", die Millionen, die der „Rheinische Merkur" bekommt. Man muß sich dieses elende Dreckblättchen ansehen, zeitweise schlimmer als „Bild", das sich „neue bildpost" nennt. Nein, die treten keinem zu nahe.

Das Wort Getto ließe sich möglicherweise auf die Professoren der Theologie anwenden: Sie leben in einem Beamtengetto und ihrem Status gemäß finanziell sorglos, und innerhalb dieses Gettos geht es streckenweise ziemlich lebhaft zu. Innerkirchliche Auseinandersetzungen über „Zunahetreter" sind aber nur für einen Bruchteil der Bevölkerung von Interesse, für einen geringen Bruchteil. Von Interesse für die Bevölkerung sollte das Konkordat sein, die Frage, ob Herr Tenhumberg letzten Endes auf Erfüllung besteht, ob Minister Rau vollziehen wird oder würde, oder ob alles wieder „unter den Teppich gekehrt wird". Was wird die nächste Gebäudereinigungsfirma alles unter diesem Teppich finden? Wahrscheinlich nur verfilzte Undefinierbarkeiten.

Noch ein Wort zum Vokabularium. Da tauchte – ich möchte fast sagen: prompt – das Wort vom „priesterlichen Lebenswandel" auf! Lebenswandel, das weiß „man" ja, betrifft das private sittliche Verhalten. Da denkt man doch gleich an Weiber, Alkohol, Orgien, und wie das im Saubermannsland nun einmal ist, auch an unrasierte Wangen, schlecht geputzte Schuhe, die keine Verstöße gegen irgendeine Sittlichkeit darstellen, aber doch *fast* schon in eine gewisse deutsche Sittlichkeitsvorstellung (jedenfalls die ungeschriebene, die oft grausamer ist als die geschriebene) eingegangen sind. Wenn meine Eltern und Verwandten vor vierzig, fünfzig Jahren das Wort „Lebenswandel" aussprachen – also ungefähr um die Zeit, als das Konkordat abgefaßt wurde – war's *so* zu verstehen. Man brauchte gar nicht zu sagen: „Der (oder die) hat einen schlechten Lebenswandel." Es genügte, von jemandem zu sagen: „Der hat einen Lebenswandel." Das Wort *riecht,* fast so übel wie die „neue bildpost", und ich denke, solche Schwenker und Schlenker sollte man einander, wie hart die Auseinandersetzung auch sein mag, doch ersparen.

Junge und jüngere Politiker aller Parteien sollten sich fragen, ob in einer Gesellschaft, die sich mit Inbrunst „pluralistisch" nennt, ein Minister zum Vollstreckungsbeamten innerkirchlicher Auseinandersetzungen werden sollte. Als Fall ist der Fall Herrmann von mehr Interesse als der Fall Küng. Im Fall Küng ging es um „Rom", das weit weg ist und immer weiter wegrückt; die römische Entscheidung hätte Küngs Bischof gezwungen, den zuständigen Minister zur Vollstreckung aufzufordern. Im Fall Herrmann geht es unmittelbar um die kirchliche Verfassung innerhalb unserer Verfassung. Die älteren Politiker wagen sich da nicht ran, hoffen wir auf die jüngeren aus *allen* Parteien.

Hin und wieder kommen ausländische Freunde, Katholiken, mit mir auf unser Kirchensteuersystem zu sprechen: in Frankreich, England, Portugal, Italien, Schweden. Bisher hat mir noch keiner von ihnen geglaubt, daß dieses System ist, wie es ist, daß der Staat bei uns Vollzugs- und notfalls Vollstreckungsgewalt für eine steuerrechtlich verankerte Abgabe an die Konfessionen hat, die ein staatlich garantiertes Recht auf ein Zehntel unserer Lohn- und Einkommensteuer haben. Das glaubt mir kein Ausländer. Es ist so manches unglaublich, aber wahr am kirchlichen Leben in der Bundesrepublik.

Wer wie die katholische Kirche eine sakramental begründete, mystische Bindung *fiskalisiert,* sich diese Fiskalisierung garantieren läßt, sollte sich über nichts mehr wundern. Ⓚ

konkret extrakt

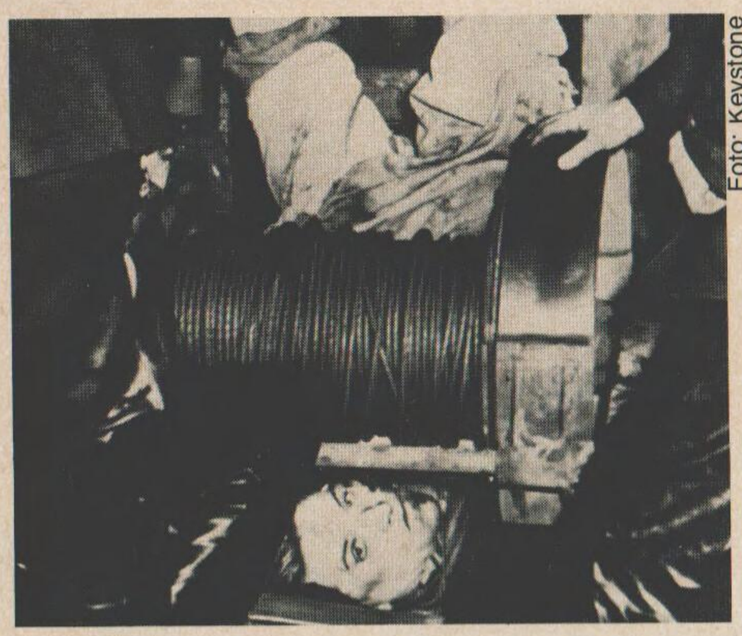


Foto: Keystone

Arbeit macht tot

Im Jahr 1974 wurden, wie das nordrhein-westfälische Arbeitsministerium jetzt mitteilte, in der Bundesrepublik 2 210 000 Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten neu angezeigt (Gesamtzahl aller Erwerbstätigen: 27,1 Millionen). 5 219 davon gingen tödlich aus. Trotz neuer gesetzlicher Auflagen über Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitsplatzsicherheit steigt die Quote weiter; im ersten Halbjahr 1975 um 5,7 Prozent. Bei einem Bedarf von 10 000 bis 11 000 gibt es in der BRD lediglich 616 hauptamtliche Arbeitsmediziner.

Bei Anruf – kein Mord

Klaus Schütz, Regierender Bürgermeister von West-Berlin: „Die Stadt ist einbezogen in das gigantische Sicherheits- und Kontaktprogramm der westlichen Führungsmacht." Sehr hübsch gesagt. Wie intensiv die Kontakte sein können, hat ja erst unlängst der amerikanische Untersuchungsausschuß über Morde und Mordpläne der CIA gezeigt – Enthüllungen, die die „Welt" nur beruhigen konnten: „Die CIA verliert ihr Schreckensimage." Wer's nicht glauben will, den beruhigt Präsident Ford mit einer „besonderen Anweisung", daß während seiner Amtszeit „unter keinen Umständen irgendein Geheimdienst die Ermordung eines ausländischen Führers plant". Das müßte den Schütz doch eigentlich beruhigen – auch ohne stramme Sprüche.

Radi-Kilo-Erlaß

Franz Josef Strauß könnte bei der Stadt München keine Anstellung finden. Nein, nicht wegen der Gesinnung, sondern weil er zu fett ist. „Wer sich bei uns bewirbt, hat nur eine Chance, wenn er nicht mehr Kilo wiegt, als er in Zentimetern an Körpergröße über einen Meter mißt." Sagt Rathaussprecher Alfons Krauss. Und daß er das durchaus nicht im Ulk meint, zeigt der Fall einer 38jährigen Krankenpflegerin, die wegen Übergewicht ihre Bewerbung zurückerhielt. Der Landesvorsitzende der bayerischen Gewerkschaft ÖTV, Rudi Beer, protestiert: „Ich kenne eine ganze Menge Menschen, die Übergewicht haben, die aber auch überdurchschnittliche Leistungen bringen." Kluncker?

Pig Brother

1984 heute: Der große Bruder heißt „NADIS", Nachrichtendienstliches Informationssystem. Es kann niemand Hochschullehrer in Hessen, Polizist in Schleswig-Holstein oder Vermessungsingenieur in Baden-Württemberg werden, ohne daß NADIS, der zentrale Computer des Bundesamts für Verfassungsschutz in Köln, befragt wird. Über Monitor erhalten die NADIS-Beauftragten der jeweiligen Landesbehörde in Sekundenschnelle Auskunft darüber, ob, und wenn ja, wo „Erkenntnisse" über einen Bewerber für den öffentlichen Dienst gespeichert sind. Rund 700 000 Anfragen hat die Kölner Zentrale bisher bearbeitet. Ein Rechtsanwalt aus Niedersachsen (hier verlangten die Behörden bis Ende September 34 928mal Auskünfte), der im Auftrag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) bei Anhörungsverfahren Rechtsbeistand leistet, berichtet, was NADIS über einzelne Bewerber so alles weiß: Sie hätten an der Gründung einer örtlichen Kriegsdienstverweigerer-Gruppe mitgearbeitet; sie hätten auf einer Spartakusliste fürs Studentenparlament kandidiert; sie hätten Reisen in die DDR unternommen; sie hätten in der „Arbeitsgemeinschaft junger Lehrer und Erzieher" der GEW mitgearbeitet. In einem Fall, so ermittelte der Jurist, habe auch ein Privatbrief eines Bewerbers vorgelegen, um „Verfassungstreue" in Zweifel zu ziehen. Wie der Verfassungsschutz an diesen Brief gekommen ist, weiß der Rechtsanwalt nicht; aber vielleicht so: Ohne Haussuchungsbefehl haben kürzlich zwei Polizeibeamte in Zivil den Briefkasten des Vorsitzenden der Frankfurter Jungsozialisten, Armin Kleist, durchsucht. Kurios genug: Diese beiden Beamten werden gegenwärtig, wie alle Frankfurter Polizisten, vom Verfassungsschutz überprüft, weil die Frankfurter Polizei durch das Land Hessen übernommen wird.

Manager-Auslese

„Zur Abwehr akademischer Systemveränderer haben die Personalbüros großer Firmen inzwischen Prüfungskriterien entwickelt, mit denen der politische Hintergrund der Bewerber ausgeleuchtet werden soll. Einen ersten Anhaltspunkt liefern die Universitäten, von denen die Bewerber kommen. Absolventen ‚roter' Unis – von den großen gegenwärtig: Bremen, Marburg, Berlin und Frankfurt (nicht mehr: Heidelberg) – müssen einen besonderen Glaubwürdigkeitsnachweis erbringen und haben sehr viel geringere Chancen, eine attraktive Eingangsposition zu bekommen. Bewerber, die frisch von der Hochschule kommen, werden vor allem in Großunternehmen und bei den Personalberatern mit gesellschaftspolitisch orientierten Fragen getestet. Eine der Fragen: ‚Haben Sie während Ihres Studiums in der studentischen Selbstverwaltung, in Kommissionen oder sonstigen studentischen Gruppen mitgewirkt?' Ein fälschlich eingesetztes ‚Nein' bietet später eine zusätzliche Handhabe gegen als radikal entlarvte Mitarbeiter.

Die Großchemie zog bereits 1971 Konsequenzen aus der politisch motivierten Verwässerung des Leistungsprinzips an vielen Universitäten. Als die Naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Regensburg die Noten in den Promotionszeugnissen abschaffte, warben die drei Chemiekonzerne Hoechst, Bayer und BASF in den Regensburger Prüfungsgremien renommierte Professoren als Gewährsmänner an.

Die Zweigstelle des konservativen Professoren-‚Bundes Freiheit der Wissenschaft' im besonders verrufenen Berlin, die ‚Notgemeinschaft für eine freie Universität' (Nofu), bietet einen speziellen Informationsservice an: Zweimal jährlich veröffentlicht die Nofu lange Namenslisten von Wahlkandidaten linksextremer Organisationen an der Freien Universität."

Diese Informationen stammen nicht etwa aus einer roten Studentenpostille, sondern vom „Manager-Magazin" aus dem Hamburger „Spiegel"-Haus („umfassende und funktionsspezifische Information", „das Forum für Führungskräfte wird nur als persönliches Abonnement geliefert").

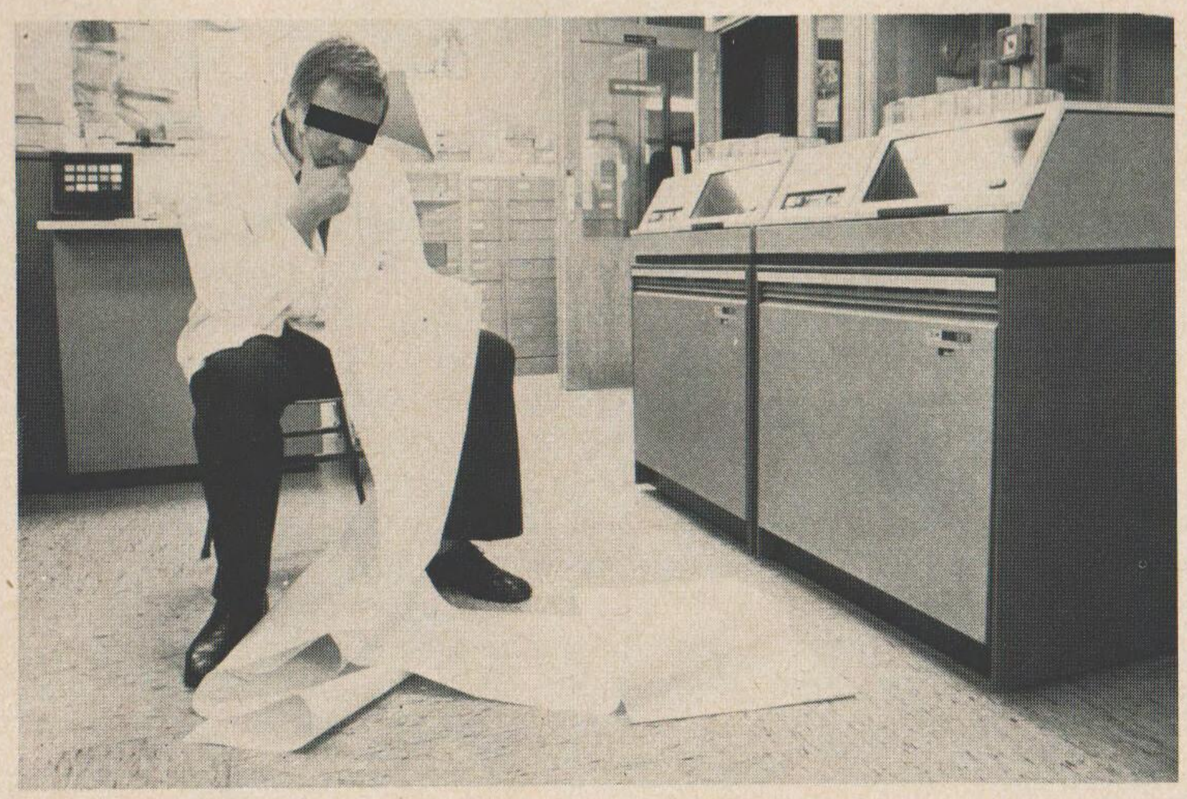


Foto: dpa

Nehm wir ihn? Nehm wir ihn nicht?

konkret extrakt

Schmarotzer

Die Wirtschaftskrise habe „ihr Gutes“ und verdiene „Lob“, weil „mancher nur noch in niedrig bezahlten Stellungen Arbeit findet“, meinte kürzlich Michael Boemers, Bundesvorsitzender der „Jungen Unternehmer“ auf einer Tagung seiner Organisation (ihre Mitglieder beschäftigen rund 1 Million Arbeiter und Angestellte). Auch der Siemens-Konzern kann der gegenwärtigen Wirtschaftslage „gute Seiten“ abgewinnen. Sein Vertreter schreibt in der „Deutschen Zeitung/Christ und Welt“, „mit Beginn der Arbeitslosigkeit ist plötzlich zehn Prozent mehr Leistung bei gleichem Belegschaftsstand erreicht“ worden, die Unternehmer seien in die Lage versetzt worden, sich der „Schmarotzer in den Betrieben“ zu entledigen. Siemens hat im vergangenen Jahr bei einer Verringerung der Beschäftigtenzahl um sechs Prozent seine Dividendenausschüttung um 14 Millionen auf 240 Millionen Mark steigern können. Noch einige Gewinn-Margen aus den letzten Geschäftsberichten: Bayer 305,6 Millionen; Ford 252 Millionen; BASF 246,6 Millionen; Hoechst 264,9 Millionen; Esso 220 Millionen; Grundig läppische 38,34 Millionen – immerhin eine Dividenden-Steigerung von 20 Prozent, und ganz alleine für die Mitglieder der Familie Grundig. (Die Radio-Firma, für die 1974/75 „das beste Geschäftsjahr aller Zeiten“ war, kündigt für das kommende Frühjahr eine sechsprozentige Preissteigerung an.) Die Warenhäuser Horten und Kaufhof erzielten in den ersten neun Monaten 1975 bereits den Vorjahrs-Gewinn; die Commerzbank spricht vom besten Bankenjahr der Nachkriegszeit. Die Bundesbank meldet in ihrem Oktoberbericht, daß die BRD-Unternehmer im ersten Halbjahr 75 insgesamt 59,9 Milliarden Mark (zehn Milliarden mehr als im Vergleichszeitraum 74) an Gewinnen einsteckten, beziehungsweise in Wertpapieren anlegten. Der Unternehmerverband „Gesamtmetall“ spricht anläßlich der Lohnforderungen der IG Metall von „tarifpolitischem Extremismus“.

stud. knapp.

Jeder zweite Student in der Bundesrepublik erhält eine Ausbildungsbeihilfe nach dem BAföG. Wie das Deutsche Studentenwerk, das die Verwaltung der Förderung unterhält, jetzt mitteilte, wird durchschnittlich ein Stipendium von 363 Mark im Monat gezahlt, ein Teil davon als Darlehen. Im Schnitt haben die Studenten davon rund 120 Mark Miete zu zahlen, bleiben nicht einmal 250 Mark für Essen, Kleidung, Fahrkosten und Lehrmittel. Jeder zweite Student in der Bundesrepublik lebt also weit unter dem Existenzminimum offizieller Statistiken.

William S. Schlamm über das neue KONKRET:

„Ein veräscherter roter Phönix steigt wieder aus der Kloake auf“

Deshalb ausfüllen, ausschneiden und einsenden für:

1 Jahresabonnement KONKRET für DM 30,– incl. Porto

Neuer Konkret Verlag GmbH

2 Hamburg 11, Gr. Reichenstr. 25/27

Bitte in Blockschrift ausfüllen

Ab Monat

Vorname

Name

Ort

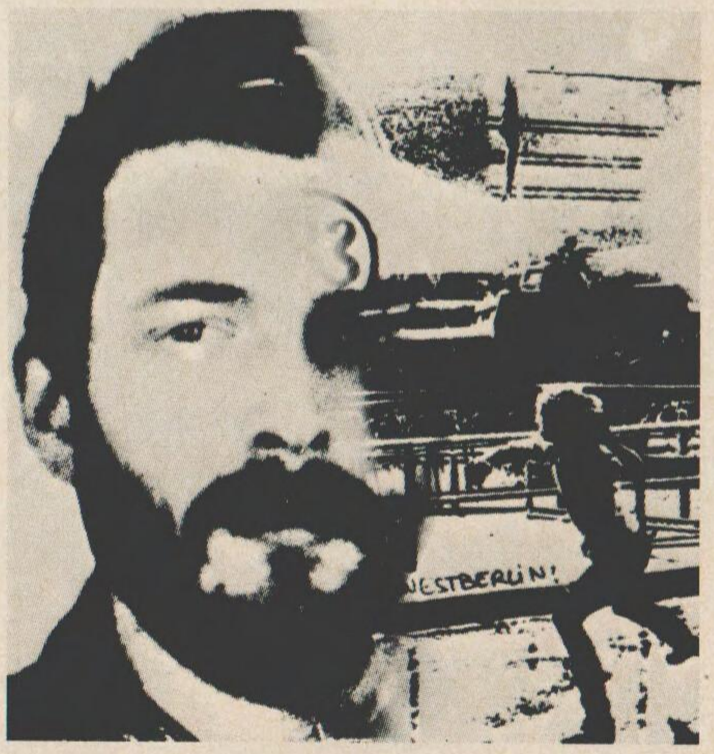
Straße

Datum

Unterschrift

Aktion Wasserschlag

München, Ende November: Polizeiaktion gegen den Trikont Verlag. 30 Polizisten, z. T. mit Maschinenpistolen, durchsuchen die Räume des Trikont Verlages und schleppen 1 600 Bücher verschiedener Titel weg, dazu die gesamte Buchhaltung, Schriftwechsel, Kontoauszüge bis hin zu 7 Schreibmaschinen.
Gleichzeitig laufen Aktionen gegen die Basisbuchhandlung, die Frauenoffensive und eine Druckerei, in der der Trikont Verlag drucken läßt (Gegendruck). Der Gegendruck gegen Gegendruck kam um 10 Uhr morgens. Es ging um Michael, gen. Bommi, Baumann. Wegen Verdunkelungsgefahr durften die Überfallenen ihre Anwälte nicht anrufen. Man blieb fünf Stunden und fuhr ab mit einem Lieferwagen voll Material.
Gesucht wurden: erstens „Bommi“ Baumann persönlich und zweitens, bei Nichterfolg von erstens, Hinweise auf seinen Aufenthaltsort.
„Bommi“ Baumann ist ehemaliges Mitglied der Gruppe 2. Juni. Als beim Attentat auf den britischen Yachtclub in Berlin-Gatow der deutsche Bootsbauer Erwin Beelitz ums Leben kam und „Bommi“ Baumanns beste Freunde, Thomas Weißbecker und Georg von Rauch, von der Polizei erschossen wurden, dämmerte es Baumann: Er wollte den „Mord- und Selbstmordtrip“ (so „Bommi“) nicht mehr mitmachen.
Er setzte sich aus dem terroristischen Untergrund ab und versteckte sich solo. Seine Erfahrungen als Stadtguerillero veröffentlichte er in der Autobiografie: „Wie alles anfing“ (Trikont Verlag). Der schmale Band ist die bisher einzige Abrechnung mit dem Anarchoterrorismus, geschrieben von einem Insider.
Um eben dieses Buch ging es bei der Polizeiaktion gegen den Münchner Trikont Verlag. Das bis an die Zähne bewaffnete Kommando der Münchener Polizei operierte mit zwei Einsatzbefehlen. Einem aus Berlin, nach dem „Bommi“ Baumann persönlich in den Bücherregalen des Verlages gesucht wurde, und, ersatzweise, nach Hinweisen auf einen anderen Auf-



enthaltsort. Der zweite Einsatzbefehl kam direkt aus München: Die übriggebliebene Restauflage des Buches (3 000 Exemplare Druckauflage) war zu beschlagnahmen. Begründung: Das Buch verstoße gegen den Paragraphen 131 des Strafgesetzbuches, nach dem die Verherrlichung von Gewalttaten und der Aufruf zum Rassenhaß verboten ist.
Aus dem eher pazifistischen „Bommi“-Buch zog sich der Staatsanwalt (vermutlich mit Mühe) jene wenigen Sätze heraus, die unter Umständen unter diesen Paragraphen fallen könnten. So ein Satz im Vorwort des Buches, in dem Baumann

konkret extrakt

Schützen Sie sich mit der „Chemischen Keule"

Wir konnten es für Sie möglich machen, dieses neue, einmalige Abwehrgerät für Sie zu importieren aus den USA. Man meint auf den ersten Blick, man hätte es mit einer einfachen Taschenlampe zu tun. Aber ein Druck auf den Knopf genügt, um mehrere Angreifer auf einmal in die Flucht zu jagen. Es gibt die Watchman-Lampe in 2 Ausführungen:

Watchman-Super Länge 28 cm, Guardian-Super Länge 18 cm.

Verkauf nur an Erwachsene!

Vertrieb für Deutschland:

LTF-SERVICE GMBH, Abt. W 10
4046 Büttgen 2, Schlehenweg 17,
Tel. 02101/69482

Chemische Keule für NRW-Polizei

Deutsche Presse-Agentur

Düsseldorf — Mit der „chemischen Keule", einer mit Reizstoffen gefüllten Sprühwaffe, wird auch die nordrhein-westfälische Polizei ausgerüstet. Das kündigte Innenminister Hirsch an. Im nächsten Jahr erhalte sie 1000 Geräte dieser Art, hinzu kämen noch 600 Stück für die Bereitschaftspolizei. Bei sachgerechter Handhabung seien Gefährdungen durch die Waffe ausgeschlossen, sagte Hirsch.

BESTELL-COUPON
(Bitte ausfüllen und ausschneiden.)

Senden Sie mir bitte
__ Stck. Watchman-Super-Lampe DM 78,-
__ Stck. Ersatzkapsel DM 10,-
__ Stck. Guardian-Super-Lampe DM 48,-
__ Stck. Ersatzkapsel DM 9,-

☐ Ich zahle, wenn der Postbote mir das Päckchen bringt + 3,– DM Portoanteil.
☐ Ich lege einen Scheck bei. Portofreie Zusendung!

Name _____
Wohnort ( ) _____
Straße _____

Rheinische Post vom 18.9.1975

8 Tage Rückgaberecht

Anzeige in der Bild-Zeitung

die Lorenzentführung als ein „Meisterstück der Stadtguerilla" feiert. Die abwiegelnde Tendenz des Baumannschen Gesamtwerkes konnte diese Passagen für den Staatsanwalt offensichtlich nicht aufwiegen.

Kein Wunder, daß die Trikontmanager ob der Polizeiaktion aus allen Wolken fielen. Hatten sie doch schon ganz andere Sachen veröffentlicht. Kein Wunder auch, daß der zur Trikontpressekonferenz herbeigeeilte Spezialist in Sachen „verlorene Ehre", Volker Schlöndorff, Mutmaßungen darüber anstellte, ob hier nicht ein Paragraph zur Anwendung gekommen war, der noch gar nicht existiert: der von sozialliberalen Ordnungshütern ersonnene Paragraph 130, nach dem schon die Befürwortung von Gewalttaten zukünftig unter Strafe gestellt werden soll.

Einzige Ausbeute der literaturinteressierten Münchener Fahnder, außer den 1 600 Büchern (für die Polizeibibliothek?): ein Schriftstück aus den Trikont-Akten, in dem die Mitarbeiter angewiesen werden, in den Verlagsräumen und am Telefon nichts über die Herkunft des „Bommi"-Manuskriptes verlauten zu lassen und schon gar keine schriftlichen Unterlagen darüber anzulegen.

Eine Aktion Wasserschlag, die Kreise ziehen könnte. Der Trikont Verlag beschreitet den Rechtsweg, wie es so schön heißt. Gleichzeitig werden Verhandlungen über eine gemeinsame Zweitauflage des beliebten „Bommi"-Buches geführt, die Trikont zusammen mit anderen Verlagen herausbringen wird. Die kostenintensive staatsanwaltschaftliche Werbekampagne dürften Michael Baumanns Memoiren zum Bestseller machen und gleichzeitig einigen ein Licht darüber aufstecken, was uns bevorstehen könnte, wenn der Paragraph 130 Realität wird.

Johanna Wismar

Keulen-Pest

In der Schweiz und in USA sind bei Polizisten, die mit der „chemischen Keule" „arbeiten", Allergien und Hautausschläge aufgetreten. Amerikanische Wissenschaftler haben herausgefunden, daß die „chemical mace" krebserzeugende Substanzen enthält. Ein Sprecher der Frankfurter Polizei, die das Giftgas besonders gern einsetzt: „In einer Großstadt sind viele Faktoren krebsfördernd." Übrigens gehört die „chemische Keule" zu den Kampfmitteln, die in einem Beschluß der UNO-Vollversammlung am 16. 12. 1969 geächtet wurden. Damals stimmten lediglich die USA, Australien und das faschistische Portugal gegen den Antrag.

Reiz-Klima

In einem „Mitarbeiterbrief" an ihre 180 Beschäftigten hat die Offenbacher Großhandelsfirma „Non Food Service Reiz und Siebert KG" mitgeteilt, daß Krankmeldungen nur dann anerkannt werden, wenn der Erkrankte seinen Arzt „von der Schweigepflicht entbindet und eine detaillierte Schilderung seiner Krankheit beibringt". Nur unter dieser Bedingung werde der Lohn weitergezahlt. „Arbeitsunfähig", so die Firma, „ist man nur solange, als die Krankheit tatsächlich vorhanden ist, nicht etwa solange der Arzt die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ausstellt."

Krisen-Lust

Verbunden mit dem Dank an die Öl-Multis, „daß wir mit einem Schrecken davongekommen sind und nicht tatsächlich wirklichen Ölmangel erfahren haben", referierte kürzlich in Brüssel der EG-Generaldirektor Wellenstein vor Bankiers und Diplomaten über die „Öl-Krise" vom Jahresende 1973. Vom Schrecken zum langen Jammer: Wellenstein hat ausgeplaudert, daß seit dieser Zeit die Rohöl-Preise um 35 Prozent gesunken sind. Derweil lassen in der Bundesrepublik die Ölgesellschaften ihre Zapfsäulen für Benzinpreise von über 1 Mark pro Liter umrüsten (Kosten für jedes Zählwerk rund 700 Mark). Noch mal zur Erinnerung: 1974, im Jahr nach der „Ölkrise", ist zum Beispiel der Exxon-Umsatz um 61 Prozent auf 45,8 Milliarden Dollar gestiegen. Der Gewinn des Öl-Multis erhöhte sich um 29 Prozent auf 3,14 Milliarden Dollar.

Elemente-Element

Die 22 Botschafter der BRD in den mittel- und südamerikanischen Ländern haben sich bei einer Konferenz mit Bundesaußenminister Genscher in Caracas dafür ausgesprochen, „daß auch in Zukunft Offiziere lateinamerikanischer Staaten bei der Bundeswehr ausgebildet werden". Diese Empfehlung gilt auch für chilenische Armee-Angehörige. Genscher: „Auch die militärische Ausbildung von Offizieren ist ein Element der deutschen Außenpolitik." Deshalb bleibt der Offizier der chilenischen Faschisten, Kraushaar, vorerst weiter bei der Bundeswehr.

Tod eines Handlungsreisenden

Die internationale Waffen-Mafia hat einen ihrer Besten auf branchen-unübliche Weise verloren. Romeo Riaci, „Homme de Confiance" des Saudiarabiers Khashoggi (Waffenbeschaffer Nr. 1 des Nahen Ostens), ist unlängst von einem unbekannten Killer mit einer Hantel erschlagen worden. Romeo Riaci und seine Brüder Charles, Pierre und Jean (letzterer Botschafter des Libanon in Prag) belieferten bisher libanesische Falangisten und Moslems mit Waffen und Munition aller Art. So ziemlich alles, was an Munition in Beirut bei den letzten Schießereien verschossen wurde, war von den Riacis beschafft worden. Zusammen mit Khashoggi und einem anderen libanesischen „Unternehmer", Eduard Baroudi, Besitzer einer Hotelkette in Sardinien, hat der Riaci-Clan auch größere Summen in ein Hotel gesteckt, das vor kurzem in Monte Carlo eröffnet wurde. Die „Spelugues" – so der Name des neuen Gastro-Monsterkomplexes – ist ein Super-Hotel mit 650 Gästezimmern, sieben Tagungsräumen, einem Ball-Room für 1 900 Personen und einem Kasino mit Cabaret und beheiztem Schwimmbecken. Ähnlich wie in Las Vegas haben sich da auch die Money-Automatenhersteller eingenistet. Wollen die Gäste zur Sauna oder zum Swimmingpool: alle Wege führen über 120 „Spielorgeln", Black-Jack- und Big-Wheel-Tische.

Promoter der „Spelugues" ist Preston Robert Tisch, Präsident des Hotelkonzerns Loews und Cheforganisator des nächsten demokratischen US-Konvents. Der Mammutbau, der auch mit einem Kongreßpalast und 150 Wohnungen ausgestattet wurde, kostete 400 Millionen Franc. Das Baumonster wurde von dem französischen Immobilienkonzern Manera, von Fürst Rainier und von der Neuen Heimat finanziert.

Die Neue Heimat gehört dem DGB.

Jud sauer

Ein Jude ist nur so lange ein guter Jude, solange er in der Sowjetunion lebt und sich propagandistisch ausschlachten läßt, oder in Israel ein treuer Zionist ist. Parlamentsanfrage des CSU-Bundestagsabgeordneten Dr. Max Kunz: Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um Unheil von West-Berlin abzuwenden, nachdem „800 Juden aus der Sowjetunion illegal in die Stadt eingereist sind und sich offenbar auf Dauer dort niederlassen wollen, nachdem sie sich in Israel nicht integrieren konnten?"

Neubabelsberg, den 10. August 1934
Augustenstrasse 40

An den
Herrn Preussischen Minister des Inneren, Berlin

Durch Verfügung des Herrn Preussischen Ministers des Inneren vom 17. 7. 35 bin ich auf Grund des § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums aus dem Dienst entlassen worden. Gründe sind mir nicht mitgeteilt worden. Ich beantrage, die Gründe dieser Verfügung einer Nachprüfung zu unterziehen und mich auf Grund des § 6 dieses Gesetzes in den Ruhestand zu versetzen.

In der Durchführungsverordnung vom 2. 4. 35 zu dem B.B.G. heisst es zu § 4: „Bei der Prüfung, ob die Voraussetzungen des § 4 gegeben sind, ist die gesamte politische Betätigung des Beamten, insbesondere seit dem 9. November 1918 in Betracht zu ziehen.

Die Durchführungsverordnung vom 6. 5. 33 lautet zu § 4:

1) Die Zugehörigkeit eines Beamten zu einer politischen Partei – ausgenommen die kommunistische Partei – rechtfertigt allein noch nicht die Annahme nationaler Unzuverlässigkeit. Dies gilt auch dann, wenn der Beamte eingeschriebenes Mitglied der Partei gewesen ist, an sie Beiträge gezahlt und ihre Versammlungen besucht hat.

2) Die Voraussetzungen des § 4 Satz I, sind insbesondere dann erfüllt, wenn ein Beamter in Wort, Schrift oder durch sein sonstiges Verhalten gehässig gegen die nationale Bewegung aufgetreten ist, ihre Führung beschimpft oder seine dienstliche Stellung dazu missbraucht hat, um national gesinnte Beamte zu verfolgen, zurückzusetzen oder sonst zu schädigen.

Ich bin im Jahre 1906, nachdem ich im Jahre 1902 das Examen als Gerichtsassessor bestanden hatte, in den Dienst der Stadt Köln als Beigeordneter eingetreten. Im Jahre 1917 bin ich einstimmig zum Oberbürgermeister der Stadt Köln gewählt und vom Könige bestätigt worden. Im Jahre 1929 bin ich als solcher wiedergewählt worden, trotzdem die Sozialdemokraten und die Kommunisten den heftigsten Kampf gegen meine Wiederwahl geführt haben. Ich bin seit langer Zeit eingeschriebenes Mitglied der Zentrumspartei gewesen, einer anderen Partei habe ich niemals angehört. Die N S D A P habe ich immer durchaus korrekt behandelt und mich dadurch wiederholt in Gegensatz zu den damaligen ministeriellen Anweisungen und auch zu den von der Zentrumsfraktion der Kölner Stadtverordnetenversammlung vertretenen Anschauungen gesetzt. So habe ich Jahre lang entgegen der damaligen Verfügung des Preussischen Innenministers der N S D A P die städtischen Sportplätze zur Verfügung gestellt und ihr bei ihren Veranstaltungen auf diesen das Hissen ihrer Hakenkreuzfahnen an den städtischen Flaggenmasten gestattet. Ich beziehe mich auf die einschlägigen Akten der Stadt Köln und auf das Zeugnis des Beigeordneten i. R. Billstein.

Seit Jahren bin ich in dem zuständigen städtischen Ausschuss entgegen den ministeriellen Verfügungen dafür eingetreten, dem Westdeutschen Beobachter die städtischen Bekanntmachungen zu geben. Siehe das Protokollbuch des Verfassungsschutzes der Stadt Köln.

Im Sommer 1930 habe ich angeordnet, dass die Verfügung des Preussischen Staatsministeriums, die nationalsozialistischen Beamten zwecks Disziplinierung namhaft zu machen – die Verfügung war vom Regierungspräsidenten zur Durchführung übersandt worden – nicht ausgeführt worden ist, da ich sie für unberechtigt und ungerecht hielt. Beweis: Zeugnis des Beigeordneten i. R. Berndorff in Köln. Dem nationalistischen Stadtverordneten Gauleiter Grohé habe ich in jener Zeit auf seine an mich gerichtete Frage, ob städtische Beamte, die sich für die N S D A P bekännten, von mir etwas zu befürchten hätten, geantwortet, dass kein Beamter – gleichgültig, welcher Partei er angehöre – im Dienste für diese Partei agitieren dürfe; wenn aber ausserhalb des Dienstes ein Beamter für die N S D A P eintrete, so sei das seine persönliche Angelegenheit, deretwegen er von mir nichts zu befürchten habe.

Ein Vorfall, der sich an einem der letzten Sonntage vor der Reichstagswahl vom 5. März 33 abspielte, hat in dem Teil der Kölner N S D A P, der nicht die ganzen Vorgänge kannte, den Eindruck einer feindseligen Behandlung der Partei entstehen lassen. In der Nacht vor diesem Sonntage waren auf den Pylonen der Hängebrücke heimlich Hakenkreuzfahnen aufgezogen worden. Die Brücke war städtisches Eigentum, ihre Beflaggung fand immer nur dann statt, wenn die Stadtverwaltung selbst flaggte. Ich habe infolgedessen der Kölner Parteileitung mitteilen lassen, ich könne verstehen, dass die Partei bei ihrer Kundgebung ihre Flagge zeigen wolle, es handle sich aber hier um ein städtisches Bauwerk, das in keinem örtlichen Zusammenhange mit dieser Kundgebung stehe; ich sei damit einverstanden, dass die Fahnen vor den Messehallen, in denen die Kundgebung stattfinden sollte, gehisst wurden, die Parteileitung möge jemand schicken, der angebe, wo dort die Flaggen gehisst werden sollten. Es sind dann in Gegenwart eines Vertreters der Parteileitung unter Aufsicht eines Beigeordneten durch städtische Beamte vor den Messehallen Fahnenmaste in den Boden gerammt, und an diesen die Fahnen gehisst worden. Beweis: Zeugnis des Beigeordneten i. R. Billstein in Köln.

Die in der Entlassung nach § 4 des B.B.G. liegende Kennzeichnung als national unzuverlässig ist für mich und meine Familie – ich habe sieben Kinder – in höchstem Masse schmerzlich und unverdient. Ich glaube sagen zu dürfen, dass ich mir unter den schwierigsten Verhältnissen erhebliche Verdienste um die Rettung der deutschen Rheinlande erworben habe. Der Herr Reichspräsident von Hindenburg hat nach dem Abzug der englischen Besatzung diese meine Verdienste in sehr warmen Worten anerkannt und mir sein Bild geschenkt. Um so bitterer ist für mich die Entlassung auf Grund des § 4. Ich bitte daher dringend um eine Nachprüfung der Entscheidung. Wenn noch über irgend einen Punkt Unklarheiten oder Zweifel bestehen sollten, so bitte ich mir Gelegenheit zur Stellungnahme dazu geben zu wollen.

gez. Adenauer

100 Jahre

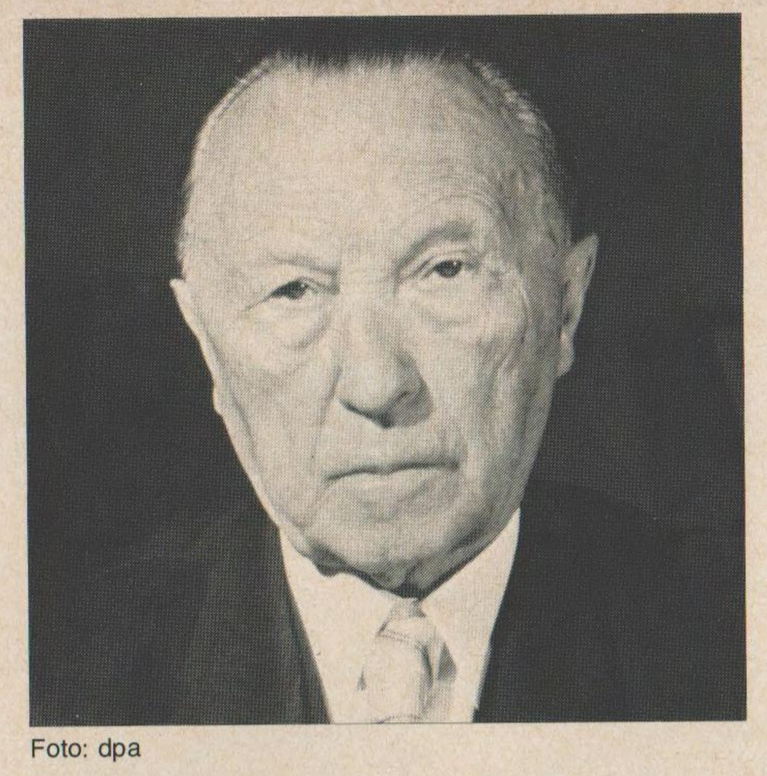


Foto: dpa

Adenauer

Konrad Adenauer macht noch im Grab Politik. Rechtzeitig zu Beginn des Wahlkampfjahres 76 läßt er am 5. Januar seinen hundertsten Geburtstag feiern

Hermann L. Gremliza

® Unsere öffentlichen Stimmungsmacher werden sich nicht mehr einkriegen. Im Fernsehen wird ein Dokumentarspiel laufen, Rundfunk, Zeitungen und Illustrierte werden wochenlang in Features, Nachrufen, biographischen Notizen und Diskussionen die Herren Golo Mann und Carlo Schmid, Otto Roegele und Theo Eschenburg, Gerd Bucerius, Joachim Fest und Arnold Gehlen darüber rätseln lassen, ob Adenauer nun der größte deutsche Staatsmann seit Bismarck war oder bloß ein großer Politiker, ein Patriot oder bloß ein großer Europäer oder von jedem etwas oder mal dies, mal das. Seine liberalen Gegner von einst werden ihm und sich bestätigen, daß er, bei aller, manchmal fast grundsätzlichen Kritik, doch ein Großer und Alter gewesen sei, ein Fuchs, ein genialer Stratege, ein gewitzter Taktiker, eine Führernatur und was weiß ich noch.

Doch selbst wenn alle Medien von früh um zehn (ZDF-Gedenkmesse) bis nachts um halb zwölf (ARD-Wort zum Hundertsten) von Adenauer überquillen, wenn sein Leben ein paar dutzendmal vor- und rückwärts durchgekaut wird, *diese* Geschichte wird nicht erzählt werden:

Sie beginnt in der Weimarer Republik. Adenauer war damals Mitglied der katholischen Zentrumspartei und Oberbürgermeister von Köln. Er war kein Freund der Nazis. Aber im Kampf gegen Sozialdemokraten und Kommunisten war ihm schon zu jener Zeit jedes Mittel recht. Deshalb boykottierte er Verfügungen des preußischen SPD-Innenministers und half den Nazis, wo er konnte. In einem Brief an Hermann Göring machte er später seine Verdienste um die NSDAP geltend (siehe Seite 10).

Nach 45 gründeten bürgerliche Gegner des Nationalsozialismus, an ihrer Spitze christliche Sozialpolitiker wie Jakob Kaiser und Karl Arnold, die Christlich-Demokratische Union. Ihr politisches Credo schrieben sie in ein Programm, von dem ein Mitglied der CDU-„Führungsmannschaft" dreißig Jahre später sagen sollte, er habe es nicht einmal gelesen: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden" („Ahlener Programm").

Konrad Adenauer setzte sich an die Spitze der neuen Partei – mit Hilfe mächtiger und finanzkräftiger Freunde, der Protektion der britischen Besatzungsmacht und mit jenem Zynismus, der den zeitweiligen NS-Hilfswilligen gegen jede Art Sozialismus nun sagen ließ: „Wir fordern die Vergesellschaftung der Bergwerke. Auch bei der eisenschaffenden Industrie ist der Weg der Vergesellschaftung zu beschreiten . . . Die CDU will die Grundstoffindustrie der Herrschaft des Privatkapitals entziehen."

Antifaschismus wurde verlangt? Aber bitte: Die „hohen Militärs und die Großindustriellen", bekannte Adenauer, „tragen

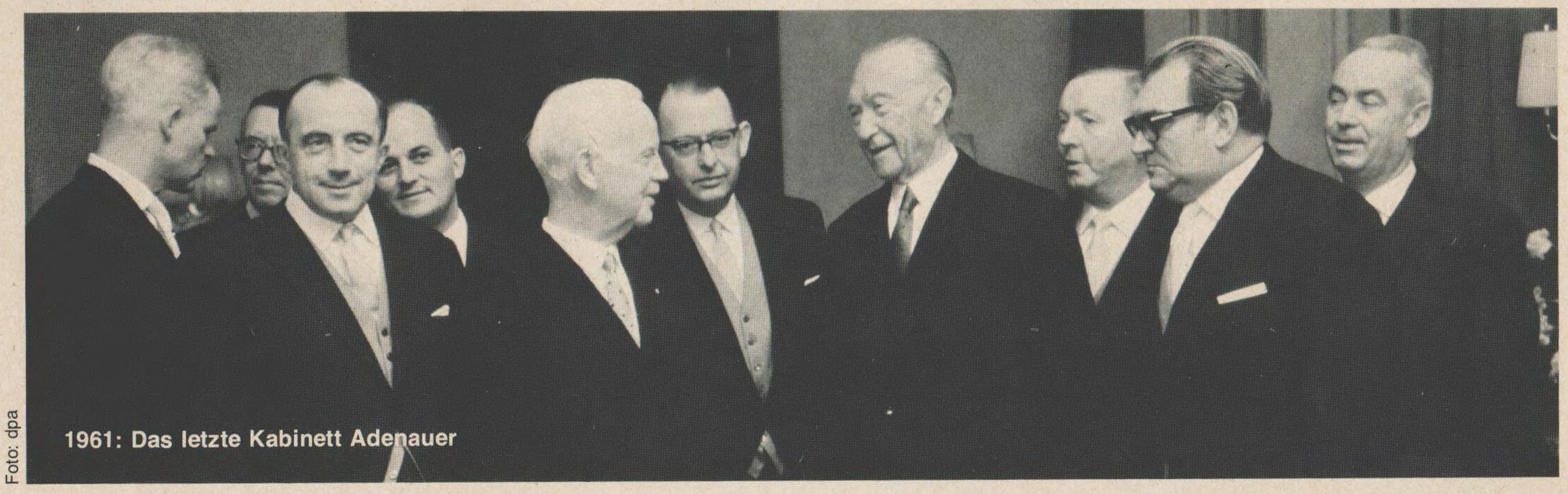


Foto: dpa

1961: Das letzte Kabinett Adenauer

ein volles Maß an Schuld, und ihre persönliche Schuld, derentwegen sie vom deutschen Volk vor deutschen Gerichten zur Rechenschaft gezogen werden müssen, ist um so größer, je größer ihre Macht und ihr Einfluß waren."

Drei Jahre nach dieser Anklage wurde Adenauer Bundeskanzler, und zu seinem engsten Berater machte er einen Mann, der in einem Brief vom 25. April 1938 des NS-Innenministers Frick an den „Stellvertreter des Führers, in München, Braunes Haus" so beschrieben wurde: „Oberregierungsrat Dr. Globke gehört unzweifelhaft zu den befähigsten und tüchtigsten Beamten meines Ministeriums. In ganz hervorragendem Maße ist er am Zustandekommen nachstehend genannter Gesetze beteiligt gewesen: a) des Gesetzes zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre, b) des Gesetzes zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes . . . Bei seiner seit der Machtergreifung durch die NSDAP bewiesenen Loyalität und Einsatzbereitschaft halte ich es für dringend erforderlich, ihn nunmehr durch die Beförderung zum Ministerialrat für seine ganz vorzüglichen Leistungen . . ." Globke wurde mehr: Staatssekretär, in Adenauers Kanzleramt.

Kaum gaben der Zerfall der Anti-Hitler-Koalition und der beginnende Ost-West-Konflikt den Rückgriff auf das alte, bürgerlich-terroristische Herrschaftspersonal frei, begann Adenauer mit der Liquidierung des antifaschistischen CDU-Erbes: Mit dem 131er-Gesetz öffnete er den Nazi-Beamten wieder Verwaltung und Justiz, das Offizierskorps der neu entstehenden Armee wurde mit Hitlers Generalen bestückt, komplette SD-, SS- und Gestapo-Formationen durften den „Schutz der Verfassung" und die Auslands-Spionage übernehmen.

Mit Hitlers Leuten führte Adenauer seinen 1933 von Hitlers Leuten übernommenen Kampf gegen Sozialdemokraten und Kommunisten fort: Im Gesetz zur Wiedergutmachung der von Nationalsozialisten angerichteten materiellen, körperlichen und seelischen Schäden wurden Kommunisten, die trotz Konzentrationslager-Haft bei ihrer Überzeugung geblieben waren, als „rückfällig" von jeder Entschädigung ausgenommen. Ein Radikalen-Erlaß (sogenannter „Adenauer-Erlaß") beseitigte kommunistische Lehrer, Kommunalbeamte und Angestellte aus dem öffentlichen Dienst.

Die KPD wurde verboten, Hunderte, die vor kaum einem Jahrzehnt aus Hitlers KZs befreit worden waren, steckte man wieder ins Loch – abgeholt, abgeurteilt und bewacht oft genug von Typen, denen sie schon einmal begegnet waren.

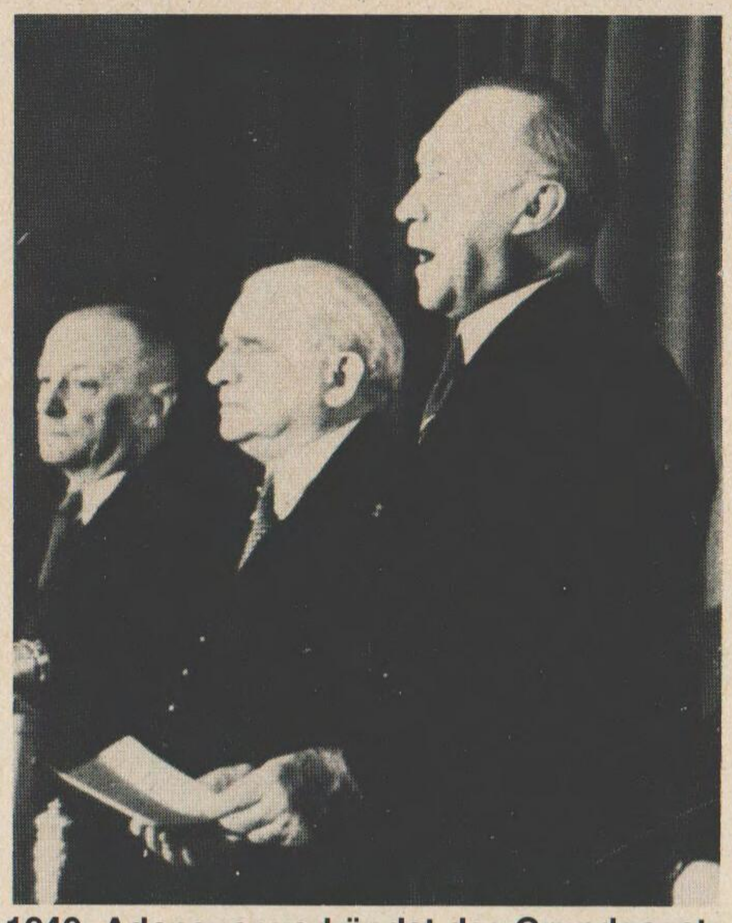


Foto: Keystone

1949: Adenauer verkündet das Grundgesetz

Foto: Keystone

1945: Befreiung des Konzentrationslagers Dachau – Politik mit Hitlers Leuten

Die SPD konnte man nicht verbieten. Doch Adenauers Arsenal war reichhaltig: Ohne Scheu setzte er darauf, daß eine zwölfjährige Propagandaflut gegen den „Bolschewismus" Rückstände in den Köpfen der Wähler hinterlassen hatte. Goebbels war wieder in. Wie er nannte Adenauer die SPD den „Untergang Deutschlands" oder den „Totengräber des deutschen Volkes". „Alle Wege des Sozialismus führen nach Moskau" stand auf einem CDU-Wahlplakat. Auch die einschlägigen Erfahrungen des alten SD- und Gestapo-Personals wurden von Adenauer genutzt: Wieder durften Sozialdemokraten und Gewerkschafter bespitzelt, denunziert und auf schwarze Listen gesetzt werden.

„Wir sind der Auffassung, daß die Wirtschaft der Bedarfsdeckung des Volkes zu dienen hat. Unsere grundsätzliche Auffassung verbietet es uns, als Sinn der Wirtschaft nur das ungehemmte Gewinnstreben des einzelnen zu sehen. Eine vernünftige Planung und Lenkung der Wirtschaft ist unerläßlich." Das war Adenauer 1946. Grundsätzliche Auffassung? Fünf Jahre später durften die CDU-Sozialpolitiker um Anton Storch und Theodor Blank gerade noch die Montan-Mitbestimmung und das Betriebsverfassungsgesetz durch den Bundestag bringen. Und dann ging nichts mehr.

Als Adenauer antrat, versprach er: „Ich bin kein Freund von Großkapitalisten und ebensowenig ein Freund der Trusts und Kartelle. Ich erkläre, daß ich nicht wünsche, daß wieder Großkapitalisten entstehen . . ., daß Großkapitalisten niemals eine die Freiheit bedrohende Macht gewinnen dürfen."

Foto: dpa

1934: Adenauer-Adressat Hermann Göring

Als Adenauer 1963 abtrat, hinterließ er einen Staat der Trusts und Kartelle, dessen Großkapitalisten wieder zur Weltspitze zählten. Eine Gesellschaft, in der schon die Diskussion von Wirtschafts-Planung und -Lenkung als linksradikal galt. Ein politisches Klima, das die Forderung nach Vergesellschaftung der Grundstoffindustrie zum verfassungsfeindlichen Bekenntnis machte. Eine Justiz, die ihr NS-Personal nicht „vor deutschen Gerichten zur Rechenschaft" zog, sondern beförderte. Ein Militär, das mit Hitlers Orden herumspazierte.

Jetzt, sechs Jahre nach Ablösung der letzten CDU-Regierung, treten sie wieder an, Adenauers Erbe zu feiern, um es zu vollenden. Man sieht schon vor sich, wie unsere taktisch ach so kluge Sozialdemokratie mitfeiert – aus Staatsräson, aus Pietät oder wie immer man das nennt, wenn man sich nicht traut. (k)

Spesenbetrug

Der amerikanische Gemischtwaren-Konzern Hunter-Douglas, einer der größten der Welt, feuerte Anfang November zwei seiner Betriebsräte in der Krefelder Tochterfirma Graf GmbH: Der Betriebsratsvorsitzende Wetzels und sein Stellvertreter Kleuren sollen sich „eines in Bereicherungsabsicht durchgeführten Spesenbetrugs zum Nachteil des Arbeitgebers" schuldig gemacht haben. Günter Wallraff hat den Fall protokolliert:

Günter Wallraff

Ⓚ *Im Rahmen seiner Marktbereinigungsstrategie schluckte der Weltkonzern Hunter-Douglas im Jahr 1973 die Firma Graf GmbH. Zur „Entschlackung" der Belegschaft schickte Hunters Europa-Zentrale in Rotterdam ein Krisenmanagement nach Krefeld. Ein leitender Angestellter erinnert sich:*

„Am Anfang gingen sie noch sachte vor, so peu à peu. Mal hier einen, mal da einen entlassen, um uns daran zu gewöhnen und zu sehen, ob sich was rührt. Aber da rührte sich nichts, da hatten wir noch keinen Betriebsrat. Die Arbeiter mußten zuerst dran glauben. Besonders die, die viel krank waren. Im ersten Jahr wurden an die hundert ausgebootet. Die Leistung der einzelnen Mitarbeiter ist dadurch wesentlich gestiegen. Die schonten sich nicht, denen saß die Angst im Nacken. Gleichzeitig wurde das Management aufgebläht, ebenso, zwecks Kontrolle, die Verwaltung. Da wurden Spitzenleute neu eingestellt mit Gehältern an die 10 000 monatlich, die wurden dafür bezahlt, durchzugreifen mit harten Bandagen. Anfangs wurde noch von ‚Umbesetzungen' gesprochen, aber die aus der Produktion Herausgegriffenen tauchten, wie sich bald herumsprach, nirgend anderswo mehr auf, die waren draußen."

Und der Betriebsrat? Ein Arbeiter erzählt:

„Früher schon hatten wir mal versucht, einen Betriebsrat zusammenzubekommen. Auch da wurde ein abschreckendes Beispiel geschaffen. Der Mann, ein Anstreicher, wurde entlassen, wohl, weil er versuchte, Mitglieder für die Gewerkschaft zu werben. Der offizielle Grund war, im Werk gäbe es nun nichts mehr anzustreichen. Wir merkten, daß es mit den Drohungen in diesem Betrieb ernst gemeint war. Es war dann sehr schwer, Leute zu finden, die es wagten, sich zum Betriebsrat aufstellen zu lassen. Die Angst war da, sich doch nur Nachteile einzuhandeln. Als der Betriebsrat zustande kam, waren Wetzels und Kleuren die einzigen, die sich aktiv betätigt haben, alle anderen, das kann man ohne Übertreibung sagen, haben sich Zurückhaltung auferlegt."

Dazu hatten auch sie allen Anlaß – wie ein Betriebsrat verrät:

„Als ich in den Betriebsrat gewählt wurde, hat man mich plötzlich ohne ersichtlichen Grund befördert. Vielmehr, als Grund wurde angeführt, es hätte sich herausgestellt, daß ich Führungsqualitäten erkennen ließe. Ich müsse mir nur jetzt darüber Klarheit verschaffen, welchen Zielen ich sie unterstellte: dem Wohl der Firma oder gewerkschaftlichen Aktivitäten. Man hat mir nahegelegt, da ich doch nun eine Führungskraft sei, solle ich die Finger davon lassen, das sei unvereinbar. Ich sagte, ich sähe darin keinen Hinderungsgrund, außer den zeitlichen Nachteilen. Man nahm uns von Anfang an nicht für voll. Dazu kam, wir hatten durch das neue Management eine Front von vier, fünf Leuten gegen uns. Wenn nicht wenigstens drei Herren anwesend waren, weigerten sie sich, mit uns zu verhandeln und Entscheidungen zu treffen. Das war andauernd der Fall."

Einmal Zuckerbrot – einmal Peitsche. Ein technischer Angestellter hat miterlebt, wie die Firmenleitung auf Kleurens Wahl zum Betriebsrat reagierte:

„Als Herr Kleuren zum Gesamt-Betriebsratsvorsitzenden gewählt wurde, hat man ihm einen neuen hochdotierten Mann direkt vor die Nase gesetzt, obwohl es arbeitsvertraglich geregelt ist, daß er nur der Geschäftsleitung untersteht. Kleuren, als Chef der EDV, wurde fortan von dem neuen Organisator auf Schritt und Tritt belauert und schikaniert. In seiner Abteilung bekam er die größten Schwierigkeiten, weil keiner mehr wußte, wessen Anweisungen er befolgen sollte."

Als der Betriebsratsvorsitzende dennoch nicht klein beigab, kam es zu jener umfänglichen Geschichte, die Karl-Heinz Kleuren, 29, so schildert:

„Wir hatten uns ursprünglich für einen Gewerkschaftslehrgang in Einruhr/Eifel entschieden, der uns von der IG Metall empfohlen worden war. Wir hatten vier Mann angemeldet, und die Geschäftsleitung hatte auch schon das Programm durchgelesen, das von der Gewerkschaft erstellt worden war. Die Geschäftsleitung versuchte von Anfang an, uns mit allen Mitteln von diesem Kursus abzuhalten und auf einen ihr genehmen nach Lette bei Gütersloh zu beordern. Die Geschäftsleitung argumentierte, der erste Lehrgang läge nicht auf unserem Niveau, der ginge über unseren Horizont, so etwa hat man sich ausgedrückt. Dazu muß ich sagen: Ich bin Betriebswirt und EDV-Organisator, und mein Kollege Günter Wetzels ist Facharbeiter, Schlosser. Dieser ‚Funktionslehrgang I' entsprach also durchaus unserem Bildungsstand.

Gefeuerte Betriebsräte Kleuren, Wetzels: Die Spesen-Sache glaubt keiner

Nachdem wir dem Druck der Geschäftsleitung nachgegeben hatten, verlangte man, daß nur wir beide, also der Vorsitzende und sein Stellvertreter, abkömmlich seien, sie könnten nicht auf einmal soviel Leute entbehren. Also blieben wir beide übrig. Dann wurde der Termin noch zweimal umgeschmissen, Mitursache für die Probleme, die dann auf uns zukamen. Erst mal kamen wir zu spät weg. Ich mußte Sonntag abend noch bis Mitternacht überraschend Überstunden machen, weil plötzlich eine wichtige Jahresdatei fehlte, ohne die die tägliche Umsatzstatistik nicht erstellt werden konnte. Das Hotel war für diese Nacht bereits reserviert. Gegen 5 Uhr früh fuhren wir los, waren gegen 7 Uhr da, haben gefrühstückt und unsere Zimmer schon benutzt. Diese Nacht hat uns die Wirtin nachher ungefragt berechnet, wir haben's auch nicht reklamiert, da das Zimmer ja bestellt war, und wir morgens auch gefrühstückt hatten. Das wurde uns dann als Betrug ausgelegt und daß wir uns je DM 10,– Frühstück von der Wirtin mit in Rechnung haben stellen lassen. Wir waren seltsamerweise die einzigen Kursusteilnehmer, die in dem Hotel auch übernachteten, alle anderen wohnten in der Umgebung. Seltsam auch, daß Personalchef Dohmann ganz in der Nähe seinen Wohnsitz hat und die Aussagen der Wirtin eidesstattlich gegen uns vorbrachte.

Wir hatten Spesenabrechnungen immer so abgerechnet, sie wurden nie beanstandet, ich kann mich nicht erinnern, daß ich das Frühstück jemals abgezogen hätte.

Als wir zurückkamen, wurde der Betriebsrat geschlossen zur Geschäftsleitung zitiert. Der kaufmännische Leiter, Töpfer, saß da, der Krisenmanager Aschmann aus Rotterdam als Kontrolleur der Geschäftsleitung und Personalchef Dohmann. Unbewegt überreichte man uns das Kündigungsschreiben. Von Herrn Töpfer kam tonlos, wie einstudiert: ‚Meine Herren, ich bin befugt worden, Ihnen ein Hausverbot auszusprechen und Sie vorläufig vom Dienst zu suspendieren.' Wenn wir im anstehenden Arbeitsgerichtsprozeß kein Recht bekommen, ist der gesamte Betriebsrat lahmgelegt, und es fragt sich, ob überhaupt jemals wieder ein aktiver Betriebsrat hier wird Fuß fassen können. Wir waren ihnen wohl zu aktiv, obwohl wir schon mit äußerster Vorsicht rangegangen sind. – Nachträglich wurde uns von Kollegen gesagt, daß schon Tage vor unserem Rausschmiß andere Abteilungen im Betrieb darüber informiert waren.

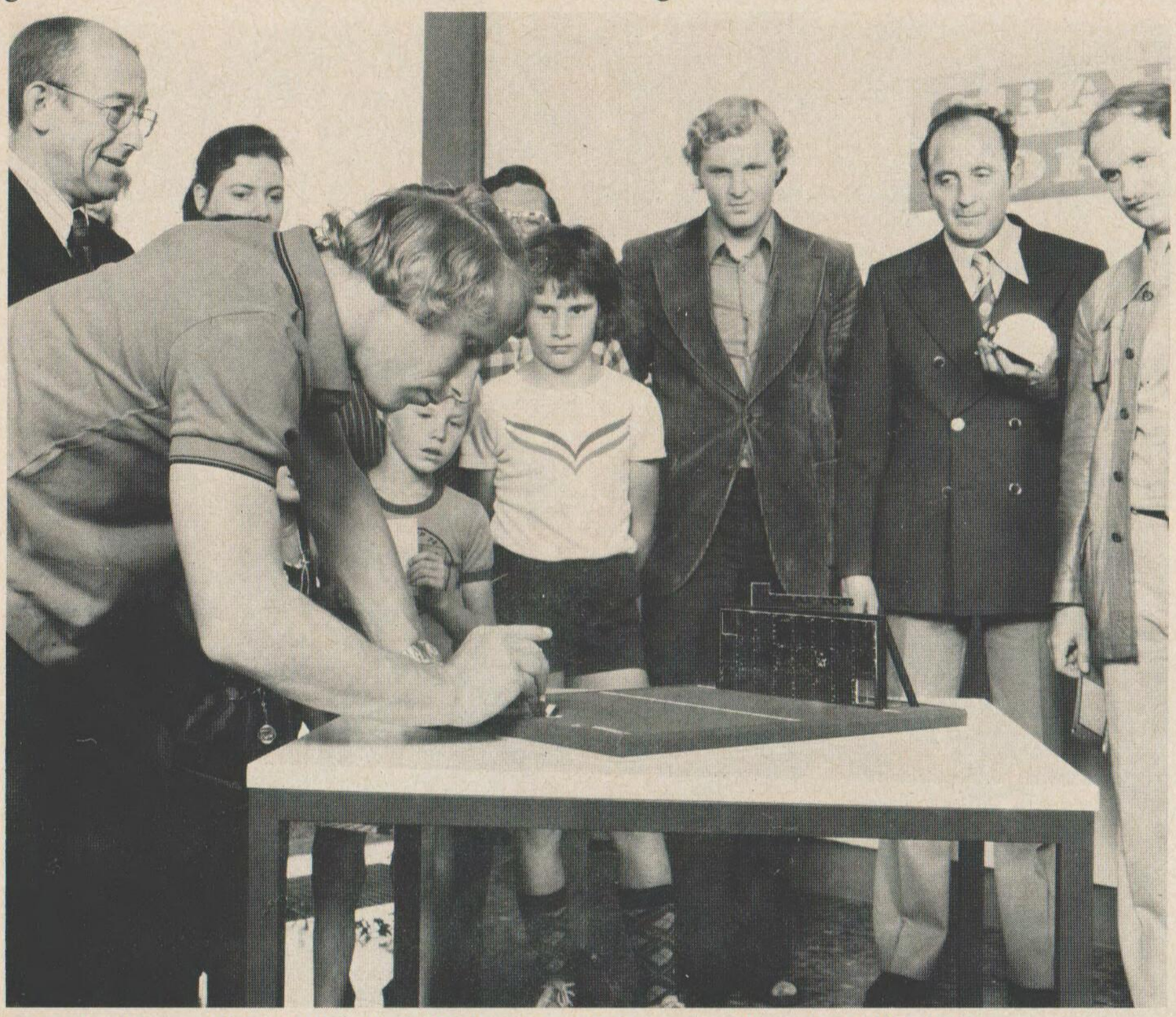
Mir war schon mehrfach von der Firma vorgerechnet worden, daß die 100 Stunden Betriebsratstätigkeit, die ich in etwa pro Monat aufwendete, die Firma enorm viel kosteten, obwohl ich meine Arbeit zum Teil in Form von nicht bezahlten Überstunden zusätzlich ableistete. Einige Tage nach dem Rausschmiß ließ die Firmenleitung meinen Schreibtisch aufbrechen. Man gab vor, ich sei nicht telefonisch zu erreichen gewesen, obwohl in der Zeit ständig jemand zu Hause war. Falls ich den Prozeß verlieren sollte, kann ich gleich auswandern. In meiner Branche sind es wenige Firmen, die sich untereinander gut informieren. Wenn ich dann nach Arbeit frage, die Antwort kenne ich schon."

Die Folgen. Ein Arbeiter berichtet:

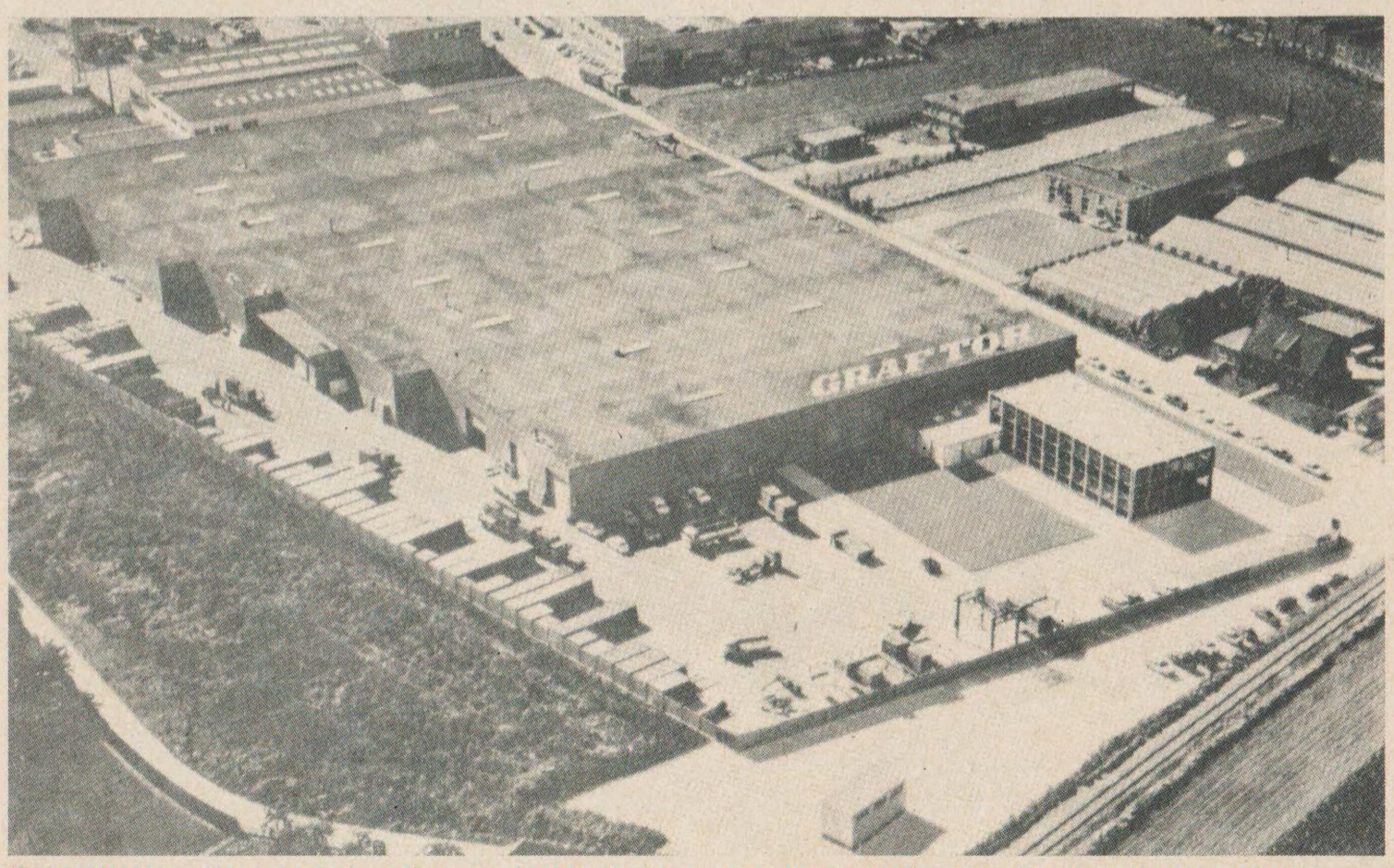
„Wenn man jetzt den Leuten Anweisungen gibt, werden sie ohne großes Murren und ohne Umstände erledigt. Zum Beispiel wenn durch Fehlplanung die Woche über Kurzarbeit angeordnet worden ist und dann plötzlich am Samstag wieder Überstunden gefahren werden müssen, wird das ohne Widerrede hingenommen und geschluckt, weil jetzt Ruhe dem Arbeitgeber gegenüber die erste Bürgerpflicht geworden ist. Darum hat man meiner Ansicht nach auch die beiden Betriebsratsvorsitzenden aus dem Weg geräumt, weil sie immer wieder auf die Einhaltung der Gesetze pochten und alles an die Gewerkschaft weitermeldeten. Die Spesensache war eine Falle, in die sie reingetappt sind. Das Traurige ist, alle sind empört, aber keiner wagt seiner Empörung Ausdruck zu verleihen, es gibt ein organisiertes Schweigen. Wird jemand auf den Fall angesprochen, sagt er, ‚nun ja, die beiden sind nun mal nicht ehrlich gewesen, obwohl's zum Himmel stinkt, daß die Sache faul ist'. Man sagt sich, wenn sie die schon kaschen, obwohl sie besonderen Kündigungsschutz haben, da kann man froh sein, daß man selbst noch mal davongekommen ist. Die hängen dir immer was an, wenn sie wollen, die sitzen am längeren Hebel. In solchen Zeiten ist nix mit Solidarität, da ist sich jeder selbst der Nächste."

Schlußwort. Ein Angestellter:

„Ich glaube nicht, daß die Spesenabrechnung der eigentliche Grund ist, weil die vom Management doch selbst von ganz anderen Spesensätzen ausgehen. Die lassen sich doch alles in Rechnung stellen. Das ist denen in Fleisch und Blut übergegangen. Und ein Unternehmer erst setzt alles, was er unternimmt, ob Geliebte oder Urlaubsreise, und seinen ganzen Spaß, und letztlich dann sich selbst, von der Steuer ab. Aber das ist dann Gewohnheitsrecht, und keiner kommt und nennt's ‚in Bereicherungsabsicht durchgeführter Spesenbetrug zum Nachteil der Arbeitnehmer'!" (k)



Graf-Werbung mit Berti Vogts (r. Betriebsrat Kleuren): „Nix mit Solidarität"



Graf-Werk: „Was bei uns Betrug heißt, ist bei den Unternehmern Gewohnheitsrecht"

Günter Wallraff: Der Krisenmanager – eine dramatische Szene nach tatsächlichen Vorfällen, die sich in den vergangenen Monaten und Wochen in den Chefetagen bundesdeutscher Konzerne zugetragen hat:

Ⓚ Direktionsbüro. Hinter mächtigem leeren Schreibtisch hat sich der Krisenmanager postiert. Davor *(mit Listen, Unterlagen und Schreibblocks)* **Abteilungsleiter und Personalchef.**

Krisenmanager: Abteilung IV, Galvanik. Noch Luft drin?

Abteilungsleiter: Laut jüngster REFA-Berechnung ist da nichts mehr rauszuholen.

Personalchef: *(blättert in den Unterlagen)* Im letzten Sommer war dort über Wochen die Hallentemperatur über 45 Grad. Da sind die Leute weggeflossen wie der Camembert. Darf ich in diesem Zusammenhang an die versprochene Klimaanlage erinnern. Die grundsätzliche Zusage haben wir ja seit zwei Jahren.

Krisenmanager: *(winkt ab)* Die Erfahrung lehrt uns, es ist immer noch Luft drin, wo ein Wille ist . . .

Abteilungsleiter: Wenn ich mir erlauben darf . . .

Krisenmanager: *(unterbricht)* Wenn es der Produktionssteigerung dient, bitte . . .

Abteilungsleiter: *(schweigt)*

Krisenmanager: *(nimmt eine Liste von Personalchef entgegen, blättert)* Warum so zaghaft mit den Abgängen? Dieses Jahr nur zehn Prozent Zuwachsrate bei den Entlassungen. Und das bei 26 Prozent Umsatzrückgang. Das steht doch in keinem Verhältnis!

Abteilungsleiter: Wenn ich mir erlauben darf . . .

Krisenmanager: *(unterbricht)* Wenn es der Produktionssteigerung dient . . .

Abteilungsleiter: *(freudig)* Jawohl. Wir produzieren mit reduzierter Mannschaft 17 Prozent mehr. Vorerst auf Lager. Aber da wir aller Voraussicht nach ab Anfang 77 wieder groß auf den Markt schmeißen können . . . Erwartete Preisentwicklung: 12 Prozent Steigerung. Alles noch zu den niedrigen Löhnen produziert.

Personalchef: Die Leute klotzen nur so ran. Sie geben ihr letztes. Die Arbeitsmoral läßt nichts zu wünschen übrig.

Krisenmanager: Eben! Kein Arzt setzt die Kur aus, wenn sie anfängt, Erfolge zu zeitigen. Weitere 10 Prozent reduzieren! Das überflüssige Fett muß noch runter, bis der Betriebskörper wieder voll funktionsfähig ist. Produktion gleichzeitig um 5 Prozent drosseln. Sonst platzen die Lagerhallen noch aus den Nähten. Als erstes machen Sie ihren Leuten klar, es geht um Gedeih und Verderb. Alles oder nichts. Dann sind die Politisierer zu schassen. Dann die Bummelanten und die Krankfeierer. Am besten Blitzaktion. Die anderen sind froh, daß sie verschont geblieben sind. Ihnen klarmachen, daß es zu ihrem Besten geschieht, daß sie indirekt von ihren eigenen Kollegen beklaut wurden.

Personalchef: Es ist nicht zu verantworten. Wer sich jetzt noch krankmeldet, ist schon richtig krank. So hatten wir bei der letzten Grippewelle noch Überhang an den meisten Abschnitten. Normal kalkulieren wir 13,5 Prozent Fehlquote. Kranke und Urlauber zusammen. Zur Zeit sind es kaum noch vier Prozent.

Krisenmanager: Na bitte. Da hätten wir ja unsere 10 Prozent. Sagen sie mal, ich frage mich die ganze Zeit, wessen Interessen Sie eigentlich vertreten? Sind wir denn hier bei der Heilsarmee oder bei den UN-Truppen. Ich will doch meinen, wir kämpfen hier an vorderster Front. *(Zum Personalchef)* Notieren Sie mal. Zwei Schemabriefe. Individuell variieren. Wichtig: keine Drohungen und Formverletzungen. Immer vom Wohl des einzelnen Mitarbeiters ausgehend. Schemabrief E/I: hat sich sehr bewährt bei Ausländern, die wir noch halten wollen:

„Sehr geehrter Herr . . .
Es wird Ihnen sicher verständlich sein, daß Ihr Arbeitsplatz täglich besetzt sein muß. Sie haben aber in diesem Jahr so oft krank g e f e i e r t, daß wir zu der Auffassung gekommen sind, daß Ihnen die Arbeit zu schwer ist . . .“

– Absatz, weiter . . .

„. . . . Wir möchten gesundheitliche Schäden durch die Tätigkeit bei uns vermeiden. Aus diesem Grund müssen wir, falls sich Ihre körperliche Verfassung nicht bessert, den Arbeitsplatz kündigen.
Hochachtungsvoll“

E/II für die, die wir loswerden wollen:

„Sehr geehrter Herr . . .
Wir haben festgestellt, daß Sie in der Vergangenheit erhebliche Ausfallzeiten durch Krankheit hatten und/oder durch unentschuldigtes Fehlen der Arbeit ferngeblieben sind. Hierdurch wurde der ordnungsgemäße Betriebsablauf empfindlich gestört. Aufgrund dessen sehen wir uns leider gezwungen, den mit Ihnen abgeschlossenen Arbeitsvertrag zu lösen . . .“

Dann lassen sie Listen erstellen. Monatlich maximal 49 Mann entlassen. Damit ersparen wir uns Ärger und Formalitäten. Ab 50 ist Anmeldepflicht beim Landesarbeitsamt auf Massenentlassungen. Noch eins. In der Galvanik hat die Arbeitsplatzbewertung versagt. Da ist noch jede Menge Luft drin, wette ich. Setzen wir da ein paar neue Ausländer rein, am besten junge, kräftige Türken, nicht von der Sorte der Schrumpf- und Plattfußindianer. Wenn sie nicht Deutsch können, um so besser, dann kann sie auch niemand aufhetzen. Gut anlernen lassen von zuverlässigem Vorarbeiter. Die werden die Akkordrichtsätze schon knacken.

Abteilungsleiter: Wenn ich mir erlauben darf, wir müssen davon ausgehen, der neue Betriebsrat wird uns bei diesen Maßnahmen mächtig zu schaffen machen und die ganze Belegschaft wird wild. Das sind jetzt so junge Ideologen, die lassen überhaupt nicht mit sich reden.

Krisenmanager: Tja, dann gibt's in so einer Situation nur eins . . . *(Macht die Imperatorgeste, „Daumen nach unten“)*

Personalchef: Da müßten die uns schon den Gefallen tun, silberne Löffel zu klauen.

Abteilungsleiter: In der Gemeinschaftskantine haben wir bloß Alu-Bestecke.

Krisenmanager: *(überlegt)* Wenn sie permanent gegen alles anstinken, was im Sinne der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens erforderlich ist, machen sie sich der Störung des Betriebsfriedens schuldig. Aber damit vors Arbeitsgericht, da ist kein Verlaß, das dauert zu lange, da wird – wenn's nicht gerade silberne Löffel sind – in der Regel gegen uns entschieden. Wir müssen uns erst mal einen der Wortführer greifen. *(Zum Personalchef)* Wie ist die familiäre und wirtschaftliche Situation des Betriebsratsvorsitzenden?

Personalchef: Verheiratet, 3 Kinder, Frau im Haushalt. Konto ab Monatsmitte in den roten Zahlen.

Krisenmanager: Gut. Das mindeste, was wir verlangen können, sind ehrliche Mitarbeiter. In der Meß- und Regeltechnik hatten wir auch so einen unsicheren Kandidaten von der Sorte Aufwiegler, Agitator. Der bekam eines Tages einen Irrläufer auf seinen Schreibtisch. Stempel „geheim“. Neue Waffentechnik. Da ertappten wir ihn dabei, wie er das Zeug kopiert außer Haus bringen wollte. MAD eingeschaltet und wir waren ihn los.

Personalchef: Aber bei uns gibt's keine Geheimsachen.

Krisenmanager: Absolute Ehrlichkeit ist ein Charakterzug, den wir wohl überall verlangen können. Oder? Erst kürzlich bekam ich über den Branchendienst einen Vorgang in die Hand. Da schickte die Konkurrenz ihren freigestellten Betriebsratsvorsitzenden auf einen Fortbildungskursus, damit er nicht alles verlernt hat, falls er mal abgewählt werden wird und wieder an die Maschine muß. Das fand in einem hübschen kleinen Privathotel statt, wo der Arbeitgeberverband auch seine Tagungen macht. Da hat er doch tatsächlich aufs Angebot der Wirtin hin die Rechnung höher ausstellen lassen. **„In Bereicherungsabsicht durchgeführter Spesenbetrug zum Nachteil des Arbeitgebers.“** Die waren ihn ein für allemal los. Fristlos. Verstehen Sie, meine Herren?!

Abteilungsleiter und Personalchef: *(schweigen betroffen)*

Krisenmanager: *(während er notiert)* Fortbildung unseres Betriebsrates, da werden wir in Zukunft was dran tun! Ⓚ

Knall

Die Affäre Rall schien mit der Pensionierung des Generals zu Ende. Doch neues KONKRET-Material beweist: Entweder ist Rall ein Fall für den Staatsanwalt – oder Bonns Regierende haben von der Südafrika-Reise mehr gewußt, als sie zugeben. KONKRET dokumentiert: Das Auswärtige Amt war informiert. Warum schweigt Genscher?

Jürgen Saupe

Ⓚ Günther Rall, Drei-Sterne-General und Bundesdeutschlands ranghöchster NATO-General, schlug hart auf: Drei Jahre vor Ablauf seiner Dienstzeit mußte er seinen Abschied nehmen und damit zugleich auf seine steuerfreie NATO-Aufwandsentschädigung von jährlich 120000 Mark verzichten.

Und dabei ist Rall, dem immerhin eine Jahrespension von 66 000 Mark bleibt, noch gut weggekommen. Hätten nämlich Ralls Dienstherr Georg Leber und das angeblich von diesem informierte Bundeskabinett Interesse an der vollen Wahrheit gehabt, wäre der General an einem Disziplinarverfahren nicht vorbei- und um eine Bekanntschaft mit dem Staatsanwalt nicht herumgekommen – vorausgesetzt, Bonn hat Ralls Reise nicht von Anfang an gedeckt.

Nach der inzwischen offiziellen Bonner Version der Rall-Reise nach Südafrika und Namibia (unter dem Tarnnamen „Ball") machten der Fliegergeneral und Ehefrau Dr. Hertha Rall ihren Ferien-Trip ans Kap der Guten Hoffnung, ohne daß Rall „seine militärischen Vorgesetzten oder mich als den politisch verantwortlichen Minister" (Leber) darüber unterrichtet hatte. So bekam die von den Südafrikanern bezahlte Reise mit ihrem 75 Punkte umfassenden Besuchsprogramm für Leber im nachhinein einen „sehr offiziösen Charakter".

Wie schon in der Affäre des Heeresinspekteurs Horst Hildebrandt, der in Madrid zusammen mit dem inzwischen toten Diktator Franco an der Militärparade zum 36. Jahrestag des Sieges der faschistischen Truppen teilnahm, sollte auch diesmal ein in politischen Dingen offenbar unterbelichtetes Generalshirn alles erklären. Leber: „Ich vermute, daß General Rall sich über die Tragweite seines Handelns nicht voll im klaren war, als er die besonderen Umstände dieser Reise seinen militärischen Vorgesetzten und auch mir nicht mitgeteilt hat." Der Minister sah darin zwangsläufig eine Störung des unerläßlichen Vertrauensverhältnisses und erklärte schließlich: „Dazu kommt die sehr schwerwiegende Tatsache, daß die Erfüllung seiner (Ralls D. Red.) Aufgaben im Bündnis und damit die Wahrnehmung der Interessen unseres Landes durch Eigenart und Umstände dieser Reise erheblich nachteilig beeinträchtigt sind." Mit einem Lamento, wie schwer ihm persönlich das „Ja" zum Rücktrittsgesuch des Offiziers gefallen sei, eines „verdienten Fliegeroffiziers", der sich „als Soldat vielfach ausgezeichnet" habe und der Beteuerung der „persönlichen Wertschätzung", ja sogar mit dem Abschiedszeremoniell eines Großen Zapfenstreichs wollte der Chef der Hardthöhe seinem Skandal-Soldaten den Abschied leichter machen.

Er tat dies alles, nachdem er sich von „Stern"-Chefredakteur Henri Nannen listig die dem Hamburger Magazin frei Haus gelieferten, aus der südafrikanischen Botschaft in Bonn (oder war's noch Köln, Herr van den Bergh?) verschwundenen Akten in Fotokopien per Luftfracht hatte nach Bonn schicken lassen. Bei dieser Gelegenheit hofften die Bonner Vaterlandsverteidiger auch gleich einen umfassenden Überblick über die Armierung des „Stern" und das Ausmaß des Lecks in der Botschaft Südafrikas zu bekommen. Eine „strenge Prüfung" des Rall-Materials, falls es vollständig war, hätte dem Verteidigungsministerium den dringenden Verdacht nahelegen müssen, daß der Generalleutnant sich der Bestechlichkeit, der Weitergabe von Nachrichten aus dem Militärausschuß der NATO und der Verleumdung von Vorgesetzten schuldig gemacht hat, von „Kavaliersdelikten" wie Täuschung von Vorgesetzten oder der Vernachlässigung von Dienstvorschriften einmal abgesehen.

Hier die Belege aus den Akten:

Verdacht der Bestechlichkeit

Das Ticket für Günther und Dr. Hertha Rall, aus „security reasons" (Sicherheitsgründen) vom südafrikanischen Botschafter in Bonn, Donald Bell Sole, auf den Namen Mr. und Mrs. Ball bei Miss M. Esders, Senior Passenger Officer der South African Airways, in Frankfurt bestellt, wurde von der Republik Südafrika bezahlt. Sole am 12. August 1974 an Miss Esders: „Ich beziehe mich auf Ihr Schreiben vom 10. Mai, Betreff FRA/1/SO/821/US, betreffend die Flugreservierung auf den Namen von Mr. und Mrs. Ball. Würden Sie bitte die Aus-

4

Programm-Nr.	Zeit	Programm	Anmerkungen
Samstag, 12. Oktober 1974			
29.	0900	Abflug mit SALW Maschine nach Kapstadt.	Empfang auf der Luftwaffenbasis Ysterplaat durch Herrn Vizeadmiral J. Johnson, SM, DSC, Inspekteur der Marine und Gattin
30.	1230	Mittagessen im Hotel mit dem Chef der Marine und Gattin.	
31.	Nachmittag	Besichtigungsfahrt über die Kaphalbinsel in Begleitung eines höheren Marineoffiziers und Gattin.	
32.	Abend	Der Generalinspekteur der Südafrikanischen Wehrmacht und Gattin geben ein Abendessen.	
Sonntag, 13. Oktober 1974			
33.	1000	Besichtigungsfahrt nach Franschhoek und Stellenbosch.	In Begleitung eines höheren Marineoffiziers und Gattin.
34.	1230	Mittagessen im Hotel Lanzerac, Stellenbosch.	
35.	Abend	Gäste des Deutschen Botschafters.	
Montag, 14. Oktober 1974			
36.	0830/ 0900	Good Will Besuch beim Generalinspekteur der Südafrikanischen Wehrmacht sowie beim Verteidigungsminister.	
37.	0945	Besucher reisen vom Hotel Mount Nelson nach Simonstadt.	Besonderes Programm für Frau Rall. Das Morgenprogramm wird von Frau Johnson arrangiert.

VERTRAULICH

.../5

Auszug aus Ralls „Urlaubsreise"-Programm: Station 35 – Gäste der Botschaft

auf Fall?

gabe der betreffenden Tickets veranlassen. Diese sollten an die südafrikanische Botschaft in Brüssel per Einschreiben zu Händen Mr. Loubser geschickt werden, der sie den Empfängern aushändigen wird. Die Rechnung sollte an diese Botschaft geschickt werden, den obigen Betreff enthalten und zu meinen Händen gerichtet sein."

Rall und Frau reisten mit Sabena, Flugnummer 609, am 5. Oktober von Brüssel nach London, wurden dort vom Luftwaffenattaché an der Pretoria-Botschaft in London, dem Zivil befohlen war, 70 Minuten lang bis zum Abflug von South African Airways, Flugnummer 233, von London nach Johannesburg, betreut. Die Rückreise erfolgte am 18. Oktober zunächst nach Windhuk, von dort am 25. Oktober mit SA-Flug Nr. 250 nach Frankfurt und Weiterflug mit Lufthansa 102 nach Brüssel am 26. Oktober um 13.05 Uhr. Die Flugreisen haben – 1. Klasse – einen Wert von 12 460 Mark. Die Kosten der Reisen innerhalb Südafrikas und Namibias lassen sich nur schätzen, sie erfolgten in Maschinen und Hubschraubern der südafrikanischen Luftwaffe.

Die Übernahme dieser Reisekosten durch die Südafrikaner hatte durchsichtige Gründe. So schrieb Sole bereits im März 1972 an Generalleutnant J. P. Verster, den Luftwaffenchef in Südafrika: „Der Besuch würde Ihnen und anderen Interessierten die Chance für einen Meinungs- und Informationsaustausch über eine Vielzahl Südafrika betreffender Fragen eröffnen, und die dabei entstehenden persönlichen Kontakte würden natürlich unbezahlbar sein." Und schon damals wußte Sole: „Natürlich sollte dem Besuch keinerlei Publizität gegeben werden, weil General Rall selbst und sein Minister im Lichte der Anti-Südafrika-Orientierung der radikalen Elemente in der SPD peinlich bloßgestellt würden."

Südafrika-Botschafter Sole (beim Tanz mit Minister-Gattin Erna-Maria Leber): „Reizend"

Neben den Flugkosten wurden Rall noch andere Aufmerksamkeiten gewährt. So empfing die Botschaft in Köln am 14. Februar 1975 ein geheimes Telegramm aus Pretoria von „Director-General General Administration", in dem unter Punkt 1 steht: „Eine Kiste, enthaltend Kudu-Kopf, Hörner und Gepäck, für General Rall wird Jan-Smuts-Lufthafen mit SAAF am 18. Februar in Richtung Bordeaux verlassen." Besorgt um den deutschen General und seine wertvolle Zeit, telegrafierten die Südafrikaner weiter: „3. Veranlassen Sie freundlicherweise Importerlaubnis und nehmen sie die Kiste in Bordeaux entgegen. Exportwert durch Zoll Pretoria auf 50,00 Rand (155,– DM. D. Red.) festgelegt. Alle anderen Zollformalitäten wurden in Pretoria erledigt. 4. Zur Übernahme der Kiste in Bordeaux benützen Sie Kombiwagen."

Der eifrige Sole telegrafierte am gleichen Tag, ebenfalls geheim, zurück: „Habe den Militärattaché in Paris gebeten, die nötigen Vorkehrungen zu treffen, weil ich berücksichtigen mußte, daß mein privater Kombi zu alt ist, um die weite Reise nach Bordeaux zu machen."

Verdacht der Weitergabe von Nachrichten aus dem NATO-Bereich

Am 6. August 1974 empfängt Sole General Rall in seiner Kölner Residenz zum Lunch. Sole ist offenbar nicht nur ein aufmerksamer Gastgeber, sondern auch neugierig. Am 7. August schon schreibt ihm Rall unter dem Briefkopf „Deutscher militärischer Vertreter in MC/NATO":

„Exzellenz, verehrter Herr Botschafter
Für den reizenden Lunch und die vorhergegangene Unterhaltung über meine Reise möchte ich mich nochmals sehr herzlich bedanken.

Ich habe inzwischen nachgeforscht, warum der iranische Attaché an dem NATO Exercice DAFFODIL FACE nicht teilnehmen konnte. Der Sachverhalt ist folgender: Dieses NATO Exercice wurde bereits vom 20. bis 30. März im östlichen Mittelmeerraum durchgeführt. SACEUR, also General Goodpaster, hatte beantragt, die Attachés der CENTO-Länder als Beobachter einzuladen. Alle Nationen, außer Griechenland, hatten dem zugestimmt, aber nach

Foto: dpa

Generalinspekteur Zimmermann, Rall (l.): Gewußt und gelogen?

NATO-Regeln war dieser eine Einspruch entscheidend. Es ist also nicht nur der iranische Attaché, sondern alle Attachés der CENTO-Länder nicht beim Manöver als Beobachter zugelassen gewesen.

Mit besten Grüßen und der Bitte um Empfehlung

Ihr ergebener

Günther Rall"

So einfach recherchiert sich's nach einem „reizenden Lunch".

Verdacht der Verleumdung von Vorgesetzten

Die zur Zeit noch gültige offizielle Version in Bonn zur Reise Ralls heißt: Keiner wußte was. Kein militärischer Vorgesetzter (Frage an Leber: Sitzen die militärischen Vorgesetzten Ralls in Bonn oder Brüssel?) und keine politisch verantwortliche Instanz. Also scheint es in sich schlüssig und wahr zu sein, wenn der damalige Parlamentarische Staatssekretär und heutige Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Karl Wilhelm Berkhan, ein Sozialdemokrat und enger Freund von Bundeskanzler Helmut Schmidt, am 16. Oktober 1974, als Rall sich gerade noch in Südafrika aufhielt, der SPD-Bundestagsabgeordneten Lene-

Foto: dpa

Foto: Köhler Kaeß

Botschafter Strätling, Dienstherr Genscher: Gewußt und geschwiegen?

lotte von Bothmer auf eine Anfrage im Parlament antwortete: „Dem Bundesministerium der Verteidigung sind keine offiziellen Reisen von Offizieren der Bundeswehr in die Südafrikanische Republik bekannt . . . Es sind keine Personen in ihrer Eigenschaft als Militärpersonen, wie Sie es genannt haben, nach Südafrika gereist."

Selbst mit Wortklaubereien, ob denn nun Berkhan auch objektiv die Wahrheit gesagt habe, da er ja nur von „offiziellen Reisen" sprach und der Rall-Trip selbst von Leber nach Kenntnis fast aller Details nur als von „sehr offiziösem Charakter" bezeichnet wurde, kommt man nicht so weit, von Lügen gegenüber dem Parlament sprechen zu können. Aber auch hier gibt es wieder Briefe des Generals.

So schrieb Rall mal wieder an „Exzellenz, verehrter Herr Botschafter" von Hand auf vier Seiten:

„Ich hoffe Sie Mitte Januar bei uns als Gast haben zu können und werde durch meinen Adjutanten einen Termin festlegen lassen.

Leider ist ein solcher Besuch ja immer noch ein sehr brisantes Unternehmen auf Grund unserer offiziellen politischen Stellung. So war nach meiner Rückkehr in Bonn einige Aufregung, da in parlamentarischen Kreisen angeblich bekannt wurde, ich sei ‚auf Einladung der Regierung' nach Südafrika gereist. Eine diesbezügliche Anfrage im Parlament wurde von meinem Staatssekretär rundweg abgestritten."

Deutlicher wird Rall noch in einem Brief an seinen Freund Kurt Dahlmann in Windhuk, bei dem er eine der drei Wochen in Südafrika verbrachte. Hier heißt es:

„Mein lieber Kurt! Eine Woche sind wir schon wieder hier, alles mögliche ist inzwischen passiert wie z. B. eine Generalstagung an der Ostsee . . . Wir freuen uns jetzt schon, Dich im Januar hier zu haben und dann mit besserer Kenntnis und Vorstellungsmöglichkeit über ‚gemeinsame Bekannte' sprechen zu können. Möge dieses große Land bei allem Durcheinander in der Welt in der Lage sein, seine Probleme friedlich und positiv lösen zu können. Über die Vielschichtigkeit der Problematik können wir uns jetzt besser ein Bild machen. Leider schwätzen hier eben doch noch zuviel politische Opportunisten auch ‚ex officio' über diese Dinge . . . Wie sehr empfindlich man hier aber noch ist, wurde mir erneut bei der Generalstagung klar, als mir der Generalinspekteur Admiral Zimmermann mitteilte, daß in Bonner parlamentarischen Kreisen einige Aufregung sei, da der südafrikanische Botschafter Sole angeblich gesagt haben soll, daß ‚General Rall auf Einladung der Regierung' nach Südafrika gereist sein soll. Der Parlamentarische Staatssekretär Berkhan vom Verteidigungsministerium hat – Gott sei Dank – eine diesbezügliche Anfrage glattweg verneinend beantwortet. Ich hoffe, daß dies keine weiteren Kreise zieht, solltest Du aber Sole inzwischen treffen, dann sage ihm doch bitte, daß die Sprachregelung nur sein kann, daß ‚ich auf private Einladung (Kurt Dahlmann) als Privatmann in SA war', natürlich haben dabei Courtesybesuche stattgefunden. Ich glaube, das genügt."

Das genügt nicht, Herr General.

Wenn die deutsche Sprache für einen deutschen General noch einen Sinn hat, dann beschuldigt Rall in seinen Briefen den damaligen Staatssekretär Berkhan, das Parlament belogen zu haben. Wenn Berkhan nach Rall „Gott sei Dank – eine diesbezügliche Anfrage glattweg verneinend beantwortet hat", dann muß das „Gott sei Dank" ja wohl heißen, er hätte auch anders antworten können. Wie aber hätte er anders antworten sollen, wenn er doch angeblich von der Reise nichts wußte.

Und noch ein Vorgesetzter kommt ins Zwielicht: Generalinspekteur Admiral Zimmermann. Was war das für eine Mitteilung auf der Generalstagung? Auch hier die Frage: Entweder hat Rall dabei seinen Generalinspekteur belogen oder Zimmermann wußte von der Reise und damit auch, daß Berkhans Antwort im Parlament falsch war. Dann stimmt es aber auch nicht, daß Ralls militärische Vorgesetzte erst durch die „Stern"-Veröffentlichung von der Südafrika-Tour erfahren haben.

Was, darf man fragen, passiert im Land der 400 000 Radikalen-Überprüfungen mit einem Beamten, der so dringend der Bestechlichkeit verdächtig ist, der Vorgesetzte verleumdet und Details aus seinem militärischen Dienstbereich an Vertreter einer fremden Macht weitergibt? Gar nichts? Dafür muß es Gründe geben.

Und die gibt's. Denn manche der Vergehen, deren Rall verdächtig ist, wiegen

weit weniger schwer, wenn die offizielle Begründung für Ralls Rausschmiß nicht stimmt. Was wußte Bonn, was wußte das Verteidigungsministerium, was wußte das Auswärtige Amt des FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher wirklich von der Rall-Reise?

Am 5. Juni 1973 schrieb Rall an den südafrikanischen Botschafter bei der Bundesregierung, Donald Bell Sole, einen Brief, in dem er um Verständnis dafür bittet, daß er die ursprünglich für 1973 geplante Reise absagen muß: „Exzellenz, als Anlage darf ich Ihnen den Durchdruck eines Briefes übersenden, den ich heute an Herrn Kurt Dahlmann gesandt habe und aus dem Sie ersehen, daß ich leider aus dienstlichen Gründen meine für dieses Jahr geplante Reise nach Südafrika nicht durchführen kann, obwohl ich auch bereits das Einverständnis meines Ministers dafür vorliegen habe."

Heute will Rall das „Einverständnis meines Ministers" reingeschrieben haben, „um meine Absage etwas gewichtiger zu machen". In Wahrheit, so Rall, habe er nur einmal seinen Staatssekretär Berkhan gefragt, ob was dagegen spreche, wenn er seinen Urlaub in Südafrika verbringe, und Berkhan habe ihm sinngemäß geantwortet: „Was Sie in Ihrem Urlaub machen, geht mich nichts an."

Sole bezog sich in einem Brief vom 8. Juni 1973 an den südafrikanischen Generalleutnant Loubscher auf den Rall-Brief und schrieb, Rall habe sich der Zustimmung seines Ministers versichert. Zehn Monate später wußte Sole nach Pretoria zu melden, „die Erlaubnis für den Besuch wurde auf informeller Basis durch den deutschen Verteidigungsminister Georg Leber gegeben, mit dem ich ebenfalls über die Sache gesprochen habe". Und noch einmal, zwei Monate später, in einem Brief vom 14. Juni 1974 an den Ständigen Vertreter Südafrikas bei der EG in Brüssel, wiederholt Sole: „Ich habe dafür gesorgt, daß sein Minister für die Reise seinen Segen gab."

Diese Briefe waren dem Auswärtigen Amt in Bonn Anlaß, Sole zum Rapport zu bitten. Im Kommuniqué des AA nach dem Besuch am 17. Oktober 1975 läßt Sole seine Briefe nach Südafrika und Brüssel und die Briefe von Rall zugleich dementieren. Das AA verbreitete: „Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Dr. Walter Gehlhoff, hat heute den Botschafter der Republik Südafrika in Bonn, Donald Bell Sole, zu einem Gespräch empfangen. Das Gespräch diente der Klärung von Fragen im Zusammenhang mit dem Besuch von Generalleutnant Rall in Südafrika. In dem Gespräch bestätigte der südafrikanische Botschafter, daß er mit dem Bundesminister der Verteidigung, Herrn Georg Leber, zu keinem Zeitpunkt über den Besuch von Generalleutnant Rall in Südafrika gesprochen habe."

„Sole opfert sich für Leber", meldete eine Bonner Zeitung, und der „Spiegel" meinte: „Ein Botschafter wird gehen müssen."

Doch Sole ist nicht nur zäher, als die Bonner und die Presse meinen, er hat auch Argumente, zumal dem Auswärtigen Amt in Bonn gegenüber. Dem offiziellen Tenor: Keiner hat was gewußt, nur der Rall hat alles heimlich gemacht, konnte er zwei nicht dementierbare Tatsachen entgegenhalten:

DEUTSCHER MILITÄRISCHER VERTRETER
IM MC / NATO

AUTOROUTE BRÜSSEL - ZAVENTEM
1110 BRÜSSEL / BELGIEN

Generalleutnant Günther Rall

Brüssel, den 7. August 1974

Exzellenz, verehrter lieber Botschafter

Für den reizenden Lunch und die vorhergegangene Unterhaltung über meine Reise, möchte ich mich nochmals sehr herzlich bedanken.

Ich habe inzwischen nachgeforscht, warum der iranische Attaché an dem NATO Exercise DAFFODIL FACE nicht teilnehmen konnte. Der Sachverhalt ist folgender :
Dieses NATO Exercise wurde bereits vom 20. bis 30. März im östlichen Mittelmeerraum durchgeführt. SACEUR, also General Goodpaster, hatte beantragt, die Attachés der CENTO-Länder als Beobachter dazu einzuladen. Alle Nationen ausser Griechenland hatten dem zugestimmt, aber nach NATO-Regeln war dieser eine Einspruch entscheidend. Es ist also nicht nur der iranische Attaché sondern alle Attachés der CENTO-Länder nicht beim Manöver als Beobachter zugelassen gewesen.

Mit besten Grüssen und der Bitte um Empfehlung

Ihr ergebener

Günther Rall

S.E.
Botschafter D.B. S o l e
Botschaft der Republik Südafrika

5 K ö l n
Heumarkt 1

Rall-Brief an Sole: „Ich habe inzwischen nachgeforscht . . ."

1. Die deutsche Botschaft in Südafrika war Kontaktstelle für die Weitergabe von Nachrichten an den Urlauber Rall in Emergency-Fällen. Dazu Sole in einem Brief vom 6. August nach Pretoria: „Könnten Sie veranlassen, daß alle Post, die ihm (Rall D. Red.) vom NATO-Hauptquartier c/o Mr. Dahlmann geschickt wird, unverzüglich nachgeschickt wird, wo immer er sein mag. Normalerweise wird ihm solche Post über die deutsche Botschaft geschickt, doch das ist nicht notwendigerweise so."

Im Klartext heißt das: NATO-Post bekommt Rall über die Botschaft, wenn es doch mal nicht klappt und die schicken was an Rall bei Dahlmann, dann schickt ihm das sofort nach, weil er ja nicht bei Dahlmann ist. Eine Botschaft in Pretoria aber, die Post nachsenden muß, muß auch wissen, wo sich der Empfänger im Land am Kap gerade aufhält.

2. Rall selbst war in der deutschen Botschaft in Südafrika. Punkt 35 des Besuchsprogramms sieht für den Abend des 13. Oktobers, eines Sonntags, vor: Gäste des deutschen Botschafters.

Dieses Programm wurde spätestens Anfang Juni festgelegt. Rall erhielt es von Botschaftsrat Loubser in Brüssel persönlich ausgehändigt, denn Sole fürchtete, so in einem Brief vom 24. Juni 1974 an Botschafter Hewitson in Brüssel: „Wenn wir ihn (den Brief D. Red.) durch die üblichen NATO-Kanäle schicken, könnte er in die falschen Hände fallen."

Spätestens Anfang Juni also wußte Bonns Botschafter in Pretoria, Dr. Erich Strätling, wer am Abend des 13. Oktober sein Gast sein würde. Und wenn, so Leber, der Generalleutnant Rall „sich über die Tragweite seines Handelns nicht voll im klaren war", obwohl er dem Botschafter Sole ja ständig mit Sicherheitsbedenken auf die Nerven fiel, so wird wohl der deutsche Botschafter in dem Rassisten-Staat am Kap gewußt haben, was es bedeutet, wenn ein NATO-Offizier vom Kaliber Ralls in Südafrika für drei Wochen einfällt und vom Stabschef des Landes, dem Inspekteur der Luftwaffe, dem Chef der Marine, dem Generalinspekteur der südafrikanischen Wehrmacht, dem Befehlshaber des Befehlsbereichs Natal und dem Präsidenten der Atom-Energie-Behörde empfangen wird.

Und was der Botschafter Strätling wußte, mußte auch dem Minister Genscher bekannt sein, der bisher stets als ein gut informierter Behördenchef galt. Außerdem hat Genscher als früherer Bundesinnenminister bereits Erfahrung mit Südafrika-Besuchen. Der damalige Chef des Bundesgrenzschutzes, General Rudolf Grüner, war ebenfalls auf Vermittlung von Sole zu einer „Privatreise" am Kap, als die SAA erstmals ihren Jumbo (Boeing 747) einsetzte und Sole sechs Plätze besetzen konnte. Eine Gefälligkeit freilich, deren Erwiderung zur Zweckentfremdung deutscher Beamter führte. Als im Frühjahr 1975 die südafrikanische Botschaft von Köln nach Bonn-Bad Godesberg umzog, halfen die Bundesgrenzschützer „beim Transport unserer empfindlichen Gegenstände". Kor-

34 G/LIA/3

17. April 1975

Herrn
Oberstleutnant Ulrich Wegener
Bundesgrenzschutz
GSG 9

5205 St. Augustin 2
Richthofenstr. 52

Sehr geehrter Herr Oberstleutnant,

da unser Botschafter zur Zeit abwesend ist, möchte ich die Gelegenheit ergreifen, um Ihnen noch einmal sehr für die Hilfe zu danken, die Sie uns beim Transport unserer empfindlichen Gegenstände von Köln zu unserer neuen Botschaft in Bad Godesberg gewährten. Ich bin sicher, daß unser Botschafter sich gern persönlich bei Ihnen bedanken möchte, wenn er hier wäre.

Ich bin froh, daß es für Ihre Soldaten wenigstens eine Art "Übung" war. Da ich das Vorrecht hatte, mit Ihrem Zugführer zu fahren, hatte ich natürlich einen großartigen Überblick über den gesamten Vorgang, der übrigens sehr eindrucksvoll war und ohne irgendwelche Probleme verlief. Der Zugführer ist ein ausgezeichneter Mann.

Das, was ich gesehen habe, hat mich überzeugt, daß, wer immer in einem dringenden Fall um Ihre Hilfe bitten mag, sehr sicher sein kann, daß er mit diesen Soldaten die beste Hilfe und die sichersten Beschützer bekommt, die er überhaupt haben kann.

Ich möchte Ihnen noch einmal sehr herzlich danken und darf Sie bitten, auch Ihren Männern den besten Dank unseres Botschafters, Herrn Sole, zu übermitteln.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Bellingan

Stellv. (F.S. Bellingan)
Korv.-Kapitän
Militär-, Luftwaffen- und Marine-Attaché

Foto: dpa

Südafrikanisches Dankschreiben, Südafrikareisender Grenzschutz-General Grüner: „Beste Hilfe“

vettenkapitän Bellingan von der südafrikanischen Botschaft übermittelte den Dank von Sole an BGS-Oberstleutnant Ulrich Wegener und war froh, „daß es für ihre Soldaten wenigstens eine Art ‚Übung‘ war“. Und Bellingan wußte weiter: „Das, was ich gesehen habe, hat mich überzeugt, daß, wer immer in einem dringenden Fall um Ihre Hilfe bitten mag, sehr sicher sein kann, daß er mit diesen Soldaten die beste Hilfe und die sichersten Beschützer bekommt, die er überhaupt haben kann.“

Offenbar waren die Beschützer doch nicht so gut, denn seit die Südafrikaner Akten vermissen, aus denen permanent Peinlichkeiten an die Öffentlichkeit kommen, die bisher einen General zu Fall, einen Minister ins Gerede, einen Staatssekretär in den Verdacht des Lügens und nun auch noch den Bundesaußenminister und den Generalinspekteur der Bundeswehr ins Zwielicht gebracht haben, herrscht in der Botschaft Südafrikas helle Panik.

Die bei Agenten sonst so wachsamen Bonner Sicherheitsorgane sehen wochenlang zu, wie „der lange Hendrik“ van den Bergh, Chef der berüchtigten südafrikanischen Terror-Polizeitruppe BOSS (Bureau of States Security), in der Botschaft in Bonn-Bad Godesberg das Unterste zuoberst kehrt und die Angestellten hochnotpeinlichen Vernehmungen und gründlicher Bespitzelungen unterzieht.

Und just zu dieser Zeit fügte es sich, daß auch die Bundesanwaltschaft in Bonn (Aktenzeichen: 7 BJS 158/75 und 1 BGS 263/75) den am 16. Oktober mit drei Monatsgehältern Abfindung fristlos gefeuerten Fahrer des Militärattachés der Botschaft, Kurt Lülsdorf, morgens um 7.30 Uhr heimsuchte. „Rein zufällig! Hat nichts mit der Sache Rall zu tun!“ versichert Bundesanwalt Fischer. „Verdacht der geheimdienstlichen Tätigkeit“ lautet die Begründung des Hausdurchsuchungsbefehls.

Die Behörden sind auch schnell dabei, andere Quellen zu stopfen, die als mutmaßliche Informanten aus der Botschaft Südafrikas gelten.

Während sich um Rall kein Staatsanwalt kümmert, flechten Bonner Ermittlungsbehörden kunstvoll an einem bisher noch zu grobmaschigen Netz, um „große Fische“ zu fangen. Seit die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) mit der Broschüre des African National Congress (ANC) „Nukleare Zusammenarbeit zwischen Bundesrepublik und Südafrika“ aufdeckte, in welchem Ausmaß Bonner Stellen und westdeutsche Firmen Beschlüsse der UNO sabotieren, haben die Bonner Behörden beispielsweise Wolff Geisler von der AAB im Visier. Unaufgefordert erschienen in seiner Wohnung angebliche Postbeamte, um das Telefon zu reparieren. Ein Mann, der sich als Vertreter des Innenministeriums vorstellte, versuchte per Telefon die Hauswirtin über Geisler auszufragen, und bei der Polizei wird unter dem Aktenzeichen 8 JS 670/75 seit Anfang Oktober ein Ermittlungsverfahren geführt, wegen eines angeblich im Mai „zum Nachteil der südafrikanischen Botschaft“ verschwundenen Teppichs.

Schließlich glaubten Staatsschutzstellen, den großen Griff tun zu können, als Geisler am 3. Oktober 1975, zwei Tage nach dem Rausschmiß von Rall, mit einem Renault 4 (BN – UV 434) vor dem Bonner „Spiegel“-Büro gesehen wurde. In Minutenabstand hielten zwei Peterwagen mit vier Beamten an dem R 4, weil angeblich die Tür nicht abgeschlossen war. Obwohl ordnungsgemäß geparkt und nun auch ordnungsgemäß verschlossen, wurde der Wagen abgeschleppt, als Geisler mit „Spiegel“-Fahrer nach Hause fuhr, um die vergessenen Wagenpapiere zu holen. Erst am nächsten Tag konnte der Wagen – vorher von der Polizei gründlich, aber erfolglos gefilzt – abgeholt werden.

Sollte die so unterschiedliche Behandlung des Apartheid-Gegners Geisler und des Südafrika-Fans Rall durch die Instanzen des Rechtsstaats Bundesrepublik daher rühren, daß Geisler die atomare Kollaboration zwischen Bonn und Pretoria bekämpft und Rall sie vorantreiben wollte, in wessen Auftrag und mit wessen Wissen auch immer? Und wieviel Blauäugigkeit gehört dazu, das als Frage zu formulieren? (k)

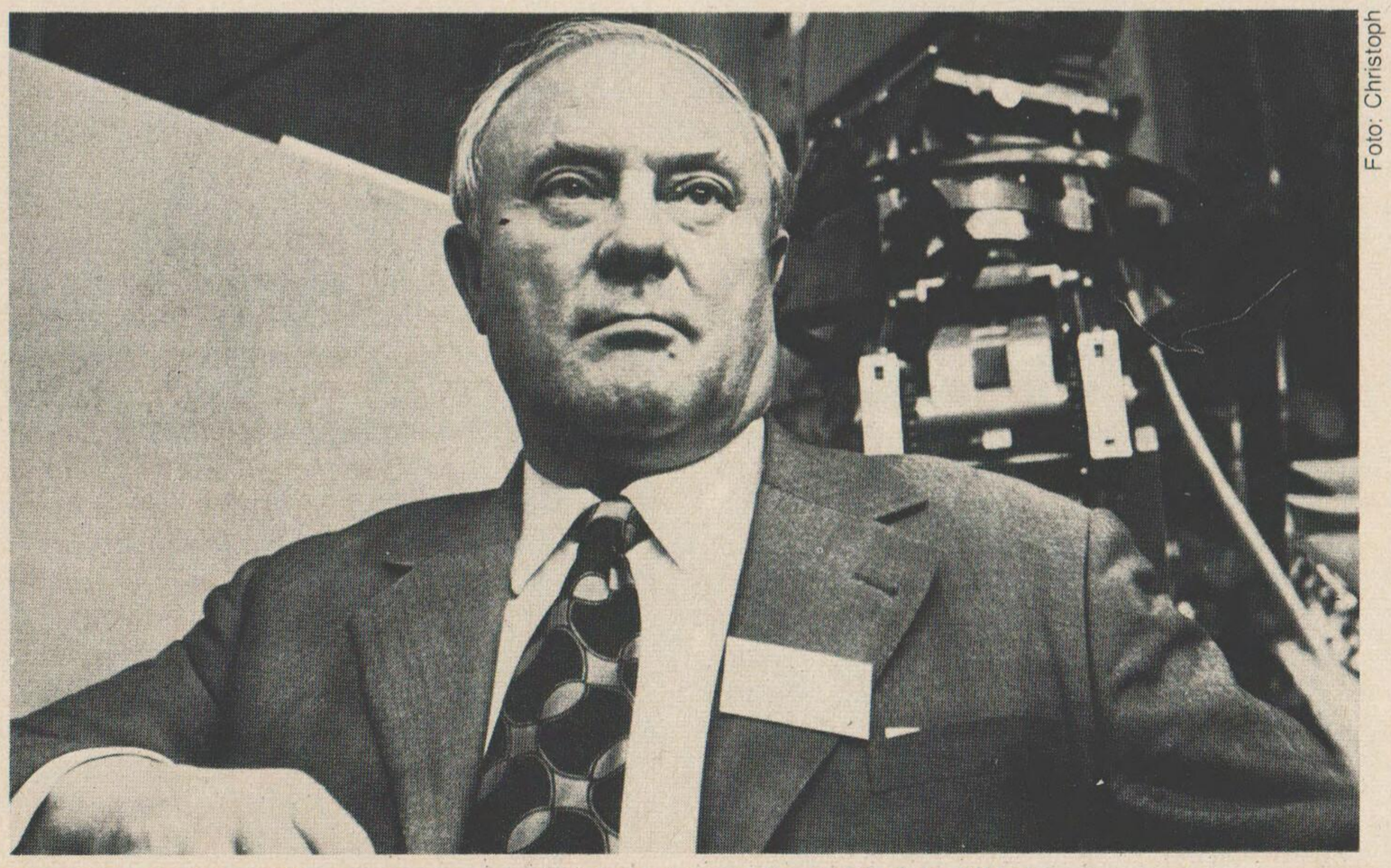


Foto: Christoph

Rall-Chef Leber: Was weiß er von der Verfolgung der Rall-Enthüller?

Foto: Stern/Drinkwitz

Der Todesschuß

Wenn Polizisten die Todesstrafe vollstrecken, haben sie nichts zu fürchten – es war allemal „Notwehr“. Doch das reicht jetzt nicht mehr. Ein neues Polizeigesetz soll den finalen Todesschuß überhaupt ins Ermessen des einzelnen Polizisten stellen und legalisieren.

Frank Rühmann

ⓚ Es wird in letzter Zeit viel übers Ziel hinausgeschossen bei unserer Polizei. Und meistens steckt dann bei anderen was drin – eine Kugel zum Beispiel:

● Am 30. April 1973 erschoß der Polizist Hans-Peter Hofmann den vierzehnjährigen Rudi Frank mit einem Kopfschuß aus seiner Maschinenpistole. Rudi Frank hatte mit drei Freunden nach der Rückkehr von einem Frühlingsfest den Wagen seines Vaters genommen, um sein mit einem Plattfuß auf dem Kirmesplatz stehendes Fahrrad abzuholen. Fahrer des Wagens war sein 19jähriger Freund, der ein halbes Jahr vorher wegen Fahrens ohne Führerschein zu sechs Monaten Jugendstrafe mit Bewährung verurteilt worden war. Als die beiden jetzt von einer Streife angehalten wurden und der Fahrer einen der Polizisten, der am Ort als „scharfer Hund“ galt, erkannte, drehte er durch und gab Gas. Nach einer wilden Hetzjagd stießen sie schließlich auf eine inzwischen errichtete Straßensperre, die jedoch eine breite Lücke hatte. Bei dem Versuch, die Sperre zu durchbrechen, wurden sie von den Schüssen des Polizisten gestoppt. Rudi Frank starb acht Stunden später an seinen Verletzungen. Das Verfahren gegen den Polizisten wurde eingestellt. Erst nachdem der Anwalt des Vaters des Erschossenen den Polizisten vorwarf, sie hätten Beweismittel beseitigt, wurde das Verfahren wiederaufgenommen. Dies jedoch bereits vor mehr als einem Jahr, und der Todesschütze ist noch immer im Dienst.

● Am 21. August 1973 starb der 18jährige Erich Dobhardt unter den Schüssen eines Polizisten. Er war aus der Fürsorgeerziehung entflohen und bestritt – so der Bundesgerichtshof – seinen Lebensunterhalt aus Straftaten, besonders aus Einbrüchen. Bei einem dieser Einbrüche ertappt, riß er sich los und floh. Bei der Verfolgungsjagd wurde er von einem Beamten, der auf dessen rechtes Bein zielte, tödlich getroffen. Das Landgericht Dortmund verurteilte den Schützen zu sechs Monaten Gefängnis mit Bewährung wegen fahrlässiger Tötung. In der Revision hob jedoch der Bundesgerichtshof dieses Urteil wieder auf und sprach den Polizisten frei. Die Voraussetzungen des Schußwaffengebrauchs hätten vorgelegen, weil ein Haftbefehl gegen Dobhardt bestanden habe. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit sei gewahrt worden, denn der Täter habe eine erhebliche Gefahr für die Allgemeinheit dargestellt, wie sich aus seinem Lebenslauf ergäbe. Auch das Risiko der Tötung einzugehen, sei in einem solchen Falle statthaft.

● Am 14. Januar 1975 wurde der Jugendliche Ernst Wiesneth in München erschossen. Auch er hatte heimlich das Auto seiner Eltern zu einer Spritztour benutzt. Als ihn eine Streife wegen Geschwindigkeitsüberschreitung verfolgte, versuchte er zu entkommen, prallte jedoch wenig später auf ein parkendes Auto. Er wurde sofort von

Polizei umstellt. Der Polizeiobermeister Peter Presse schlug die Scheibe des Wagens ein und gab zwei Schüsse auf Wiesneth ab, davon einen Genickschuß, der tödlich war. Dies obwohl, wie ein Kollege bezeugte, der Fahrer „die Arme herunterhängen ließ, apathisch geradeaus starrte und sich nicht rührte". Presse dagegen behauptete, die Schüsse hätten sich zufällig gelöst und Wiesneth habe nach der Waffe geschlagen. Nach Aussagen von Sachverständigen ist jedoch ein zweimaliges „Lösen von selbst" unmöglich, dafür lägen auch die Geschoßbahnen zu weit auseinander. Das Gericht war dennoch der Ansicht, daß dem Todesschützen seine Aussage nicht zu widerlegen sei und dem Angeklagten lediglich fahrlässiger Umgang mit der Dienstwaffe vorgeworfen werden kann. Presse wurde zu 1500 Mark Geldstrafe und 9 Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt.

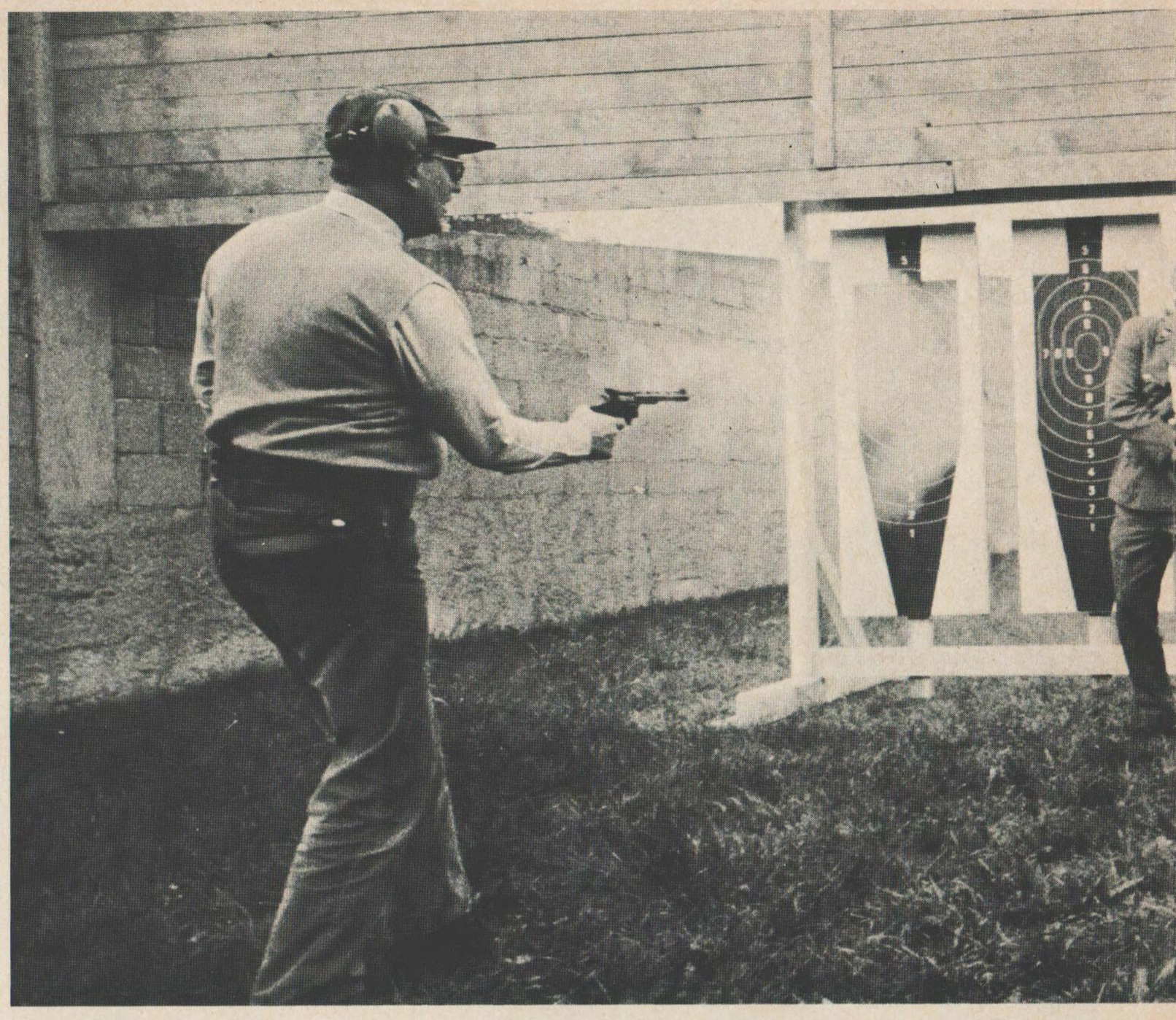
Bei seinen Vorgesetzten galt Presse als ausgezeichneter Beamter mit zweimaliger Auszeichnung für 400 Festnahmen in zweieinhalb Jahren. Mehrere Ermittlungsverfahren gegen ihn wegen Körperverletzung im Amt waren niedergeschlagen worden.

● Am 17. September 1975 wurde in Bochum ein 46jähriger Angestellter durch Schüsse schwer verletzt. Er hatte sich beim Verlassen einer Gaststätte plötzlich mehreren bewaffneten Männern in Zivil gegenübergesehen und vermutet, es handele sich um Banditen. Daraufhin zog er seine Gaspistole und schoß zweimal. Unter dem Hagel von 27 Schüssen brach er schwerverletzt zusammen. Die bewaffneten Männer waren Zivilpolizisten.

● Am 13. Dezember 1973 wurde der 16jährige Manfred Maecker aus Hamburg-Wilhelmsburg durch die Schüsse eines Polizisten schwer verletzt. Nach einem Kneipenbummel hatten er und sein Freund sich ohne Erlaubnis das Motorrad einer Nachbarin genommen und waren damit durch Wilhelmsburg gefahren. Beide besaßen keinen Führerschein. Als sie eine Polizeistreife überholten, nahm diese die Verfolgung auf und benachrichtigte zwei weitere Einsatzfahrzeuge. Als diese die beiden stellten und Manfred Maecker sah, wie sein Freund in Handschellen abgeführt wurde, bekam er Angst und riß aus. Dabei fuhr er einen Polizisten an, obwohl er versucht hatte zu bremsen. Maecker floh zu Fuß weiter. Dabei wurde er vom Polizisten Teschke in Kopf und Rücken geschossen. Nachdem dieser sein ganzes Magazin leergeschossen hatte, hetzte er seinen Polizeihund auf den Flüchtenden, der ihm gefährliche Bißverletzungen beibrachte.

Heute noch leidet Manfred Maecker unter den Folgen seiner Verletzung. Angeklagt wurde später jedoch nicht der Schütze, sondern das Opfer. Obwohl Maecker nachweislich unbewaffnet war, behauptete der Schütze Teschke, Maecker habe sich umgedreht und Schießhaltung eingenommen. Wieso Maecker dann in den Rücken getroffen wurde, blieb auch für den Polizisten ein Rätsel: „Das geht doch eben alles so schnell." Teschke erklärte sogar:„Bereits mit dem ersten Schuß versuchte ich nicht, an dem Jugendlichen vorbeizuschießen oder ihn nur zu verletzen. Ich hielt auf ihn drauf." Und sein Kollege bedauerte, daß er leider Ladehemmung gehabt habe.

Doch damit nicht genug. Jetzt soll der Todesstrafvollzug am Straßenrand sogar noch legalisiert werden: Der Entwurf für



Schießt-ihr-schlecht-Demonstration der Polizei: Gut genug für ein paar Dutzend Tote

ein einheitliches Polizeigesetz sieht den gezielten tödlichen Schuß vor.

Dieser Entwurf ist seit 1974 von einem Arbeitskreis der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder erarbeitet worden und soll den Innenministern am 1. Februar dieses Jahres zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Im Paragraphen 41 Abs. 2 des Entwurfes heißt es: „Schußwaffen dürfen nur gebraucht werden, um angriffs- oder fluchtunfähig zu machen. Dabei ist ein gezielter tödlicher Schuß nur zulässig, wenn er das einzige Mittel zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben ist."

Der ursprüngliche Entwurf sah den finalen Todesschuß nur bei Gefahr für das Leben vor. Nach Anhörung von Gutachtern und Stellungnahmen von Polizei und Justiz wurde er auch auf Leibesgefahr ausgedehnt, denn, so heißt es in der Begründung, „eine weitergehende Beschränkung nur auf eine ‚Lebensgefahr' ist demgegenüber zu eng, weil der Staat damit seiner Verpflichtung, die körperliche Unversehrtheit seiner Bürger zu schützen, nur unzureichend nachkommen würde".

Foto: Keystone

Bankräuber Rammelmayr: Hinrichtung

Unter diesen Paragraphen fallen nicht nur Fälle von Geiselnahme und ähnliches: „Es zählen dazu aber sonstige gegenwärtige rechtswidrige Angriffe auf die Person, die sich strafrechtlich als Vergehen darstellen, z. B. erhebliche Körperverletzung."

Warum dieser Entwurf? Bundesinnenminister Maihofer (FDP) erklärte kürzlich in einem Fernsehinterview, daß dieses Gesetz notwendig sei, da die Grenzen der bisherigen Regelung unklar seien. Es gehe darum, „hier etwa vorzuschreiben, daß er nur dann überhaupt die Schußwaffe so gebrauchen darf, wenn sie das äußerste und einzige Mittel überhaupt ist, um Leben oder Leib eines Bürgers zu schützen". (Nun sind solche Fälle aber schon bisher stets mit „Notwehr" gerechtfertigt und von den Gerichten in der Regel so gedeckt worden. Wie der „Stern" erfahren haben will, werden nach Angaben des Schutzpolizeidirektors Dr. Kurt Gintzel auf einer internen Tagung in der Polizeiführungsakademie Hiltrup 65 Prozent aller Waffengebrauchsfälle mit Notwehr begründet, obwohl nur 20 Prozent echte Notwehr-Fälle seien.)

Deutlicher sind da schon die Passagen aus der Begründung für den Musterentwurf: „Bisher fehlt . . . eine zweifelsfreie öffentlich-rechtliche Grundlage. Das hat dazu geführt, daß der Schußwaffengebrauch in den genannten Fällen (z. B. Bankraub in München, Terroristenüberfall bei der Olympiade in München) nur aus den Notwehrbestimmungen heraus gerechtfertigt worden ist." Gefordert wird

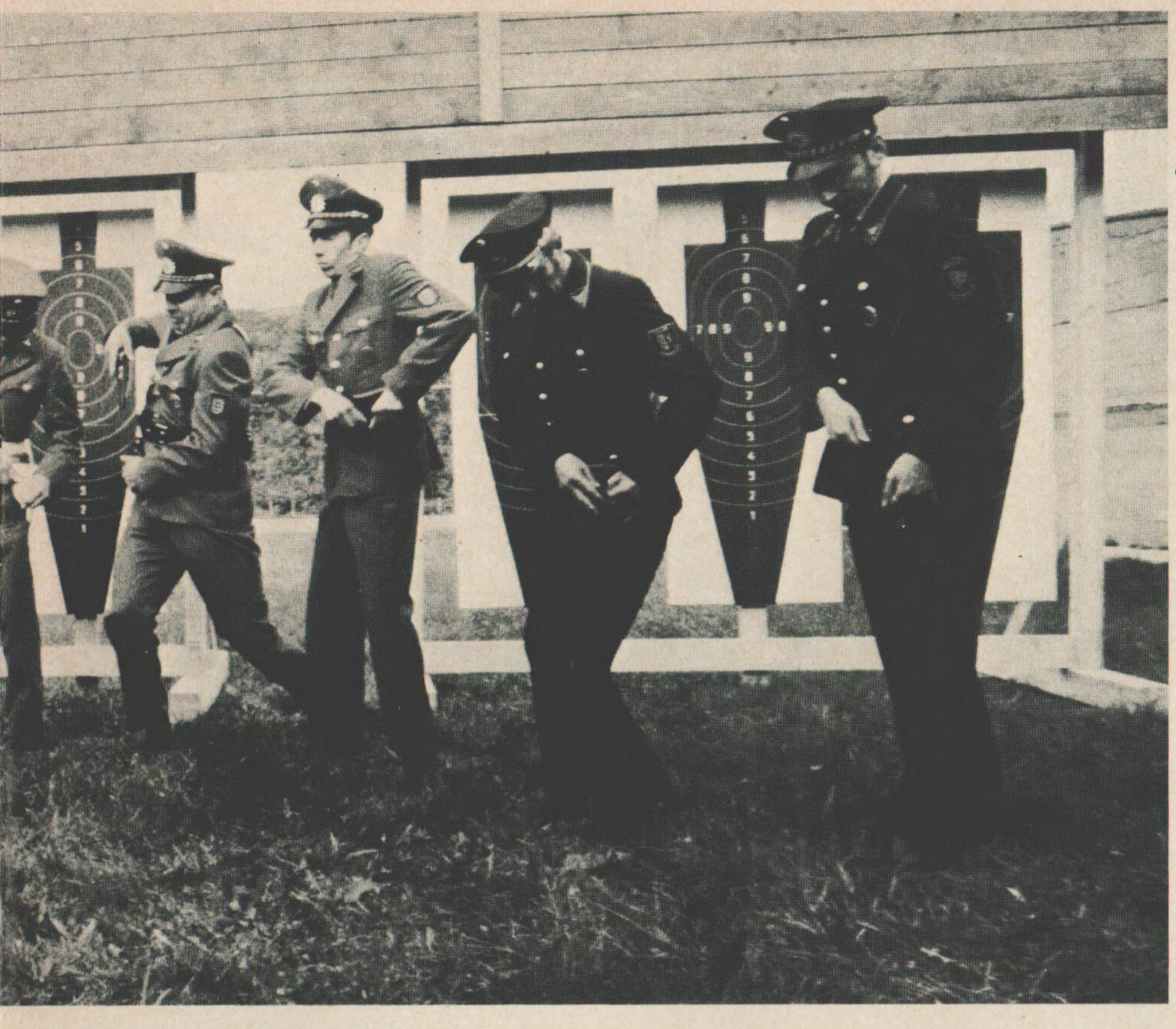


Foto: Stern/Bartling

eine Generalklausel zur Absicherung der staatlichen Ordnungskräfte: „Im Interesse eines wirksamen Schutzes der öffentlichen Sicherheit und Ordnung kann die Rechtmäßigkeit polizeilichen Handelns allerdings nicht davon abhängig gemacht werden, ob die Maßnahme im Einzelfall tatsächlich unaufschiebbar ist. Es genügt daher, wenn aus der Sicht der Polizei bei verständiger Würdigung die Maßnahmen unaufschiebbar notwendig erscheinen."

Aber es geht noch um einiges mehr. Gleichzeitig mit dem Musterentwurf wird eine Umrüstung der Polizei diskutiert. Überall kritisieren Polizei-Sprecher die derzeitige Dienstpistole vom Typ Walther (7,65 Millimeter), weil die spitzen Patronen dieses Kalibers den Körper durchschlagen und daher häufig die „sofortige paralysierende Wirkung" verfehlen. Gefordert wird statt dessen die Ausrüstung mit einer Neun-Millimeter-Waffe, deren Geschoßspitzen flacher und weicher, deren Geschoßenergie und „Aufhaltekraft" größer ist (d. h., das Geschoß bleibt im Körper), wodurch eine „sofortige paralysierende Wirkung" eintritt. Nach Ansicht des Bundes deutscher Kriminalbeamter würde diese Ausrüstung auch zu weniger Todesfällen führen. Vor allem von Waffenexperten wird dies jedoch zum Teil heftig bestritten, da es bis jetzt technisch noch nicht gelungen ist, die paralysierende Stauchwirkung des Geschosses mit einer relativ geringen Körperschädigung zu kombinieren. Die Neun-Millimeter-Geschosse reißen aufgrund ihrer flachen Geschoßspitze und ihrer hohen Geschoßenergie oft sehr schwere innere Wunden.

Den wirklichen Grund für die Umrüstungsdiskussion nannte kürzlich ein Polizeiexperte im deutschen Fernsehen: Wenn der finale Todesschuß erlaubt werde, müsse auch eine entsprechende Munition für den Vollzug vorhanden sein. Schon am

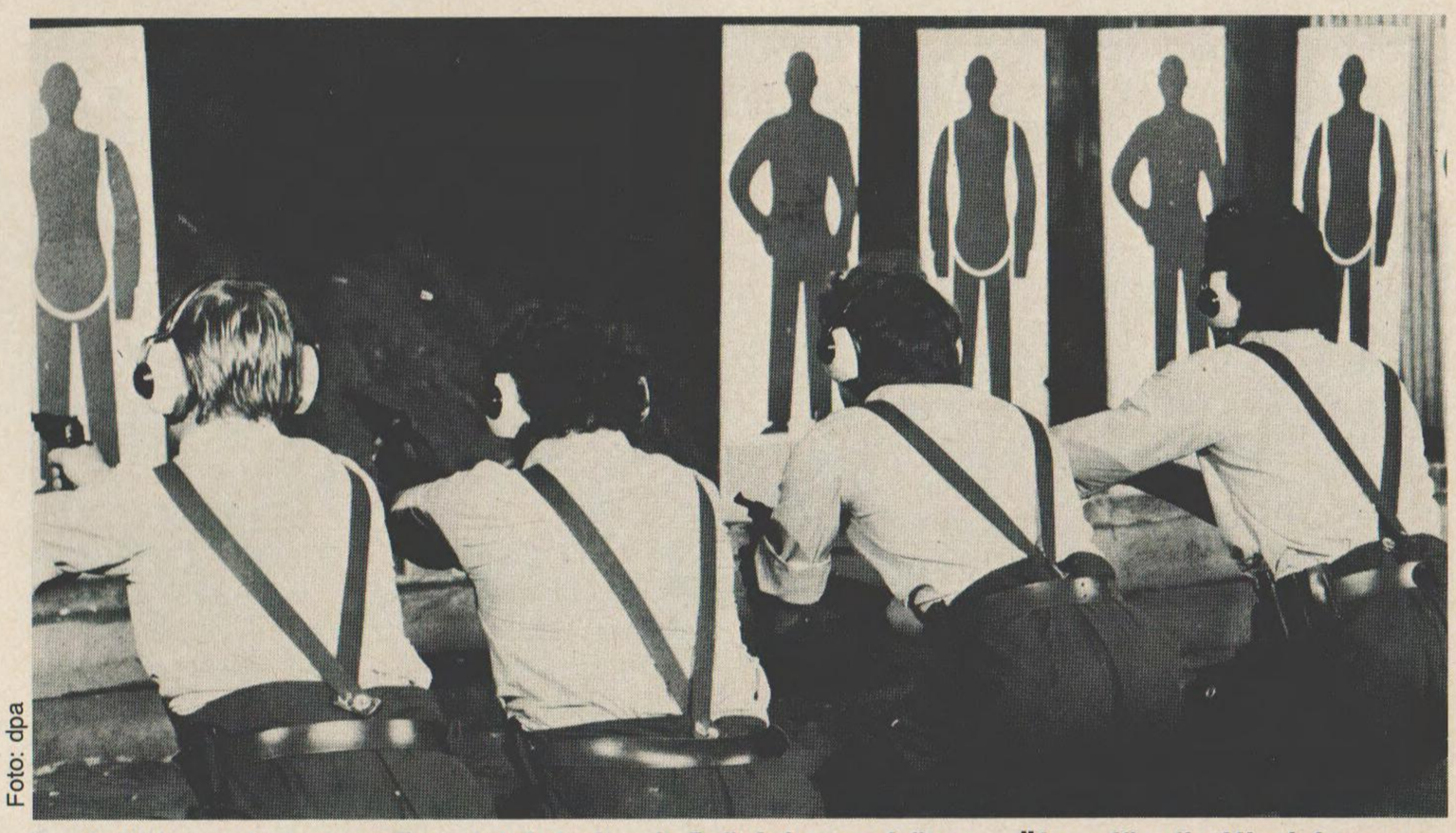


Foto: dpa

Schießübung bei einer Spezialeinheit mit Präzisionsschützen: Üben für die Hinrichtung

Krankenhausbett des schwer angeschossenen Manfred Maecker hatte ein bewachender Polizist gemeint: „Wenn wir mit Neun-Millimeter-Waffen ausgerüstet wären, wärst du nicht mehr davongelaufen."

Doch steht uns nicht nur eine todsichere Munition für die Polizei ins Haus. Erweitert werden nach dem Entwurf auch die Möglichkeiten zum Einsatz von Maschinengewehren und Handgranaten. Bisher darf mit diesen Waffen nur in fünf Bundesländern bei Gefahr für die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" mit Zustimmung des jeweiligen Innenministers geschossen werden. Nach Paragraph 44 des Entwurfs sollen in Zukunft diese Waffen bereits eingesetzt werden können, wenn Personen „von Schußwaffen oder Handgranaten oder ähnlichen Explosivmitteln Gebrauch gemacht haben und der vorherige Gebrauch anderer Schußwaffen erfolglos geblieben ist". Offen ist noch die Frage, ob auch bei „Gefahr im Verzug" die Zustimmung des Innenministers oder seines Vertreters eingeholt werden muß.

Die Aufrüstung und Militarisierung der Polizei gehört zum „Programm für die innere Sicherheit in der Bundesrepublik". Sie ist deshalb auch im Zusammenhang mit der sonstigen Aufrüstung der staatlichen Ordnungskräfte zu sehen, deren Dimensionen trotz „Sparprogramm" ungeheuerlich sind. Allein die Mittel für Investitions- und Unterhaltungskosten der rheinland-pfälzischen Polizei stiegen von 1970 bis 1974 von 9,8 auf 24,9 Millionen Mark, also um 154,1 Prozent. Die Kosten für die Erweiterung und den Ausbau des Bundeskriminalamtes stiegen von 22,4 (1969) auf 124 Millionen (1974).

Auf jeden Fall soll nach dem geplanten Polizeigesetz die Anwendung unmittelbaren Zwangs befohlen werden können, also auch der Todesschuß. Dies ist nach der noch gültigen Notwehrregelung nicht der Fall. Im Paragraphen 37 des Entwurfs heißt es dazu: „Die Polizeibeamten sind verpflichtet, unmittelbaren Zwang anzuwenden, der von einem Weisungsberechtigten angeordnet wird. Dies gilt nicht, wenn die Anordnung die Menschenwürde verletzt oder nicht zu dienstlichen Zwecken erteilt worden ist. Eine Anordnung darf nicht befolgt werden, wenn dadurch eine Straftat begangen würde. Befolgt der Polizeibeamte die Anordnung trotzdem, so trifft ihn eine Schuld nur, wenn er erkennt oder wenn es nach den ihm bekannten Umständen offensichtlich ist, daß dadurch eine Straftat begangen wird." Diese Formulierung entspricht aufs Wort der Bestimmung über den Befehl im Soldatengesetz.

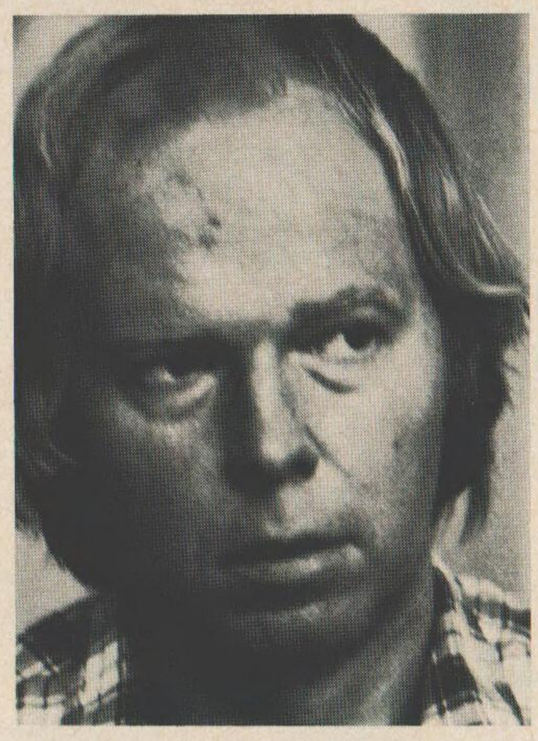
Wie wenig zufällig das ist, erhellt eine empirische Studie der „Deutschen Forschungsgemeinschaft" über die Ausbildung bei der Polizei, in der es heißt: „Neben Sport und Schießen stehen manöverartige Übungen sowie Ordnungs- und Sauberkeitsdrill im Vordergrund."

Die Gewaltkriminalität stagniert seit Jahren, gewalttätige Polit-Gruppen haben ihre Bedeutung längst verloren – die allgemeine Kriminalität einer Gesellschaft wird durch verschärften oder vermehrten Polizeieinsatz nirgendwo auf der Welt zurückgedrängt.

Bleibt die Frage, die so schwer zu stellen wie leicht zu beantworten ist:

Gegen wen? (k)

KONKRET-Analyse von Hermann Peter Piwitt



Bei Durchsicht meiner UZ's

Post von der Ewige-Wahrheiten-GmbH", stöhnte kürzlich A., ein Freund, DKP-Mitglied seit 1970, als er die UZ aus dem Briefschlitz zog; gewöhnlich, sagt er, wirft er die Zeitung sofort in den Papierkorb. Bei Freund B., einem altgedienten Linken, stapeln sich inzwischen mehrere Jahrgänge als ständiger stiller Vorwurf ungelesen in der Abstellkammer. Gut einen halben liegengebliebenen Jahrgang habe ich vor einigen Tagen weggearbeitet. Ich habe es nicht bereut. Von den neun bis zehn Tages-, Wochen- und Monatszeitungen, die ich regelmäßig lese, ist und bleibt die UZ für mich die wichtigste. Aber warum macht sie mir das Lesen so schwer? Warum fühle ich mich von der Zeitung, die vom Vorstand der Deutschen Kommunistischen Partei herausgegeben wird, sooft für dumm verkauft, ja regelrecht verarscht?

Niemand, der die UZ nicht regelmäßig liest, kann von sich behaupten, er verstünde sinnlich und konkret, was heute wirtschaftlich und politisch um ihn herum und mit ihm geschieht. Er mag aus der „Frankfurter Rundschau" erfahren, daß der „Kapitalismus widersprüchlich" ist, im „Spiegel" sich einen politischen Skandal schmecken lassen oder im „Stern" an einer Stippvisite ins „Soziale" teilnehmen – wie die Menschen bei uns leben und arbeiten, und warum gerade so, das erfährt er nur aus der UZ. Nur sie bringt regelmäßig Reportagen aus Betrieben. Nur sie entschleiert regelmäßig die Bilanzen der Konzerne. Nur von ihren Korrespondenten und Volkskorrespondenten erfährt man, wo und wie sich überall im Land schikanierte Bürger zur Wehr setzen in Mieter- und Bürgerinitiativen, gegen Berufsverbote oder Unternehmerwillkür. Und 1974, als noch fast jedermann die „hohen Lohnkosten" für die wachsende Arbeitslosigkeit verantwortlich machte, war es die UZ, die bereits alle jene Krisenmacher nannte, die jetzt erst, gut ein Jahr später, am 3. November nämlich, von „Panorama" auf den Tisch gebracht wurden: Überproduktion, Investitionswillkür, Rationalisierungs-Investitionen, Kapitalexport.

Die UZ ist unersetzlich. Fragt man, warum die Partei, die eine so unersetzliche Zeitung herausgibt, heute, nach Wählerstimmen zumindest, erfolgloser ist als noch vor vier oder fünf Jahren, so bekommt man zur Antwort: Der Antikommunismus, der eingefleischte wie der propagierte, sei schuld. Und die „Chaoten". Haben sie nicht gerade in Bremen die Partei um rund 1 Prozent der Stimmen gebracht?

Daß man selbst etwas an sich hat, was noch den verständnisinnigsten Linken entmutigt, dafür ein paar Beispiele:

Als Indira Gandhi kürzlich außer Kurs setzte, was man im Westen so „Demokratie" nennt, spendete die UZ Beifall: Frau Gandhi, hieß es, sei einem vom CIA gesteuerten Rechtsputsch zuvorgekommen und könne nun endlich mit den längst fälligen Reformen, unter anderem der Landverteilung, beginnen. Das mit dem Rechtsputsch kann ich nicht nachprüfen. Aber es leuchtet mir ein. Und den CIA verdächtigt man lieber einmal zuviel als zuwenig. Die Sache hat nur einen Schönheitsfehler: Warum hat Indira Gandhi, wo sie ohnehin gerade eine Neuverteilung des Bodens vorhatte, die Vorkämpfer in dieser Sache, die Naxaliten, gleich mit „erledigt"? Die UZ weiß die Antwort: „Linksabenteurer, bewaffnete maoistische Terrorbanden!" (10. 7. 75).

Sind Abenteurer, Terroristen immer nur solche armen Leute, denen ein Aufstand mißlingt? Und hätte sich die indische KP vielleicht nicht angehängt, wenn die Naxaliten Erfolg gehabt hätten? Müßige Fragen. Die Sowjetunion hält der Kongreßpartei gegen China und Pakistan die Stange, und dafür hält die Kongreßpartei gegenüber der indischen KP still; und die Naxaliten sind das strategische Bauernopfer. Aber kann einem mündigen Leser das nicht gesagt werden? Daß die Naxaliten zwar für eine gerechte Sache gekämpft haben, aber der Fernost-Strategie der KPdSU im Moment nicht in den Kram passen? Wer hätte sich nicht längst daran gewöhnt, das auch ein sozialistischer Staat klassische Diplomatie betreiben muß, wenn er den Einflußbereich seines Gesellschaftssystems verbreitern will?

Ein Mann, der für die Verbreitung bürgerlicher Ideologie verflucht viel getan hat, Thomas Mann nämlich, wird von Kommunisten in Ost und West gefeiert, weil er in einer seiner seltenen hellen Minuten einmal gesagt hat, der Antikommunismus sei die Grundtorheit der Epoche. Die Grundtorheit der UZ ist die Gleichsetzung von Kritik an der SU mit Antikommunismus. Obwohl sie selbst die Politik nur eines sozialistischen Nationalstaates (und seiner Anlieger) betreibt, ist sie nicht bereit anzuerkennen, daß es zwischen den Interessen sozialistischer Staaten bzw. Parteien und der kommunistischen Weltbewegung notgedrungen Widersprüche geben muß.

Um die Leistungen der SU herauszustreichen, sind der UZ nicht einmal Fotos von neugebauten Moskauer Hochhäusern (14. 7. 75) albern genug. Aus den Staaten der RGW meldet sie jeden Produktionsrekord. Über die Aktivitäten der jugoslawischen und italienischen Kommunisten dagegen schweigt sie. Gus Hall, der Führer der bedeutungslosen, aber SU-treuen KP der USA, darf sich ausmären – der erfolgreiche Berlinguer kommt nicht zu Worte.

Schweigen und stillhalten heißt es für die UZ selbst dann noch, wenn die Jugoslawen die „Zerschlagung einer prosowjetischen Gruppe" melden (FR, 17. 11. 75); sie „dürfen"; denn mit dem antisowjetischen Kurs Jugoslawiens hat sich die SU inzwischen diplomatisch arrangiert.

„Abweichler" und Kritiker, denen es an solchen diplomatischen Arrangements fehlt, werden dagegen ohne viel Federlesens mit dem „Klassenfeind" gleichgestellt. Das gilt natürlich vor allem für China und dessen „großmachtchauvinistischen, expansionistischen Kurs".

Tatsächlich ist die Bündnispolitik Chinas übel, aber war es der Hitler-Stalin-Pakt nicht? Tatsächlich ist es hirnrissig, wie die Maoisten in der BRD momentan chinesische Außenpolitik treiben. Denn die Politik, mit der China glaubt, sich für die Entwicklung des Sozialismus im eigenen Land den Rücken freihalten zu können, diese klassische Fernwest-Diplomatie nämlich, der das Hemd näher ist als die Weste, sie schwächt natürlich die Linke hier. Ist das aber ein Grund, alle Parteien und Gruppen, die Kritik an der SU üben, in den maoistischen Topf zu werfen?

Hier ein paar Zitate: „Nicht zufällig steht unsere Position der freundschaftlichen Verbundenheit mit der Sowjetunion und der KPdSU im Mittelpunkt der antikommunistischen Attacken der imperialistischen Ideologen und ihrer maoistischen Anhängsel" (12. 9. 75). „Maoisten und Strauß für stärkere NATO" (9. 5. 75) . . . „Die Strauß und Schleyer brüllen ‚Sozialismus' und die kleinen Maos ‚Arbeiterverrat', einig alle beide in der wütenden Ablehnung berechtigter Arbeiterforderungen" (1. 5. 75).

Die polemische Technik ist immer die gleiche: Zwischen Unvereinbarem wird durch gezielten Kurzschluß eine scheinhafte Übereinstimmung konstruiert. Man begnügt sich nicht einmal mehr, zwischen „subjektiv" und „objektiv", zwischen guter Absicht und schlechter Wirkung, zu unterscheiden; es genügen zufällige Ähnlichkeiten, um Kritiker und „Abweichler" mit dem „Klassenfeind" in eins zu setzen.

Oder es heißt in einer Meldung der UZ vom 25. 9. 75: „Die der SP nahestehende Lissabonner Zeitung ‚A Luta' berichtete am Mittwoch wohlwollend über den Besuch einer Delegation der maoistischen PDP/ML in Peking." Kein Zitat beantwortet in dieser Nachricht die Frage, worin denn dieses „Wohlwollen" tatsächlich zum Ausdruck gekommen ist. Der Ver-

dacht des Beifalls von Rechts soll offenbar ausreichen, um unbequeme Linke bereits in ihren Absichten zu disqualifizieren.

Wie absurd diese Technik ist, zeigt sich, wollte man sie auf die UZ selbst einmal anwenden: Da spendet die UZ zum Beispiel am 30. 5. 75 Bayern München ein dickes Lob für den Sieg im Europacup. Heißt das: „DKP-Jubel für Strauß-Anhänger?"

Brecht überliefert einmal jene Chaplin-Szene, in der Charlie, um einen allzu prall gestopften Koffer zuzukriegen, alles, was an den Seiten an Kleidern heraussteht, kurzerhand mit der Schere abschneidet. Nicht viel anders verfährt die UZ: Was immer passiert, es muß sich auf den Vers reimen, daß nur die Sowjetunion und ihre Anlieger auf dem wahren Weg zum Kommunismus sind – andernfalls wird es gefressen. Wie Dubcek („antisowjetischer konterrevolutionärer Geist", 28. 4. 75). Wie Biermann und Havemann („allesamt willfährige Werkzeuge der Monopol- und Bankherren", 24. 10. 75). Mit keinem Wort nennt die UZ die Gründe, warum Biermann kürzlich in Offenbach denn nun eigentlich nicht gegen den Franco-Terror ansingen durfte. (Mein Verdacht, im Stil der UZ: „Stellt sich DDR schützend vor Franco-Regime?") Statt dessen übt sich Robert Steigerwald mit dem Feingefühl des Patriarchen aus Lessings „Nathan" („gleichviel, er wird verbrannt") an Biermann als Lyrik-Interpret („Also: die DDR – ein Sumpf." „Also empfiehlt Biermann gegen den existierenden Sozialismus Partisanenmethoden." „Also die Sprache der Konterrevolution!", 14. 11. 75). Weiß man eigentlich bei der UZ, was man mit einem so luxuriös-überflüssigen Artikel wie dem Steigerwalds anrichtet, bei Parteimitgliedern, von Sympathisanten ganz zu schweigen? Können solche Leute wie Steigerwald nicht wenigstens mal taktisch den Mund halten, vorausgesetzt, es ist der DKP nicht längst gleichgültig, ob sie Vertrauen erweckt oder nicht? Mir jedenfalls ist es nicht gleichgültig. Und Zigtausenden, die angewidert von der SPD, nach einer neuen Partei ihres Vertrauens suchen, auch nicht.

„Das Verhältnis zur Sowjetunion ist die Gretchenfrage unserer Zeit", schreibt Herbert Mies, Vorsitzender der DKP, in der UZ vom 12. 11. 75. Nun, wenn er damit meint, daß ohne Hilfe der SU eine vernünftige Politik im Interesse der abhängig Arbeitenden in Westeuropa nicht gemacht werden kann, gut.

Gretchens Frage zielt bekanntlich auf den Glauben, die Religion. Religiöse Züge nimmt denn auch das Vertrauen der UZ in die Sowjetunion immer wieder an. So wendet sich die UZ am 20. 11. 75 gegen die „Lüge von Amnesty International von politisch motivierten Einweisungen in sowjetische psychiatrische Kliniken". Frage: Würde die KPdSU deutsche Kommunisten weniger unterstützen, wenn sie in diesem Fall weniger demütig den guten Ruf der SU verteidigt hätten? Anders: Wäre die UZ Herr ihrer selbst, hätte sie es dann nötig, in Sachen SU eine Organisation so hart zuschlagend der Lüge zu bezichtigen, die sie doch in andern Fällen, etwa in Sachen Chile, für über allen Zweifel erhaben hält?

Mein Verdacht: Wer das Spektrum der kommunistischen Weltbewegung auf die Nationalfarben der SU und ihrer Anlieger beschränken will, der glaubt im Grunde selbst schon nicht mehr daran, daß die SU aus einem andern Interesse als einem expansionistischen die Linke im Westen unterstützen könnte.

In einem Irrenhaus wird der Vertreter der staatlichen Aufsichtsbehörde von einem Insassen angesprochen, der ihm erklärt, daß er widerrechtlich festgehalten werde. Ruhig und klar schildert der Patient dem Beamten alle Details der gegen ihn laufenden Intrigen. Der Beamte ist erschüttert und verspricht zum Abschied, sich bei seiner Behörde sofort für eine Freilassung einzusetzen. Aber als er sich zum Gehen wendet, bekommt er einen gewaltigen Tritt in den Hintern. „Du, du", ruft der Irre und droht mit dem Finger, „aber nicht vergessen!"

„Die UZ ist für mich die wichtigste Zeitung, warum fühle ich mich von ihr so oft verarscht?"

Irrenwitze sind mies – geschenkt. Aber ich kann mir nicht helfen: Beim Durchseh'n meiner UZ's habe ich mich manchmal gefühlt wie jener Beamte: Auf der einen Seite klarste Darstellung der Verhältnisse, unermüdliche Recherchen, ermutigende Darstellungen der sozialen und politischen Kämpfe – und auf der andern Seite Zwangsdenkerei und Tollheiten, vor allem von seiten derer, die für die politische Generallinie der Zeitung zu sorgen haben, für die Botschaft, zu der sich bekanntlich der Glaube einstellen soll.

Da macht die UZ am 7. 7. 75 zum Beispiel mit der Schlagzeile auf: „Neue Hiobsbotschaft aus Bonn für Autofahrer: Gscheidle will den Straßenbau halbieren". Was soll das? Jedes Kind weiß inzwischen, daß sich Straßenbau und Autoproduktion gegenseitig hochhetzen, eine Entwicklung, die letzten Endes zur totalen Betonierung des Landes führt. Will die UZ das? Oder will sie das nur, damit Arbeitsplätze erhalten bleiben? Dann aber müßte sie konsequenterweise auch für mehr Rüstung sein. Denn auch Rüstung erhält Arbeitsplätze – und ist auf die Dauer so unerträglich wie noch mehr Straßenbau. Oder man wirbt um Sympathie für das „drükkende Elend" der palästinensischen Flüchtlinge (1. 3. 75). Wie wäre es, wenn sich die in Petro-Dollars schwimmenden arabischen Bruderländer einmal um dieses Elend kümmern würden? Oder fürchtet man, daß mit dem Elend auch der berechtigte Wunsch der Palästinenser nach Rückkehr in die Heimat erlöschen könnte?

Von Fabrikarbeitern in der BRD weiß man, daß sie auf ihre DKP-Betriebsräte schwören, aber abwinken, wenn die Partei selbst sich ihnen erklären will. Ist nur mein „bourgeoises Bewußtsein" schuld daran, wenn es mir beim Lesen der UZ ähnlich geht? Soviel Vertrauen die Zeitung auf der einen Seite stiftet, soviel Vertrauen verspielt sie, wenn sie in ihren ideologischen Rahmen zurückfällt. Am 12. 10. 75 etwa schreibt die UZ: „Feministinnen predigen Geschlechterhaß". Sowenig das stimmt, so sehr finde ich, daß man bei der UZ selbst ein paar Nachhilfestunden in Sachen Emanzipation nötig hätte; wenigstens, wenn ich Überschriften wie diese lese: „Frauen fest an der Seite der Arbeiterklasse". Wie? Besteht die „Arbeiterklasse" nur aus Männern?

Dann wieder empört man sich zwar zu Recht über die Diffamierung von Arbeitslosen als „Flaschen" und „Schmarotzer"; daß Arbeits-Losigkeit aber auch eine konkret utopische Perspektive haben kann, das zu entdecken blieb kürzlich einem DDR-Film über Arbeitslose in der BRD vorbehalten, wo ein entlassener Drucker sagte: „Ich lebe eigentlich erst jetzt richtig, seit ich arbeitslos bin."

Was ist schließlich zu halten von so vielen Beispielen für Wunschdenken, Gesundbeterei und Selbstbetrug in der UZ? „Volk will kein Berufsverbot" meldet die UZ am 24. 10. 75. „Sondergesetz stößt auf Widerstand breitester (!) demokratischer Kräfte." Von dem schlechten Deutsch einmal abgesehen: Nach einer Umfrage in der BRD waren kürzlich 80 Prozent der Befragten *für* den Radikalen-Erlaß. Da mögen Suggestiv-Fragen gestellt worden sein; aber muß es eigentlich immer gleich das „Volk" sein? So heißt es in einer Überschrift vom 15. 11. 75: „Revolutionsrat bejaht Direktorium. Von Bevölkerung Portugals mit Genugtuung aufgenommen." Im Text ist dann aber nur noch von der „demokratischen Öffentlichkeit" und dem „politisch bewußten Teil der Bevölkerung" die Rede.

Das schlechte Abschneiden bei den schleswig-holsteinischen Landtagswahlen (5919 Stimmen) läßt die UZ von ihrem Bezirksvorsitzenden dort so kommentieren: „Die DKP geht aus diesem Wahlkampf gestärkt hervor." Und wer ist schuld an dem mageren Ergebnis der DKP in Bremen? „Linksopportunistische Spaltergruppen, deren einziges Wahlziel es war, die Wähler zu desorientieren und der DKP zu schaden" (30. 9. 75).

Warum diese Kritik, wo es eine Erfahrungstatsache ist, daß kommunistische Parteien es Kritikern grundsätzlich nicht gestatten, *von außen* ihnen gegenüber recht zu haben? Immer recht hat die Partei. Auch und gerade da natürlich, wo sie beschließt, irgendwann unrecht gehabt zu haben.

Das Dilemma der UZ scheint mir, daß sie einerseits lediglich einen schlecht und recht bestehenden Sozialismus als nacheifernswertes Vorbild propagiert und andererseits, unter Hinweis auf die widrigen Entstehungsbedingungen dieser Art von Sozialismus, ständig um mildernde Umstände für ihn bittet. Es ist zu fürchten, daß bei dieser widersprüchlichen Generallinie trotz all der aufopfernden mühsamen und nützlichen Kleinarbeit an der Basis die Massenbasis noch lange auf sich warten läßt.

Inzwischen werde ich weiter mein UZ-Abonnement bezahlen und – wie jeder gute und national gesinnte Deutsche – „trotzdem" DKP wählen. Und als Intellektueller die Arbeit andern überlassen? Auf diesen Schelmen setz' ich anderthalbe und antworte im Stil der UZ: „Das sagt Schelsky auch. Und Schelsky ist ein Reaktionär. Also seid ihr reaktionär." (k)

In KONKRET 12/75 schrieb Wolfgang Abendroth zum Fall Biermann: „Sollte nicht der Teil der Linken, der nun wütend aufschreit, einsehen, daß der Rückschlag in Sachen Biermann erklärlich, wenn auch nicht zu billigen ist?“ Einer, den Abendroth gemeint hat, antwortet

Rudi Dutschke:

Lieber Genosse Abendroth,

wahrscheinlich werden so manche Vertreter der DKP- und SED-Führung über Deinen KONKRET-Beitrag Bedauern und Bedenken unter sich geäußert haben. Mit noch größerer Sicherheit wird aber eine Vielzahl der Partei-Basis der DKP (die SED-Basis kommt leider an KONKRET nicht heran) Deine Einschätzung des Lehrstücks Havemann/Biermann mit großer Erleichterung aufgenommen haben. Vielleicht gibt es sogar Genossinnen und Genossen der DKP, die sich bemühen, noch fragender an die Sache heranzugehen.

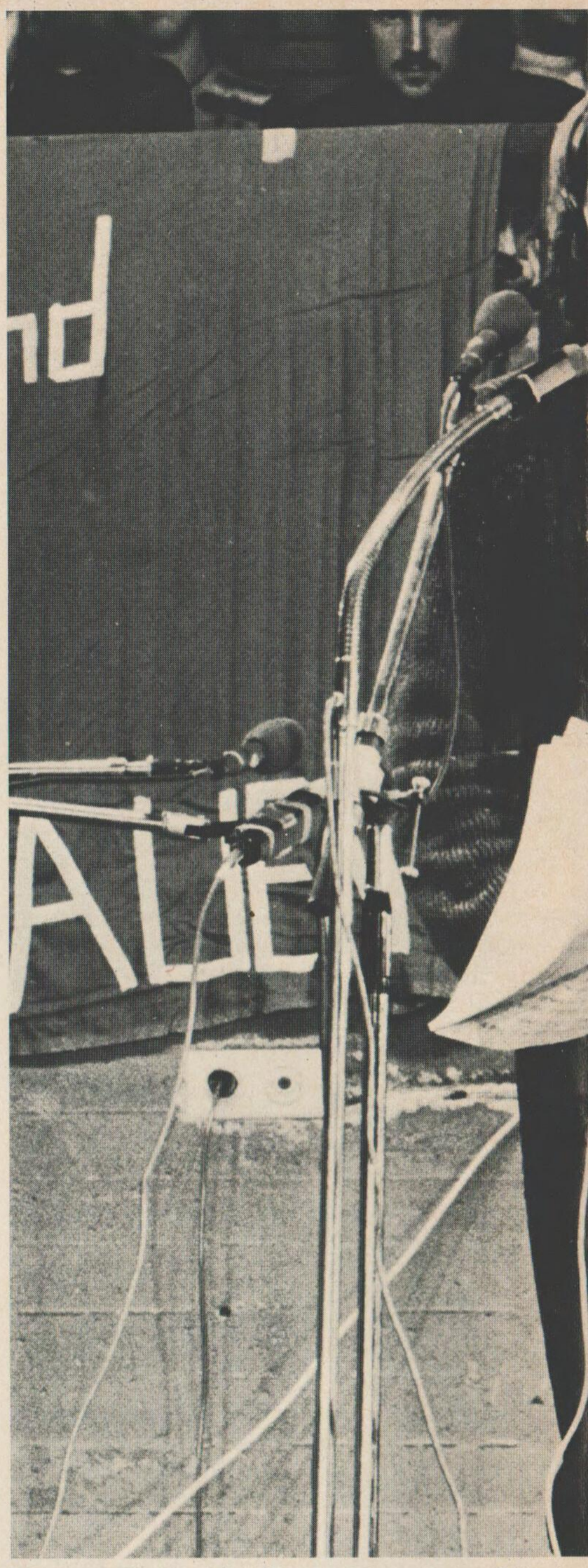
Da ich von Dir, lieber Genosse Abendroth, erwähnt wurde im Rahmen Deines Versuchs, die politischen Abläufe zu erklären, die die DDR-Regierung dazu führten, den Genossen Biermann nicht zu einer antifaschistischen Veranstaltung nach Offenbach reisen zu lassen, nehme ich mir das Recht, auf Deine Analyse zu reagieren. Zum anderen hatte ich in diesen Wochen regelmäßig mit Wolf Biermann Kontakt, um mit ihm über die personelle und inhaltliche Form und Struktur der Veranstaltung zu sprechen, ihn zu unterrichten usw.

Daß es mir eine Freude war, von Dir, einem Genossen, der vielen in unserer Generation die ersten Fundamente der Geschichte der Arbeiterklasse beibrachte, eine Kritik der Presseerklärung des Pressesprechers der DKP vom 24. 10. 1975 in Sachen Havemann/Biermann zu lesen, wirst Du verstehen. Hoffentlich betrachtet der Genosse Steigerwald von der DKP-Führung meine Zustimmung nicht als einen Beweis für die „Gefährlichkeit“ Deines Artikels.

Neben dieser Zustimmung habe ich aber viele Fragen und Probleme. Und ich muß Dir sagen, daß ich gegen Deine taktischen Kriterien in der Bestimmung der Rolle und Funktion der *Kritik* von Sozialisten und Kommunisten an die Verhältnisse in der DDR die größten Bedenken habe. Deine prinzipielle Begründung ist, daß eine „Kritik am falschen Ort und zur falschen Zeit“ die Grundlage eines Umschlags in die reaktionäre Richtung sein könne bzw. sein müsse. Ob der davon Betroffene es wolle oder nicht. Als ich das las, fragte ich mich: Hat er sich die vollen Konsequenzen eines solchen Satzes mehrmals überlegt? Wer setzt für Dich eigentlich die Kriterien von „Ort“ und „Zeit“? Da Du mich vor wenigen Monaten in Frankfurt davon zu überzeugen versuchtest, daß die DKP langfristig die einzig mögliche Kraft der Negation der herrschenden Kapitalverhältnisse in der BRD sei, so kann ich nur annehmen, daß für Dich „Ort“ und „Zeit“ von der Partei-Zentrale bestimmt werden, heiße die nun SED oder DKP. Auf der anderen Seite bestreitest Du aber nicht den extrem niedrigen Grad der sozialistischen Demokratisierung in Partei und Gesellschaft der DDR. Hier scheint mir Deine Widerspruchsebene zu liegen.

Du gehst umgekehrt so weit, zu behaupten, daß eine nicht am richtigen Ort und zur richtigen Zeit geäußerte Kritik die Demokratisierung „gefährdet“. Eine solche Position scheint mir in einem doppelten Sinne gefährlich zu sein: Dem kritischen Materialismus wird die Kritik schier entzogen, wird sie doch im Höchstfall ein taktiererisches Problem von „Ort“ und „Zeit“. Ich muß es Dir sagen, lieber Genosse: Waren nicht „Ort“ und „Zeit“ die Begriffe, die die von uns beiden so abgelehnte Stalin-Ära besonders kennzeichneten? Wurden nicht mit einer solchen Begründung hunderttausende Kommunisten, Bauern und Arbeiter in Konzentrationslager getrieben oder hingerichtet? Du warst im deutschen KZ der Faschisten, ich weiß das. Aber Du weißt von den Genossinnen und Genossen aus der Sowjetunion, die wegen Kritik liquidiert wurden.

Ich weiß von der weltgeschichtlichen



Biermann-Freund Rudi Dutschke auf der Offenba

Verschiedenartigkeit der KZ's in Deutschland und der SU, habe aber als kritischer Materialist die Pflicht, die Wirklichkeit, und sei sie noch so dreckig, auf den Begriff zu bringen und sie nicht auf den Kopf zu stellen. Deshalb schreibe ich in meinem Buch und in anderen Beiträgen über diese geschichtliche Etappe vom despotischen Kommunismus halbasiatischer Knechtschaftsverhältnisse. Warum ist die dialektische Methode des kritischen Materialismus in diesen Jahrzehnten so auf den Hund gekommen? Hat es damit zu tun, daß die Bucharin, Sinowjew, die Radek, Trotzki, Rjasanof und wie sie alle heißen, am falschen Ort und zur falschen Zeit Kritik geäußert haben? Was für eine Absurdität. Darüber werden wir uns einig sein. Die Kategorie der materialistischen Kritik ist vom Begriff der Arbeit, der Arbeiterklasse und der Kritik der Verhältnisse nicht zu trennen. Und die Kritik der Verhältnisse hört nicht mit der Kritik der bürgerlich-kapitalistischen Formation auf. Das wird ja von Dir nicht bestritten.

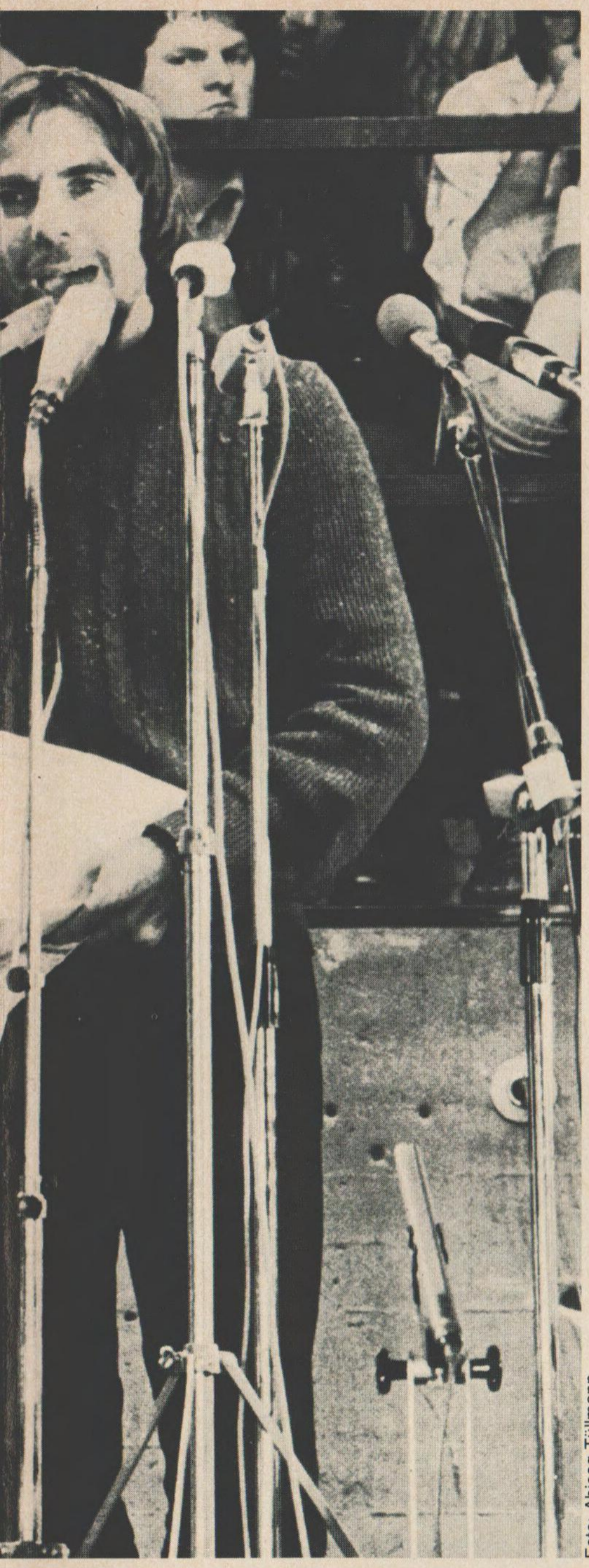


Foto: Abisag Tüllmann

…er Kundgebung: „Schnauze halten?“

Foto: Thomas Höpker

DDR-Oppositionelle Biermann, Havemann: Ausreise-Veto der Sowjetunion?

Kommunisten in der DDR etc., die schon längst aus der Partei ausgeschlossen worden sind, ausdrücken können? Sollen die ihre Schnauze halten, um eventuell am Tage der Geburt der Einheit von Demokratie und Sozialismus wieder in die Partei eintreten zu dürfen? Dieser Meinung dürftest Du auch nicht sein.

Die Genossen Havemann/Biermann scheinen mir ihrer Lage gemäß korrekt zu handeln. Sie müssen außerhalb der Partei ihren Standort formulieren, um überhaupt noch als Sozialisten-Kommunisten überleben zu können. Eine solche Lage ist nicht ohne spezifische Schwierigkeiten, nur zu leicht kann in einer aufgezwungenen Isolation eine Fehleinschätzung der Etappe, manchmal des Augenblicks entstehen, können gesellschaftliche Prozesse in ihrer Mannigfaltigkeit nicht voll wahrgenommen werden. Die Genossen Havemann und Biermann scheinen mir aber ein Beispiel dafür zu sein, wie Genossen über breite Diskussionen mit Sozialisten und Kommunisten verschiedener Richtung, soweit das möglich ist, und über Auseinandersetzung mit den eigenen Verhältnissen den sozialistisch-kommunistischen Standpunkt entwickeln und nicht verlieren! Das ist unter

tung in etwa mitbekommen haben. Nicht einmal nach dem SED-Skandal der Ablehnung „funktionierten“ wir die Veranstaltung um. Sicher, ich hatte keinen Grund, nichts über die Entscheidungen der Führenden in der DDR zu sagen. Aber die Genossen Heinz Brandt, Moneta, Bendit, ich und die ca. 5000 Sozialisten und Kommunisten, die anwesend waren, hatten keinen Grund und kein Interesse, den Mittelpunkt des reaktionären Regimes in Spanien aus dem Auge zu verlieren. Und wir wußten, was wir taten.

Nun will ich aber „spekulieren“, lieber Genosse Abendroth. Ich schau nicht auf die „Außenwelt“, mich interessiert mehr die „Innenwelt“, die des Warschauer Paktes in diesem Falle. Die Führung der SED, in welcher sich so manche antifaschistischen Spanienkämpfer befinden, war offensichtlich sich ihrer zweifelhaften Rolle, als erster Staat des Lagers mit dem Franco-Regime in diplomatische Beziehungen getreten zu sein, in einem doppelten Sinne in diesem Augenblick der Ermordung von Revolutionären bewußt geworden: Wir ziehen sofort unsere Diplomaten zurück, und Biermanns Auftritt ist Beweis unserer antifaschistischen Tradition sowie einer neuen

Meine These ist: Der Grad und das Wesen der Kritik kann sich allein verschieben nach dem Grad der Entwicklung der sozialistischen Demokratisierung. Wenn der Grad der Demokratisierung niedrig ist, darf doch nicht die Kritik der Verhältnisse noch niedriger sein! Die Niedrigkeit des Grads der Kritik gefährdet den Demokratisierungsprozeß und nicht umgekehrt. Die angemessene *Höhe* (Zeit und Ort spielen eine sekundäre Rolle) ist ein produktives Glied der Demokratisierung des Sozialismus. Du gibst das niedrige Niveau der Demokratisierung in der DDR zu, bist aber nicht bereit, die vollen Konsequenzen zu ziehen: die Niedrigkeit des Sozialismus in der DDR, ganz zu schweigen von der SU.

Von Dir, lieber Genosse Abendroth, lernten wir die Worte von Rosa Luxemburg, daß Sozialismus und Demokratie untrennbar sind. Zu diesem dialektischen Verhältnis stehst Du doch noch heute. Und die Frage, die sich unter solchen Bedingungen des *realen, des niedrigen Sozialismus* stellt, ist die Frage, wie sich Sozialisten und

den Verhältnissen, Bedingungen und Voraussetzungen der DDR nicht zu überschätzen, aber erst recht nicht zu unterschätzen. Das beweisen die letzten Wochen für uns in der BRD, von den Rückwirkungen auf die DDR ganz zu schweigen. Da ging und geht es um Sozialisten und nicht um Konterrevolutionäre!

Soweit zur einen Seite, aber jetzt möchte ich Deiner „Spekulation“ über die Gründe der Ablehnung von Wolf Biermann, an einer Anti-Franco-Veranstaltung in der BRD teilnehmen zu dürfen, die meinige folgen lassen. Allerdings sei eine Vorbemerkung gestattet. Warum Du, lieber Genosse Abendroth, Dir primär nur darüber Gedanken machtest, ob der Grund nicht gewesen sein könnte, daß der Genosse Cohn-Bendit und ich die Anti-Franco-Veranstaltung in „Anti-DDR“ umfunktionieren würden, ist mir nicht nur ein Rätsel, sondern ich empfinde es, und dem Genossen Bendit wird es wahrscheinlich nicht anders gehen, als Angriffsmethode alten Stils. Eigentlich mußt Du die Veranstal-

Stufe von Demokratisierung in unserem Lande. Ohne zu große „Risiken“ einzugehen. So jedenfalls kann es gewesen sein.

Die Reiseerlaubnis für Biermann ist natürlich von höchster Stelle ausgesprochen worden. In den nächsten Tagen vollzog sich aber eine „Umfunktionierung“, und die hat sich nach meiner festen Überzeugung in Moskau abgespielt. Die Führung der SED war nämlich in dieser Zeit nach Moskau gefahren, um dort mit der KPdSU einen neuen politisch-militärischen Beistandsvertrag abzuschließen. Ein Vertrag mit größten Konsequenzen, er band und bindet die DDR mehr denn je an die Sowjetunion. Wodurch eine kritisch-solidarische Beziehung in dem Sinne, wie sie die KPI oder die KPF entfalten und handhaben, fast unmöglich wird. War es damit nicht klar, lieber Genosse Abendroth, daß die Sicherheitskräfte der UdSSR eine Ausreise von W. Biermann als Provokation empfunden hätten. Warum? Die Führung der SU war doch gerade dabei, die Ausreise von Sacharow zu verhindern. Sowenig wie der DKP-Pres-

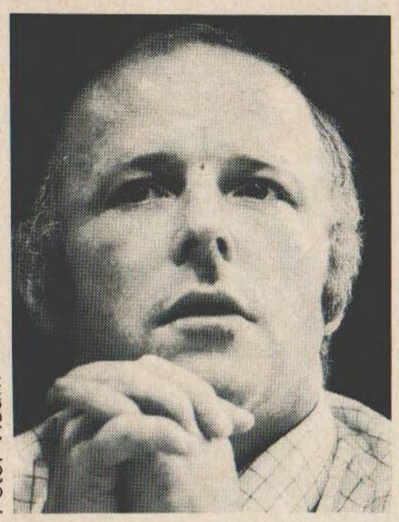


Foto: Visum

Norbert Blüm:

Elend – wie breit darf es sein, Herr Apel?

ⓚ „Trotz hoher Arbeitslosigkeit gibt es in unserem Land kein verbreitetes Elend", so Finanzminister Apel, so verkündet im Deutschen Bundestag.

6 Millionen Mitbürger leben von einem monatlichen Nettoeinkommen, das unter den Sozialhilfesätzen liegt. Sozialhilfe erhalten 1,75 Millionen Bürger, 250 000 mehr als 1969. Die durchschnittliche Witwenrente in der Arbeiterrentenversicherung beträgt 390 DM.

Wohlstandsgesellschaft – Wohlstand für alle? Wie „breit" muß eigentlich Armut sein, um als „verbreitetes Elend" sozial-liberal anerkannt zu werden?

Im Jargon des Fortschritts finden die Armen bestenfalls als Randgruppe Erwähnung. Der Verdrängungsmechanismus funktioniert. Während sich mitten in der Gesellschaft, die sich gerne als Wohlstandsgesellschaft angesprochen hört, Armut breitmacht, haben wir die Armen im politischen Sprachgebrauch an den „Rand" gedrängt, genau dort, wo sie im öffentlichen Bewußtsein lokalisiert sind. Gegen „verbreitetes Elend" immunisiert Unkenntnis. Die Ignoranz war schon immer der zuverlässigste Garant saturierter Arroganz.

Die Armut hierzulande steht im toten Winkel der politischen Aufmerksamkeit. Armut ist deshalb nur unzureichend durch Mangel an materiellen Gütern definiert; materieller Mangel verbindet sich mit Mangel an sozialer Integration. Armut und sozialer Ausschluß sind Verbündete. Und es läßt sich gar nicht mit Sicherheit ausmachen, was Ursache, was Wirkung ist. „Sozialer Ausschluß folgt auf Armut" – das läßt sich sozusagen vorwärts und rückwärts lesen.

Das Urteil, das die Wohlstandsgesellschaft über Arme spricht, lautet in den meisten Fällen „lebenslänglich". Wer beispielsweise einmal in einem Obdachlosenquartier Wohnung genommen hat, kommt schwer wieder heraus. Offenbar verbreiten die „Asozialen" den Schrecken, den im Mittelalter Pestkranke verbreiteten. Nicht unzutreffend, jedenfalls konsequent, wenn auch verräterisch, sprechen die „Sozialen" denn auch vom Obdachlosenasyl.

Die Chancen, daß die „Lebenslänglichen" ihre Verurteilung vererben, sind nicht gering. Nach grober Schätzung sind 60 Prozent der Bürger von Armutsquartieren Kinder, ein Großteil von ihnen besucht die sogenannten Sonderschulen. Nach einer Marburger Untersuchung waren es 40 Prozent. Warum wohl?

Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, daß wirtschaftliche Depression ganz besonders die Armen drückt. Die Krise kommt zuerst bei ihnen an und bleibt am längsten dort. In der Hochkonjunktur finden alle Arbeit. Wenn's abwärtsgeht, fliegen als erstes die Kranken, Kränklichen, Alten und all die heraus, die das Brandmal „Asozial" tragen.

Während die Einkommen sinken, nehmen die Ausgaben zu. Nach einer Infas-Studie haben sich in Dortmund die Mieten bei den Mietern unter der Armutsgrenze im letzten Jahr stärker erhöht als bei denen, die jenseits dieser Linie leben. 40 Prozent der „Armen" gaben an, daß sie in den letzten 12 Monaten Mieterhöhungen hinnehmen mußten gegenüber 28 Prozent bei der Mehrheit der Bürger.

Wenn die „Grenzen des Sozialstaates" zurückverlegt werden, sind es die Armen, die ins Niemandsland geraten. Rentenniveausenkung, Selbstbeteiligung und ähnlich akademisch unschuldige Vorschläge verbreitern das Elend, wenn sie von des Gedankens Blässe den Weg in die sozialpolitische Praxis antreten.

Dabei waren es nicht die Armen, die vom sozialpolitischen Wildwuchs profitierten. Die Ausbeuter unseres Sozialsystems jedenfalls befinden sich mehrheitlich oberhalb der Sozialhilfesätze. Sparförderung beispielsweise wurde vorzugsweise von denen genutzt, die etwas auf den Konten hatten, das sie in die Prämienzone verschieben konnten. Die Haken und Schlupflöcher der Steuergesetzgebung sind nicht von denen ausgenutzt worden, die sich keinen Steuerberater leisten konnten.

Die Armen sind die letzten, die von den Segnungen des Sozialstaates, und die ersten, die von seinem Abbau erreicht werden. Sozialstaat? Ob erste oder letzte, fürs Management der Politaktiker spielen die Armen nur eine untergeordnete Rolle. Ihre politische Harmlosigkeit entspricht ihrer politischen Sprachlosigkeit. Im Kartell der etablierten Interessenvertretung sind sie nicht vertreten. Wer schlägt schon für Nicht-Organisierte auf die Pauke.

Zu den neuen sozialen Fragen gehören die, die von den „Betroffenen" nicht selbst gestellt werden (können).ⓚ

sesprecher Havemann/Biermann und Sacharow unterschied, sowenig konnten das die Sicherheitsbehörden der UdSSR tun. Wäre doch der Verdacht aufgekommen, daß die DDR dabei ist, demokratischer zu werden als die SU, die erneut einen Nobelpreisträger nicht ausreisen lassen will.

Hinzu kamen wahrscheinlich zum Schluß noch andere Argumente der Sicherheitskräfte in der UdSSR und der DDR: Was machen wir mit einem in der BRD auf Zustimmung stoßenden Biermann nach seiner Rückkehr? Ihn nicht mehr hereinzulassen wäre *die* SED-Schande des Jahrzehnts, ihn aber wieder hereinzulassen brächte viele Fragen mit sich, Fragen der Arbeiter, Werktätigen, Mitglieder der Partei und der Jugendorganisationen.

Warum hast Du, lieber Genosse Abendroth, diese Fragen ausgeklammert? Und warum redest Du davon, daß den Genossen Havemann/Biermann „erst die Publikation beschränkt, dann genommen wurde"? Warum sprichst Du nicht offen von einem Berufsverbot, das ja auch Genossen in der CSSR, in Ungarn und in Polen erleiden? Die dortigen Parteien und Regierungen mögen ihre Gründe haben, aber hast Du nicht die Pflicht, mit Klarheit und nicht vernebelnd zu sprechen? Das haben wir vor Jahren von Dir (und wenigen anderen) gelernt, und wir werden nicht bereit sein, es zu vergessen und uns zu beugen.

Du forderst alle demokratischen Kräfte, die ganze Linke in der BRD, auf, gegen das hiesige Berufsverbot einheitlich zu kämpfen. Sollen wir nach Deiner Meinung auf keinen Fall mit zwei Augen auf die DDR blicken? Soll unser proletarischer Internationalismus in der Elbe untergehen? Und wie können wir in Sachen Berufsverbot mit einer Parteiführung politisch zusammenarbeiten, die keine wirklich selbständigen Beine und Köpfe hat? Und nicht nur die Presseerklärung in Sachen Biermann war ein Beispiel dafür.

Kann die DKP-Führung nicht begreifen, daß sie sozialistische und kommunistische Politik gefährdet, wenn sie stets nur nach Moskau und Ost-Berlin schaut, anstatt den eigenen Gang zu erlernen? Warum, Genosse Abendroth, lernt die DKP so wenig (im Grunde: nichts) von der KPI und der KPF? Viele Parteimitglieder werden vom Berufsverbot betroffen oder bedroht, unsere volle Solidarität darf in keinem Augenblick unausgesprochen bleiben. Diese Solidarität gilt aber in keinem Fall für eine Parteiführung, die ihre Basis nicht entsprechend den Kräfteverhältnissen und Klassenkampfbedingungen führt. Die den „realen Sozialismus" der Beschränktheit, der Borniertheit, der so großen Belastung und so kleinen Entlastung der Arbeiter noch immer nicht abgearbeitet hat. Die KPdSU zwingt die SED, sich immer mehr von der BRD abzusetzen. Ist das für die DKP immer noch kein Grund, primär auf die KPI, die KPF und die KP Spaniens zu blicken?

Verehrter Genosse Abendroth, wir gehen von verschiedenen Ausgangspunkten an die Sache heran. Wir kommen, bei einigen Gemeinsamkeiten, zu sehr verschiedenen Resultaten. Wir tragen aber unsere Differenzen gemeinsam in KONKRET aus, und das ist doch ein gewisser Fortschritt, oder?

Dein Rudi Dutschke

Nicht können. Glauben!

Die Psychologin Wiebke Tempel wurde gefeuert, ein Arbeitsrichter nennt einen Kirchenmann „Heuchler", Heimkinder kriegen Nervenzusammenbrüche – ein Stück evangelischer Sozialpolitik.

Werner Poelchau:

℗ „Wir wissen, daß Sie mit großem Engagement in Ihrer Arbeit tätig gewesen sind . . .", schrieb die Leitung der evangelischen Kirche an ihre Mitarbeiterin Wiebke Tempel – garniert mit „freundlichen Grüßen". Doch die fünfunddreißigjährige Psychologin hatte sich zu sehr engagiert, der Gruß stand unter ihrem Kündigungsschreiben.

Seit Januar 1973 war Wiebke Tempel im Margaretenhort beschäftigt, einem Heim für verhaltensgestörte Kinder, das die evangelische Kirche in Hamburg-Harburg betreibt. Die 63 dort untergebrachten Mädchen und Jungen, deren Eltern, die Heimleiterin und ihre Kollegen waren mit ihr zufrieden, auch die Kirchenleitung. Solange es Wiebke Tempel dabei „beließ", sich um die Kinder zu sorgen, bei Notfällen sogar nachts ins Heim kam, waren ihr Gottes und des Superintendenten Stein Segen sicher. Als sie aber so weltliche Dinge zur Sprache brachte wie die Notwendigkeit, daß kirchliche Mitarbeiter sich in der Gewerkschaft organisieren, da zürnte Gottes Stein.

Von nun an versuchte er alles, die unliebsame Mitarbeiterin loszuwerden.

Zunächst sammelte er Material gegen sie. Dann zahlte er ihr das Honorar – sie war noch nicht festangestellt – mit wochen- oder monatelanger Verspätung. Schließlich verweigerte er ihr die Festanstellung. Und das, obwohl die Mitarbeiter des Margaretenhorts im Januar 1975 auf einem Flugblatt zum Kreiskirchentag darauf hingewiesen hatten, daß die Zusammenarbeit mit der Psychologin Tempel „eine unerläßliche Notwendigkeit darstellt". Als die Kinder von der Kündigung hörten, bemalten sie die Auffahrt zum Margaretenhorst mit Parolen wie „Wiebke ist lieb! Wiebke muß bleiben!".

Um die Therapie erfolgreich zu Ende führen zu können und um ihr Recht auf Festanstellung durchzusetzen, ging Wiebke Tempel vor das Arbeitsgericht.

Was dort die Diener Gottes und ihre Anwälte zur Begründung der Nichtanstellung von Wiebke Tempel vorbrachten, ließ selbst den Arbeitsrichter explodieren, obwohl Justizbeamte oft nicht nur durch den schwarzen Talar den Kirchenfürsten ähneln.

Hauptvorwurf: Wiebke Tempel sei nicht in der Kirche. Dies hatte sie auch nie bestritten, war aber, um einer Festanstellung keine Hindernisse in den Weg zu stellen, im Oktober 1974 in die Kirche eingetreten. Doch das reichte der Kirchenleitung nicht aus, sie vermißte die kirchliche Note in der Arbeit der Psychologin, denn sie hatte sich nicht nur nicht aktiv für das Tischgebet eingesetzt, sondern war sogar „an der Weihnachtsfeier erst erschienen, als die kirchliche Feier mit der Verlesung der Weihnachtsgeschichte usw. beendet war". Die Schädlichkeit dieses Tuns stellen die Anwälte der Kirche dann auch explizit fest: „Der christliche Glaube gewährt eine große moralische Kraft. Deshalb ist die Kirche in besonderem Maße berufen, die Erziehung von Kindern zu übernehmen."

Dieser christliche Glaube scheint nicht nur ein wahres Wundermittel für die therapeutische Behandlung von schwer verhaltensgestörten Kindern zu sein, das alle Fachwissenschaft in den Schatten stellt, sondern er gab auch dem Superintendenten Stein in der Gerichtsverhandlung die „moralische Kraft", unentwegt gegen das achte Gebot („Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider Deinen Nächsten") zu verstoßen. Er behauptete wiederholt das genaue Gegenteil von dem, was die Heimleiterin Hirschler als Zeugin aussagte und belegte.

Als der Richter dem Superintendenten die Gelegenheit gab, seine Aussage zu widerrufen („Wollen Sie diese Frau als Lügnerin hinstellen?") – lehnte er dankend ab. Da wollte der Richter zum ersten Mal die Verhandlung abbrechen.

Als der Anwalt Wiebke Tempels, Gerd Benoit, den frommen Mann fragte, ob er bereit sei, sie bis zu einer endgültigen Entscheidung des Gerichts weiterarbeiten zu lassen, wenn er davon höre, daß ein Kind auf die Straße gelaufen sei, nach Wiebke Tempel gerufen habe, dabei beinahe überfahren wurde und von vier Feuerwehrleuten gebändigt werden mußte, verneinte der

Edelchrist Stein ebenfalls: Er sähe da keinen Zusammenhang mit der Entlassung von Frau Tempel, außerdem sei für die Kinder ausreichend gesorgt.

Solch Zynismus war selbst einem leidgeprüften Arbeitsrichter zuviel. Er brach nun endgültig die Verhandlung ab, zog sich seine Robe aus und las dem Herrn Stein die Leviten. Seine für die heiligen Hallen des Arbeitsgerichts einmaligen Beschimpfungen gipfelten in den Worten „Pharisäer, Heuchler, Apparatschik".

Auch dies focht den wackeren Herrn Stein nicht an. Er wurde ob soviel Bösem in der Welt nostalgisch und beschwor gegenüber KONKRET vergangene Zeiten: „So was ist mir bei den Nazis nicht passiert."

Weshalb sollte er auch zweifeln, sagt doch sein Kirchenpräsident Dr. Helmut Hild über die Grundsätze kirchlicher Sozialarbeit: „Es geht nicht zuerst um Können, um theologische, pädagogische und psychologische Bildung, sondern um den Glauben."

Was stört es, daß die Kinder vor die Hunde gehen, wenn es gilt, den Glauben zu retten. Da es niemanden in dem Heim gibt, der die psychotherapeutische Arbeit von Wiebke Tempel ersetzen kann, die Kontinuität in der Bezugsperson für die Entwicklung der Kinder und den Erfolg der Therapie aber entscheidend ist, sind die Folgen im Margaretenhort grausam.

● Die siebzehnjährige Karin* hat einen Nervenzusammenbruch erlitten und nach Wiebke Tempel geschrien. Die aber hat Hausverbot.

● Beate* und Sylvia*, beide fünfzehn Jahre alt, sind aus dem Heim weggelaufen. Wiebke Tempel war ihre einzige Vertrauensperson.

● Der zehnjährige Karl-Heinz* leidet unter „Zerstörungswut". Wiebke Tempel hatte durch ihre Arbeit erreicht, daß es kaum noch zu solchen Ausbrüchen kam. Seit sie nicht mehr da ist, zertrümmert er wieder Möbel.

● Christiane*, zwölf Jahre alt, war jahrelang unfähig, inneren Kontakt zu andern Menschen aufzunehmen. Wiebke Tempel war die erste, bei der sie ihr Mißtrauen überwandt. „Jetzt läuft sie", so eine Mitarbeiterin des Margaretenhorts, „wie ein geköpftes Huhn durch die Gegend und sucht Wiebke."

Dennoch verzichtet die Kirche lieber auf eine richtige und dringend notwendige Behandlung der Kinder als auf das Tischgebet.

Zweifel kommen dem Superintendenten auch nicht, ob er überhaupt das moralische Recht hat, als Kirchenfunktionär Wiebke Tempel zu kündigen. Rein juristisch hat er sicherlich das Bürgerliche Gesetzbuch auf seiner Seite, als Träger des Heims firmiert die Kirche. Aber zahlen tut jemand anders: der Staat mit den Geldern der Steuerzahler.

Die Kinder, die in dem Heim untergebracht werden, weist das Hamburger Amt für Jugend zu. Dafür bezahlt die Behörde kostendeckende Pflegesätze, das heißt Pflegesätze, in denen sowohl Essens-, Material-, Instandhaltungs- als auch sämtliche Personalkosten (und damit auch das Honorar von Wiebke Tempel) enthalten sind. Kurz, die Kirche bezahlt für das Heim keinen Pfennig, sondern kassiert sogar noch die in den Pflegesätzen enthaltenen 150 000 Mark Abschreibungskosten für das von ihr zu zwei Dritteln bezahlte Gebäude. So finanziert sie aus Steuergeldern das ihr so wichtige soziale Image.

Wenn Kinder in einer Privatfamilie so leiden müßten wie zur Zeit die im Margaretenhort, hätten die staatlichen Behörden schon längst eingegriffen. Doch hier, wo sie sogar sämtliche Kosten tragen, halten sie still und berufen sich auf die Gesetze. Ein Vertreter des Amtes für Jugend resignierend zu KONKRET: „Wir in Hamburg haben es ja beinahe noch gut, Kollegen aus Flächenstaaten könnten Ihnen ganze Bände über solche Fälle erzählen."

Dabei reicht Hamburg völlig. Eine einstweilige Verfügung auf Weiterbeschäftigung von Wiebke Tempel ignorierten die Kirchenmänner, weil sie eine Bestrafung nicht sonderlich fürchten. Ihr Anwalt: „Geld spielt für die Kirche doch keine Rolle."

Noch heute zahlen viele, wenngleich widerstrebend, ihre Kirchensteuer, weil die Kirche dieses Geld doch für Sozialarbeit verwende. Da kann man – ohne jeden Zynismus – in den Vorgängen im Margaretenhort noch einen positiven Aspekt sehen: Wenn die Religion das Opium des Volkes ist, dann sind Leute vom Schlage eines Superintendenten Stein die beste Entziehungskur. (k)

* Die Namen wurden von KONKRET im Interesse der Kinder geändert.

Wolf Biermann

Liebeslieder
– mit Marx- und Engelszungen gesungen

„Man kann sicher sein, daß selbst in seinen Rosen noch Zündstoff steckt."
»stern«

Zehn brandneue Liebeslieder, die auch als Texte noch unveröffentlicht sind. Ein neuer Biermann? Hören Sie selbst!

LP CBS 80982

CBS The Family Of Music

Waldeslust

Im August brannte der Gartower Forst im Landkreis Lüchow-Dannenberg. Seither kommen Besucher aus dem gesamten Bundesgebiet zur Pyromanen-Wallfahrt:

Karl-Oskar Heiderich

® „In Sibirien, in der Gefangenschaft, habe ich einen Waldbrand gesehen! Hinterher, meine ich. Wir waren zu den Aufräumungsarbeiten eingeteilt. Das hätten Sie mal sehen müssen! Das sah aus! Kilometerweit nichts! Gar nichts! Alles verkohlt! Da stand kein Baum mehr! Keiner! Höchstens hier und da ein ausgeglühter Rumpf. Zwei, drei, vielleicht vier Meter hoch. Gespenstisch! Richtig russisch! Das war noch was! Wenn ich mir das Chaos wieder vor Augen halte – und dann das hier . . .“

Wie auf einen mißratenen Sohn deutete unsere Landstraßenbekanntschaft mit einem Kopfzucken in den Wald am Rande der B 493 zwischen den Ortschaften Trebel und Gartow. Hier, im Zentrum des Jahrhundertbrandes, war das Feuer durch das Unterholz gelaufen und hatte die Stämme der zwanzigjährigen Kiefern angeschwärzt. Mal mehr, mal weniger. Aus dem mit einem faustdicken Asche-Teppich überzogenen Waldboden sproß hier und da bereits wieder Nachwuchs. Frühlingsgrün.

„Verkohlt“, sagte unser Sibirienkämpfer, „ist hier *über*haupt nichts. Sechs Stunden sind wir im Wald herumgefahren. Wie die Verrückten. Sogar auf Wegen, die eigentlich verboten sind. Und wir haben nicht einen einzigen richtig abgebrannten Baum gesehen. Die einzige echte Verwüstung haben die Panzer angerichtet. Möchte mal wissen, wozu? Waldbrand? Das ich nicht lache! Ein paar Rauchbomben haben sie geworfen. Und die Verkohlten sind wir.“

Sonntag für Sonntag rollen diese Spätpyromanen, den Knüppel im ersten Gang, ein warmes Glühen in den Augen, über die Landstraßen durchs Brandgebiet. Teils aus der näheren Umgebung, teils aus Kiel, Karlsruhe und Köln. Durchweg geben sie der gegenüber Celle kleineren Brandschau den Vorzug, um sie durch einen Zonengrenzbesuch zu ergänzen. Stacheldrahtzaun, Selbstschußanlagen und Wachtürme als Nachtisch zur großen Holzverkohle. Sympathische Leute, denen es nicht im Traum eingefallen wäre, während des Brandes die Zufahrtsstraßen der Feuerwehr zu verstopfen. In früheren Zeiten hätten sie sich niemals als Schaulustige zu einer Hinrichtung eingefunden. Doch etwas später hätte man sie gesehen: in der kleinen Prozession hinterm Sarg.

Der Sonntag für Sonntag sich an ihren hungrigen Augen labende Betrachter lernt bald zu bestimmen, wie lange der jeweilige Automobilinhalt schon vergeblich durch die Gegend gurkte: Zwei Stunden hält sogar das seit Hamburg vor sich hinglimmende Auge die Hoffnung entfacht. Nach vier Stunden schwelt sie zwar noch, doch haben sich die ersten Zeichen des Erlöschens bereits mit einer unverkennbaren Müdigkeit vermischt. Nach sechs Stunden rutscht die immer noch unbefleckte Serviette auch vom dicksten Kehlkopf. Hämisch fährt der Besucher den in Überlebenspose vor seinem Häuschen postierten Einheimischen an: „Können *Sie* mir sagen, wo es hier etwas Abgebranntes zu sehen gibt?“ Wortlos starrt der Eingeborene zurück. Wie auf jemanden, der über einen Verstorbenen Schlechtes verbreitet.

Im Gasthaus trifft der Enttäuschte eine stabile Fünfzigerin aus dem benachbarten Hitzacker. Sie bestätigt ihm seinen dringenden Verdacht mit den Worten: „Drei Tage und drei Nächte war mein Schwiegersohn beim ‚Löschen‘. Aber eins sage ich Ihnen: In welcher Wirtschaft das war, kriege ich heraus!“

Nach und nach gesellen sich immer mehr Nachbrandgeschädigte um immer mehr zusammengeschobene Tische. Keiner von ihnen kommt jedoch auf die Idee, daß es die vielen Schwiegersöhne waren, die den Nachdurstigen den Anlaß dazu besorgten, die harten Löscharbeiten jetzt am Biertisch nachzuvollziehen. Zum Denken ist ihnen schon lange nicht mehr zumute. Dagegen, je später der Abend, um so mehr zum Singen: Dem schönen Westerwald mußte es, oh, richtig warm ums Harz geworden sein. Ganz zu schweigen von dem Schmäh aus stiller Brust mitten in die immer wieder auflodernde „Waldesluuuu-u-st“.

Verständnisvoll bekundet Landesforstmeister Dr. von Stackelberg, daß der Laie an einem Nachmittag durchaus genügend Gründe sammeln kann, um sich ein paar Jahre lang zu wundern. Mag er selbst doch nur ungerne schätzen, daß etwa 20 Quadratkilometer Wald vom Feuer befallen wurden. Doch nicht unbedingt vernichtet.

Wieviel es sein wird, entscheidet sich erst im nächsten Jahr, hängt ab von der Frühjahrsfeuchtigkeit, vom Käferbefall und davon, wie viele Bäume mit Verbrennungen niederen Grades wieder gesundgedoktert werden können. Daß selbst die in Gipfel und Wipfel greifenden Vollfeuer keine Verwüstungen in sibirischen Dimensionen hinterließen, führt der Forstmeister ausschließlich zurück auf die im Gartower Forst von Anfang an bestens organisierten Löscharbeiten. Immerhin, ganze Waldstriche, besonders die von dem noch lange nachschwelenden Heidekraut umwachsenen, können auch dann als vernichtet gelten, wenn man es ihnen nicht ansieht. Die Beerdigung der Bäume, die ihren Brandwunden endgültig erliegen, wird erst im nächsten Jahr stattfinden. Solange stehen sie zur Besichtigung frei: eine Mischung aus Durchhalteparole und Wachsfigurenkabinett.

Foto: Stern/Thomann

Berufsverbot

Alles ist schon dagewesen – auch der Radikalen-Erlaß, an dessen Begründung und Folgen sich seit hundert Jahren unter vier verschiedenen Regierungsformen nichts geändert hat. Auch die Betroffenen waren immer dieselben. Die Dokumentation beweist: Noch heute hätte SPD-Gründer August Bebel keine Chance, im SPD-regierten Hamburg Beamter zu werden

Polizeiaktion gegen Berliner Sozialdemokraten (1878): „Ziel ist die Unterdrückung der sozialistischen, kommunistischen Agitation"

Reinhard Müller

Ⓚ Bereits vor dem Erlaß des Sozialistengesetzes im Jahre 1878 wurden Sozialdemokraten mit Berufsverbot belegt. Die „Verordnungen und Gesetze für höhere Schulen in Preußen" bedrohten freigeistige oder gar antireligiöse Haltung, ein „Vergehen", das in Bayern heute noch bestraft wird, mit Disziplinarmaßnahmen und Amtsentzug. So wurde damals, im durchmilitarisierten Obrigkeitsstaat, jeder Lehrer diszipliniert,

„dessen Verhalten in und außer dem Amte auf eine feindselige Parteinahme gegen die Staatsreligion schließen läßt",

ebenso jeder Lehrer,

„von dem nachgewiesen oder vermuthet wird, daß er einem Verein angehört, der faktisch oder statutengemäß eine der Staatsregierung feindliche Tendenz verfolgt oder eine systematische Opposition gegen sie unterhält".

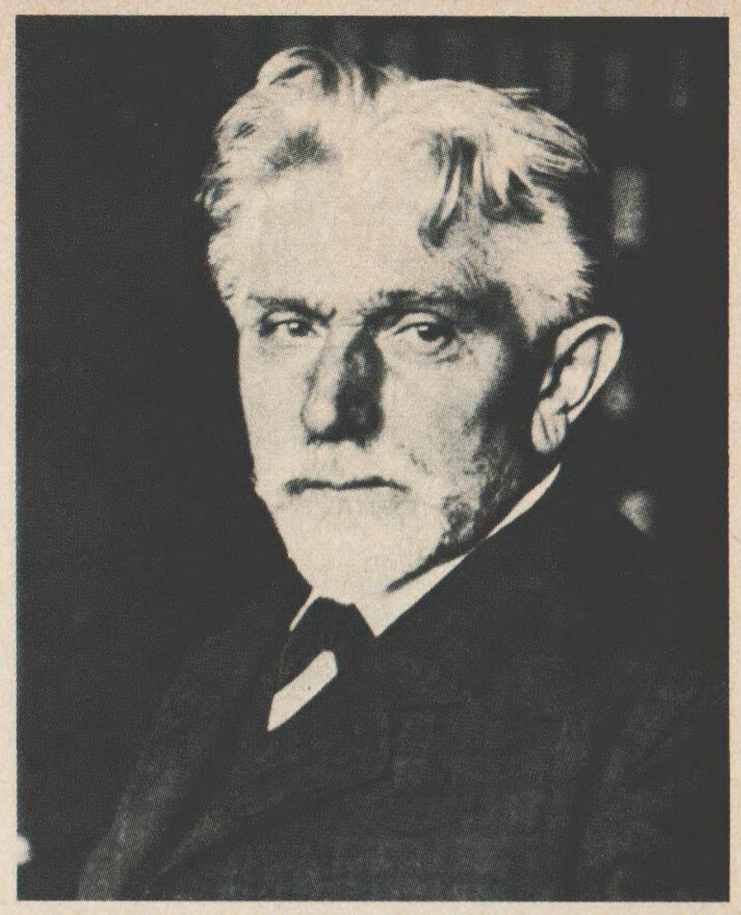
Es sind die stets als „Reichsfeinde" apostrophierten Sozialdemokraten, zu deren „Bekämpfung" Bismarck vorschlägt, daß „Beteiligung an socialistischer Politik die Entlassung ohne Pension nach sich zieht". Sein administrativer Verdacht richtet sich gegen „die Mehrzahl der schlecht bezahlten Subalternbeamten in Berlin" und gegen „Bahnwärter, Weichensteller und ähnliche Kategorien", die alle „Socialisten" seien. Es blieb aber der Bundesbahn vorbehalten, im Jahre 1975 und unter sozialliberaler Flagge, einem Oberlokführer wegen seiner Betätigung für die DKP die Entlassung anzudrohen.

Der staatlich organisierte Terrorfeldzug verdichtete sich während der Zeit des Sozialistengesetzes zum „System des weißen Schreckens", mit Verhaftungen, Haussuchungen, Ausweisungen, Zeitungsbeschlagnahmen, Versammlungsverboten bis zur Verhängung des Belagerungszustandes. Bei der parlamentarischen Beratung des Sozialistengesetzes verteidigte in der zweiten Lesung (nach dem Umfall der Nationalliberalen) sogar das katholische Zentrum die bürgerlichen Rechte. Betroffen und gewitzt durch den Bismarckschen Kulturkampf wandte sich das Zentrum (bis es 1881 bei der Verlängerung der Sozialistengesetze dann doch in die junkerlich-bürgerliche Einheitsfront einschwenkte) gegen den durch Sondergesetze vorgenommenen Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten.

„Ich weiß wirklich nicht, wer noch nach Annahme des vorliegenden Gesetzes sich für geschützt erachten könnte gegen ein Verdikt des hohen Bundesrats. Je nachdem die Strömungen des Augenblicks laufen, je nachdem oppositionelle Stellungen hier und da Platz greifen, würde das Wort Reichsfeinde, was ja auch schon so schrecklich grassiert und so viel Schaden herbeigeführt hat, auch hier Platz greifen."

Das weniger skrupulöse Staats- und Rechtsverständnis Bismarcks, das den Verfassungsbruch als machtpolitisches Kalkül einsetzte, entsprach dem ausnahmerechtlichen Denken unserer „streitbaren" Demokraten, die ja auch auf den „juristischen Klimbim" verzichten möchten. Dem freikonservativen Landwirtschaftsminister

vor 1914



SPD-Gründer Bebel: „Wo ist die Grenze?“

Friedenthal und dem konservativen Justizminister Leonhardt, die vor einem Ausnahmegesetz zur Bekämpfung der Sozialdemokratie warnten, entgegnete der „Demokratenfresser“ Bismarck:

„Man kann die Sozialdemokratie nur wirksam ins Herz treffen, wenn man berechtigt ist, sich über die Barrieren hinwegzusetzen, die die preußische Verfassung in übergroßer doktrinärer Fürsorge zum Schutz des einzelnen und der Parteien in den sogenannten Grundrechten errichtet hat. Der Sozialdemokratie gegenüber befindet sich der Staat im Zustande der Notwehr. In der Notwehr aber darf man nicht zimperlich in der Anwendung der Mittel sein.“

Das obrigkeitliche Staatsverständnis des wenig zimperlichen und „streitbaren“ Demokraten Helmut Schmidt zog ein ähnliches Ausnahmerecht nach sich, nur daß die Verfassung sich Grundgesetz nennt und die „Barrieren“ von der Sozialdemokratie selbst beseitigt werden. Der Rittergutsbesitzer von Helldorf-Bedra hätte für die Nationalkonservativen, an der Stelle eines Alfred Dregger, seine Warnungen auch im Bundestag ausstoßen können:

„Das Gesetz richtet sich gegen die deutsche Sozialdemokratie, oder wenn Sie es genauer ausdrücken wollen, gegen die deutsche Abteilung der internationalen Kommunistenpartei . . . Ist denn etwa diese Agitation in Deutschland hervorgegangen und angeregt worden von Leuten, die in mühevoller Arbeit für das Wohl des Volkes ihr Leben verbracht haben? Nein. Ich sage ganz offen, an der Wiege der deutschen Sozialdemokratie hat der unbefriedigte Ehrgeiz und der Haß der Demagogen gestanden . . .“

Unsere vereinigten „wehrhaften Demokraten“, bei denen der politische Zweck die juristischen Mittel heiligt, befinden sich bei ihrer auf Gemeinsamkeit und Zweckmäßigkeit abzielenden Argumentation in der illustren Koalition mit dem Stockreaktionär von Helldorf-Bedra:

„Meine Herren, für alle die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes ist meines Erachtens nur ein Gesichtspunkt der entscheidende, nämlich der, ob das Gesetz praktisch wirksam ist, um sein Ziel zu erreichen, die Unterdrückung der gegenwärtigen sozialistischen, kommunistischen Agitation.“

Die auch heute noch gängige Verknüpfung von anarchistischer Gewalt und Sozialismus wurde in der Debatte zum Sozialistengesetz von August Bebel, unter dessen Ölbildnis die SPD-Führung noch heute sitzt, aufs schärfste zurückgewiesen. Die Terrorfeldzüge der herrschenden Klassen gegen die Sozialdemokratie, die mit dem polizeistaatlichen Abbau wesentlicher bürgerlich-demokratischer Rechte (Presse-, Koalitions-, Versammlungsfreiheit) unter dem „Sozialistengesetz“ endeten, wurden von Bebel so charakterisiert:

„Man hat uns in einer Weise verfolgt, die an die dunkelsten Zeiten des Mittelalters erinnert. Wie man im Mittelalter religiös Andersgläubige, Juden, Hugenotten, Protestanten verfolgte, so hat man im letzten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts einen allgemeinen Hetzkrieg gegen die Sozialdemokraten als politisch Andersgläubige, an dem sich fast alle Parteien beteiligt haben, in Szene gesetzt. Man hat die Männer sozialdemokratischer Gesinnung aus Arbeit und Brot geworfen und ihnen die Existenz abzuschneiden versucht, man hat sie beschimpft oder verleumdet, für ehr- und rechtlos erklärt . . . Wenn ich die herrschende Unkenntnis in diesem Hause als Richtstab nehmen darf für das, was künftig die Polizei auf Grund dieses Gesetzes alles als Sozialdemokratie ansehen wird und kann, so wird tatsächlich keine einzige humane Bestrebung für das Wohl der arbeitenden Klassen existieren, die nicht der Gefahr ausgesetzt ist, als sozialdemokratische Anschauung angesehen zu werden.“

„Meine Herren, Sie kennen §. 20., wonach Ihnen nicht gestattet ist, eine andere politische Meinung zu haben, die des jedesmaligen Ministerii. Sollte Ihnen derselbe nicht recht im Gedächtniß geblieben sein, so erlaube ich mir, Sie daran zu erinnern: Im ersten Betretungsfalle erfolgt ein Gehaltsabzug von 50 Thlr., im zweiten Gefängniß oder andere körperliche Strafe, beim dritten werden Sie cassirt und standrechtlich bestraft. Sie haben Sich danach zu richten.

Karikatur aus der Oppositions-Zeitschrift „Deutsche Reichs-Bremse“ (1849)

Auch mit diesen Sätzen wäre Bebel 1975 kaum auf die Rednerliste der SPD-Bundestagsfraktion gekommen:

„Meine Herren, mit diesem Gesetz machen Sie alle und jede wissenschaftliche Untersuchung – Sie mögen das auch heute bestreiten – unmöglich. Wo wollen Sie, wenn Sie von gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie sprechen, die Grenze ziehen? Was ist denn Sozialdemokratie? . . . Wollte man aber ein so umfassendes Spioniersystem einführen, als nötig wäre, um möglichst genau überall kontrollieren zu können, so müßte man die Polizei verdreifachen, vervierfachen, ja verzehnfachen, und es würden durch die enormen Kosten, welches dieses verursachte, die Steuern erheblich erhöht werden müssen. Es würde ferner auch dahin kommen, daß unser gesamtes öffentliches und privates Leben beunruhigt oder vergiftet, daß auch der ruhigste und friedlichste Bürger mit diesen Zuständen unzufrieden würde.“

Die technische und personelle Ausstattung des Spionier- und Polizeisystems hat während der Regierungszeit einer sozialliberalen Koalition ein perfektioniertes Ausmaß erreicht, das Bebel allein aus ökonomischer Rationalität nicht einmal vom Bismarckschen Zwangsstaat erwartete. In der Bundestagsdebatte zu den Berufsverboten suchte man bei den Rednern der SPD und der FDP vergeblich nach solchen dezidiert liberalen Stellungnahmen, wie sie der Abgeordnete Hänel als Vertreter der bürgerlichen Fortschrittspartei in der Debatte des Sozialistengesetzes noch vorbrachte:

„Nein, meine Herren, allerdings werden auch diese sozialdemokratischen Bewegungen, Ausschreitungen folgeweise getroffen, aber der direkten Absicht dieses Gesetzes nach soll das sozialdemokratische Programm, das sozialdemokratische Glaubensbekenntnis und seine Verbreitung getroffen werden, gleichgültig in welchen Formen, erlaubten oder unerlaubten, sich dasselbe darstellt, gleichgültig welche Agitationsmittel, gerechtfertigte oder verwerfliche, dafür in Bewegung gesetzt werden. Das Glaubensbekenntnis und seine Verbreitung als solche, sie werden getroffen . . . Um der Parteirichtung willen wird dieses Gesetz zu einer Hinderung der sonst allen gemeinsamen Freiheiten. Erlaubt und straflos bleibt für einen Teil der Bürger, die einer bestimmten Partei nicht angehören, das nämliche, was für einen anderen Teil der Bürger, unter Einhaltung derselben Grenzen, um ihrer Parteistellung willen verboten und strafwürdig ist. Und das, meine Herrn, ist nicht

die Hauptsache. Parteigesetz ist dieser Entwurf vor allen Dingen darum, weil die gesetzgeberischen Motive dieses Entwurfs weiter reichen als auf die Sozialdemokratie . . . Ich sage, dieses Gesetz ist ein Parteigesetz, aber mehr noch als dieses, meine Herren, es ist noch schlimmer. Dieses Gesetz ist ein Tendenzgesetz, d. h., es tastet die konstituierenden Momente unserer religiösen und politischen Glaubensfreiheit an. Freilich gibt es eine Anschauung, welche sagt, Glaubensfreiheit könne bestehen, ohne die gleichzeitige Freiheit, für das Glaubensbekenntnis öffentlich einzutreten, öffentlich zu werben und zu gewinnen. Das sind absolutistische Traditionen, von denen ich hoffe, daß ich sie irgendwelcher liberalen Partei gegenüber nicht zu widerlegen habe."

In der fast 100 Jahre später stattfindenden Bundestagsdebatte hätte der liberale Hänel nicht nur bei der FDP, sondern auch bei der SPD die absolutistischen Traditionen in der neuen Allparteienstaatsform „der freiheitlich-demokratischen Grundordnung" vorfinden können. Die angemaßte und an die CDU angepaßte „Liberalität" des Innenministers Maihofer hätte Hänel auch mit seinen folgenden Ausführungen nicht erschüttern können:

„Meine Herren, wenn Sie diesen Kern der religiösen, der politischen Glaubensfreiheit, der Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit leugnen, dann sage ich, Sie setzen sich in totalen Widerspruch mit alledem, was wir bisher mit diesem Begriff, wir, die liberale Partei, seit mehr als hundert Jahren verbunden haben. Es gibt keine Glaubensfreiheit im politischen und im religiösen Sinn nur für einen Glauben."

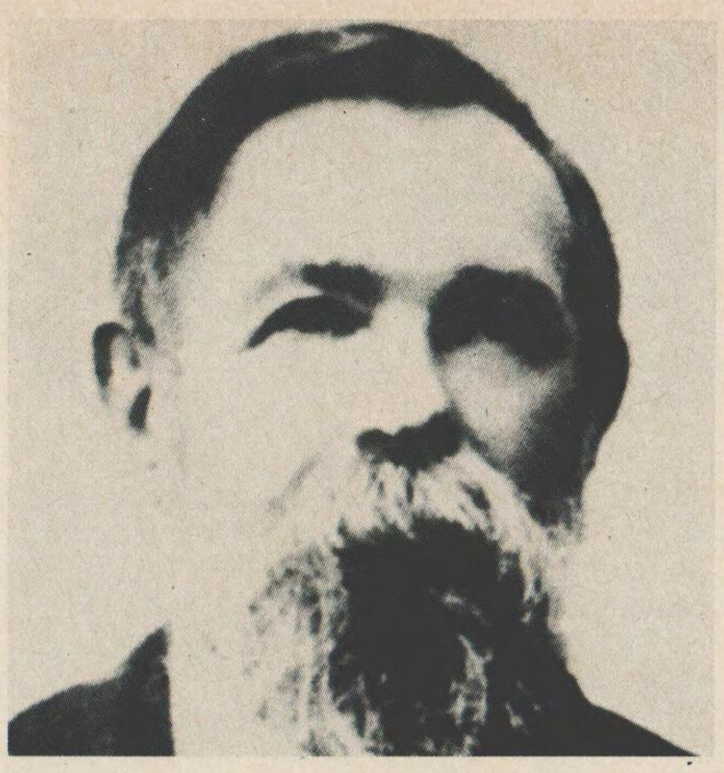
Das gegen die Stimmen der Sozialdemokratie, des Fortschritts und des Zentrums angenommene Sozialistengesetz betraf mit seinen terroristischen Ausnahmeregelungen in erster Linie die Arbeiterklasse. Aber auch an den Universitäten des Kaiserreichs, die sich, nach den Worten des Rektors der Berliner Universität, als „geistiges Leibregiment des Hauses Hohenzollern" begriffen, dienten die Bestimmungen des Sozialistengesetzes dazu, die Militarisierung des Geisteslebens durchzusetzen. Sozialdemokratischen Parteimitgliedern, wie dem Nationalökonomen Conrad Schmidt, wurde die Habilitation verweigert. Dazu heißt es in einem Brief von Friedrichs Engels an Conrad Schmidt:

„Die Entwicklung Ihrer Habilitationsabenteuer haben mir die ganze deutsche Universitätsmisere wieder einmal recht vor die Augen geführt. So etwas nennt sich Freiheit der Wissenschaft. Es ist die alte Geschichte von Bruno Bauer aus den vierziger Jahren, nur daß wir jetzt etwas weiter sind und es nicht nur theologische und politische, sondern auch ökonomische Ketzer gibt."

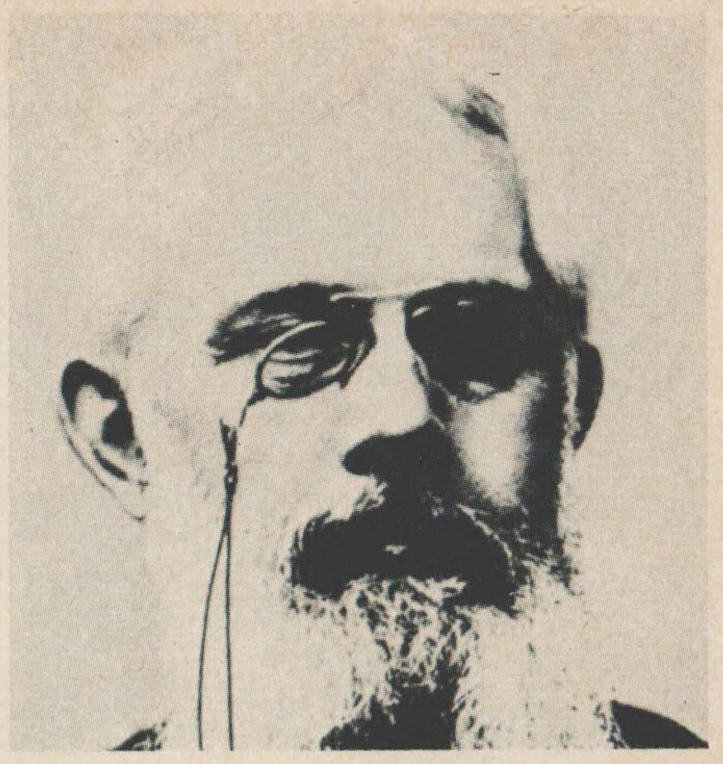
Das Verhalten der Bourgeosie, die beim Berufsverbot Bruno Bauers 1842 sich noch in vormärzlich-konstitutioneller Entrüstung erging, habe sich indes verändert, schreibt Engels in einem späteren Brief:

„Die Herrschaft der verbündeten Junker und Bourgeoisie unterscheidet sich nur dadurch von der Herrschaft der verbündeten Junker und Bürokraten vor 48, daß sie eine breitere Unterlage hat. Damals erregte die Behandlung Bruno Bauers allgemeine Entrüstung im Philisterium, heute wird Dühring ebenso behandelt, werden Ihnen alle Universitätstüren vor der Nase zugeschlagen, und dasselbe Philisterium findet das ganz in Ordnung."

Der Verfolgungswut gegen die Sozialdemokratie fielen während der Zeit der Sozialistengesetze nicht nur Lehrer oder Pfarrer zum Opfer, sondern es wurden auch Studenten wegen sozialdemokratischer „Umtriebe" von der Universität verwiesen oder gar nicht erst zugelassen. Gegen den



Engels (SPD): „Unitüren zu"



Mehring (SPD): „Heiliger Profit"

liberal gesinnten Pfarrer Weiß wurde, ganz in Vorwegnahme der auch heute wieder praktizierten politischen Sippenhaft, eine Untersuchung eröffnet, da nun schon der dritte Sohn sich zur Sozialdemokratie bekannt habe. Nach der Relegation seines Sohnes Johannes von der Universität wurde auch der Vater vom kirchlichen Konsistorium, nach 37jähriger Dienstzeit, entfernt.

Die Beschuldigungen, die gegen den Studenten Weiß vorgebracht wurden, stimmen in den sog. „Tatbeständen" und den Formulierungen mit den Dossiers des „freiheitlich-demokratischen" Verfassungsschutzes, der ja auch in sozialdemokratisch regierten Ländern gegenüber Sozialdemokraten tätig wird, erschreckend überein. So wird heute, im Jahre 1975, das Besuchen von Versammlungen, der Familienbesuch, das Halten von Zeitungen, das Besuchen von bestimmten Kneipen von bezahlten Schnüfflern eilfertigst als verfolgungswürdige „Tatsache" (für die sog. „Einzelprüfung") registriert.

Der sozialdemokratische Historiker Franz Mehring, damals Chefredakteur des „Vorwärts", charakterisiert die in der „Radikalenbekämpfung" stets vorhandene Gemeinsamkeit aller bürgerlichen Fraktionen, die heute als „Gemeinsamkeit aller Demokraten" auftritt, in der „Neuen Zeit" treffend:

„Alle bürgerlichen Gevattern, mögen sie rechts oder links oder in der Mitte sitzen, sind darüber einig, daß jeder Vertreter des wissenschaftlichen Kommunismus, mag er sonst der ruhigste und sachlichste Forscher sein, um seiner wissenschaftlichen Überzeugung willen von den Lehrstätten der deutschen Hochschulen ferngehalten werden muß. Daß der moderne Kommunismus, wie ihn in erster Reihe Marx in seinem großen Werke über das Kapital begründet hat, eine streng wissenschaftliche Richtung ist, kann nicht bestritten werden und wird thatsächlich auch von keinem zurechnungsfähigen Menschen . . . bestritten. Ihn dennoch von den deutschen Hochschulen ausschließen, heißt die Freiheit der Wissenschaft an deutschen Hochschulen vernichten. Hier gilt es einfach, der Wahrheit die Ehre zu geben, und der Kultusminister Bosse hat vor seinen bürgerlichen Gegnern entschieden die Tugend der Ehrlichkeit voraus, wenn er sich mit dem verlogenen Gerede von der „Freiheit der Wissenschaft" nicht lange aufhält und kurzweg erklärt, den jungen Leuten, die sich an den Brüsten der königlich preußischen Wissenschaft nähren wollen, müsse die Heiligkeit der Profitinteressen besser eingepaukt werden, als es gegenwärtig geschehe."

Allein wegen seiner Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei, deren reformistischem Flügel er angehörte, wurde der Privatdozent für Physik, Leo Arons, durch ein Sondergesetz von der Universität verwiesen. Die Berliner Philosophische Fakultät hatte sich, trotz direkter Eingriffe des Kultusministers Bosse, geweigert, nur aus der Parteizugehörigkeit einen Disziplinarvorwurf abzuleiten. Nachdem dann seine Majestät, Wilhelm II., auch noch durch das Auftreten Arons auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Hamburg 1897 schokkiert war, wies er in einem Telegramm das Kultusministerium direkt zur Verweisung Arons an. Darin forderte er das Ministerium auf, alles zu tun, um

„diesen frechen Verhöhner staatlicher Einrichtungen seines Amtes zu entsetzen. Falls nicht, so ist der Herr sofort aus der Universität und seinem Amt hinaus zu befördern. Ich dulde keine Sozialisten unter Meinen Beamten, also auch nicht unter den Lehrern an den Kgl. Hochschulen. Vom Geschehen ist Mir unverzüglich Meldung zu machen."

In dem 1898 beschlossenen „Gesetz über die Disziplin der Privatdozenten", das schnell die zutreffende Bezeichnung „Lex Arons" erhielt, wurde derjenige Privatdozent mit Verweisung bedroht, der

„1. die Pflicht verletzt, die ihm seine Stellung als akademischer Lehrer auferlegt, oder 2. sich durch sein Verhalten in oder außer seinem Berufe der Achtung, des Ansehens oder des Vertrauens, die seine Stellung erfordert, unwürdig erweist . . . Die Betätigung sozialdemokratischer Gesinnung ist mit der Stellung des akademischen Lehrers unvereinbar."

Die geistige Disziplinierung, die Verwandlung der Universitäten in patriotische Drillanstalten, stieß unter der auf die wilhelminische Staatsräson eingeschworenen Professorenschaft auf nur vereinzelten Protest. Als sich 1908 der bekannte Soziologe Robert Michels (vor 1914: SPD) in Marburg als Privatdozent niederlassen wollte, wurde er abgewiesen.

„Und zwar nicht, weil seine wissenschaftliche Eignung angezweifelt wurde, sondern weil er sozialdemokratische Gesinnungen hege und sogar öffentlich betätige! Außerdem habe er seine Kinder nicht taufen lassen und sich dadurch für jede höhere Laufbahn unmöglich gemacht!"

So empörte sich der „Liberale" Friedrich Naumann, der gerne von der FDP als Ahnherr beansprucht wird. Die Proteste der beiden Brüder Max und Alfred Weber auf den Hochschullehrertagungen 1907 und 1908 gegen die zunehmende Beschränkung der Freiheit der Hochschulen, gegen die Anwendung der „Lex Arons", blieben innerhalb der staatstragenden aka-

Liebknecht (SPD): „Gesinnungs-Verfahren“

Luxemburg (SPD): „Sonderrechte“

demischen Zunft isoliert. Max Webers leidenschaftliches Wort:

„Wer der Gesinnung eines akademischen Lehrers nachschnüffelt, ist ein Schuft!“

würde heute zumindest den Verfassungsschutz alarmieren.

Mit Berufsverbot belegt wurden in zunehmenden Maße Volksschullehrer wie Beyhl (Redakteur der „Freien Bayrischen Schulzeitung“), Rödel (Vorsitzender der badischen Lehrerschaft), Holzmeier, Gartelmann, Gansberg, Lüdeking als Sozialdemokraten in Bremen; Kimpel und Brandauer als Anhänger des „Freisinns“ in Preußen; Hoffmann als Sozialdemokrat in Bayern. Gegen diese Berufsverbote beschloß 1909 die Versammlung der „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in Hamburg“ (Vorläufer der GEW) eine Resolution, die heute jeder Gewerkschaft Ehre machen würde:

„Eine Reihe von Lehrermaßregelungen hat in letzter Zeit berechtigtes Aufsehen in der weitesten Öffentlichkeit hervorgerufen. Die Lehrerschaft insbesondere hat diese Maßregelungen mit Befremden und wachsender Besorgnis verfolgt, da sie in ihnen die Tendenz erblicken muß, den Lehrern das Recht der freien Meinungsäußerung und der freien Betätigung ihrer politischen Überzeugung in unzulässiger Weise zu beschränken. Indem die Gesellschaft der Freunde denjenigen Männern, die im Kampfe für das Wohl der Schule und die gerechten Forderungen des Lehrerstandes mit der staatlichen Bürokratie in Konflikt gekommen und deren Machtmitteln unterlegen sind, ihre Sympathie bekundet, erhebt sie nachdrücklichst die Forderung, daß dem Lehrer außerhalb seiner amtlichen Tätigkeit der volle ungeschmälerte Besitz seiner staatsbürgerlichen Rechte gewährleistet werde. Im besonderen darf aus der amtlichen Stellung des Lehrers nicht das Verbot seiner Zugehörigkeit zu irgendeiner politischen Partei abgeleitet werden.“

In zahllosen Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln, in eigens zusammengestellten Broschüren, in Parteitagsreden und -beschlüssen trat die Sozialdemokratie (im wilhelminischen Obrigkeitsstaat!) gegen die terroristische Praxis der „Schwarzen Listen“ auf, durch die vor allem Sozialdemokraten und Gewerkschaftsmitglieder in privatkapitalistischen Betrieben erfaßt wurden. Es war die Sozialdemokratie, die, vor 1914, für demokratische Rechte, für freie politische Betätigung, gegen die Repressionen der Unternehmerverbände und des Staates kämpfte. In einer Massenversammlung der Sozialdemokratischen Partei geißelte Karl Liebknecht 1907 die absolutistischen Zustände:

„Schließlich haben wir noch die Disziplinierung, deren stärkstes Mittel die Amtsentsetzung bildet. Voraussetzung der Disziplinierung ist, daß sich der Beamte der Achtung und des Ansehens, das sein Amt erfordert, unwürdig gezeigt hat. Was das heißt, zeigt die Lex Arons. In Preußen kann nicht einmal ein Schulkommissionsmitglied Sozialdemokrat sein, ja, wie jüngst selbst unser Kultusministerium entschieden hat, ein Sozialdemokrat darf nicht einmal Turnunterricht erteilen! Und denken Sie schließlich an das Schicksal jenes Wiesbadener Eisenbahnkassenarztes, der in der Stichwahl sozialdemokratisch gestimmt hatte, und an den Fall Schäufele aus dem nachbarlichen Musterländle! Selbst den Anwälten, welche nicht einmal Beamte sind, geht man aus politischen Gründen an den Kragen; Beweis: der Fall Stadthagen. Nach wohlbegründeter und verbreiteter Meinung zielt die ganze Hochverratskampagne gegen mich in letzter Linie darauf ab, mir die Anwaltschaft zu nehmen. Für mich liegt es außer Zweifel, daß dieser Hintergedanke besteht. Wenn man schon gegen Anwälte so vorgeht, wer wäre so naiv zu glauben, man würde einen Sozialdemokraten oder etwas Ähnliches als Richter dulden? . . . Jedem deutschen Minister stehen die Haare zu Berge, wenn er nur auf Meilenweite an etwas Derartiges denkt.“

Die bundesrepublikanische Sozialdemokratie hat inzwischen so viel von der staatsfrommen Milch absolutistischer Denkungsart genossen, daß ihren nordrhein-westfälischen Ministern die Haare beim Anblick des der DKP angehörenden Richters Volker Götz zu Berge standen und sie ihn mit Berufsverbot belegten. Im Jahre 1975 ersetzt die hessische SPD-Landesregierung die selbstgewählten Organe der Studentenschaft in Marburg wegen politischer Stellungnahme durch einen Staatskommissar. 1909 setzte sich Karl Liebknecht mit den gleichlaufenden Bestrebungen der preußischen Kultusbürokratie auseinander. In seiner Rede „Universitäten sind keine Drillanstalten“ attackierte er im Auftrag der sozialdemokratischen Fraktion die politische Knebelung an den Universitäten, die polizeiliche Überwachung, die Auflösung studentischer Vereine aus politischen Gründen, die Ausweisung russischer sozialdemokratischer Studenten:

„Also, es gibt keine Sonderrechte für Studenten, wohl aber Sonderpflichten, und zwar unwürdige Sonderpflichten. Es wird ihnen eine Spezialpolizeikommission auf den Hals gesetzt, und sie sind in bezug auf das Disziplinarverfahren rechtloser gestellt als irgendein anderer Staatsbürger. Die Folgen entsprechen dieser Rechtslage: Die Vortragsverbote, die Versammlungsverbote, die Vereinsauflösungen, die ohne jegliche nähere Begründung und ohne die Möglichkeit irgendeiner Nachprüfung im Verwaltungsstreitverfahren, das doch in allen übrigen Fällen zulässig ist, stattgefunden haben, haben ja in weiten Kreisen, die noch ein wenig auf akademische Freiheit halten, Mißstimmung verursacht.“

Das heute von der SPD bestrittene politische Mandat der Studentenvertretungen, dessen Ausübung (gegen den chilenischen und francofaschistischen Terror, für die 1.-Mai-Demonstration des DGB) mit horrenden Geldbußen bestraft wird, wurde von der herrschenden Klasse immer den rechten politischen Studentenorganisationen zugestanden. Karl Liebknecht:

„Für Sie ist, wenn es sich um politische Knebelung handelt, Politik nur diejenige Politik, die Ihnen unangenehm ist; alle Ihnen angenehme Politik dagegen erklären Sie dann für keine Politik. Das haben wir bei den letzten Reichstagswahlen gesehen. Da ist den deutschen Studenten und Gymnasiasten, die im größten Umfange eine wüste Agitation gegen die Sozialdemokratie und das Zentrum getrieben haben, und zwar unter Billigung der Behörden, natürlich kein Härchen gekrümmt worden, es ist ihnen hier und da noch der Unterricht freigegeben worden. Aber wenn damals oder jetzt ein ausländischer Student auch nur gewagt hat, in eine oppositionelle Versammlung hineinzugehen, er brauchte nicht einmal Agitation zu treiben, sofort hatte er einen Ausweisungsbefehl in der Hand.“

Der von Karl Liebknecht auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Preußens (1910) gehaltene Bericht zur „Verwaltungsreform in Preußen“ verdeutlicht, daß die gegenwärtige bundesrepublikanische SPD sich weniger an der für Festtage beschlagnahmten Tradition der Sozialdemokratie, sondern eher an der des wilhelminischen, bürokratisch behüteten, absolutistischen Obrigkeitsstaates:

„Ich muß nun kurz auf die Freiheit der Wissenschaft und unserer Volksschullehrer eingehen. Der gegenwärtige Zustand ist so, daß jeder Volksschullehrer, der nicht par ordre du moufti auch entgegen seiner eigenen Überzeugung so lehrt, wie die vorgesetzten Instanzen wollen, auf die Straße gesetzt wird. Dutzende von derartig gemaßregelten Lehrern laufen in Preußen herum, und das böse Beispiel hat auch die schon früher besseren Sitten anderer Staaten verdorben. Auch in Bremen, Baden, Württemberg stehen Maßregelungen der Volksschullehrer in voller Blüte. In Bremen ist dieser Fall gerade jetzt aktuell. Eine ganze Anzahl von Lehrern wurde dort wegen freiheitlicher, angeblich sozialistischer Gesinnung ihres Amtes enthoben und einem Disziplinarverfahren unterworfen. Wir können diesen tapferen Kämpfern in der Lehrerschaft, die trotz der schweren Gefahr ihren Kampf gegen die zermalmende Macht der volksfeindlichen Bürokratie aufzunehmen gewagt haben, nur unsere wärmste Sympathie aussprechen.“

Die heutige Sozialdemokratie stimmt auf ihren Parteitagen für die „rechtsstaatlich“ verbrämte Einführung von Knebelgesetzen. Die Berufsverbote für Hochschullehrer, die von SPD-Regierungen initiiert wurden (Prof. Holzer, DKP, in Bremen), richten sich inzwischen selbst gegen die eigenen Partei-Mitglieder (Prof. Narr in Hannover). Der gegenwärtigen SPD-Führung könnte auch dieser Satz gelten:

„Wir müssen verlangen, daß den Lehrkörpern das uneingeschränkte Selbstverwaltungsrecht gegeben wird, daß sie in demokratischer Weise organisiert werden und daß niemand wegen seiner politischen, religiösen oder wissenschaftlichen Betätigung vom Lehramt ausgeschlossen werden darf, eine Forderung, die wir analog selbstverständlich überhaupt für alle Beamten stellen.“

Gesprochen 1910 von dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Karl Liebknecht. ⓚ

SPIEGEL EXTRA

Kohl hofft immer mal wieder, daß Strauß Ruhe gibt. Der **„Spiegel“** berichtet immer mal wieder drüber. Nicht ohne Skepsis: „Wie begründet diese Zuversicht ist, wird sich freilich erst noch zeigen müssen.“ Ei freilich, alles ist relativ – in dieser Übergangszeit, in der wir leben. Und insbesondere was die Zukunft bringen wird, steht noch dahin.

. . . bis sich ein anderes Orakel aus dem Hamburger Delphinarium an der Dovenfleet-Street erfüllt. Da hat ein Jungsozialist dem **„Spiegel“** erzählt, für den SPD-Nachwuchs beginne nun eine neue Etappe. Was sagt man? „Es könnte die letzte sein.“ Von wie vielen Etappen läßt sich das schon sagen? Pythialogischer Ausklang: „Seit dem Kanzler-Wechsel vom linksgeneigten Charismatiker Willy Brandt zum ideologiefernen Helmut Schmidt wurde den radikalen Jungen die Atemluft dünn.“ (Deutsch: Seit . . . ist . . . geworden; „Consutio tempohrum“ würde Chefredakteur Johannes K. Engel, der Autodiktator, sagen). Warum aber „linksgeneigt“, „ideologiefern“ und „radikal“, statt – was gemeint ist – „halblinks, rechts und links“? Weil man jedes Klischee vermeiden und es durch ein anderes ersetzen soll. Jetzt bleibt nur noch zu erklären, wieso Ideologieferne zur Atemnot führt: weil auf den Charismatiker ein Charasthmatiker gefolgt ist.

„Handelsblatt“ -Schuß des Jahres: „Dem Altmeister der deutschen Abfallwirtschaft, Prof. Franz Pöpel, wurde am 27. November in Düsseldorf in Anwesenheit von Bundesinnenminister Maihofer der Umweltschutzpreis 1975 der Friedrich - Flick - Förderungsstiftung verliehen.“ Besser kann ich's auch nicht.

Fritz Ullrich Fack, Mitherausgeber der „FAZ“, freut sich über den „heilsamen Druck der leeren Staatskassen“ (die vollen scheinen also leichter gewesen zu sein; was war da bloß drin?). Jetzt könne man endlich über die Privatisierung der Müllabfuhr, die Einschränkung der Lernmittelfreiheit, die Selbstbeteiligung der Versicherten an Heilungskosten, die Beseitigung der „Abiturientenschwemme“ und all so Sachen diskutieren. „Und wie der Profit unauffällig zum Gewinn mutiert, und wie der Sozialnutzen des Unternehmers plötzlich wieder einsichtig wird“, da kündigt sich ein lenzliches Sprießen an, die Säfte steigen und die Sozialnutten der Unternehmer jubilieren: Fack! You!

Je einfacher schreiben . . . **„Bild“** Seite 1: „Die wahnsinnigen Molukken geben nicht nach.“ „Bild“ letzte Seite: „Schlittenfahrt des Nudel-Erben ins große Glück.“ Für den Fall, und nur für den, daß der „Bild“-Verleger Verbesserungsvorschläge durch Senkung der Akkord-Vorgaben für Zeilenschinder honoriert, wird diese Version eingereicht: „Kanaken!!! Birkel!!!“ Zweiundsechzig Satzzeichen gespart und doch nichts verloren: Untermenschen, sieben Hühnchen, Haß und Jubel – alles drin. Und doch, es geht noch knapper: „Ratata!“ und „Put put!“

„Neunzig Prozent der Kommentare aus dem ‚Hamburger Abendblatt‘ könnten auch in der ‚Neuen Ruhr Zeitung‘ erscheinen . . .“ Das „Hamburger Abendblatt“ gehört Springer, die „NRZ“ mehr oder weniger der SPD, der Zitierte heißt **Jens Feddersen,** ist „NRZ“-Chefredakteur und soll ebenfalls zur SPD gehören. Ob Feddersen sich das gut überlegt hat? Nehmen wir bloß diesen Kommentar: „2,6 Milliarden Mark haben rund 500 bundesdeutsche Firmen im Industrie-Dreieck zwischen Brasilia, Sao Paulo und Rio de Janeiro investiert. Der Namen ‚Deutschland‘ hat den besten Klang. Die Beziehungen sind heute so gut, daß sie kaum noch besser werden können. Daß in Brasilien wie in den meisten lateinamerikanischen Staaten rechte Militärs das Sagen haben, kann kein Hindernisgrund für die Vielzahl der Kontakte mit Deutschland sein.“ Und das ist keine Zehn-Prozent-Ausnahme. Nein, im „Hamburger Abendblatt“ könnte dieser Feddersen-Kommentar kaum erscheinen.

Gerhart Hauptmann, zuletzt Reichsdichter in Goebbels Diensten, ist in Agnetendorf gestorben. Die Setzer der **„Welt am Sonntag“** machten Agentendorf draus. Sie haben sich das vermutlich so vorgestellt: Ich bin Hauptmann der deutschen Wehrmacht, achten Sie meine Agnetenehre!

Der „Welt“-Historiker **Walter Görlitz** hat die Geschichte mal wieder im Würge-Griff: „Geldgeber der Macht – In feinen Salons gewann Hitler Gunst und Geld der Damen.“ Nicht ungeschickt gemacht: Salon gleich Schickeria, Gunst der Damen gleich Libertinage, Schickeria plus Libertinage gleich links . . . Thälmann, das Schwein, hat den Hitler bezahlt!

Säht de **Kremp:** „Die Koalition muß den Obulus an die viel zitierte gewerkschaftliche Mäßigung entrichten. Daß dieses scharfe Urteil ins Schwarze trifft, erhellt schon daraus . . .“ Säht de Axel: „Mr sin doch Engelsche, du Aaschloch!“

„Es ist allerhöchste Zeit zu überlegen, in welchem Maße und in welcher Form wir den Portugiesen die Polizei ersetzen können . . .“ Aber lieber **Rolf Görtz,** nun hat Ihnen die Legion Condor schon den Weg nach Madrid freigebombt, damit Sie von dort ihre Hofberichte an die „Welt“ tickern können, und jetzt wollen Sie auch noch Lissabon erobern. Wissen Sie was – ziehen Sie ihre alte Uniform an, stecken Sie den Wehrmachts-Revolver ein und marschieren Sie los. Immer Richtung Westen. Wenn Sie dann so zwischen Lissabon und den Azoren sind, melden wir uns wieder.

Und noch ein Mann von „Welt“, **Hans** (Made in) **Germani,** Korrespondent für Rassismus, kommt übern Weg, nein: „In Angola über den Rubikon.“ Aus Leonid Breschnews „De bello angolico“ könnte das sein, aber vielleicht hat Germani was durcheinandergebracht, vielleicht meinte er irgend einen amerikanischen Rohstoff-Spekulanten namens Ruby Kohn, der beim Spiel an der Johannisburger Hilton-Bar plötzlich ausrief: Die Würfel sind gefallen!

Gerd Bucerius, Hamburger Verleger („Zeit“, „Stern“, „Contitte-Brisanze“), verlangt „viel Geld für viel Leistung“. Die „Tüchtigen und Besessenen“, die „Klugen und Gesunden“ sollen mehr verdienen als bloß 5000 netto im Monat. Bucerius ist Millionär – aber ist er etwa tüchtig, klug und noch ganz gesund, wenn er die Erben und Beschenkten nicht in die Liste der Großverdienstberechtigten aufnimmt? Wenn dort zum Beispiel die Leute fehlen, denen eine von den Alliierten Anno 45 vergebene Zeitungslizenz zur Herausgabe einer Wochenschrift noch heute Millionen einspielt. Ist er so selbstlos? Oder bloß vergeßlich?

Wie lerne ich schwimmen? Auskünfte erteilen die Ertrunkenen. „Ist ein neuer Hitler in Sicht? Welche akuten Gefahren bedrohen die Menschheit?“ Das fragte **„Pardon“** Hitlers

Hermann L. Gremliza's

ehemaligen Rüstungsminister **Albert Speer.** Titel des Interviews: „Der magische Charme der großen (Ver-)Führer". Ein anderer großer Verführer ist die Werbung, und seit über einem Jahr führt „Pardon" die Anzeigen-Zugewinntabelle aller bundesdeutscher Publikumszeitschriften an. Wie bei Adolf hat diese Verführung auch einen magischen Charme, oder einfach eine Kehrseite: Seit über einem Jahr führt „Pardon" die Auflagenverlust-Liste aller bundesdeutscher Publikumszeitschriften an. An diesem Punkt können Speer und „Pardon" ihre Erfahrungen austauschen, und wenn jetzt einer für den andern ein gutes Wort einlegt, kommt Speer zur FDP-Wähleriniti-ative und „Pardon" wird dem „Bayernkurier" beigelegt.

Die **SPD** von Berlin-Wedding hat Sorgen: „Wir haben uns der Terroristen zu erwehren, die unseren freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat für ihr Revoluzzertum mißbrauchen, und zu allem Überfluß kommt in unserem Wohnbereich seit dem 1. 9. auch noch der Fluglärm hinzu." Faßt die PanAm-Bande!

Und erst die Konkurrenz: „In diesem Sinne fühlen wir uns verpflichtet, weiterhin im Interesse unserer Leser die Hand am Puls des realen Sozialismus zu halten." Das ist die **„Wahrheit"** (Organ der SEW), und nichts als dieselbe. Die Hand am Puls, Tomaten auf den Augen, und das Zäpfchen am Eingang zum rektalen Sozialismus.

„Was kann ich denn meiner Frau noch schenken, läßt sich endlich ein Fabrikant aus dem Coburger Industrieraum auf ein Gespräch ein: Originelles oder Teures – nach zwanzig Jahren Ehe fällt mir nichts mehr ein, was ich kaufen könnte." Das stand im **„Handelsblatt",** Seite 22. Auf Seite 2 hieß es: „Der Sozialstaat hat sich zuviel zugemutet – 1978 wird ein kritisches Rentenjahr." Klassenkampf, na gut, wenn sich's nicht vermeiden läßt. Aber diese Aufreizung zum Klassenhaß müßte mit mindestens einem Jahr Sozialwohnung und AOK-Behandlung bestraft werden.

Otto Habsburg, Kaisersohn, ist infolgedessen Experte für Regentschaften aller Art. Darum informierte sich „Bild am Sonntag" zuerst bei ihm, wie Spaniens Juan Carlos an der Macht bleiben soll. Kaisersohn Otto I. sagt . . . nein, ganz anders: „Überraschende Feststellung des Monarchen von Habsburg über den notwendigen Stil des neuen Monarchen von Bourbon: ‚Viele alte Zöpfe müssen verschwinden'." Daneben ein Photo, das zeigt, daß Otto nicht redet wie der Blinde von der Farb': Der Herr Erzherzog haben bereits selbst sämtliche alten Zöpfe abgeschnitten, respektive diese haben beliebt, seiner kaiserlichen Hoheit auszufallen.

„Oper", schreibt die **„FAZ",** „das hat man hier wieder einmal sehen können, ist eine ständige Herausforderung und wohl auch eine ständige Provokation. Man mag sie oder man mag sie nicht, aber man versteht sie wohl nur, wenn man sie mag." Der Schriftleiter und wohl auch der Redakteur dieser Allgemeinen und wohl auch Ordinären ist im besonderen und wohl auch im speziellen ein Singspielfan und wohl auch ein Opernmöger. Ein Kultur-Kretin und wohl auch ein Schmock.

Da wir gerade so schön beim Thema sind: Es ist Donnerstag, zwei Tage vor Redaktionsschluß, Anruf der Druckerei: „KONKRET-Express ist noch 49 Zeilen zu kurz." Werden wir gleich haben, Donnerstag ist „Zeit"-Tag, **Theo** wird uns nicht im Stich lassen. Doch ausgerechnet diesmal – Seite 1, Seite 2, Seite 3 – nur Zundel, Becker, Schüler, Dahrendorf gar, bloß kein Sommer. Andrerseits, Leserwille ist Befehl . . . hast du keinen, mach dir einen. Thema: Scheel in Moskau. Vielleicht so: „. . . läßt sich Widersprüchliches unter einen Hut bringen, die Empfindlichkeit beider Seiten kreuzweise besänftigen. Solche touristischen Balancierkünste ließen einen Silberstreif am Horizont erscheinen, dessen Fanfarenstöße . . ." Das wird wohl nichts, alles zu dick aufgetragen („kreuzweise Besänftigung der Empfindlichkeiten" – sowas mag die „Zeit" nicht). Also, fort mit Schaden. Halt, hier auf Seite 6, ganz unten, was ist denn das: „Karge Ausbeute", von „Th. S."? Da tommt er ja: „Der Kanzler im chinesischen Turkestan, der Präsident im sowjetischen. So läßt sich Widersprüchliches unter einen Hut bringen, die Empfindlichkeit beider Seiten kreuzweise besänftigen. Von solchen touristischen Balancierkünsten abgesehen, hat die Moskaureise wenig Konkretes abgeworfen. Zwar hat der Bundesaußenminister einen Silberstreif am Horizont auszumachen geglaubt. Das Publikum hat solche Fanfarenstöße . . ." Theo gratias!

Probleme der Dritten Welt

Marcio M. Alves
Erster beim Sterben, letzter beim Essen. Kuba - Eine Arbeiterfamilie erzählt (1878/DM 5,80)

Elo und Jürg Baumberger
Beethoven kritisieren! Konfuzius verurteilen. Was geschah in China 1973/74 (1882/DM 4,80)

Barbara Böttger
700 Millionen ohne Zukunft? Faschismus oder Revolution in Indien und Bangladesh (1603/DM 6,80)

Jan Deleyne
Die chinesische Wirtschaftsrevolution. Eine Analyse der sozialistischen Wirtschaft Pekings (1550/DM 5,80)

Die Armut des Volkes, Verelendung in den unterentwickelten Ländern. Auszüge aus Dokumenten der Vereinten Nationen (1772/DM 4,80)

Frantz Fanon
Die Verdammten dieser Erde Vorwort: Jean-Paul Sartre (1209/DM 4,80)

Mao Tse-tung
Das machen wir anders als Moskau! Kritik an der sowjetischen Politökonomie. Hg. von Helmut Martin (1940/DM 5,80)

Erika Runge
Südafrika - Rassendiktatur zwischen Elend und Widerstand Protokolle und Dokumente zur Apartheid (1765/DM 6,80)

Tilman Zülch
Von denen keiner spricht Kurden, Basken, Chicanos, Indios, Meschier (Sowjetunion) u. a. Unterdrückte Minderheiten - von der Friedenspolitik vergessen (1879/DM 5,80)

Technologie und Politik aktuell-Magazin 3
Landwirtschaftstechnologie und Welthungerkatastrophe (1942)

aktuell rororo

Herausgegeben von Freimut Duwe

Erhard Meueler (Hg.)
Unterentwicklung. Arbeitsmaterialien für Schüler, Lehrer und Aktionsgruppen. Wem nützt die Armut der Dritten Welt? Band 1 + 2 (rororo sachbuch 6906 + 6907/je DM 9,80)

Peggy Parnass

Scheiß' der Hund drauf!

Haben Sie schon mal an den Beinen eines Hunde-Eigentümers herumgeschnuppert, sein Gartentor bepißt und sein Trottoir vollgekackt? Da würden Herrchen und Frauchen aber ganz blöd gucken . . .

ⓚ Springers Leuten gelang es mal, die Auflage zu steigern, indem sie in BILD fast eine Woche lang einen Schäferhund Schlagzeilen machen ließen. Es ging immer darum, ob der Köter, den man auf der Autobahn spazierengehen gesehen hatte, überfahren würde oder nicht.

Zur Erleichterung von Millionen Lesern blieb er heil, der Schäferhund. Aber die Spannung! Und das 'ne ganze Woche.

Dabei ist der Hund ein Mensch wie du und ich. Nur, daß er überall hinkacken darf. Vor allem auf die paar grünen Wiesen der Großstadt. Auch hinter unserm Haus ist eine herrliche Grünanlage, um die man uns oft beneidet. Ich selbst stehe auf dem Balkon und leide Qualen, wann immer ich auf saftiges Grün oder frischen Schnee herunterschaue. Wie oft hätte ich da liegen mögen. Tagsüber in der Sonne. Nachts romantisch unter den Sternen. Erst recht bei Vollmond. Aber wer mag schon gern in Scheiße liegen? Obwohl ich so klein und schmal bin, war der Raum zwischen Haufen und Haufen nie groß genug.

Peter hat ein Boccia-Spiel. Die Wiesen hinterm Haus sind vorzüglich geeignet. Nur muß man beim Spielen Handschuhe tragen, auf die man bei keiner anderen Gelegenheit mehr Wert legt. Denn ein bißchen Hund ist sofort an jeder Kugel.

(In Südschweden wird jeder Hundebesitzer mit bis zu 350 Mark bestraft, wenn seine Tiere Straßen oder Parks verunreinigen. Eine Firma, die Hundefutter herstellt, weitete daraufhin ihr Angebot aus. Zusammen mit dem Futter verkauft sie Spezialtüten zum Einsammeln des Hundedrecks. Das kann man hier doch auch einführen.)

Doch, was klag' ich. Ich hab' ja den Balkon. Hoch oben. Auf den hat bis jetzt noch keiner gepißt. Wenn man auf der Straße ausrutscht und nicht weiß, wie man das backige Braun von den Schuhen wieder runterkriegen soll, bringt das angeblich Glück. Das Glück liegt auf der Straße. Und sogar viele hundertausendmal jeden Tag.

Aber man soll sich nicht zum Maß aller Dinge machen. Wäre ich ein Hund, würde ich's herrlich finden. Und meine Nase drin vergraben. Genau wie die schönen ausgemergelten Ibizenkas (streunende Hunde in Ibiza), die jeden Morgen den kleinen Umweg über unser aller Außenklo nicht scheuten, um uns gleich anschließend auf der Terrasse vor der Finca den Honig samt Butter vom Toast zu schlecken. Es galt als besonders pingelig, daß ich diese Scheibe dann nicht weiter aß, sondern ganz dem Rudel überließ. Kein Wunder, wenn es wahr ist, daß sechs von zehn Deutschen tote Fliegen im Salat mitessen, von lebenden Würmern ganz zu schweigen.

Ich hab' ja noch 'ne dumme Eigenart. Ich vergess' mich immer zu freuen, wenn ich Leute besuche, deren Hunde mich anspringen, umwerfen, auf mir knien und mir schlabbernd und triefend das Gesicht ablecken. Stellt euch vor, ich krieg' sogar Angst. Obwohl die Umstehenden vor Vergnügen kreischen: „Kuck mal, wie süüüß! Kuck mal, wie er Peggy maaag! Das macht er nicht mit jedem."

Ich bin dabeigewesen, wenn die gleichen Hunde andere, streichelbereite Gäste in die Hand bissen. Die wurden eben nicht gemocht. Die Besitzer sagten in solchen Fällen: „Den mag er eben nicht. Natürlich mag er nicht von jedem gestreichelt werden."

Vielleicht lieben mich die Hunde immer wegen meiner Zurückhaltung. Wie neulich der Bernhardiner von Kuhformat. Ich saß. Er stand. Von weitem ein wunderschönes Tier. Dann dicht ran. Das Maul auf. Dreimeterzunge raus. Zehn Liter Spucke. Seitdem weiß ich, daß man seinen Kopf nicht nur in den Rachen von Löwen stecken kann.

Ich bin schon ein schlechter Beifahrer mit meiner Angst. Aber nicht halb so schlecht wie die meisten Hunde. Weder springe ich zwischen den Sitzen aufgeregt hin und her während der Fahrt noch dem Fahrer auf den Schoß – auch habe ich noch keinen Fahrer vor Angst in den Nacken gebissen.

Es gibt auch Wachhunde. Die den Elektriker nicht durchlassen und den Postboten verschrecken. Dann lustig verspielte Hunde, die Kindern und Greisen die Klamotten zerfetzen und sich freuen, wenn die umgerissene Oma den Hang so schön runterkullert. „Schön, nicht, so'n bißchen Auslauf", heißt es dann. „Das braucht das Tier aber auch."

Manchmal revanchiert sich ein Tier auch für genossene Zuneigung. Da hat vor zwei Jahren in unserer Nachbarschaft eine haushohe dänische Dogge ihr Herrchen zerfleischt. Die Witwe konnte zu ihrem Leidwesen nichts dagegen unternehmen, daß die Killer-Dogge erschossen wurde. Zieht aber deren Waisen-Doggen groß. Wer weiß, wofür sie sie noch mal braucht!

Wenn es nicht so viele dankbare Eigner gäbe, dann gäbe es auch nicht die Segnun-

Foto: Stern/Schafferath

gen. Der größte Fertigfutter-Hersteller, Effem GmbH in Verden/Aller, setzt jährlich mehr als 150 Mio. Mark um. Mit seinen Erzeugnissen „Schappi", „Pal", „Frolic", „Whiskas" und „Trill". Man rechnet mit einer jährlichen Steigerungsrate von zehn Prozent, da immer mehr Tiere aus der Dose fressen.

Gänse werden gemästet. Und kleine Kälber. Und rosige Schweinchen. Und süße Kaninchen werden gefüttert. Alle, alle, damit viel dran ist, wenn geschlachtet wird. Warum nutzt man nicht das Hundefleisch? Ich nehme nur Proteste von Vegetariern ernst. Alle anderen müssen damit rechnen, daß sie mehrmals die Woche irgendein Stück vom Liebling eines andern aufessen.

Zurück zu den Segnungen: Allein in Hamburg gibt es über 50 Hundefrisiersalons, in denen täglich etwa 30 Vierbeiner von fachkundigen Pflegern gesellschaftsfähig getrimmt werden. Mit Pompom, Puschel und Pimpel. Da gibt es Köstlichkeiten aller Art in den Hunde-Pop-Läden. Sogar Hundeschlafanzüge mit Reißverschluß in allen Farben. „Weil viele Hunde im Bett schlafen." Das tun sie in der Tat. Dort hat dann häufig nicht der Hundeliebhaber eine Funktion, sondern der Hund als Liebhaber. Nicht, wie aus manchem Unzuchts-Prozeß hervorgeht, als eine Art Call-Hund, sondern als Partner in einer langjährigen hündischen Liebesbeziehung.

Daseinsangst und Einsamkeit sind es, die viele Leute auf den Hund kommen lassen. Von ihm erwarten sie Freundschaft und bedingungslose Treue. (Es ist kein Zufall, daß gerade die Rentner, für die der Hund oft der einzige „menschliche" Kontakt ist, am heftigsten gegen die Erhöhung der Hundesteuer protestieren.) Der Hund soll ersetzen, was Menschen nicht mehr geben können: Zuneigung, Geborgenheit, Sicherheit. In Wahrheit wird die Einsamkeit kultiviert. Es müßte Lustvolleres geben, als sabbernde Köter rohes Fleisch runterschlingen zu sehen. Meint man.

Schon früher waren manchem Herrscher seine Hunde wichtiger als die Soldaten, die für ihn krepierten. Immer wieder diese Mischung aus Sentimentalität und Brutalität. Wie bei den Cowboys. Die, auch wenn sie beidhändig schießen, immer noch eine dritte Hand freihaben, um Pferdenüstern zu tätscheln.

Fotos: action press

Statt Seele – Schoß-Töle

Frau Köterich im Partner-Look

Mollys Leibgericht: Gehackter Molly

Nach welchen Gesichtspunkten wird Lebensraum verteilt? Laut staatlicher Verordnung steht jedem Hund ein Minimum von fünf Quadratmetern, in Hamburg sogar von 15 qm, zu. Einem Gastarbeiter aber haben zur Not, und ohne daß er dagegen protestieren kann, 3 qm zu genügen. Wer führt in diesem Land ein Hundeleben?

Neulich stand ein Mann wegen Betruges vor Gericht. Er war mit seinem Dackel beim Veterinär gewesen, ohne diesem vorher zu sagen, daß er die Behandlung nicht bezahlen kann. Wo bleibt die Hunde-Krankenkasse?

In einem anderen Prozeß sah ich als Angeklagten den Diplom-Volkswirt Dr. Gerhard K., 60 Jahre. Ein Mann mit flackerndem Wahnsinn im Blick und Waffenschein. Immer mit entsicherter Pistole in der Tasche, um bei frühmorgendlichen Spaziergängen seinen Jagdhund vor Schäferhunden zu schützen. War doch sein armes Tier in der Vergangenheit schon mehrfach von diesen Bestien angefallen worden! Allein der Gedanke daran raubte ihm den Schlaf.

Der Amtsgerichtsrat nickte verständnisvoll: Auch er habe Angst vor Schäferhunden.

Und eines Morgens, um halb sechs, erwies sich, wie begründet die Angst gewesen war. In Begleitung des Wertpapiermaklers T. (71) kam ein Schäferhund ohne Leine herangetrottet und stürzte sich urplötzlich auf den treuen Jagdhund Harro. Zwar wurde der Angreifer, er hieß Rex, sogleich von seinem Herrchen zurückgepfiffen. Dr. K. aber eilte den beiden nach, um sich des Maklers Personalien wegen eventueller Haftbarmachung einzuholen. Wieder liebäugelte Rex mit seinem Opfer und biß zu (oder auch nicht; hier stand Aussage gegen Aussage).

Jetzt war das Maß voll. Erbost riß Harros Herr den Ballermann aus der Tasche und schoß. Auf Rex. Makler T. fällt seitdem das Gehen schwer. Denn der Jägersmann verfehlte den einen und traf den anderen. Erst kam der Schock, dann das Krankenhaus und schließlich sechs Wochen Arbeitsunfähigkeit. Und immer noch spürt er das Ziehen in der Wade. Dies alles wollte er nun gesühnt wissen.

Der Verteidiger appellierte dagegen an die edelsten Gefühle des Menschen. Wie weit die „Verwachsenheit des Gerichts mit der vierbeinigen Kreatur" ginge, wollte er feuchten Auges wissen. Treuherzig erklärte er den Notwehrexzeß seines Mandanten für entschuldbar. Und da glücklicherweise niemand ein Attest sehen wollte, auf dem die angeblich „furchtbaren Verletzungen des Jagdhundes" vermerkt waren, ging der Kelch noch einmal an seinem schießfreudigen Klienten vorüber. Urteil: 500 Mark Geldstrafe plus Gerichtskosten.

Doch, auch wahnsinnige Hundegegner können schießen. Zum Beispiel der 26jährige Taxifahrer Ulrich H. in München. Als ein Rentner unbedingt mit seinem riesigen Bernhardiner Barry in die Taxe einsteigen wollte. Nur, der Taxifahrer tat gar nicht erst so, als ziele er auf den Hund, sondern zerschmetterte gleich des Rentners rechten Oberschenkel. Eins haben beide Fälle gemeinsam: Die Hunde, die treuen, schützen ihre Herren nicht. Tut mir leid, ihr etwa 4 Millionen Hundeeigner Deutschlands. Und ihr 700 000 Tierschutzbürger. k

TUPPER-MAROS

Wie alljährlich, findet auch in diesem Januar wieder die größte Party der Welt statt – organisiert von einem amerikanischen Konzern, der mit Plastik-Schälchen handeln läßt: Tupperware. 30 Millionen Hausfrauen werden betuppert.

Renate Peiler

ⓚ Samstag, 14. April 1975. Feine-Leute-Hotel Maritim in Travemünde. Großer Saal. Um zehn Uhr morgens springt ein angetrunkener junger Mann, ungekämmt, barfuß und im Bademantel, über die Bühne, schreit ins Publikum: „Soll ich den auch noch ausziehen?“ Mehr als hundert Frauen springen auf, kreischen vor Begeisterung, wollen mehr sehen. Der Mann zieht den Bademantel aus, trägt darunter eine Badehose, die er – natürlich – nicht mehr auszieht. Protest der Frauen. Der Mann stolpert von der Bühne, greift eine der Frauen aus der ersten Reihe am Arm, will sie mit sich auf die Bühne ziehen. Jubel, Trubel, Heiterkeit. Bei Tupper ist kein Witz zu billig, als daß er nicht gerissen würde.

Dies ist ein Gruppenberaterinnen-Treffen von Tupperware-Deutschland (Tupperware mit deutschem u und langem englischen a). Das amerikanische Unternehmen verkauft Plastik-Haushaltsartikel, die angeblich Vakuum-Frische bieten, auf Heimvorführungen, im Tupper-Deutsch „Parties“ genannt. Alle 10 Sekunden fängt irgendwo auf der Welt eine Tupper-Party an, 1974 insgesamt dreimillionenmal. Geht man davon aus, daß zu einer Party eine Gastgeberin, eine Beraterin und mindestens acht Gäste gehören, dann treffen auf diesen Verkaufsvorführungen in einem Jahr schätzungsweise 30 Millionen Frauen zusammen. Am besten „getuppert“ wird auf dem flachen Land. Da, wo die Leute arm und katholisch sind, wird am meisten Umsatz gemacht. Griechenland, Spanien und Italien liegen auf der europäischen Tupper-Bestenliste ganz vorn. Tupperware hat 1974 für 312 Millionen Dollar Plastik verkauft und mehr als 92 Millionen Dollar Profit gemacht. Tendenz steigend.

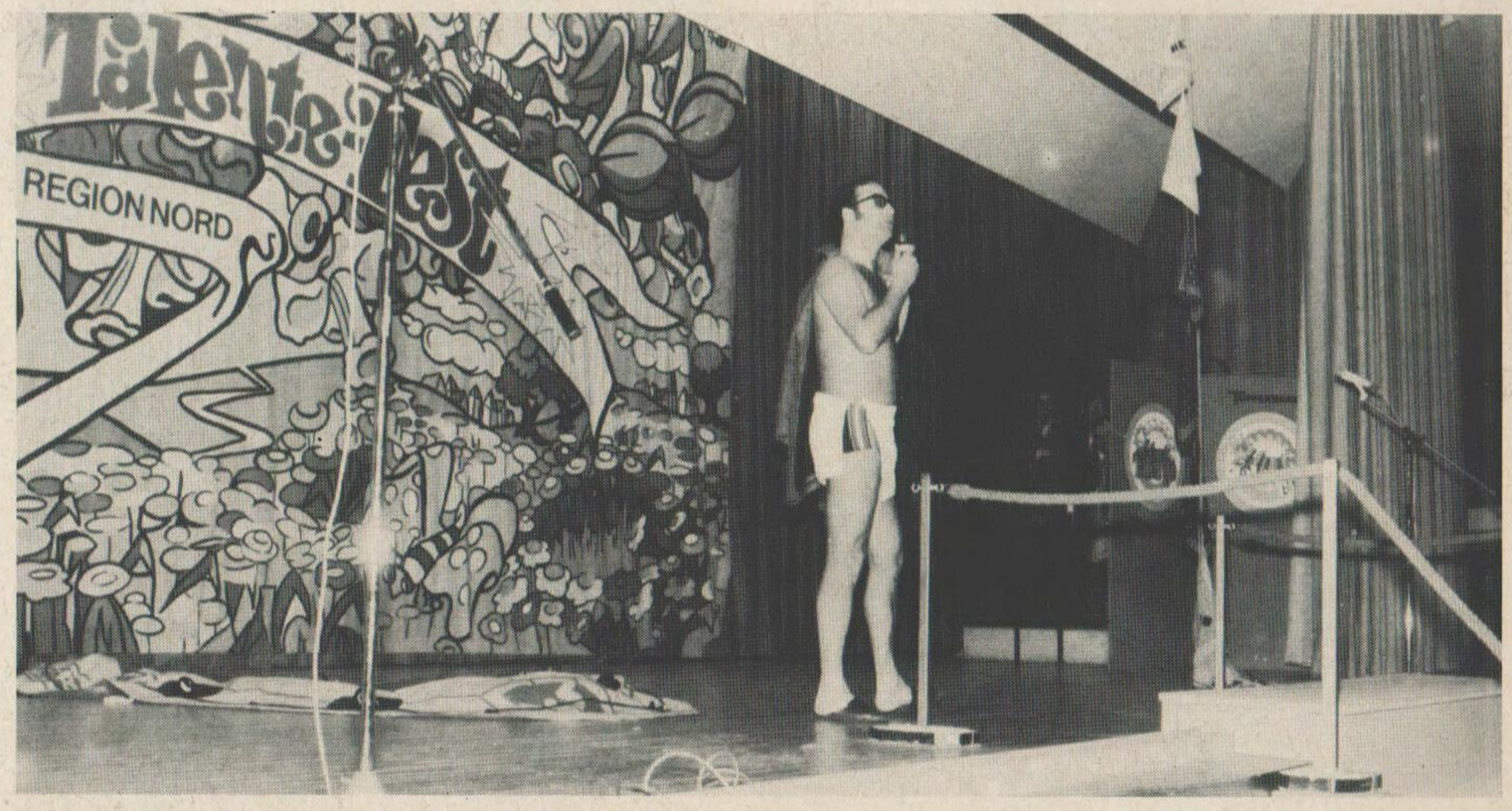
Ich lerne „die wunderbare Welt von Tupperware“ als Redakteurin der firmeneigenen Hauszeitschrift kennen. Wir sind alle „eine große Familie“, weltweit, und insbesondere wir in Deutschland: Der kleine Chef mit dem großen Namen Z. J. E. Szabo (Szombor Juan Emerico, genannt Jumbo, Ungar mit argentinischem Paß), 80 Mitarbeiter der Frankfurter Zentrale, 5 RM's (regional managers), 80 BZH's (Bezirkshändler) und rund 10 000 Frauen, die im Land das Geld ranschaffen.

„Tuppern“ ist ein Geschäft unter Frauen. Ein von Männern ausgeklügeltes und verwaltetes, aus Amerika übernommenes System, das „ganz auf die Gefühlswelt der Frau zugeschnitten“ ist, treibt sie zur Arbeit an. Das beginnt damit, daß eine Frau, wenn sie für Tupperware arbeitet, nicht erfahren darf, daß sie arbeitet. Sie muß sich zwar, bevor sie anfängt zu tuppern, einen Wandergewerbeschein als Vertreterin besorgen, aber darüber wird ihr ganzes Tupper-Leben nicht mehr geredet. Sie heißt jetzt Beraterin oder (wenn sie kräftig getuppert hat) Gruppenberaterin und ist eine „junge Hausfrau und Mutter, die als selbständige Managerin zum Erwerb ihres Ehegatten beiträgt, wenn, zum Beispiel in Krisenzeiten wie jetzt, der Lebensunterhalt nicht mehr so gut gesichert ist“.

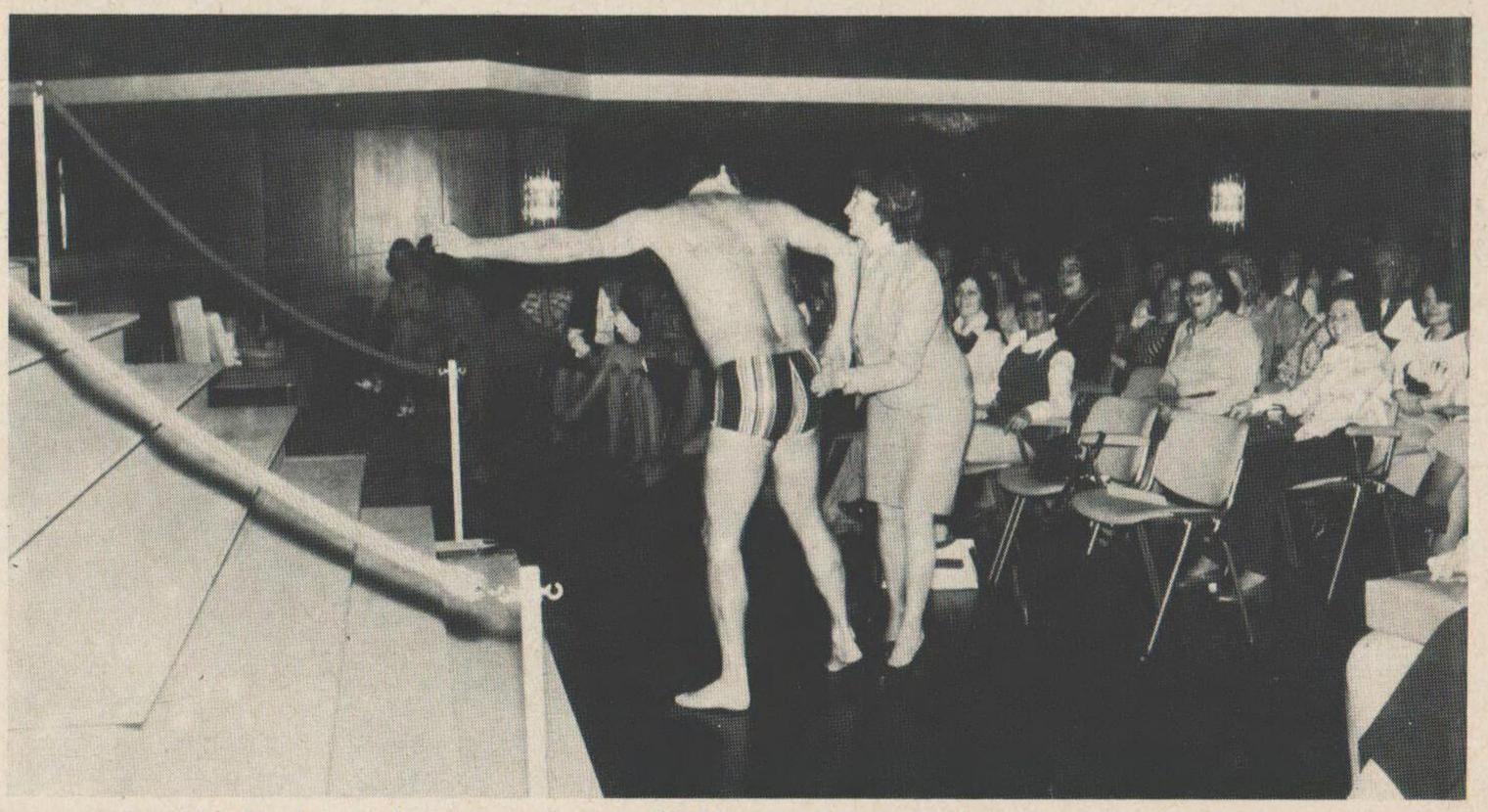
Auf einer Vertreterinnen-Tagung im Sporthotel zu Bad Kissingen wird ihr als leuchtendes Beispiel einer besonders erfolgreichen Frau die WDR-Chefredakteurin und Horten-Aufsichtsrätin Dr. Julia Dingworth-Nusseck vorgehalten: „Das können Sie auch, meine Damen.“

Tuppern ist schwer. Was von den meisten Frauen als Nebenerwerb geplant war, ist harte Arbeit, wenn wirklich Geld ins Haus kommen soll. Eine Beraterin soll mindestens zweimal in der Woche eine Party geben. Sie soll auf einer Party mindestens 300 Mark Umsatz machen, wobei der einzelne Gast nicht mehr als 70 Mark ausgeben soll. Was darüber liegt, so haben die Tuppers herausgefunden, wird von bundesdeutschen Gerichten im Streitfall häufig annulliert, weil es der Entscheidungsgewalt des Ehemanns unterliege. Während einer Tupper-Party muß die Beraterin möglichst eine neue Beraterin „rekrutieren“ oder eine neue Gastgeberin „buchen“. Vom Umsatz bekommt sie 24 Prozent. Die Gruppenberaterin vom Umsatz ihrer Gruppe (5 bis 15 einfache Beraterinnen, die sie selbst rekrutiert hat) nochmal 3 Prozent. Aber dafür darf sie keinen anderen Beruf mehr ausüben. Erfolgreiche Beraterinnen fahren einen blauen Kadett, ganz besonders gute das gleiche Auto in Rot. Das heißt dann „Freundschafts-Kadett“.

Um die Frauen bei der Tupper-Stange zu halten, werden sie laufend kontrolliert.



Tupper-Schau im Maritim: Kein Witz ist zu billig . . .



. . . und meist findet sich eine, mit der die Herren tuppern können.

Und weil das dem „Gefühlsleben der Frau“ entspricht, geschieht Kontrolle durch Geschenke und Ehrungen. Zum Beispiel auf der MMV (Montag-Morgen-Versammlung) beim Bezirkshändler. Da wird ihr nie gesagt: „Sie haben aber schlecht verkauft“, sondern sie wird nach vorn auf die Bühne gerufen: „Das war ja ganz toll, wie Sie verkauft haben. Das nächstemal sind Sie nicht mehr zu schlagen. Dafür, daß Sie dieses Mal so gut waren, bekommen Sie eine Rose. Und das nächstemal wird das Geschenk noch größer.“ Die anderen Beraterinnen klatschen – zu Tränen gerührt – Beifall.

Tupper-Frauen werden mit allen Psycho-Tricks ausgenommen: Frauen brauchen immer Beifall, besonders den von Männern. Frauen funktionieren nur, wenn sie gelobt und beschenkt werden. Also werden sie gelobt und beschenkt, was das Zeug hält. Daß die Geschenke in keinem Verhältnis zu dem stehen, was sie der Firma erarbeiten, ist klar.

Das ganze Jahr über – es ist in „Etappen“ eingeteilt – werden die Vertreterinnen von Wettbewerb zu Wettbewerb gejagt: Umsatz-, Rekrutierungs- und Aktivitätswettbewerbe. Gelobt werden sie – wenn möglich mit Bild – im Tupper-Journal oder auf einer der zahlreichen Tagungen. Drei- bis viermal im Jahr werden sie in teuren Hotels (die geben bei großen Buchungen Mengenrabatt) in Zweibettzimmern untergebracht. Tagsüber Schulung und abends im langen Kleid zum Gala-Diner. Natürlich ohne Männer und mit striktem Tanzverbot. Lediglich Reihenpolonaise ist erlaubt: vorneweg die Tupper-Manager, die die Frauen auch hier auf Trab halten. Getrunken wird reichlich. Und anschließend findet sich meist eine, mit der die Herren – na was schon? – „tuppern“ können.

Hat eine Vertreterin einen Rekrutierungs-Wettbewerb gewonnen, also möglichst viele neue Beraterinnen geworben, dann darf sie ins Ausland reisen („Tupper-Beraterinnen gehören zum internationalen Jet-Set“): Als „Cinderella in London“ setzt ihr der englische Tupper-Chef ein Krönchen ins Haar. Auf dem „Flug in den Frühling“ wird sie mit ihren Kolleginnen in Bussen durch die blühende Provence gekarrt, in Rom darf sie Münzen in die Fontana di Trevi werfen.

Natürlich gibt's auch einen Höhepunkt im Tupper-Jahr: das Nationaltreffen. Im Hamburger Congreß Centrum zum Beispiel vor einer riesigen, bunt bemalten Leinwand mit dem schönen Titel „Tupperware Märchenland“. Beim Nationaltreffen werden die Vertreterinnen durch jede Menge von Ehrungen gehetzt. Sind sie erfolgreiche Verkäuferinnen und haben mit ihrer Gruppe in einer Etappe (8 bis 9 Wochen) mindestens 32 000 Mark Umsatz gemacht, heißen sie „Gloria“. Haben sie allerdings während einer solchen Etappe mit ihrer Gruppe mehr als 100 000 Mark (!) zusammengetuppert, dann werden sie als „Gloria Regia“ geehrt und bekommen – natürlich auf der Bühne – eine Rose. Im Hintergrund spielt bei diesem Programmpunkt das Tonband immer: Love is a many splendoured thing. Haben sie ganz besonders große Umsätze gemacht. heißen sie „Connie“ und werden natürlich geehrt:

Auf der Bühne des extra angemieteten Hamburger Schauspielhauses ist ein großer blauer Ring mit vielen kleinen Glitzersternen aufgebaut. Vorn ein Treppchen. Jede einzelne „Connie“ wird durch entsprechend hochqualifizierte und kostümierte (Dinnerjackett, roter Kummerbund, Spitzenhemdchen und Smokinghose mit Seidenbiese) Tupper-Herren hinter die Bühne geleitet. Vorhang auf, Frau Connie in den Ring, strahlendes Lächeln, Klatschen der weniger Erfolgreichen im Zuschauerraum. „Connie“ übers Treppchen ab. Vorhang zu. Die nächste bitte.

Es wird viel geweint bei diesen Ehrungen. Das ist ja gerade das Fiese an diesem ganzen Zirkus: Daß man die Frauen nicht in Ruhe ihr Geld verdienen läßt, sondern sie zusätzlich über ihre Gefühle ausbeutet, um zu noch größeren Profiten zu kommen. Sie werden mit Krönchen, Glanz und Flitter auf Micki-Maus-Niveau verkrüppelt, werden hochgespielt und fallengelassen, wenn sie nichts mehr anschaffen. Konsequent das Bekenntnis eines leitenden Tupper-Herren: „Ich würde auch mit einem Wanderpuff auf Tournee gehen, wenn das genug Geld brächte.“

Emanzipation im Tupper-Talk: „Also letztes Jahr, als die Frau Meier das erste Mal mit uns in der wunderbaren Welt von Tupperware war, da hatte sie noch Angst vorm Fahrstuhl. Und dieses Jahr ist sie im Nerzjäckchen hier!“(Seminar im Mainz-Hilton).

Bei Tupperware-Deutschland gibt es natürlich keinen Betriebsrat. Feste Mitarbeiter der Frankfurter Zentrale, die danach fragen, werden als „Sozis“ oder gar als „Rote“ abgestempelt, in die Statistik versetzt oder gekündigt. Vor dem Arbeitsgerichtsprozeß bewahren recht großzügige Schecks – allerdings nur bei Angestellten, die auf der sozialen Tupper-Leiter etwas weiter oben stehen oder etwas ausplaudern könnten. Denn Pressescheu ist gar kein Ausdruck. Der amerikanische Journalist Dee Wedemeyer mußte für einen sechs Seiten langen Bericht ein Jahr recherchieren.

Übrigens: In der zweiten Januarwoche findet „die größte Party der Welt“ statt. Alle Tupper-Beraterinnen sind aufgefordert, mindestens eine Party in dieser Woche zu geben. Es geht um hundertprozentige Aktivität. Im letzten Jahr hat die hessische Verbraucherzentrale vor diesen Veranstaltungen gewarnt. Sie hat nichts gegen den Kauf im Haus, wenn es seriös zugeht. Die Verbraucherzentrale findet die Tupper-Artikel einfach zu teuer. Aber irgendwoher muß das Geld ja kommen. (k)

P

Lieber aktiv als radioaktiv
Wyhler Bauern erzählen:
Warum Kernkraftwerke schädlich sind.
Wie man eine Bürgerinitiative macht und sich dabei verändert.

Politik 65 DM 8.50 Wagenbach

Bauern erzählen die Geschichte ihres Kampfes gegen das geplante Kernkraftwerk. Sie haben gelernt, wer von der Kernenergie den Nutzen und wer den Schaden hat und wie man versucht, sie einzuwikkeln. Was sie aus ihrer Geschichte lernen können, und was sie von den Parteien zu halten haben. Der Katastrophenplan der Regierung. Störfälle in der BRD. Ratschläge für andere Bürgerinitiativen.

Heinrich Böll, Rudi Dutschke, Erich Fried, Claus Menzel, Helga Reidemeister, Johannes Schenk, Otto Schily, Richard Schmid, Klaus Stiller, Christa Wachenfeld, Klaus Wagenbach

Die Erschießung des Georg v. Rauch

Eine Dokumentation anläßlich der Prozesse gegen Klaus Wagenbach

Warum:
Der Tote schuldig ist,
der Todesschütze
freigesprochen,
der Kritiker verurteilt wird.

P (Sonderband) DM 7.– Wagenbach

Wer der Folter erlag, kann nicht mehr heimisch werden in der Welt.
Jean Améry

Amnesty International Bericht über die Folter

Eine Dokumentation von amnesty international als Fischer-Taschenbuch DM 6.80

Fischer

ZUR ZEIT INFORMATIONEN

Kampagne zur Abschaffung der Folter

ai amnesty international

Yaak Karsunke

ICH HABE GELESEN

In dieser KONKRET-Kolumne schreiben Autoren über ihre Lektüre

ⓚ Manchmal lohnt es sich sogar für einen Kritiker, nicht bloß Bücher zu lesen, sondern auch die Besprechungen von Kollegen. Da gibt es z. B. in einem neuen Gedichtband ein „Lied von der Haussuchung" mit folgendem Refrain:

„denk daran wenn es klopft
sie werden dich noch oft
mit geladnen Maschinenpistolen
und nicht nur aus dem Bett
und nicht nur ins Präsidium holen"

– und dann gibt's da eine Rezension in der FAZ, die verkündet: „In den Gedichten über Hausdurchsuchungen bleibt es bei der Ausmalung der Situation; über Gründe und Hintergründe erfahren wir nichts." Offenbar liest so ein FAZke bloß das eigene Blatt und hat daher Informationslücken; was er „Ausmalung" nennt, liest sich in dem betreffenden Gedicht etwa so:

„und trommeln dich aus dem Bett raus
und ziehen dich bis aufs Hemd aus
...
und stoßen dich mit dem Gewehrlauf
und schneiden dir die Matratze auf
...
sie fühlen dir gründlich auf den Zahn
und binden dich an den Eisschrank an
und hauen
dich zusammen"

– da wird also der bei uns mittlerweile alltäglich gewordene Polizei-Terror *beschrieben,* den die Tante FAZ immer so beharrlich *verschweigt* – prompt läßt sie ihren Kritiker von der Kette, und der verreißt auftragsgemäß

Helga M. Novak: Balladen vom kurzen Prozeß
Rotbuch Verlag Berlin, 72 Seiten, DM 7,–

und behauptet frech: „Gewaltanwendung und Erleiden von Gewalt werden um ihrer selbst vorgeführt." In Wirklichkeit berichten diese Gedichte von der Gewalt um derentwillen, denen sie angetan wird: Kindern, Kommunisten, Frauen, Gastarbeitern – ein Gedicht heißt „Ballade von einem nach dem kein Hahn kräht". Totgeschwiegenen Menschen und Tatbeständen leiht Helga M. Novak ihre Sprache, eine ebenso genaue wie leidenschaftliche Sprache, die ebenso zart wie hart sein kann, ebenso bösartig wie trauervoll – und die entschieden zu schade dafür ist, daß sich Leute aus der Propaganda-Kompanie des Kapitalismus ihre Angstschweiß-Pfoten dran abwischen.

Was in diesen Balladen kunstvoll zur Sprache gebracht wird, ist von den Betroffenen schon seit längerem selbst – wenn auch simpler – artikuliert und natürlich ebensolange auch verdrängt und ignoriert worden. Im deutschen Sprachraum gibt es rund 300 autobiographische Selbstzeugnisse von Angehörigen der Unterklassen:

Proletarische Lebensläufe / Autobiographische Dokumente zur Entstehung der Zweiten Kultur in Deutschland
2 Bände, Rowohlt, das neue buch, 410 und 480 S., je DM 18,–

Wolfgang Emmerich, der an der Bremer Uni deutsche Literaturgeschichte lehrt, hat sich der von seiner Wissenschaft lange vernachlässigten Gattung angenommen und Ausschnitte aus solchen Autobiographien zu einem zweibändigen Sozialgeschichtsbuch zusammengestellt, das von 1740 bis 1945 reicht. Ausführliche Einführungstexte zu den einzelnen Zeitabschnitten sowie Kurz-Einleitungen zu jedem Einzeltext machen die Bücher ebenso les- wie brauchbar, biographische Stichworte und eine ausführliche Bibliographie geben weitere Hinweise. Erfreulicherweise arbeitet Emmerich die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung wirklich auf und versucht nicht, diese Geschichte bloß für eine der linken Fraktionen zu pachten. Dadurch entsteht ein komplexeres, aber wohl auch ein zutreffenderes Geschichtsbild als bei

Bernt Engelmann: Einig gegen Recht und Freiheit
Deutsches Anti-Geschichtsbuch, 2. Teil
C. Bertelsmann, 420 S., DM 29,80

Engelmann behandelt den Zeitraum von 1918 bis 1938 (warum eigentlich nicht bis 1945?) und räumt dankenswerterweise mit allen möglichen Legenden über die Weimarer Republik und das 3. Reich der Nazis auf. Meine Einwände beziehen sich auch nicht auf ein paar falsche Zahlenangaben, mit denen die „Zeit" sich das unbequeme Unternehmen gleich ganz vom Hals qualifizieren wollte (obwohl ich hoffe, daß diese Fehler in der zweiten Auflage verschwinden: Gerade wenn man die herrschenden Geschichtslügen entlarven will, muß man pedantisch genau sein!). Ich habe auch gar nichts dagegen, daß die SPD mal das auf den Hut bekommt, was ihr gehört – aber wenn man schon Fehler der deutschen Arbeiterparteien in der Weimarer Republik diskutiert, dann gehörte z. B. die idiotische „Sozialfaschismus-These" des Genossen Stalin, voll & treu von der KPD übernommen und praktiziert, ja wohl auch auf die Themenliste. Und wenn Engelmann seinen zeitlichen Rahmen in Richtung zweiter Weltkrieg z. B. bei der Geschichte der Atombombe bis Hiroshima hin überschreitet: warum dann kein Wort über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt von 1939, der in Kreisen des Widerstands gegen Hitler höchst zwiespältige Wirkungen auslöste?

Wesentlich tabufreier gehen da vor

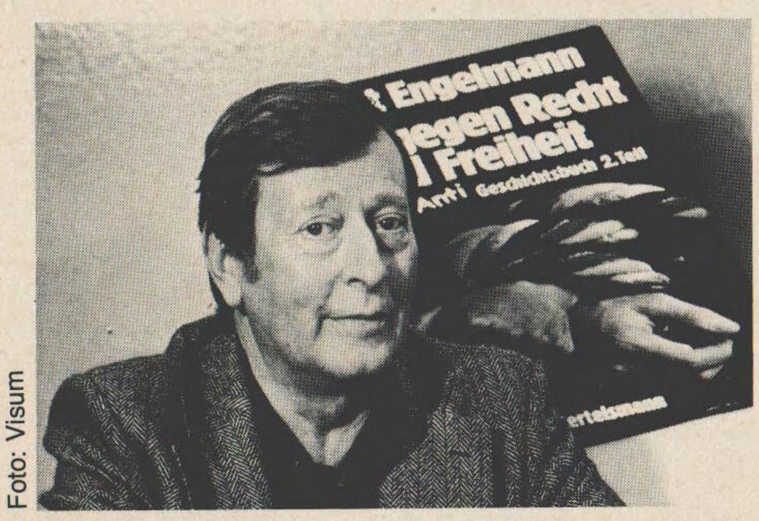


Foto: Visum

Lars Gustafsson und Jan Myrdal:
Die unnötige Gegenwart
Acht Unterhaltungen über die Zukunft der Geschichte
Reihe Hanser, 208 Seiten, DM 16,80

Das ist ein Buch, das in der BRD wohl – leider – kaum geschrieben werden könnte: ein Gespräch zwischen einem Marxisten und einem erklärten Nicht-Marxisten, ein freundschaftliches Gespräch, das dennoch Probleme nicht kompromißhaft vermauschelt, sondern in aller Schärfe herausarbeitet, ohne daß die Schärfe zum gegenseitigen Angiften würde. Ein Lehrstück für all jene, die per Sprechchor immer „Internationale Solidarität" fordern und in deren alltäglicher Praxis nur bornierte Sekten-Intoleranz zu beobachten ist.

Allen Fraktions-Angehörigen mit der jeweils allein richtigen Massenlinie wäre auch das „Lob der Massen" zu empfehlen:

„Die Partei arbeitet für alle
Aber sie schafft nicht alle Arbeit.
Die Partei weist einen Weg
Aber sie braucht die Weisheit aller.
Nur alle sind gerade genug."

So zu lesen in:

Volker Braun: Es genügt nicht die einfache Wahrheit – Notate
Reclam, Leipzig, 165 Seiten, 1,50 Mark

Auch das ein Buch, das bei uns nicht geschrieben werden könnte, einfach weil es Brauns zentrales Problem bei uns – noch – nicht gibt: „Der aufwühlendste Widerspruch zwischen den Leuten, die in die sozialistischen Revolutionen verwickelt sind, ist der neuartige zwischen den politisch *Führenden* (die bewußt die Umgestaltung der Gesellschaft organisieren oder bewußt oder unbewußt hemmen) und den *Geführten* (die bewußt oder unbewußt die Pläne realisieren oder kritisieren). Auf beiden Seiten Aktivität und Trägheit, Hoffnung und Resignation. Auf beiden Seiten Entbehrung und Wohlleben, Anerkennung und Verlust. Es unterscheidet sie nicht der Charakter, kaum der Besitz, aber sehr die Mittel ihrer Macht. Dabei sind die Leute nicht in Klassen auf eine Seite genagelt, sie werfen sich selber hin und her."

Brauns *Notate* reflektieren diesen Prozeß und seine Konsequenzen für künstlerische Produktion – auf höherem Niveau, als derlei Debatten hierzulande geführt werden, auch realistischer. Mich haben diese selbstkritischen Reflexionen jedenfalls mehr für die DDR eingenommen als die kritiklosen Lobsprüche, die inländische DDR-Freunde hierorts abzulassen pflegen. (Im Frühjahr kommen Brauns Notate übrigens bei Suhrkamp heraus – mal sehen, welchen Preisaufschlag wir dann für suhrkamp-culture zahlen dürfen!) ⓚ

Opa Schulz im Klassenkampf

Am 16. Januar zeigt der Südwestfunk Erika Runges Fernsehfilm „Opa Schulz". Es ist der zweite Beitrag der Reihe „Rest des Lebens", die im Dezember mit „Michael oder die Schwierigkeiten mit dem Glück", einer Sendung zum Problem verhaltensgestörter Kinder, ebenfalls von Erika Runge, begann.
Opa Schulz, ein 71jähriger Witwer, flieht aus dem Altersheim in eine eigene Wohnung im Berliner Altbau-Viertel Neukölln. Gemeinsame Aktivitäten mit anderen Hausbewohnern geben ihm wieder Lebensmut. Erika Runge zu ihrem Film:

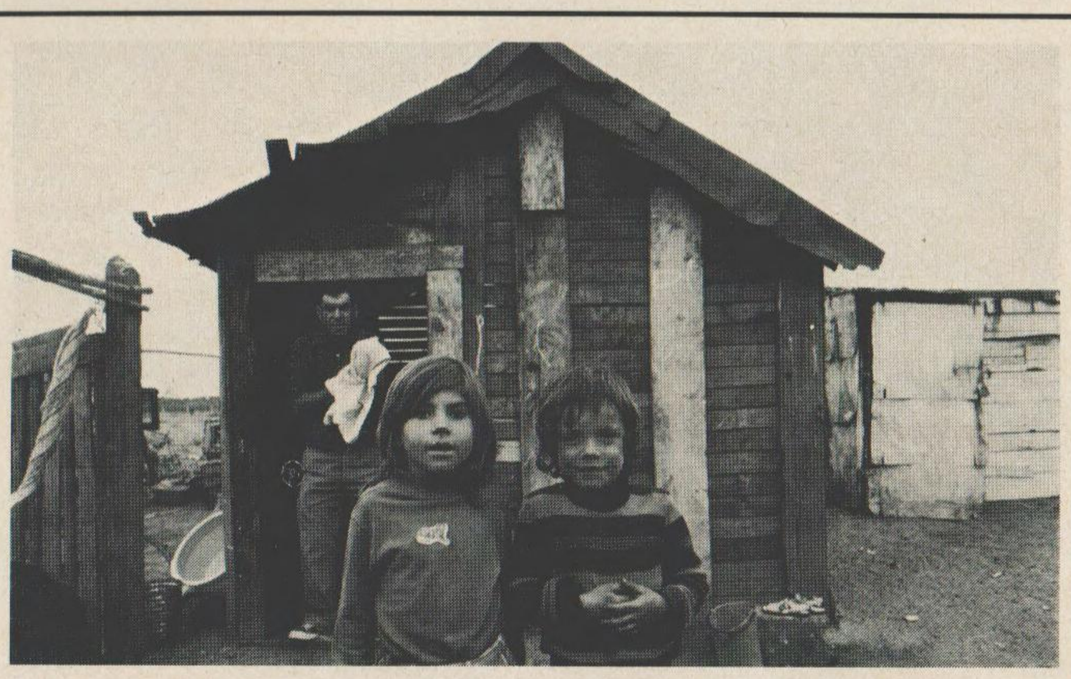
„Opa Schulz" war eine Auftragsarbeit mit der Vorgabe: verwitwet muß er sein, eine Weile in einem Altersheim leben und darf, wie das im Fernsehen so üblich ist, keiner politischen Partei angehören. Gewerkschaftsmitglied, ja, das ist gerade noch erlaubt. Ich wollte die allgemeine Tristesse, die aufkommt, wenn man über Alte spricht, durchbrechen. Ich wollte ein paar glückliche Szenen finden, die etwas mit Aktivität zu tun haben, so daß Opa Schulz ein Vorbild sein könnte: Tut selber etwas, laßt euch nicht abschieben, laßt euch nicht hängen.
Zwar hat die Industrie in den letzten Jahren begonnen, die Alten als Konsumenten wiederzuentdecken und sie deshalb in „Senioren" umgetauft, weil Konsumforscher festgestellt haben, daß die Deutschen über 50 pro Jahr mindestens 11 Milliarden Mark ausgeben können, 3 Milliarden mehr als die Teenager. Aber sonst sind ja die alten Leute bei uns Schrott, Versorgungsfälle, die in ein Heim abgeschoben werden. Keine Beschäftigungstherapeuten, so gut wie keine Aktivität. Das Politische an so einem Film ist die Forderung nach einem menschenwürdigen Alter. Auch der alte Mensch hat ein Recht auf sein eigenes Glück, auf Sexualität und auf eine Betätigung. Er hat so viel Erfahrungen und Informationen gespeichert, die er gut weitergeben könnte. Nur scheint sich niemand dafür zu interessieren. Wenn einer heute 70 ist, dann hat er zwei Weltkriege mitgemacht, Arbeitslosigkeit, wenn er politisch engagiert war, hat er entweder im Zuchthaus gesessen oder im KZ. Da ist eine tiefe Angst geblieben, diese Alten sind einfach zu müde und kaputt. Und da kann ihnen Opa Schulz zeigen, was es für sie noch für Betätigungsfelder gibt. Er ist ein Einzelkämpfer, ja, aber er könnte beispielhaft wirken.
Der erste Schritt zur Lösung der Probleme war immer das Gespräch. Zum Klassenkampf gehört die Auseinandersetzung, aber vorher sollte man sich verständigen, worum es eigentlich geht. Ich habe sie satt,

Erika Runge

diese Filme, die menschliche Beziehungen ausschließlich auf ökonomische Fragen reduzieren. Kinder wie Alte gehören für mich zu den menschlichen Inhalten von politischem Engagement. Für die findet sich so leicht kein Sprachrohr.

Chile-Kultur

Eine „Vereinigung zur Förderung der demokratischen Kultur Chiles" wurde im November in Münster gegründet. Sie soll der Arbeit exilierter chilenischer Schriftsteller und Künstler in der Bundesrepublik eine Öffentlichkeit verschaffen, Ausstellungen und Veranstaltungen organisieren und Kontakte zwischen den chilenischen Künstlern und ihren deutschen Kollegen und Institutionen herstellen. In der Gründungs-Erklärung heißt es: „Der chilenischen Militärjunta genügte es nicht, die demokratischen Rechte abzuschaffen. Von Anfang versuchte sie zugleich, das kulturelle Leben, das sich in der Zeit der Regierung Allende entfaltet hatte, bis auf die letzten Spuren auszulöschen. Dieser Versuch ist ebenso mißlungen wie der der Zerschlagung der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen, die auf Seiten der Unidad Popular standen und stehen. Zum Widerstand gegen die Junta gehört heute auch die Verteidigung der demokratischen Kultur des Landes, gehört der Nachweis, daß diese Kultur lebt." Hierzu will die bundesdeutsche Vereinigung mit dem „Comite de Cultura Clandesino", das gegenwärtig unter den Bedingungen der Diktatur in Chile aufgebaut wird, und dem „Zentrum zur Verteidigung der chilenischen Kultur", das seinen Sitz in Paris hat, zusammenarbeiten. Dieses Zentrum wird unter anderem von Isabel Parra, Julio Cortazar und Antonio Skarmeta getragen. Aus der BRD wird es von Heinrich Böll und Dorothee Sölle unterstützt. Adresse der „Vereinigung zur Förderung der demokratischen Kultur Chiles": Dr. Martin Jürgens, 44 Münster, Ludgerstraße 58.



Eine Mappe mit 15 großformatigen Portugal-Fotos (DIN A 2) hat das Kölner „VolksBlatt", eine Zeitschrift verschiedener Bürgerinitiativen, herausgegeben. Zusammen mit Begleittexten bilden die Aufnahmen des Fotografen Gernot Huber eine informative Ausstellung. Die Mappe kostet nur 18 Mark plus 3 Mark Porto und Verpackung (ab 5 Exemplare 12 Mark) und kann bei Vorauszahlung auf das Kölner Postscheckkonto 282870-504 beim „VolksBlatt", 5 Köln 1, Hohenzollernring 97, bestellt werden.

Funny Filzer

Als kürzlich bayerische Justiz-Beamte in der Münchner Montanus-Buchhandlung am Stachus guckten, ob es nicht mal wieder was zu beschlagnahmen gibt, nahmen sie einen Stapel „Fanny Hill" mit. Die (harm)lose Story ist soeben als Fischer-Taschenbuch erschienen. Kann man denn auch wirklich von jedem Münchner Amtsgerichts-Büttel verlangen, daß er mit den Beschlüssen des Bundesgerichtshofs unterm Arm herumläuft? Der BGH hatte schon 1969 die Fanny-Hill-Originalausgabe vom Desch-Verlag als nicht unzüchtig bezeichnet und freigegeben.

Bitte lecken!

Die Berliner Satiriker Alfred Behrens, F. C. Delius und Giorgio Pellizzi haben einen „Deutschen Satire-Preis" gestiftet. Die erste Preisträgerin ist Nina Grunenberg von der „ZEIT". Sie erhält die Auszeichnung für ihre Artikelserie „Kiebitz auf der Kommandobrücke – Vier Tage mit Bundeskanzler Helmut Schmidt". In der Begründung der Juroren heißt es:
„Nina Grunenberg hat beispielhaft gezeigt, was Satire leisten kann. Indem sie die landläufigen Muster der journalistischen Public-Relations-Arbeit, der neuen Hofberichterstattung mit dem Human Touch, der scheinhaft-kritisch gefärbten Propaganda für das Bestehende bis zur Kenntlichkeit imitiert, macht sie deutlich, was sonst sorgfältig verborgen bleibt. Die reine Reklame-Funktion einer Edel-Journaille, deren Lohnschreiber sich gern Publizisten nennen."
Der neue Literaturpreis ist mit 1,– DM in Briefmarken dotiert.

Risikollegen

„Suchlicht" heißt der Katalog des faschistischen „Buchdienst Nation Europa" aus Coburg. Sein Vorsatz: „Keiner der angezeigten Titel gehört der Dekadenz- und Umerziehungsliteratur an." Im Angebot sind zum Beispiel Anekdotensammlungen aus der Waffen-SS, Kolbenheyer, Kosiek (Das Volk in seiner Wirklichkeit), Arnold Gehlen, G. H. Amaudruz (Ist Rassenbewußtsein verwerflich?) Franz Josef Strauß und Dieter E. Zimmer (Streit um die Intelligenz).

Vielen Dank, sie ließen von sich hören

Die Vollversammlung der städtischen Bühnen Frankfurts hat beschlossen, das Szenenspiel „Vielen Dank, Sie werden von uns hören“ in den Spielplan aufzunehmen. Ensemble-Mitglieder des „Schauspiel Frankfurt“ haben das Stück gemeinsam mit zwei vom Berufsverbot betroffenen Lehrerinnen (Doris Schwert und Anke Wagner) in ihrer Freizeit geschrieben und geprobt. An ihrem Beispiel werden Geschichte und gegenwärtige Praxis der Berufsverbote verdeutlicht. Wen wundert's, daß die Frankfurter CDU umgehend ein Aufführungsverbot in Schulen und anderen städtischen Räumen, also auch im Theater, forderte. Frankfurts Kulturdezernent Hilmar Hoffmann konterte: „Hierzulande sollte niemand versuchen, Gedankenfreiheit einzuschränken, Meinungen irgendwie zu behindern oder kontroverse Gedankenträger politisch zu kriminalisieren. Wer nach sondergesetzlichen Maßnahmen ruft, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, auf seine Weise den Fortbestand von Freiheit zu gefährden.“ Zu dem Stück selbst sagte Hoffmann vor der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung:

„Das Theater hat allein durch die Darbietung von Faktenmaterial Stellung genommen, es hat durch historische Parallelen im Leben der Familien der beiden betroffenen Lehrerinnen demonstriert, also an erlebten tragischen Beispielen, welche Zwangsfolgen die Institutionalisierung von Vorurteilen haben können: Diffamierung, Berufsverbot, Repression, Isolation, Verfolgung und Schlimmeres: Das Stück schildert, wie der Vater von Doris Schwert für seine Überzeugung viele Jahre (übrigens zusammen mit Fritz Erler) in Hitlers KZ unsäglich hat leiden müssen. Tochter Doris Schwert findet heute keine Stellung mehr. Wenn sich gewisse Analogien damals und von heute ergeben, so ist dies doch wohl nicht dem Stück vorzuwerfen.“

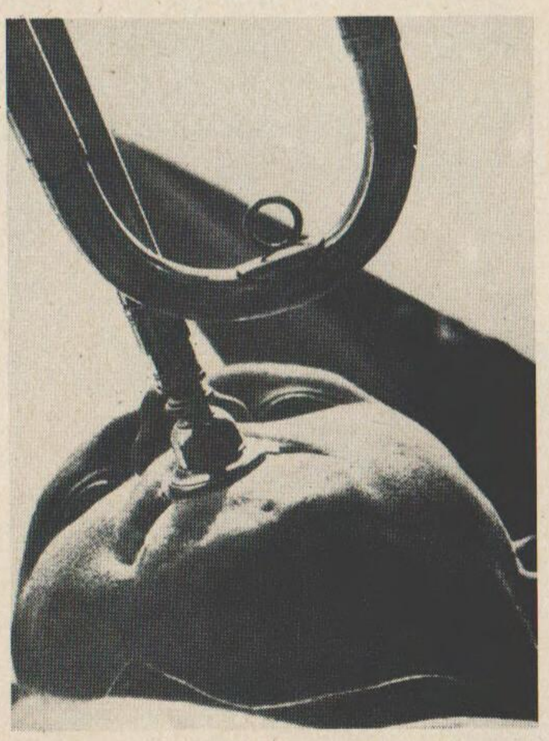
„Vielen Dank, Sie werden von uns hören“ kann als Gastschauspiel im Frankfurter Raum kostenlos angefordert werden. Kontaktadresse: Norbert Kentrup, Telefon 0611/45 77 47.

Wenn Männer sich privat treffen und kein Bier saufen, keine Karten kloppen, nicht kegeln und nicht einmal bolzen gehen, ja – was tun die denn dann? Richtig! Sie genießen es, mal nicht der „winner“ sein zu müssen, der, der die meisten Frauen „aufreißt“ oder auch der mit dem kühlsten Kopf. Nein, dazu haben viele Männer keine Lust mehr. „Entkrampft Euch“ ist die Botschaft des ersten **„Kalenders für Männer“.** Richtung: hoffnungsvoll (grüner Einband) und sinnlich. Inhalt z. B.: Wie Männer ihr Körpergefühl entwickeln können und Erfahrungen von Männern mit Frauen und Männern; denn schließlich sind Männer nicht nur für Frauen da – die haben es inzwischen sowieso leichter, weil schon so viele wissen, wie schwer sie es haben und daß man dagegen etwas tun muß. So wird der **Frauenkalender '76** sicher eine Pflichtlektüre für alle halbemanzipierten Männer, denen der Männerkalender und die Beschäftigung mit sich selbst zu gefährlich vorkommt (nur Mut!). Der Frauenkalender ist in Babyrosé gehalten, aber hart in der Sache, nicht so verspielt wie der für Männer: Schon auf dem wasserfesten Deckblatt reckt sich die Faust der Bewegung, aber drinnen wird es dann doch moderater: Hedwich, das Maskottchen, schlägt mit Spruchblasensprüchen eine Brücke zwischen Kopf und Herz. Da steht unter: 21. Januar, Mittwoch: „Übrigens, Frauen, es gibt jetzt was für eure sanften Unterdrücker: den Männerkalender!“ Na, na!

Wolfgang Hahn

Neuland vor der Linse

Hanno Beth stellt den Bildband „Sowjetische Fotografie 1928–1932“ vor, der von Rosalinde Sartori und Henning Rogge für den Hanser-Verlag herausgegeben wurde (Reihe Hanser Nr. 194, 134 Seiten, 14,80 Mark).

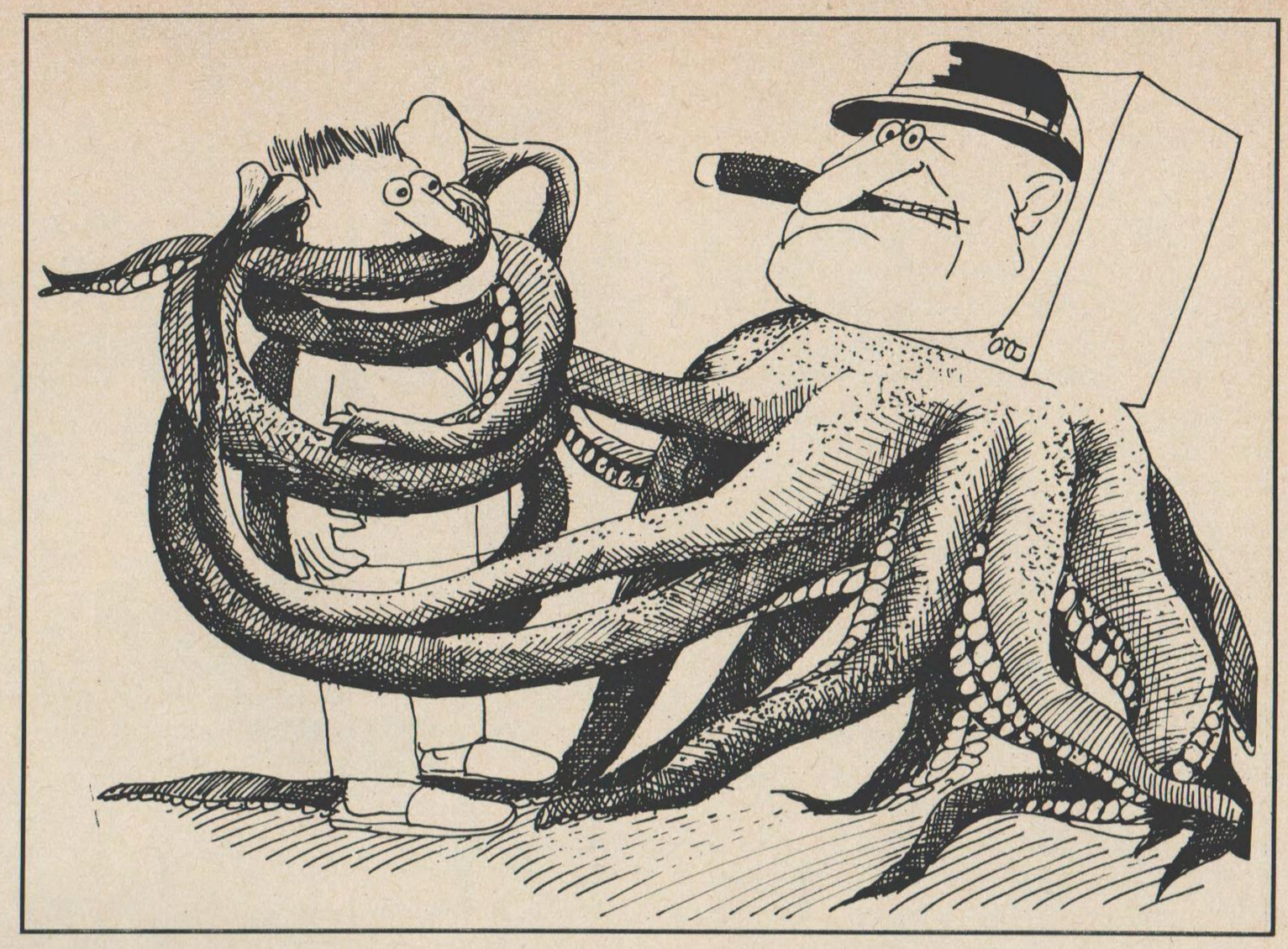


Zu diesem Foto von A. Rodčenko („Pioniere aus . . .“) wird als zeitgenössischer Kommentar zitiert:
„Wir wissen nicht, warum Rodčenko das junge, eifrige Gesicht eines Pioniers so entstellen wollte. Im Ergebnis eines derartigen Experiments verwandelt sich das Gesicht eines normalen Menschen in das einer Mißgeburt, und wozu ist das gut?“ (Mitglieder des Fotozirkels der Stalinsovchoze)

„Es gibt nichts Schlimmeres, als die Welt mit den Augen des Konsumenten zu sehen . . . Aber die ganze bisherige Kunst beruht darauf, die Welt mit den Augen des Konsumenten zu sehen... Mit den Augen des Produzenten sieht fast niemand Dinge und Menschen. Man muß anfangen, es zu lernen.“ Das schrieb der sowjetische Schriftsteller Sergej Tretjakov 1930 in seinen „Feld-Herren“; sein Wort könnte dem Band von Rosalinde Sartorti und Henning Rogge recht gut als Motto dienen, illustriert dieser doch genau den von Tretjakov geforderten Lernprozeß auf dem Gebiet der sowjetischen Fotografie zwischen 1928 und 1932.

Was aber für die sowjetischen Fotoreporter ungewohnt war und was sie dann als „Neuland“ in der Linse einfingen, ist hierzulande vollends terra incognita: es gab, jedenfalls in der Bundesrepublik, bisher nicht eine einzige Veröffentlichung, die über die Entwicklung der Fotografie in der Sowjetunion be- oder unterrichtet – und das, obwohl gerade optische Informationen in dem zu Beginn der Revolution hochgradig analphabetisierten Land eine ganz entscheidende Rolle spielten! Insofern haben die Herausgeber mit ihrem Buch selbst Neuland erschlossen. Mit öder Monotonie oder Langeweile, mit denen der Begriff des sozialistischen Realismus gewöhnlich verbunden wird, haben diese Fotos durchweg nichts gemein. Im Gegenteil, die Mehrzahl der abgedruckten Aufnahmen besticht, weil an sich alltägliche Dinge – Landschaften, Gläser, Kannen, Bauwerke, Fabriken, überhaupt Geschehnisse aus dem Produktionsbereich und immer wieder Menschen, einzeln oder in Gruppen – durch originelle Perspektiven und/oder nahezu konstruktivistisch anmutende Bildkompositionen zu einer neuen optischen Information gefügt werden; dabei besteht der experimentell gewonnene Charakter des Neuen gewiß nicht in der platten Abbildung der jeweiligen Gegenstände, sondern in dem den üblichen und gewohnten Wahrnehmungsautomatismus durchbrechenden Zwang zu ungewohnten Sichtweisen und damit in dem Vorstoß zu neuen Dimensionen der Erkenntnis. Darin erkannten die Fotoreporter die agitatorische Funktion ihrer Arbeit. Die Fotos, ausgegraben aus kaum zugänglichen zeitgenössischen Zeitschriften, wurden für das Buch leider nicht einmal auf Kunstdruckpapier wiedergegeben! Die kalkulierbare Folge: durch den doppelten Reproduktionsvorgang und die Übertragung auf normales Papier verlieren die Bilder zum Teil entscheidend an Tiefenschärfe und damit an Aussagekraft – ein Mangel, der bei einer Neuauflage dringend beseitigt werden sollte.

Private Medien-Konzerne haben unsere Rundfunkanstalten sicher im Griff. Öffentlich-rechtliche Anstalten sind mit kommerziellen Firmen in einem undurchdringlichen Medien-Dschungel verflochten. Abhängigkeit von werbender Industrie und Zwang zu Koproduktionen führen die Funkhäuser in einen „Wettlauf um Niveausenkung“ (Ernst Emrich vom Bayerischen Rundfunk). Folge: Die Fernsehprogramme werden immer langweiliger; das wiederum erhöht die Chancen von Verlegern und Wirtschaft, ihr Privat-Fernsehen durchzusetzen.



Monopolymedia

Hartmut Schulze

ⓚ Solange es in der Bundesrepublik ein öffentlich-rechtliches Rundfunk-Monopol gibt, solange gibt es auch Versuche, das abzuschaffen. Zuletzt vor zehn Jahren, als der Bundesverband der Zeitungsverleger das ZDF übernehmen wollte. Seit einigen Monaten läuft nun wieder eine konzertierte Großoffensive von Verlegern, Industrie und Unionsparteien zur Durchsetzung privatwirtschaftlicher Interessen im Rundfunkbereich. Vier willkommene Anlässe boten sich an: das fade Fernsehprogramm der letzten Sommermonate, die Finanzmisere der Anstalten, der Parteienzank um leitende Posten und der Kasseler Kabelfernseh-Versuch.

Die Taktik: Unter CDU-Sperrfeuer werden Funkhäuser zu Parteien-Filialen, werden Programme so lange ausgewogen, bis der Proporz direkt gesendet wird. Informations- und Unterhaltungsbedürfnisse der Zuschauer zählen kaum noch. Aber „Bild“ kämpft für sie, fordert Abstimmung per Ausschaltknopf, macht Lust auf privatwirtschaftliche Sendealternativen. Und dann kommt noch ein Professor, der CDU-Abgeordnete Klein, der „wissenschaftlich“ nachweist, daß nur ein privates Fernsehen ein interessantes *und* ausgewogenes Programm bieten könne – und schon gibt die Bundesregierung klein bei: „Die Bundesregierung hält den derzeitigen Rundfunkbegriff und damit die Frage, ob Kabelfernsehen grundsätzlich auch unter privater Regie betrieben werden könnte, für diskussionswürdig“, hieß es im April in der Beantwortung einer Kleinen Anfrage der CDU/CSU-Fraktion. Jetzt mußte nur noch die „Welt“ ein bißchen klotzen („Kasseler Husarenstreich“, „die unverfrorenste Herausforderung der freien Presse“) und die „freie Presse“ ein bißchen antichambrieren, bis das Tabu des privaten Rundfunks in der sozialdemokratischen Medienpolitik gebrochen war: Die Bundesregierung sagte den Verlegern eine Beteiligung bei künftigen lokalen Fernsehprogrammen zu.

Den Braten rochen nicht nur Zeitungsmagnaten. Noch vor Abschluß der Arbeit der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission für den Ausbau der technischen Kommunikationssysteme (KtK), die im Januar vermutlich Versuchsprogramme für lokales Kabelfernsehen vorschlagen wird, hat auch Gyula Trebitsch seine Ansprüche angemeldet. Trebitsch ist Chef der privatwirtschaftlichen Film- und Fernsehproduktionsfirma „Studio Hamburg“, einer Beteiligungsgesellschaft des NDR. Er teilte der KtK mit, „daß unsere Firmengruppe den Wunsch hat, bei der Programm-Mitträgergesellschaft dieser neuen Entwicklungen dabeizusein“.

Wo ist Trebitsch eigentlich nicht dabei? Das „Internationale Handbuch für Rundfunk und Fernsehen“ weist ihn allein in leitenden Positionen von neun Organisationen und Firmen aus: vom Vorsitz der „Arbeitsgemeinschaft zur Nachwuchsförderung für Film und Fernsehen“ (Träger sind unter anderem verschiedene Filmproduzenten und Rundfunkanstalten) bis zur Geschäftsführung der „Polyphon Film- und Fernsehgesellschaft mbH“. Unter seiner Studio-Hamburg-Adresse in der Tonndorfer Hauptstraße 90 trifft sich eine illustre Medien-Schar. Davon später mehr.

Jedenfalls gibt's auf dem Gelände des Studio Hamburg Produktionskapazitäten genug. Kapital auch. 30 Milliarden, die eine „Breitbandverkabelung“ der Bundesrepublik für ein künftiges Kabelfernsehen kosten würde, können allerdings die Medien-Multis weder allein noch gemeinsam mit der öffentlichen Hand in nächster Zeit aufbringen. Anläßlich des Kabelfernseh-Streits, bei dem SPD und hessische Landesregierung die Unverfrorenheit hatten, geltendes Rundfunkrecht anzuwenden, geht es also vorerst nur um die Absteckung von Pfründen.

TED: Bildplattenfiasko trotz Millionenwerbung

Eine Möglichkeit, die politische Lücke bis zur Änderung der Rundfunkgesetze zugunsten privater Sender, die finanzielle bis zur Errichtung der hierfür notwendigen Infrastruktur und die ideologische, die durch Programmschelte gegen die öffentlich-rechtlichen Anstalten ohne ein privates Alternativ-Angebot entstanden ist, zu schließen, gleichzeitig freie Kapazitäten in der Programmproduktion auszunutzen, sieht die Medienindustrie offenbar in der Bildplatte.

Seit Frühjahr 1975 gibt es TED, das Bildplattensystem von AEG/Telefunken/Decca. Es ist das bisher einzige auf dem Markt. „Wir sind die ersten auf der Welt“, prahlt die eigens zur Einführung gegründete „TED-Werbegemeinschaft“ der Firmen Teldec, Ullstein AV (AV = Audio-Vision) und Videophon – was ja nun über-

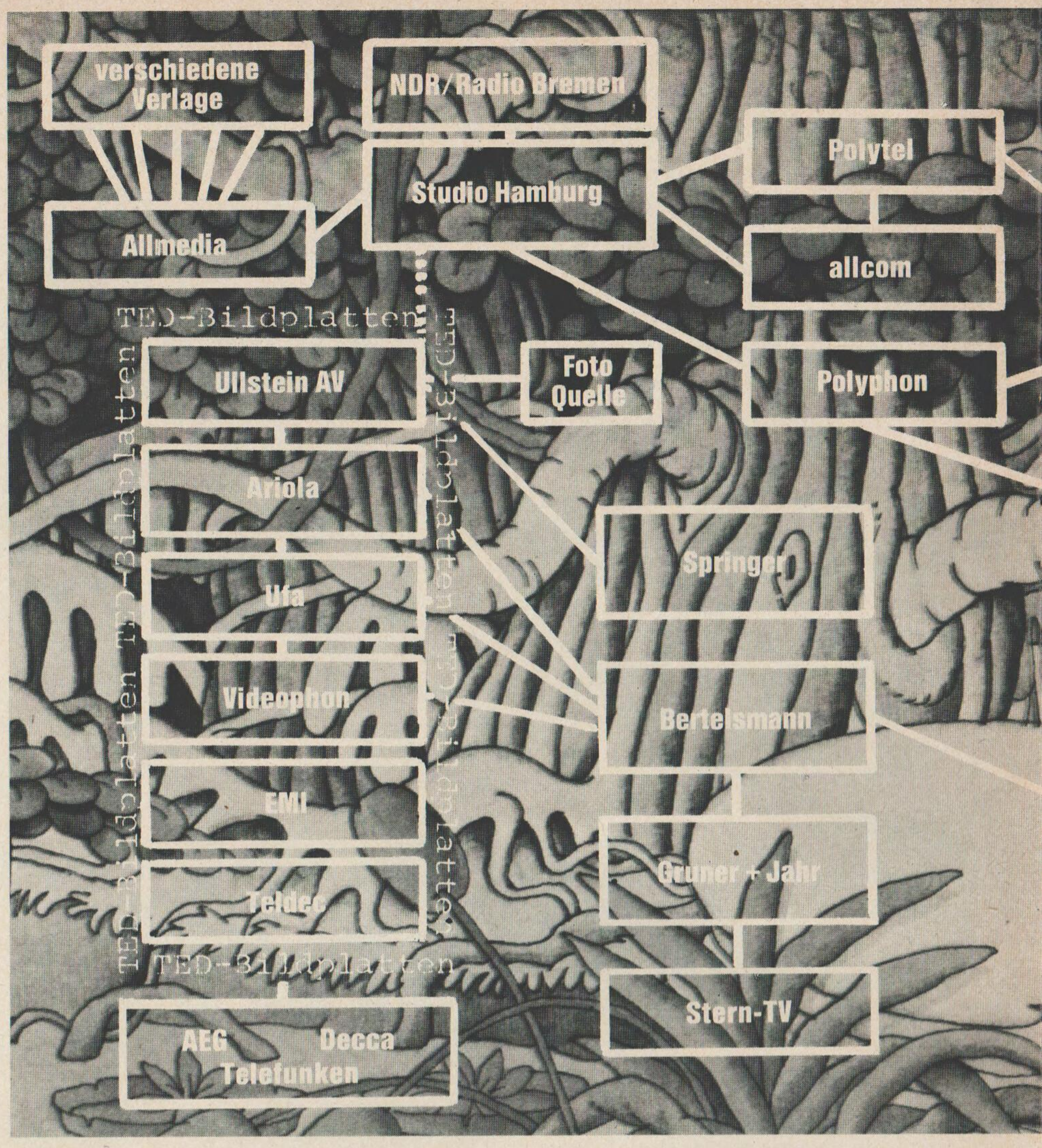
haupt nichts heißt. Schon seine technologische Konzeption weist das TED-System als Übergangslösung aus. Seine verschiedenen „Premieren" waren von Pannen begleitet; als TED auf der Berliner Funkausstellung 1973 mit großem Brimborium endgültig vorgestellt werden sollte, funktionierte gar nichts. Zwar scheinen die Kinderkrankheiten bis zum Verkaufsstart ausgeräumt worden zu sein, die entscheidenden Nachteile aber liegen in der Struktur des Systems: extrem hohe Empfindlichkeit der hauchdünnen Platten, die mit 1500 Umdrehungen in der Minute mechanisch abgetastet werden; Spieldauer von maximal 10 Minuten pro Platte; keine Lösch- und Aufnahmemöglichkeit, nur Wiedergabe.

Schärfster Konkurrent für TED könnte ab 1977 Philips werden: Der holländische Konzern arbeitet an der Entwicklung eines Laser-Abtastsystems mit größerer Haltbarkeit und längerer Spieldauer. Eigene Aufnahmen werden aber auch hiermit nicht möglich sein.

Hausgemachte Programme können bisher nur Videorecorder bieten. Die aber sind im Vergleich zu Bildplatten-Geräten unverhältnismäßig teuer, denn sie werden nicht in Massenproduktion hergestellt. Der Grund hierfür wiederum ist, daß die Medienkonzerne ihre Software, also ihre Programme, nicht über Videorecorder an den Konsumenten bringen können, weil bis jetzt noch kein Verfahren zur Massenkopierbarkeit der Bänder, beziehungsweise Kassetten, entwickelt werden konnte – was allein solch ein für Verbraucher jetzt schon attraktives Medium auch für seine Hersteller interessant machen würde. So werden jetzt Millionen in die Werbung für die Bildplatte gepumpt – ein System, das uns in wenigen Jahren ebenso kurios vorkommen wird wie der Auto-Plattenspieler vor der Einführung der Tonkassetten.

Das scheinen die Verbraucher zu ahnen. Auch wenn man angesichts der TED-Preise (Gerät: rund 1500 Mark, Platte: ab 10 Mark) in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation nur von einer kleinen Schicht möglicher Käufer ausgeht, spricht die „FAZ" zum Beispiel von einem „Bildplattenfiasko". Anfänglichem Zweckoptimismus („. . . wurde vom Markt gut aufgenommen") folgte Ende 1975 in den „TED-Presseinformationen" eine realistischere Sicht: Man wartet erst mal „auf den von der Bundesregierung angekündigten Konjunkturaufschwung". Warum dann nicht lieber gleich den Laden zumachen? Dafür waren die Entwicklungs- und Einführungskosten zu hoch. So wird weiter geworben, mit einem Aufwand, über dessen Höhe sich AEG-Telefunken ebenso ausschweigt wie über die Anzahl der bereits verkauften Geräte und Platten. Man erfährt lediglich, daß der Elektrokonzern allen Ernstes damit rechnet, in fünf Jahren zwei Millionen Bildplattenspieler vertreiben zu können – bei gegenwärtig knapp 19 Millionen registrierten Fernsehteilnehmern.

Um wenigstens eine Amortisierung der Investitionen zu erreichen, ist keine PR-Masche zu teuer. Da werden opulente Mammut-Feten für Journalisten veranstaltet, da werden auf Pressekonferenzen vergoldete Füllhalter mit eingraviertem „TED" verteilt, da werden für den einen oder anderen Lohnschreiber auch schon



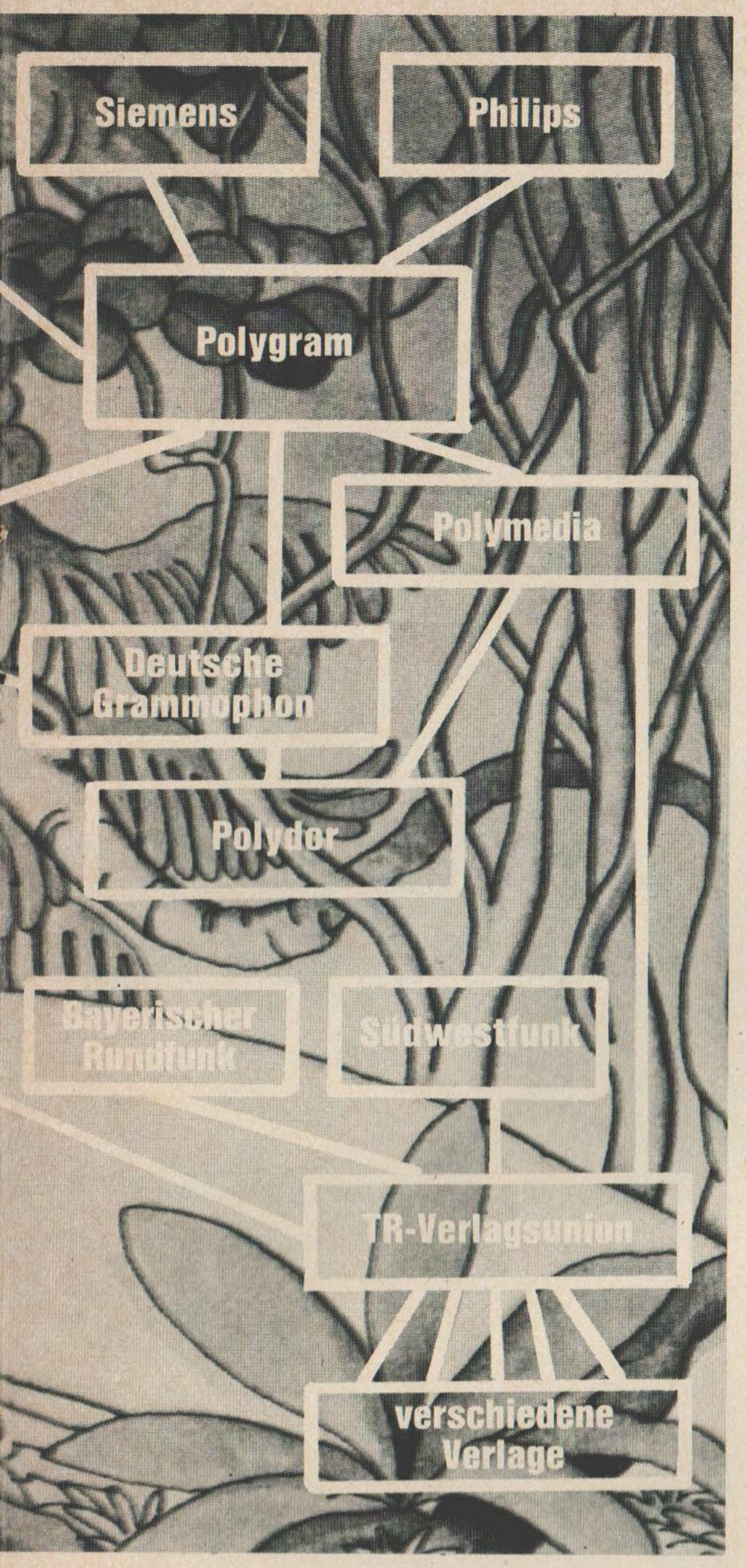
mal „Test"-Geräte lockergemacht – wie etwa für den Kollegen vom „Hamburger Abendblatt", der sein Loblied sicher auch ohne Nachhilfe gesungen hätte, weiß er doch, was er seinem Verleger Springer schuldig ist, der selbst über Ullstein AV im TED-Geschäft mitmischt.

Aber auch unschuldigere Zeitgenossen werden von Zeit zu Zeit mit den schwer verkäuflichen Geräten bedacht. Zum Beispiel die Leitung des evangelischen Kindergartens im norddeutschen Wahlstedt. Pressetext: „Teldec-Sprecher Günther Bräunlich nannte das Geschenk, das der schleswig-holsteinische Sozialminister Clausen für den Kindergarten entgegennahm, eine Honorierung des vorbildlichen Bürgersinns, mit dem die Einwohner von Wahlstedt ihre gemeinsamen Einrichtungen aufbauen und pflegen." Tu Gutes und sprich darüber. Aber gleich so dick? Jedenfalls können die lieben Kleinen wieder ungehindert „Speed-Racer" gucken, eine Zeichentrickserie, die wegen Brutalität aus dem Fernsehprogramm verschwinden mußte, jetzt aber per Ullstein-Platte auf den Bildschirm zurückkehrt.

Im allgemeinen ist das TED-Programm freilich recht hausbacken. Die bisher 150 Titel bieten „Kobolde des Waldes", „Mehr Wissen mit Professor Haber", „Fußballett", Sprach- und Gebärkurse, die Oberkrainer und die miesen Asterix-Trickfilme; aber auch Reißer wie „Kommando Sinai", eine Hymne auf zionistische Aggressionen vor dem Sechs-Tage-Krieg. Peter Alexander und Anita Ekberg zeigen Frivoles; eine spätere Produktion harter Pornos will ein TED-Sprecher nicht ausschließen. Schwerpunkte des künftigen Programms sollen auch Sales-Promotion (es gibt zum Beispiel bereits eine Bildplatte für Mercedes-Transporter) und Bildplatten-Beilagen für Zeitschriften sein.

Bald Programmpakete mit Sendeverpflichtung?

Verbindungen zu den marktbeherrschenden Verlagen bestehen bereits über die Produzenten und Vertriebsgesellschaften der TED-Bildplatten: Neben Teldec und Ullstein sind das die UFA ATB und Ariola aus dem Hause Bertelsmann. Der Gütersloher Mediengigant (mit 1,85 Milliarden Mark Umsatz und über hundert Beteiligungs- und Tochtergesellschaften 1974 innerhalb eines Jahres vom 90. auf den 58. Platz der Liste der größten bundesdeutschen Firmen gerückt) hält auch 50 Prozent der Anteile des TED-Produzenten „Videophon". Die andere Hälfte besitzt der Hamburger Verlag Gruner + Jahr, der jedoch zu 60 Prozent (na, wem?) Bertelsmann gehört. Geschäftsführer der Videophon ist übrigens der ehemalige Springer- und ZDF-Redakteur Werner Stratenschulte. Springer und Bertelsmann sind über die Ariola verbunden, die die Ullstein-AV-Produkte vertreibt.



Zu den TED-Bildplatten-Produzenten gehört dann noch EMI-Electrola. Der Londoner Elektronik-Riese EMI, der im vorigen Jahr zum Beispiel aus seiner Beteiligung am englischen Privatsender „Thames TV" über 15 Millionen Mark Gewinn zog, weiß, wie man hierzulande auch ohne private Fernsehlizenz, die nach der Warnung britischer Gewerkschaften soviel wert ist wie die Genehmigung, Geld zu drucken, das gleiche erreicht.

Das geht so: EMI-Electrola, die deutsche Tochter des größten Schallplattenproduzenten der Welt (in der Bundesrepublik mit 19 Prozent Marktanteil auf dem zweiten Platz nach der Deutschen Grammophon), stellt zum Beispiel dem ZDF für seine Sendung „Musik ist Trumpf" sämtliche Solisten zur Verfügung; der öffentlich-rechtliche Sender, der die Produktionskosten übernimmt, überläßt dem privatwirtschaftlichen Medienkonzern dafür alle Auswertungsrechte für Schallplatte, Kassette und Bildplatte.

Solche Kooperationen sind kein Einzelfall. „Begegnung mit Gitte" war beispielsweise eine Koproduktion von EMI und der Telepool Europäische Fernsehprogrammkontor GmbH, einer Tochter des Bayerischen und Schweizerischen Rundfunks; das „Hit-Journal" wurde gemeinsam mit dem Saarländischen Rundfunk über dessen Tochtergesellschaft Telefilm Saar hergestellt. Der Kölner EMI-Geschäftsführer Herbert Falk, zuvor fünfzehn Jahre lang beim Südwestfunk beschäftigt: „Ich könnte mir ohne weiteres vorstellen, daß in zwei bis drei Jahren das Fernsehen für seine Hit- und Schlagerparaden die AV-Filme der meistgefragten Titel einsetzt, anstatt, wie bisher, die Künstler live zum Playback singen zu lassen. Das wäre dann eine Parallele zu den Rundfunk-Hitparaden, wo der Moderator auch die Platten der Industrie auflegt." Die Firmen der TED-Gemeinschaft planen bereits Abnahmeverträge mit kleineren ausländischen Rundfunkanstalten wie Radio Monaco oder Radio Monte Carlo.

Helmut Jedele, Direktor der WDR-Beteiligungsgesellschaft Bavaria Atelier GmbH (die übrigens auch mit dem Holzbrinck-Konzern verbunden ist), freut sich schon: „Von ersten und interessanten Einzelprojekten wird es nur ein kurzer Weg sein bis zu Paketangeboten mit entsprechenden Sendeverpflichtungen." Die Gesetzwidrigkeit solcher Pläne dürfte auch einigen Verantwortlichen in den Funkhäusern bewußt sein. Die brave ZDF-Kassettenkommission weiß zum Beispiel, „daß sich eine öffentlich-rechtliche Institution in einer Konkurrenzsituation mit der Privatindustrie einer gewissen Zurückhaltung befleißigen muß".

Solche Konkurrenzsituation gibt es jedoch schon lange nicht mehr. Ganz offen wird kooperiert. Zum Beispiel in der TR-Verlagsunion München, einer gemeinsamen Tochtergesellschaft öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten und kommerzieller Verlage, die vom ehemaligen Intendanten des Bayerischen Rundfunks, Christian Wallenreiter, initiiert wurde: 40 Prozent des Stammkapitals halten Funkhäuser (zur Zeit der Bayerische Rundfunk und der Südwestfunk), den Rest teilen sich verschiedene Verlage (Bertelsmann ist natürlich dabei). Kooperationsverträge der TR-Verlagsunion bestehen unter anderem mit der Polymedia, die ihrerseits wieder vertragliche Bindungen mit mehreren Sendern hat.

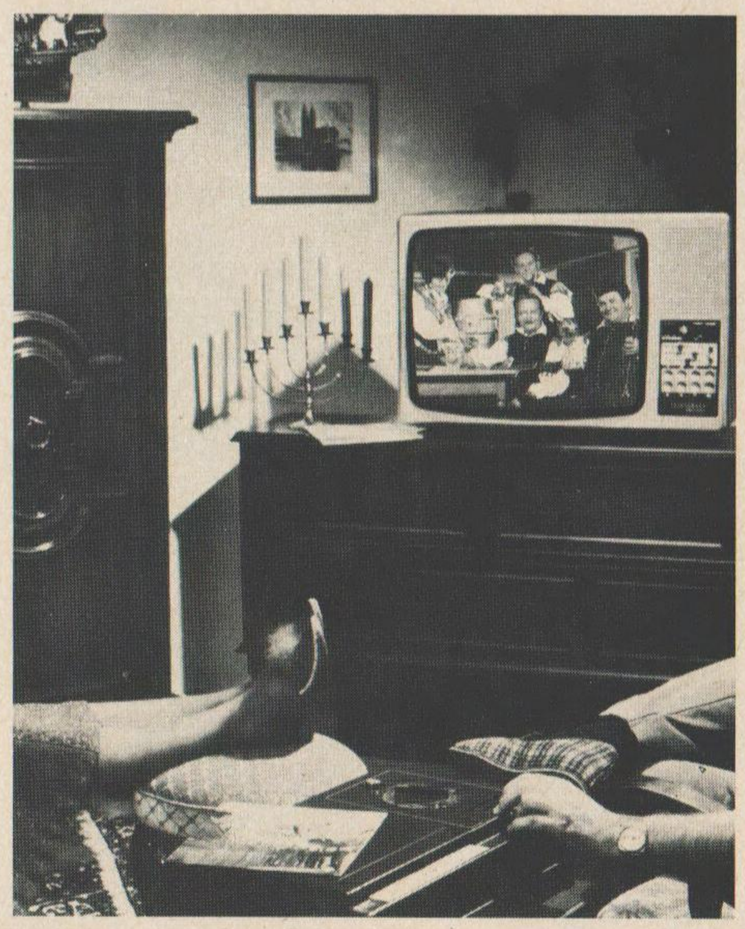
Ein Kapitel aus dem Dschungelbuch: Studio Hamburg

Wichtigste Nahtstellen der Verfilzung öffentlich-rechtlicher Anstalten mit der Privatindustrie sind die Werbefernseh-Gesellschaften der Funkhäuser. Noch einmal das Beispiel Studio Hamburg: Die Hamburger Ateliergesellschaft gehört der Norddeutschen Werbefernseh GmbH (NWF), die wiederum zu 92,6 Prozent dem NDR und zu 7,4 Prozent Radio Bremen gehört. Bis 1970 hielt auch Gyula Trebitsch noch 20 Prozent der Anteile. Als er, der übrigens zu den medienpolitischen Beratern der SPD gehört, ausgerechnet Axel Springer in die Gesellschaft hieven wollte, die Sender da aber nicht mitspielten, verkaufte er ein Jahr später seinen Part an die NWF – konnte jedoch seinen persönlichen Einfluß als Geschäftsführer beträchtlich vergrößern.

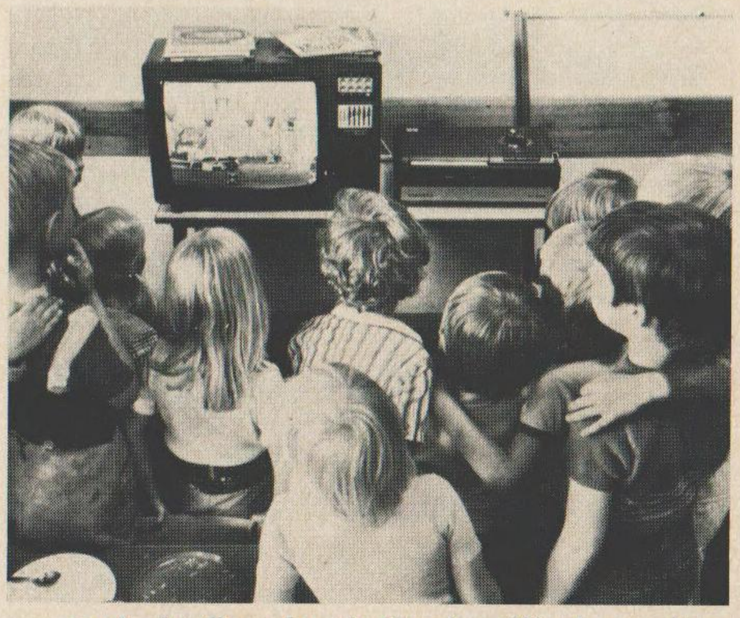
Eine der zahlreichen Tochter- und Beteiligungsgesellschaften von Studio Hamburg ist zum Beispiel die Allmedia Fernseh-Allianz Produktions-GmbH und Co. KG. Sie gehört zu 50 Prozent der Fernseh-Allianz GmbH, deren Anteile zu 80 Prozent von Studio Hamburg, zu 20 Prozent von Gyula Trebitsch gehalten werden. Die restliche Anteilshälfte der Allmedia teilen sich zwölf Hauptgesellschafter aus Buch- und Presseverlagen, unter anderem die sozialdemokratische Allgemeine Druck- und Presseverlag GmbH („Hamburger Morgenpost"), der gewerkschaftliche co op-Verlag, der Jahreszeiten-Verlag („Für Sie", „Petra", „Vital", „Zuhause"), aber auch ausländische Verlagshäuser wie der Stockholmer Dagens Nyheter AB, Ringier & Co AG aus Zürich und Stichting Auvimed, eine Tochter des katholischen Senders im holländischen Hilversum.

Die Polyphon Film und Fernsehgesellschaft mbH ist eine weitere wichtige Beteiligungsgesellschaft der Hamburger Atelier-Betriebe. 40 Prozent der Anteile gehören Studio Hamburg, 10 Prozent Gyula Trebitsch und die restliche Hälfte der Deutschen Grammophon. Die wiederum ist über ihre Polydor mit der Polygram verflochten. Polygram ist die gemeinsame Holding aller „Poly"-Schwestern, wie „Po-

TED-Werbefotos: Schönwetter-Fete für mäkelnde Journalisten . . .



. . . Oberkrainer nonstop . . .



. . . und ein Geschenk für den Kindergarten

lymedia“, eine der wichtigsten AV-Produzenten (auch Hamburg, Tonndorfer Hauptstraße 90!). Polymedia wird zum Monopolymedia, wenn man bedenkt, daß ihre Muttergesellschaft Polygram je zur Hälfte der Siemens AG und der niederländischen Philips gehört. Polymedias Schwester Polydor besitzt 80 Prozent, Studio Hamburg 20 Prozent an der Polytel International, und die ist wirklich international: Von Amsterdam aus kontrolliert die Holding den An- und Verkauf von TV-Produktionen über ihre Filialen in Paris, Rom, London, Wien, Stockholm bis hin zu Polytel Tokio. Dazu kommen weitverzweigte Beteiligungen an Produktionsfirmen, etwa die allcom, die in der Tonndorfer Hauptstraße – wo sonst? – hauptsächlich Industrie- und PR-Filme herstellt. Gesellschafter sind hier zu gleichen Teilen Studio Hamburg und die Polyphon, die wiederum zu 40 Prozent . . ., aber das hatten wir ja schon. Nicht einmal Eingeweihten ist es möglich, diesen „Medien-Dschungel“ (Alexander Kluge) zu durchforsten. Die Undurchsichtigkeit der Kapitalverhältnisse kommt schließlich ja auch nicht von ungefähr.

Versuche der direkten politischen Einflußnahme auf die Fernsehprogramme durch die Medienkonzerne sind dennoch bis heute selten geblieben. Eines der jüngsten Beispiele dürfte Marcel Ophüls' Dokumentation über den Nürnberger Prozeß sein, die das ZDF Anfang November in zwei Folgen senden wollte. Angeblich hatte hier die Polytel, die die deutsche Bearbeitung der englischen Produktion besorgte, starke inhaltliche Veränderungen vorgenommen (etwa eine vom Autor nicht vollzogene Gleichsetzung stalinistischer und faschistischer Verbrechen), so daß Ophüls gegen die Ausstrahlung eine einstweilige Verfügung erwirkte. Die Verfilzung mit der Privatwirtschaft hat vielmehr umfassende, strukturelle Auswirkungen auf die Programme. Abgesehen von den oben schon erwähnten möglichen Sendeverpflichtungen, werden die Funkhäuser ihr Angebot zunehmend nach dem Prinzip der „Dissonanzvermeidung“ (wie heute schon im Umfeld der Werbeblöcke) ausrichten müssen, wenn sie mit den Medienkonzernen im Geschäft bleiben wollen – wozu sie ihre Finanzlage immer mehr zwingt.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang noch, daß weder das Fernsehen noch die großen Unterhaltungs- und Elektronik-Konzerne ihre inhaltlichen, politischen oder Profit-Interessen ohne die werbetreibende Wirtschaft und damit ohne deren Einflußnahme auf die Programme durchsetzen können. Bei der ARD kamen 1974 schon 11,6 Prozent des Gesamtetats aus Werbeeinnahmen, beim ZDF gar 35,6 Prozent. Auch die neuen AV-Medien werden „marktgerechte“ Endverkaufspreise nur bieten können, wenn Werbung in die Programme eingeschaltet wird.

Telefunken: „Die TED-Bildplatte kann aber auch über Waren informieren und Käufer schulen, sie kann Meinungsbildung und Imagepflege fördern, Kunden beraten und Werbung treiben.“

Eine Studie von Karin Schott preist solche Werbeträger, weil „durch ihre Zeitunabhängigkeit eine für die Werbung günstige Stimmung abgepaßt werden kann, ihre häufige Reproduzierbarkeit mehrfache Kontakte ermöglicht und durch den selektiven Charakter ihrer Adressaten eine größere Zielgruppensicherheit besteht.“ Die Untersuchung wurde von der Edeka bestellt und finanziert. Diese Einzelhandelsgruppe ist selbst im AV-Geschäft direkt beteiligt, und zwar über eine der seltsamsten Vereinigungen auf dem Mediensektor. Neben den Kaufleuten haben sich 1971 die gewerkschaftseigene Bank für Gemeinwirtschaft, die Evangelische Kirche (über ihre Hansische Druck- und Verlagshaus GmbH), zwei Filmproduzenten und der CDU-Politiker Erik Blumenfeld zur Allgemeinen Audiovisionsgesellschaft zusammengeschlossen.

Auf dem Weg zur verkabelten Nation

Die Untersuchung „Audiovision – Porträt einer Branche“ nennt allein für die Bundesrepublik fünfzig AV-Produzenten und -Agenturen, dazu kommen zahlreiche kleinere Unternehmen, die sich speziell mit der Produktion von Tonbildschauen beschäftigen – eine Firmen-Vielfalt, die sich jedoch bei genauerem Hinsehen als von zwei oder drei internationalen Mediengiganten kontrolliert erweist. Sie alle wollen am großen Geschäft mit der Audiovision teilhaben, dem für die nächsten Jahre exorbitante Zuwachsraten vorausgesagt werden. Heute schon liegen die jährlichen Ausgaben für Bildung und Unterhaltung eines durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushalts mit vier Personen über 1600 Mark; 1968 waren es nur 735 Mark, wobei der Anteil der Aufwendungen für elektronische Medien erheblich gestiegen, der für Druckerzeugnisse leicht zurückgegangen ist. Nach Industrieschätzungen werden sich die Ausgaben für elektronische Unterhaltungsmedien bis 1980 im Vergleich zu 1970 mehr als verdoppeln.

Studio Hamburg und Gyula Trebitsch, medienpolitischer Berater der SPD. Wer schützt sie vor ihren Freunden?

Foto: Heller

Die Bundesrepublik ist auf dem Weg zur „wired Nation“, zur verkabelten Nation nach amerikanischem Vorbild. „Hör-Zu“-Reporterin Karin von Faber fragte sich angesichts des Medienterrors in den USA, „ob das alles nun Sinn oder Unsinn, Traum oder Alptraum ist“. Bei uns ist die Frage noch nicht endgültig entschieden. Ein Medium kann Kommunikation fördern oder sie abtöten, kann in den Dienst des Profits oder in den Dienst des Menschen gestellt werden.

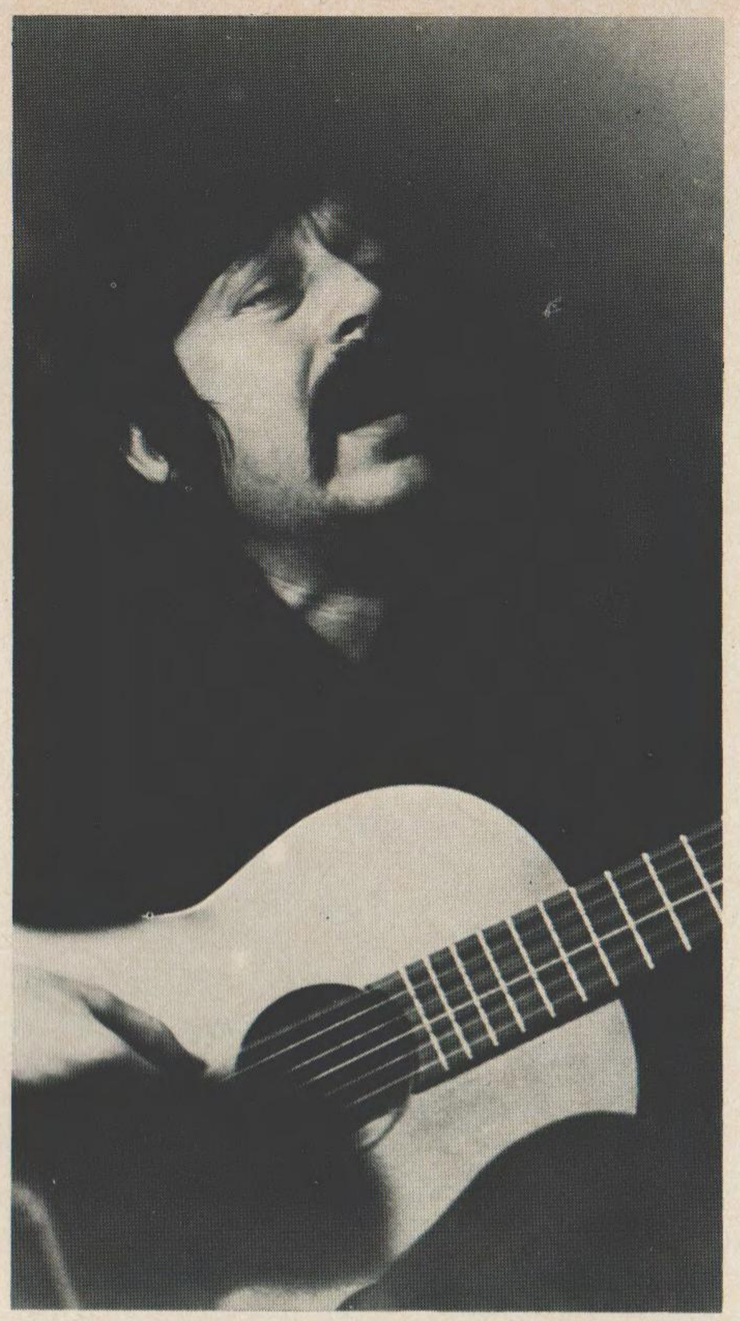
Ein Beispiel: Obwohl auch bei uns das Fernsprechnetz noch längst nicht ausreicht (nur rund jeder zweite Haushalt hat ein Telefon), mokieren wir uns gern über das unzulängliche Telefonsystem in Moskau. Eine sowjetische Entwicklung, über die dpa kürzlich berichtete, käme hier allerdings so schnell keinem Medienproduzenten in den Sinn: ein Telefon für Taube, mit dem über tragbare Kathoden-Bildschirme, Sender und Empfänger zugleich, die an gewöhnliche Telefonleitungen angeschlossen werden, Schriftzeichen übermittelt werden können. Taube Menschen haben eine geringe Kaufkraft.

In der Bundesrepublik dagegen wird eine politische Position nach der anderen aufgegeben, die der Privatwirtschaft die totale Kontrolle über die öffentlich-rechtlichen Medien noch verbauen. Adenauers Privatfernsehpläne konnten noch abgeblockt werden. Über die schleichende Kommerzialisierung durch Beteiligungsgesellschaften der Sender und die Aussicht auf private Teilhaberschaft am Kabelfernsehen haben Kapital und CDU ihr medienpolitisches Fernziel fast erreicht.

DGB-Vorstandsmitglied Günter Stephan über die bundesdeutsche Fernsehzukunft: „Der Gedanke allein schon ist unerträglich. Wer dieses kommerzielle Donnergrollen immer noch nicht hört, der muß sich darüber im klaren sein, daß er eines Tages eben das Informationsangebot serviert bekommt, das er dann verdient.“

Peter Schneider

Biermanns neue Liebes-lieder



Ⓚ Biermanns „Liebeslieder“ kommen im Herbst, und sie passen in eine Jahreszeit, in der man den Kragen hochschlägt und schnell nach Hause geht. Der Nebel ist darin, die feuchten Straßen, faulende Blätter und der Staub vor dem gelben Licht in hohen Berliner Zimmern.

Ein paar von diesen neuen Liedern haben sich mir so ins Ohr gesetzt, daß ich sie gleich mit der Gitarre ausprobiert habe, mit einiger Mühe. Man muß schon genau hinhören, wenn man diese unsauberen, kunstvoll entreinigten Harmonien nachspielen will, die Terzen und Septimen in jedem Satz, die Biermanns Trauer und Witz widerspenstig machen. Biermann gehört neben unter über Udo Lindenberg und Peter Jacobi (für dessen LP „I could cry vor lauta bluus“ – Pläne-Verlag – ich wenigstens in der Klammer Reklame machen will) zu den ganz wenigen deutschen Liedermachern, deren Melodien einem plötzlich im Kopf herumgehen, auch wenn man gar nicht mehr weiß, wo man sie gehört hat und wie der Text eigentlich ging. Und wenn er einem dann wieder einfällt, braucht man sich nicht darüber zu ärgern.

Leuten, denen es nur um sogenannte Inhalte geht, mag dieses Kriterium oberflächlich erscheinen. Biermann ist nun aber ein politischer Liedermacher, der sein Instrument nicht nur für irgend etwas Eigentliches benutzt. Deswegen ist seine Gitarre so wirksam. In der Kunst krachen Transportmittel, die nur transportieren, schon unter leichter Last zusammen. Wenn Franz Josef Degenhardt seine neuerdings so zukunftsfrohen Botschaften immer noch mit dem musikalischen Sex-Appeal des Zupfgeigenhansl vorträgt, dann zieht dieses Transportmittel (unter anderem) seine Lieder mächtig nach hinten.

Die ersten Titel auf Biermanns neuer Platte und vor allem der letzte sind solche Lieder, die man versteht, auch wenn man dem Text vielleicht erst drei Jahre später zuhört. Zwischen Anfang und Ende liegen dann aber auch viele Rillen, die ich mehrmals und mit dem Text in der Hand abspielen mußte, um auf sie neugierig zu werden. Und bis jetzt kann ich nicht recht unterscheiden, ob sie nur anstrengend oder angestrengt sind.

Nachsingen möchte ich sie jedenfalls nicht, abspielen werde ich sie, voller Respekt und Befremden darüber, daß ich mich in der Chausseestraße, in der gemütlichen Wohnung dieses besten deutschen Volkssängers, ab und zu fühle wie in einem Dom, in dem man sich nicht mehr zu husten traut.

Alle Lieder auf dieser Platte variieren ein und dasselbe Thema. Liebeslieder, ansteckende, hat Biermann auf allen seinen Platten gemacht, neu ist, daß er eine ganze Platte mit Liebesliedern besingt. Wenn man sie hintereinander hört, fügen sie sich zu Stationen einer Liebesgeschichte zusammen. Die ersten Lieder auf der A-Seite besingen die schönen Anfänge, halten zärtlich und genau Augenblicke des Glücks fest, die sonst zu flüchtig erscheinen, um Lieder zu werden:

Den Kaffee laß stehn!
du bist ja noch müde
trink aus meine Liebe
mach los! du mußt gehn
Das ist ein Gejag
Vergiß nicht die Schlüssel!
Ach, komm, noch paar Küsse
auf Vorrat für'n Tag!

Diese Lieder sind leicht und ohne Aufwand gesungen, nur ein paar gute Freunde hören zu, sie fordern keine Zustimmung, lassen dem Zuhörer die Freiheit und den Genuß des Wahrnehmens und Vergleichens. Die nächsten Lieder folgen der Abwärtsbewegung der Geschichte: Die Geliebte läßt ihren Sänger im Stich. Ihr Vater, Projektgruppenleiter beim Bau des Palastes der Republik, ist von seinen Genossen von der Staatssicherheit unter Druck gesetzt worden:

Du, deine Tochter
Entweder sie geht weg von
diesem Menschen
Oder du kannst beim Palast
deinen Posten
nicht länger behalten.

Aber warum muß diese Geschichte eines Verrats gleich in ein Bibelgleichnis verpackt werden? Warum diese ausladende Geste:

Und es begab sich im
fünfundzwanzigsten Jahr
Der Deutschen Demokratischen
Republik, da . . .

Wird das Gefühl der Enttäuschung, der Verzweiflung gültiger, wenn es von Luther die Bilder bezieht, wenn es sich biblisch gibt? Warum kann es nicht so einfach und verletzbar daherkommen wie eine, wie Biermanns Liebeserklärung? Das vorschnelle Wiedererkennen des Sänger-Ichs und seiner Geschichte in diesen gewaltigen Bildern und Gleichnissen – für mich wird diese Geschichte dadurch nur schwächer, als sie ist. Tine, „am Morgen noch Traube / am Mittag Rosine / am Abend schon Wein“, ist in diesem Lied Knüppel, Kugel und Messer geworden. Nach dem Sprachgebrauch von Brentano, Chamisso, Heine wird sie zur Kunstfigur, zu „mein Lieb“ stilisiert, sie wird immer unsichtbarer.

Manchmal habe ich das Gefühl, daß Biermann den politischen Druck, der auf ihn ausgeübt wird, an seine Zuhörer als einen Solidaritätsdruck weitergibt, der naive, neugierige Fragen verbietet; zum Beispiel: Ist der Sänger wirklich nur der im Stich Gelassene, von der Freundin Verratene? Ist die ganze Geschichte auf den politischen Konflikt zurückzuführen? Seine Lieder geben nur dem Liebenden, nicht der Geliebten eine Stimme.

Das letzte Lied auf der Platte habe ich ungefähr vierzehnmal hintereinander weg gehört, aber nicht, weil ich es nicht schon beim erstenmal verstanden hätte. Es ist ein Lied, brandneu und als hätte man es schon immer gekannt, ein Lied, das niemand erfinden, das nur der Biermann finden kann:

Das ist mal so mit mir
und bin halb froh mit mir
Bin mager nun und fühle mich
Noch können Blicke mich
verletzen
Das ist mal so mit mir
und bin halt froh mit mir
Noch zwei drei alte Worte
kühlen mich
Eng neben gleichen Tieren
Spür ich im Rücken Winterwind
Und meine Angst vorm
großen Frieren
Das ist mal so mit mir
und bin halb froh mit mir . . .

Aber der Text, dieser schöne, vorsichtige Text, gibt eben gar keinen Eindruck von dem Lied. Man muß es hören. Ⓚ

Wolf Biermann: „Liebeslieder“ (CBS 80 982)

Die große Nummer Schicksal

Christel Buschmann über Bertelsmanns Buchpremiere mit Staranwalt Bossi

Ⓚ „Rolf Bossi fordert das Recht, sein Buch **‚Ich fordere Recht. 24 Jahre Strafverteidiger in Deutschland‘** vorzustellen und zu verteidigen. Als Geschworene fungieren Buchhändler, als Vertreter der Anklage: die Presse.“

Mit dieser „Vorladung“ in der Hand begebe ich mich zur „Verhandlung“: „Bayerischer Hof“, München. Ich gebe meinen Fifi an der Garderobe ab, er kommt zwischen Nerz, grau, und Nerz, braun, zu hängen, trabe die weichen Treppen hinauf, vorbei an 1. Stock/Zahnärzte, überhole abwechselnd „kleine Schwarze“ und gehobene Trachten, und stürze mich, 2. Stock, ins Getümmel des niedlichen Gerichtssaals, zwischen Gobelins und Cocktails. Den Angeklagten kann ich nirgends entdecken.

„Wo ist denn Herr Bossi?“ frage ich einen aus der immer zahllosen Münchner Prominenz, die dann Herr Graeter bei solchen und ähnlichen Veranstaltungen am Tage drauf jeweils in der „Abendzeitung“ abzuhaken pflegt. „Bossi? Wollen Sie mit dem in die Sauna?“ – „Nee. Wirklich nicht.“ – „In die Sauna geht er immer Sonnabend. Sonnabend um elf.“

Da kommt Herr Bossi auf mich zu: „Können Sie mir sagen, wo ich diesen Mantel hier lassen kann?“ In der Hand das teure Stück von Frau Clara, das den normalen Gang zur Garderobe nicht vertrug. „Vielleicht auf dem Sofa hier? Wer ihn klaut, wird schon seine Gründe haben.“ Bossi, ganz smartes Lächeln, Krokoschühchen, dazwischen durchgestylter Anzug, wendet sich dynamisch von hinnen. Dem Rednerpult zu.

Locker vom Hocker suggeriert er seinen Zuhörern die Nähe des Gedankens an beispielsweise einen Mord aus Eifersucht, frei nach dem Motto von Prof. Bürger-Prinz, das auch Bossis Buch voransteht: „Das rechnet unter die große Nummer Schicksal. Man kann sich das Verrückteste ausdenken – es ist vorgekommen oder wird vorkommen.“

Und damit hat er sie auch schon in der Hand. Bei guter Phantasie sitzt man, gleich wie schwerkrank, im Auditorium und bittet inständig um die Gnade, von Herrn Bossi verteidigt zu werden. Zwar will ich meinen Mann oder meine Frau oder deren Geliebte gar nicht umlegen, aber wenn das so ist mit dem Schicksal und wenn auch das Verrückteste vorkommt und und und. Und so kann es sich eigentlich nur erklären, daß so viele Leute bereit sind, Bossis aberwitzige Plattheiten ohne Schreien entgegenzunehmen.

„Ein Mensch wird Strafverteidiger, weil er Mensch ist“, resümiert Bossi. „Vielleicht wird ein Mensch aber auch, letzten Endes, Strafverteidiger, weil er Christ und Marxist zugleich ist, Missionar und ein bißchen auch Moderator.“ Aber noch genauer hat Bossi eigentlich das Schicksal seines Vaters (er wurde vor ein Kriegsgericht gestellt und erschossen) „von der Emotion her dazu gebracht, nach den Grundlagen und Wurzeln der Gerechtigkeit zu fragen“.

Daher kam „dieser ‚Urtrieb‘, bei der Wahrheitsfindung mithelfen zu wollen – dieser Trieb, der inzwischen fast zur Süchtigkeit ausgewachsen ist“. Und auch für sein Buch hat er die edelsten Motive: „Daß ich überhaupt schreibe, wird durch meinen Wunsch begründet, daß meine beruflichen Erfahrungen nicht mit mir sterben sollen – daß ich sie weitergeben möchte. (. . .) Ich will berichten, wie ich durch meine Fehler und meine Erfolge den Weg zur Wahrheit – meinen Weg als Strafverteidiger – gefunden habe.“

Wieder einmal ein Anlaß, sich mit der traurigen Wahrheit des Spruches herumzuquälen: Drei Haare auf dem Kopf sind relativ wenig. Drei Haare in der Suppe sind relativ viel. Denn eingebettet in stinkiges Eigenlob, miesestes Karrieredenken, infamste Plattitüden, peinliches Protzen mit seinen Fällen erscheint ein relatives Verdienst von Herrn Bossi: sein Einsatz für eine verstärkte wissenschaftliche Gutachtertätigkeit vor deutschen Gerichten und

Foto: Ohlbaum

Aberwitzige Plattitüden: Verteidiger Bossi

sein Plädoyer für einen auch in angrenzenden Wissensgebieten wie Medizin, Psychologie, Soziologie, Ethnologie usw. ausgebildeten Strafverteidiger, den „Fachanwalt für Strafrecht“.

Vielleicht sind Bossis Bemühungen besser als gar nichts, selbst wenn sie bei ihm schlicht nur egozentrisch, ganz privat motiviert und ausschließlich auf seinen speziellen Fall, sprich Angeklagten, mit dem er Erfolg haben will, gemünzt sind. Vielleicht sind sie aber auch schlechter als gar nichts. Nicht nur, weil Bossi ein reaktionärer Phantast ist. Auf die Frage, welche Fälle er am liebsten verteidigt: „Sicher sind es die schicksalhaften Fälle, die Fälle, in denen man einen Menschen wieder aus einer Konfliktsituation herausführen kann, wo man einen Menschen wieder in eine zufriedene, in eine gelöste, in eine harmonische Welt zurückführt.“

Nicht nur, weil Bossi ein Star, ein Einzelgänger, ein Sonderfall bleiben will, und sich nicht mit anderen gemeinsam für Reformen engagiert. Nicht nur, weil er den Gerichten als harmloses, prominentes Alibi für Aufgeklärtheit dienen kann, wenn wieder mal einer statt ins Zuchthaus in die Anstalt kommt. Nicht nur, weil er nur den Rechteren zum Munde redet.

Sondern dies alles und vor allem, weil er die deutsche Rechtsprechung in zwei Teile teilt. Sein rechtes Auge guckt, sein linkes ist blind. Auf der einen Seite konstatiert er: „. . . heute ist das Haftrecht rückschrittlicher als es jemals zuvor gewesen ist.“

Auf der anderen Seite will er mit einem bestimmten Teil der Rechtproblematik nichts zu tun haben.

Frage: „Herr Bossi, würden Sie die Baader-Meinhof-Gruppe verteidigen?“

Bossi: „Nein.“

Frage: „Warum nicht?“

Bossi: „Schauen Sie, soweit ich, ohne mich mit diesen Dingen näher befaßt zu haben, mir dazu ein Urteil, mir dazu eine Meinung bilden kann, geht es doch einem Herrn Baader oder einer Frau Meinhof gar nicht darum, nun sechs, zehn oder fünfzehn Jahre zu bekommen. Es geht also Leuten nicht um die Frage, wie hoch sie verurteilt werden. Sie fühlen sich als Märtyrer. Sie wollen ihrer politischen Idee dienen und benutzen den Gerichtssaal als Bühne für die politische Agitation.“

Frage: „Es müßte aber doch möglich sein, auch der Meinhof-Gruppe mit den Mitteln eines Rechtsstaates einen akzeptablen Prozeß zu liefern.“

Bossi: „Sicher. Es ist sehr schwer, wenn man ins Gesicht geschlagen wird, dann noch mit ruhiger Zurückhaltung sich zu den Problemen des andern zu äußern. Insofern muß man eben auch die menschlich schwierige Situation seitens der Rechtspflegeorgane bedenken. Es ist ja ein Stück politischer Zielsetzung, nicht auch zuletzt das Gerichtswesen ad absurdum zu führen. Und das ist ja sozusagen lebendige Agitation in der Art, wie man seitens der Angeklagten diesen Prozeß zu führen gedenkt. Und damit ist eine Konfrontation geschaffen, in der einfach die Justiz um die Selbstbehauptung kämpfen muß.“

Frage: „Das gelingt ihr aber doch zur Zeit nicht. Warum nicht?“

Bossi: „Bitte, dazu will ich von meiner Warte her – es ist ein sehr komplexes Gebiet – mir nicht ein Urteil anmaßen.“

Was an Herrn Bossis rechtlichen Bemühungen allenfalls Gutes dran ist, wird letztlich allenfalls den guten Rechten zugute kommen. Und all diesen harmlosen Prominenten, die, wie kürzlich Hardy Krüger, besoffen sieben Autos rammen, was Krüger, laut Bossi, quasi tun mußte, weil er so unglücklich war über einen in Spanien gebrochenen Knöchel. Ⓚ

Szenenfoto aus dem Pasolini-Film „Accatone“: Eine bestürzende Ähnlichkeit . . .

Peter O. Chotjewitz

FUORI – AUSSERHALB

Was Pasolinis Tod uns lehren kann

Ⓚ Es ist zwei Uhr nachts am Sonntag, den 2. November 1975. Auf der Uferstraße am Meer bei Ostia in der Nähe von Rom fährt ein grauer Sportwagen, Marke Alfa Romeo, Typ Giulia GT, graue Farbe, mit 170 Stundenkilometern. Ein Streifenwagen der Carabinieri nimmt die Verfolgung auf. Die Jagd endet an einer Mauer. Der Fahrer versucht zu flüchten, wird aber gestellt. Er kann nur mühsam gebändigt werden. Aus dem Verkehrsdelikt – Fahren mit überhöhter Geschwindigkeit – wird rasch ein Eigentumsdelikt.

Der Sportwagen gehört Pier Paolo Pasolini.

Der Fahrer, Giuseppe Pelosi, genannt Pino, wird wegen Diebstahlsverdacht vorläufig festgenommen. Er vermißt seinen Ring. Vielleicht liegt er im Wagen. Er bittet die Carabinieri nachzuschauen und beschreibt ihn: ein roter Stein, der von zwei vergoldeten Adlern eingefaßt wird. Darunter steht geschrieben: „United States Army.“

Der Ring ist nicht im Wagen. Die Carabinieri schöpfen Verdacht. Der Junge steht offensichtlich unter einem schweren Schock. Sein Hemd ist blutbefleckt. Wie konnte der Ring so einfach verlorengehen? Hatte der Junge vielleicht eine Schlägerei? Warum legt er überhaupt so großen Wert auf den Ring? Ein Gefreiter ruft bei Pasolini an. Am Telefon meldet sich die Haushälterin. Sie stellt überrascht fest, daß Pasolini nicht zu Hause ist. Auf dem Polizeirevier wird Pelosi verhört und der Diebstahl protokolliert.

In aller Herrgottsfrühe fahren am Sonntag eine gewisse Maria Teresa Lollobrigida und ihre Familie nach Ostia, wo sie sich ohne Baugenehmigung eine Art Wochenendhaus, mehr eine Baracke, gebaut haben. Vor dem Haus liegt ein Abfallberg. „Welcher Hundesohn hat mir jetzt schon wieder seinen Abfall vor das Haus gekippt?“ schimpft die Hausfrau. Um 6.30 Uhr erscheint sie bei den Carabinieri. Der Abfallhaufen ist eine Leiche.

Durch das Gebiet führt die Wasserflughafenstraße, auf italienisch: „Via dell'Idroscalo“. Es ist eine Piste aus gestampfter Erde, voller Schlaglöcher. Auf der einen Seite stehen Baracken, die Obdachlose sich ohne Baugenehmigung errichtet haben. Baracken auch auf der anderen Seite. Hierher kommen die Leute von Rom und Umgebung, um ein Wochenende oder eine Sommerfrische zu verbringen, die mit Frische nichts zu tun hat. Der Strand ist schwarz vom Öl der Tankschiffe und verdreckt, das Gebiet ist schmutzig, ungepflegt, ein typischer Barackenvorort des römischen Subproletariats.

Die Umgebung von Rom hat zahllose solcher Elendsgebiete. Sie bilden die erste Auffangstation für die Leute, die vom Land in die Stadt kommen, in der Hoffnung auf Arbeit und ein besseres Leben, und viele kommen nie über die „Barackopolis“ hinaus.

Als der Carabiniere im Morgengrauen das Protokoll der Vernehmung des Auto-

diebes Pelosi aus der Schreibmaschine zieht, kommt die Nachricht, daß am Wasserflughafen eine Leiche gefunden wurde. Neben der Leiche liegt ein Ring,wie Pelosi ihn beschrieben hat. Um 8.30 Uhr wird die Leiche identifiziert. Es ist der Schriftsteller und Filmregisseur Pier Paolo Pasolini, 52 Jahre alt, geboren in Bologna, aufgewachsen in dem Dorf Casarsa in der Nordregion Friaul, wohnhaft in Rom. Die Identifizierung wird von einem seiner Freunde, Ninetto Davoli, vorgenommen.

Wer war Pier Paolo Pasolini?

Ich sah ihn das erste Mal 1965 in Berlin, wo er in der Akademie der Künste im Rahmen von Walter Höllerers Filmcolloquium seine frühen Filme „Mamma Roma“ und „Accatone“ vorführte. Sein Film „Matthäusevangelium“ war noch in Arbeit, und er zeigte daraus einige Ausschnitte, vor allem aber den Film „La ricotta“, der neben den Arbeiten zum „Matthäusevangelium“ entstand. Darin stirbt ein Komparse, der mit Jesus Christus am Kreuz hängt, weil er zuviel Ricotta gegessen hat. Der Ricotta ist ein Quarkkäse, und der Komparse stirbt tatsächlich.

Die Ähnlichkeit zwischen dem Ort, an dem Pasolini starb, und zahlreichen Drehorten seiner Filme von „Accatone“ bis „Uccellini uccellacci“ ist bestürzend. Von Pasolini hörte ich das erste Mal den Begriff „Dritte Welt“. Sie lag für ihn nicht irgendwo in Afrika, Asien oder Lateinamerika, sondern direkt vor unserer Haustür, im Umfeld der großen italienischen Städte zum Beispiel.

Den Phänomenen dieser Stadtrandslums, dem Leben, dem Bewußtsein, der Sprache, der materiellen Situation ihrer Bewohner widmete er einen großen Teil seiner Arbeit, die er mit wissenschaftlicher Akribie und einer starken Identifikation betrieb. Er war einer der führenden Autoren des literarischen „Populismus“ in Italien, den er mit christlicher Heilslehre verband.

Nach dem Krieg wendet Pasolini sich den Kommunisten zu. 1948 muß er aus Casarsa fliehen. Es ist die Zeit vor den ersten Wahlen. In Italien herrscht innenpolitische Hysterie. Ein Knabe beichtet dem Pfarrer, zu Pasolini homoerotische Beziehungen gehabt zu haben. Der Pfarrer bricht das Beichtgeheimnis, und die christdemokratische Partei sieht in dem Vorfall einen Beweis für kommunistische Abartigkeit. Eilends distanziert sich die Kommunistische Partei von dem unbequemen Dichter. Pasolini geht nach Rom.

Über den Lyriker Pasolini sagt mir ein italienischer Autor im Herbst 1975, er sei objektiv ein Hindernis für die Weiterentwicklung der italienischen Poesie gewesen. So groß und anmaßend sei die Dichterpersönlichkeit Pasolinis gewesen, daß neben ihm kein Lyriker seiner Generation sich durchzusetzen vermocht habe. Das mag ein Aperçu sein. Tatsache ist, daß er als Essayist, Lyriker und Romancier in Italien soviel Ansehen genießt wie als Filmautor und Regisseur.

Zum Film kam er, nach seinen eigenen Worten, weil er eine Sprache für die Leute suchte, die seine Bücher nicht verstehen konnten.

Tatort, Opfer und Täter (unten): Wie aus einem Film von Pasolini

Oft kam er selber in die Vorstadtkinos, wenn seine Filme aufgeführt wurden. Hier wurde ich eines Tages Zeuge, wie einige Zuschauer Fenchelknollen auf die Bühne warfen. Der Fenchel, italienisch „finocchio“, ist in Italien ein Synonym für homosexuell. So erfuhr ich, daß er homosexuell war. In Rom war seine Homosexualität nicht nur dem engeren Kreis der Freunde und Kollegen bekannt. Bekannt war auch, daß er die dunklen Straßen und Anlagen, wo die männliche Prostitution betrieben wird, frequentierte.

In seinen Filmen spielt die Homosexualität als Stilelement eine Rolle. Viele seiner Schauspieler, vom Chargen bis zum Hauptdarsteller, vom Kind bis zum Mann, strahlen eine außerordentliche erotische Kraft aus. Dennoch gibt es meiner Erinnerung nach nur in einem seiner Filme einen homosexuellen Verkehr: in „Teorema“, wo der unbekannte junge Mann, der in eine gutbürgerliche Industriellenfamilie einbricht, nicht nur die Frau des Hauses, sondern auch den Mann verführt.

In letzter Zeit hatte Pasolini mit großen Polemiken Aufmerksamkeit erregt. Er kritisierte den Geist der Konsumgesellschaften, wobei seine Kritik auch die Politik der Kommunistischen Partei miteinbezog, die ihn schon seit langem wieder als einen der Ihrigen betrachtete und deren Mitglied er immer geblieben war, auch als er Anfang der 70er Jahre für die revolutionäre Gruppe „Lotta continua“ (Der Kampf geht weiter) den Film „12. Dezember“ zusammengestellt hatte und im Komitee für die Verteidigung des Anarchisten Pietro Valpreda aktiv geworden war.

Es war eine Polemik, mit der er abermals für das Subproletariat Partei ergriff, wenngleich in einer Weise, die diesem unverständlich erscheinen mußte. Für Pasolini war das Subproletariat zwar immer noch der Bodensatz der Gesellschaft, doch er mußte feststellen, daß diese Subproletarier längst die Werte der bäuerlichen Gesellschaft gegen die Werte der modernen Konsumgesellschaften eingetauscht haben.

Foto: dpa

Das heißt, sie wurden ideologisch gesehen Bürger. Damit hörten sie nicht nur auf, revolutionäre Subjekte zu sein, sie waren auch nicht länger Träger und Wahrer einer archaischen Volkskultur, die Pasolini z. B. aufgespürt hatte, als er 1955 seine Volksliedersammlung machte.

Diese Entdeckung der Verbürgerlichung des Subproletariats, das aus den ländlichen Regionen in die Elendsviertel und Gettos am Rande der großen Städte zieht, war für Pasolini in den letzten Jahren ein politisches, kulturelles und ideologisches Trauma geworden. Nicht umsonst verlegte er seine Drehorte z. B. nach Afrika, wenn er Volksszenen bäuerlich-vorindustriellen Charakters drehen wollte.

„Ich ein Schwein? Und was war er?“

Elf Stunden nach seiner Festnahme, am Sonntag, dem 2. November 1975, um 13 Uhr, gesteht der vermeintliche Autodieb Pelosi, zur Tatzeit mit dem Dichter zusammengewesen zu sein. Dabei sei es zu einer tätlichen Auseinandersetzung gekommen, da Pasolini sich nicht an die Abmachungen gehalten habe. Es sei vereinbart gewesen,

Foto: dpa

daß Pelosi den aktiven Part übernehmen solle. Dann, in der Barackopolis, habe Pasolini verlangt, ebenfalls den aktiven Part übernehmen zu können. Als er, Pelosi, sich geweigert habe, habe Pasolini ihn ein „Schwein" geschimpft.

Pelosi will Pasolini am Samstagabend gegen 22.45 Uhr unter den Kolonnaden am römischen Hauptbahnhof getroffen haben. Er sei mit drei Freunden spazierengegangen, als ein Wagen, der schon einige Zeit hinter ihnen hergefahren sei, angehalten habe. Er habe Pasolini bis dahin nicht gekannt, aber gleich gewußt, wer er war.

Wer war Pelosi?

Er ist eine Figur wie aus einem Film von Pasolini. Schön und häßlich zugleich. Er ist 17 Jahre und vier Monate alt und stammt aus Prenestino, einer Kleinstadt unweit von Rom. Ein halber Analphabet, vernachlässigt in psychologischer, pädagogischer, kultureller und sozialer Hinsicht. Vernachlässigt von Eltern, Lehrern und gesellschaftlichen Einrichtungen. Seine Lieblingslektüre sind „Tex", Horrorcomics, Kriegsgeschichten, Heftchen und Comicliteratur niederen Niveaus.

Von seiner Art leben zahllose Jugendliche in den Stadtrandvierteln. Sie sind die Hauptbetroffenen der weitverbreiteten Jugendarbeitslosigkeit. Sie wissen nicht, wohin, was tun. Sie sind Treibholz. Wenn er ins Kino ging, bevorzugte er Filme mit vielen Kanonen, Sturmangriffen aus den Schützengräben heraus, mit einem Soundtrack, aus dem das Trommelfeuer der Maschinengewehre und die Explosionen abstürzender Flugzeuge herausragen. Zur Arbeit wurde er nicht erzogen, und das Leben ließ ihn auch keinen Sinn in der Arbeit erkennen.

So wurde er zum Straßenjungen. Mit 17 hatte er schon eine Menge gelernt: Er wußte, wie man ein Auto klaut und weiterverkauft, er konnte auf den Strich gehen, immer auf der Suche nach einem diskreten, aber großzügigen Kunden. Ein „Homo" war er nicht,und er wäre wohl auch nie einer geworden. Rom ist voll junger Männer, die ihren Eltern auf der Tasche liegen und von Gelegenheitsarbeiten oder gelegentlichen kleinen Delikten leben, weil sie mittellos sind. Viele von ihnen sind bereit, es einem Mann zu besorgen, wenn er dafür bezahlt oder auch nur ein gutes Abendessen ausgibt.

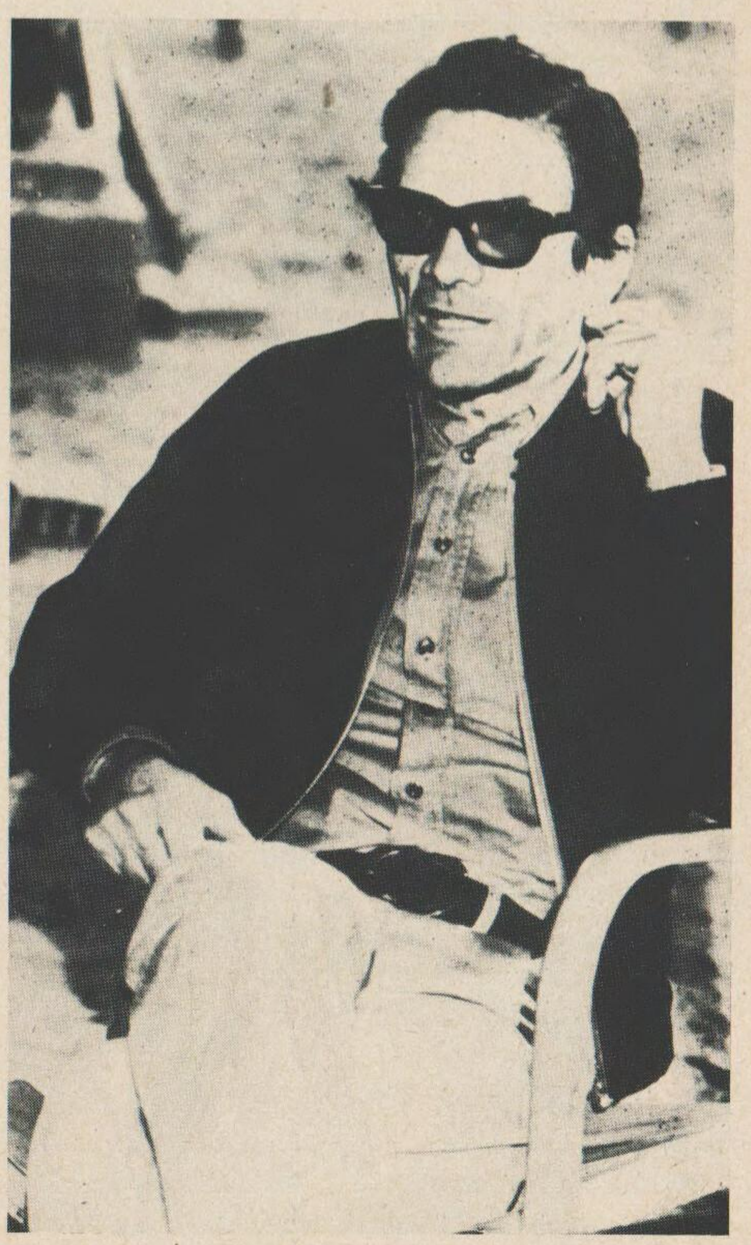
Kaum einer dieser Jungen ist bereit, den passiven Part zu übernehmen. Auch Pelosi war es nicht. Er war viel zu stark vom üblichen Männlichkeitswahn beeinflußt. Sein Ideal waren die harten Cowboys, die Kriegshelden. Er hielt auf seine männliche Ehre, die er durch Pasolinis Antrag beleidigt sah: „Ich ein Schwein? Und was war er? Da wurde es mir schwarz vor den Augen und ich habe mit aller Kraft zugeschlagen, die ich hatte." Wenn Pelosi der Täter war, könnte die psychologische Erklärung für die Tat hierin liegen. Ein Mann, der sich bezahlen läßt, wie Pelosi, muß besondere Abgrenzungsängste entwickeln, wenn er zugleich vom Männlichkeitswahn beeinflußt ist. So wäre seine Wahnsinnstat begreiflich.

Aggressionen, die sich in Mord entladen

Wenn er wirklich der Täter war. Bis heute wuchern üppige Grüchte, Pasolini sei von mehreren jungen Männern ermordet worden, Pelosi versuche nur, seine Komplizen, vielleicht auch gewisse Hintermänner zu decken; Pasolini sei vorsätzlich ermordet worden. Die einen vermuten politische Hintergründe, die anderen verweisen darauf, daß er Recherchen zur Problematik der männlichen Prostitution betrieben habe.

Von Polizei und Staatsanwaltschaft sind bisher keine Indizien bekanntgeworden, die solche Gerüchte fundieren könnten. Die Gerüchte selber sind in sich widersprüchlich und widersprechen auch einander. Gemeinsam ist ihnen nur eines: Dahinter steht der Wunsch, ein Mann wie Pasolini möge keinen so ordinären Tod gestorben sein, wie zahllose Homosexuelle ihn sterben, und das nicht erst seit Winckelmann.

Die Homosexualität Pasolinis kommt nicht nur in den Trauerreden bei seiner Beerdigung nicht zur Sprache. Auch die zahllosen Artikel in Tageszeitungen und Zeitschriften versuchen nicht, von daher den Sinn dieses Todes zu definieren. Erst einige Tage später verlesen Mitglieder der Gruppe „Fuori" auf dem Kongreß der Radikalen Partei in Florenz eine Erklärung, die den Schlüssel zu der Frage bildet. „Fuori" bedeutet draußen, außerhalb. Es ist zugleich die Abkürzung für „Fronte unitario omosessuali rivolutionari", Einheitsfront homosexueller Revolutionäre. Es heißt da: „Der schrecklicheTod Pasolinis zwingt uns, noch einmal von der Gewalttätigkeit zu sprechen, die Tag für Tag gegen die Homosexuellen begangen wird. Jeden Tag werden zehn und aberzehn Homosexuelle ermordet, angegriffen, ‚begehen Selbstmord', von denen nur im Polizeibericht geredet wird, denn sie sind nicht bekannt. Wir Homosexuellen kommen immer nur im Polizeibericht vor. Niemand hat sich je gefragt, warum Homosexuelle die Pissoirs der Bahnhöfe abklappern, im Kino in der letzten Reihe sitzen, sich in Parks und Wäldern herumtreiben. Niemand sagt, daß man uns dazu zwingt, unsere Sexualität in einer so dramatischen Weise zu entfalten, weil die heterosexuelle und maskuline Gesellschaft in der wir leben, uns nie einen anderen Raum gelassen hat." So deutlich wie die Betroffenen selber hat niemand es ausgedrückt. Der Tod Pasolinis ist ein Aufruf, die gesellschaftlich bedingten Aggressionen, die sich in blinder Gewalttätigkeit und Mord entladen, durch Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die diese Aggressionen erzeugen, abzubauen und gesellschaftliche Tabus zu beseitigen, die den Homosexuellen in ein Ambiente zwingen, in dem er nur zu leicht zum Opfer von Aggressivität und Gewalttätigkeit wird. Darin könnte der Sinn dieses Todes liegen. (k)

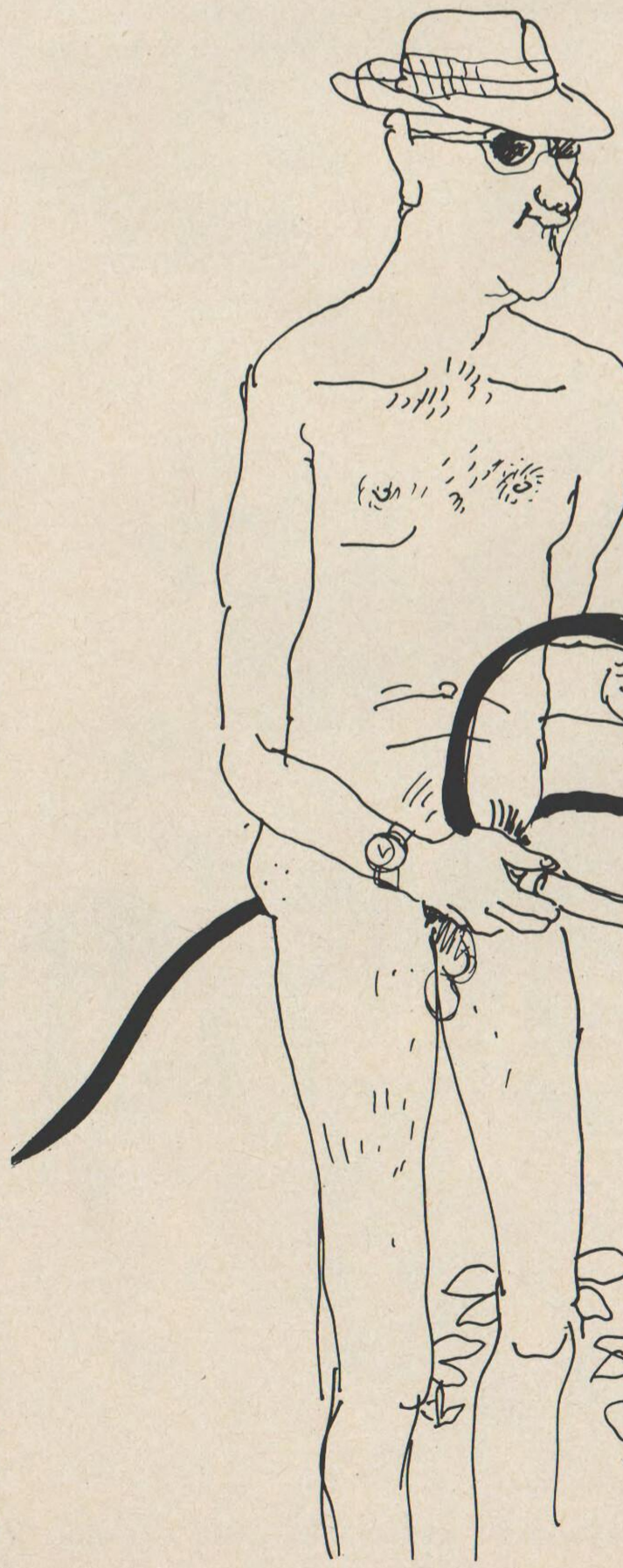


Fotos: dpa

Aus Pasolinis letztem Film „Salo". Rechts: Pasolini bei den Dreharbeiten

Die goldenen Eier des Tomi U

landet Tomi Ungerer auf eigener Scholle in Neuengland (Kanada). Dort braut er sein Bier selbst, züchtet Schafe, repariert Zäune wie ein richtiger Pionier und legt Eier, die goldener sind denn je. Soweit das schöne Märchen vom Tomi aus dem Elsaß, der auszog, der Welt das Schocken zu lehren.



Ⓚ Das ist nicht leicht mit Tomi Ungerer. Daß er sich „seinen Bewunderern immer wieder entzogen hat, anderen nie den Gefallen tat, nur der zu sein, für den sie ihn gern halten“ (so der „stern“), möchte schon hingehen. Auch daß er so furchtbar viele verschiedene Dinge auf einmal treibt, macht allenfalls manchen bürgerlichen Feuilletonnen zu schaffen. Über so einen läßt sich nämlich eine Menge Schnickschnack erzählen.

Das Ganze läuft unter „Bürgersohn bricht aus“. Irgendwann provoziert er die Welt in Straßburg, dann in Paris, lernt eine Amerikanerin kennen, heiratet sie, geht mit ihr in die Staaten (1956), wird dort Werbezeichner „mit witzigen Anzeigen für Damenstrümpfe, Zigaretten und Nähmaschinen“ („stern“). Viel Erfolg, Dollars und Ansehen bringt das. Aber schnell hat er doch wieder die bitterbösen Skizzenbücher unterm Bett und entlarvt darin „sein reiches Publikum als Horde feister, geiler Müßiggänger“.

Frei nach Brecht, nimmt die Gesellschaft das Gift, das Tomi eigens gegen sie abschießt, begeistert als Rauschgift an. Aber auch der zynische junge Party-Schreck will er nicht gänzlich sein. Er zeichnet Bücher für Kinder. Die sind phantasievoll, lustig und – wie könnte es anders sein bei ihm – „irgendwo immer auch boshaft, mitunter sogar grausam“. Angesichts unseres zarten, von Gewalt und Schmutz sorgsam gereinigten Kinderfernsehens ist das wieder ein Skandal.

Aber „als er feststellte, daß auch dieser Widerspruch ihm nur Erfolg eintrug und er nunmehr als Allround-Talent vereinnahmt werden sollte, schlug er wieder einen Haken“ („stern“) . . . Auf der Suche nach etwas Neuem (vielleicht nach Mißerfolg?)

hen Ungerer

Nun ist das hier aber ein über jeden Zweifel linkes Blatt, und so lautet die Frage: „Was sollen wir Linken von diesem Ungerer halten?“

Welche gibt's, die lösen solche Probleme immer geschmacklich. Die bauen auf ihr untrügliches ästhetisches Gefühl und sagen, der Ungerer gefalle ihnen einfach, sie fänden's schön, und das ließen sie sich auch durch den Grundwiderspruch nicht vermiesen. Andere habe ich sagen hören, der Ungerer sei ein sehr perfekter, origineller Werbezeichner, was fast nichts als nur böswillig ist. Aber einige vergleichen ihn mit den Ahnen Goya, Hogarth, Grosz (um nur einige zu nennen). Ist denn Ungerer irgendwo auch ein politischer Zeichner, ein fortschrittlicher gar?

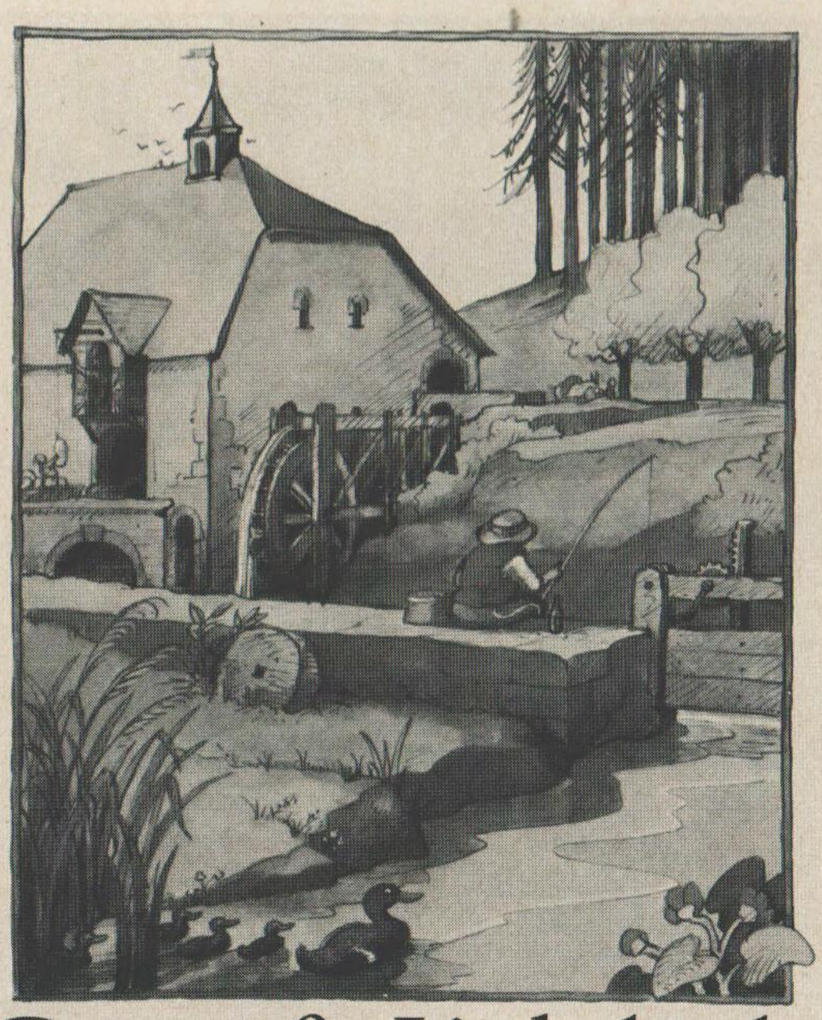
Während seiner New Yorker Jahre hat Tomi Ungerer in mehreren seiner Bücher der amerikanischen „society“ den Spiegel vorgehalten, hat ihr sehr kraß und sehr bösartig genau gezeigt, wie sie aussieht. Vom Ende der 60er Jahre stammen einige Polit-Poster. Ungerer zeichnete ferner für die SPD im Wahlkampf 1972 sehr witzige Karikaturen. Gefragt, ob er mit dieser Partei sympathisiere, antwortete er, die SPD sei ihm ziemlich wurscht. Er habe das mehr für Willy Brandt gemacht, „der gefällt mir“.

Dieser Subjektivismus ist ziemlich typisch für den Zeichner Ungerer. Die zeichnerischen Resultate des New Yorker Partylebens sind adäquater Ausdruck seiner Desillusionierung. Andere hätten, statt zu zeichnen, gekotzt. Hinter Ungerers genialem, gehässigen Angriff auf seine Peiniger steht (wie so oft bei dieser Art von Satire) die wehmütige Klage des kleinbürgerlichen Romantikers. Gegenstand der Klage: die Entfremdung der menschlichen Beziehungen im Spätkapitalismus. Aber Ungerer kommt über das subjektiv-motivierte Abschildern diverser Gesellschaftsausschnitte nicht hinaus. Er bleibt allein und sagt: „Ich hasse alles Offensichtliche.“ Ungerer ist nichts anderes als die moderne Version des gehätschelten, ein bißchen gefürchteten Bürgerschrecks, der sein Publikum ängstigen, verhöhnen, verfluchen und verspotten darf, solange er nur eines nicht tut: Solange er nicht praktisch Partei ergreift im Klassenkampf.

Ungerer verläßt also den Moloch New York und geht in die Einöde, zurück zur Natur. Die Sehnsucht nach der nicht-entfremdeten, harmonischen Welt, nach echter Zuwendung, wahrer Liebe usw. ist ja vollkommen legitim und – angesichts des Zustands der „westlichen“ Welt – sogar antikapitalistisch. Aber dieser Traum realisiert sich bei Tomi Ungerer leider nicht im Kampf für das bessere Morgen, sondern als Flucht ins Gestern. Zeugnis dieses Weges ist das im letzten Jahr erschienene „Große Liederbuch“. Da findet man, als Aufguß, die nach rückwärts gewandte Träumerei mancher Biedermeierwerke wieder. Ein Lied verkündet „Soldaten müssen sein“, und Ungerer zeichnet einverstanden den weinenden Vater des Soldaten, der es sein mußte, und die Mutter mit den „letzten Rosen“ im Arm. Oder, als hätte es nie Dampfmaschine und industrielle Revolution gegeben, sitzt da der Weber am Webstuhl, derweil der Hund gemütlich schläft und das Mädchen das Fädchen aufs Rädchen spinnt. Und dann die Illustration zu „Ich hatt' einen Kameraden“!!! Dieses Liederbuch erfüllt eigentlich sämtliche Kriterien des Begriffs „Kitsch“ bis auf eines – die Form.

Ungerers „Haß aufs Offensichtliche“, der ihm die verschrobensten Philosophien, die spießigsten Inhalte aufdrängt, fordert und produziert zugleich die vollendete künstlerische Form. Er fällt ästhetisch nie mit der Tür ins Haus. Vom doofen Naturalismus des landläufigen Kitsches findet sich bei Ungerer keine Spur. Gezeichnet ist das (fast) alles vollkommen locker, mit der Anschaulichkeit und Souveränität der alten Meister.

Überhaupt: Was bei Ungerer mit der Technik, der Form, der Arbeit zu tun hat, ist absolut akzeptabel. Da bezeichnet er z. B. die ganze bürgerliche Mystifizierung des künstlerischen Produktionsprozesses (Intuition, Inspiration, Begnadung etc.) als Quatsch. Phantasie, Poesie, auch Witz und dergleichen, sagt Ungerer, seien in erster Linie Produkte härtester Arbeit. Arbeit als Bedingung und Produkt von Menschlichkeit. Gerade deshalb sind die künstlerischen Zeugnisse des Arbeitsprozesses, seine Skizzen und Notizen die (auch inhaltlich) bedeutendsten Arbeiten Ungerers. Das aus 146 Skizzen, Versuchen und Zeichnungen zusammengestellte Buch „AMERICA“ geht, auch was die Breite des Blickwinkels anbetrifft, über die Party- und Sexsatiren hinaus. Es zeugt von so messerscharfer Beobachtungsgabe, daß man heulen möchte über soviel politische Blindheit des Zeichners Tomi Ungerer. ⓚ



Das große Liederbuch

Die schönsten deutschen Volks- und Kinderlieder, gesammelt von
Anne Diekmann *unter Mitwirkung von* Willi Gohl
mit vielen bunten Bildern von Tomi Ungerer *erschienen im Diogenes Verlag*

Vester über Stress

Phänomen Streß
Wo liegt sein Ursprung, warum ist er lebens-wichtig, wodurch ist er entartet?
375 Seiten mit 265 s/w-Abbildungen (Fotos, Grafiken, Tabellen)
DM 29,80

Vom Autor des Bestsellers "Denken, Lernen, Vergessen" jetzt das Begleitbuch zur 6-teiliegen Fernsehserie "Phänomen Streß". Start: 19. Januar, 19.30 Uhr im ZDF.

Deutsche Verlags-Anstalt
dva